

Bericht des Bundesrates

vom 2. April 2025

**über Motionen und Postulate der
eidgenössischen Räte im Jahr 2024**

Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2024

Bericht des Bundesrates vom 2. April 2025

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident
Sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31. Dezember 2024).

Kapitel I enthält alle Vorstösse, deren Abschreibung der Bundesrat beantragt. Die Vorstösse in Kapitel I sind mit dem Titel sowie dem auf Curia Vista publizierten eingereichten Text aufgeführt. Kapitel I richtet sich gemäss den Artikeln 122 Absatz 2 und 124 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut.

Kapitel II enthält all jene Vorstösse, die der Bundesrat zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte noch nicht erfüllt hat. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss den Artikeln 122 Absätze 1 und 3 und 124 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Die Vorstösse in Kapitel II sind nur mit Titel aufgeführt. Kapitel II richtet sich gemäss dem Parlamentsgesetz an die zuständigen Kommissionen.

Anhang 1 enthält eine Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2024 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.

Anhang 2 gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2024 hängigen Motionen und Postulate: Vorstösse, die vom Parlament überwiesen, vom Bundesrat jedoch noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben worden sind.

Die vollständigen Texte der Vorstösse befinden sich auf Curia Vista.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin, sehr geehrter Herr Ständeratspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

2. April 2025

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Frau Karin Keller-Sutter
Der Bundeskanzler: Herr Viktor Rossi

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I:	An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten	5
Kapitel II:	An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind.....	48
Anhang 1:	Übersicht über im Berichtsjahr 2024 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.....	90
Anhang 2:	Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2024 noch hängigen Motionen und Postulate	92
	Abkürzungsverzeichnis.....	123

Kapitel I

An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im Bundesblatt publiziert.

Schweizerische Bundeskanzlei

2021 P 21.3607 Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen zum Thema E-Collecting. Dabei sollen insbesondere die staatspolitischen Auswirkungen sowie die möglichen Folgen auf das politische System der Schweiz aufgezeigt werden. Dies unter anderem in Bezug auf die verfassungsmässig festgelegten Quoren und Fristen sowie die Unterschiede der Sammlung von Unterschriften im öffentlichen wie digitalen Raum.

Eine Minderheit der Kommission (Addor, Buffat, Marchesi, Rutz Gregor, Steinemann) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Der Bundesrat hat am 20. November 2024 den Bericht «Elektronische Unterschriftensammlung für eidgenössische Volksbegehren (E-Collecting)» (abrufbar unter www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 20.11.2024) verabschiedet, der die organisatorischen, technischen, rechtlichen und staatspolitischen Chancen und Risiken von E-Collecting aufzeigt. Gestützt auf die Ergebnisse des Berichts hat der Bundesrat überdies ein Vorprojekt in Auftrag gegeben, das beschränkte, praktische Versuche mit E-Collecting vorbereiten soll.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3190 Dark Patterns. Das Unbekannte dokumentieren (Sophie Michaud Gigon)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Nutzung der digitalen Designmuster "Dark Patterns" im Internet vorzulegen. Der Bericht soll die Nutzung von Dark Patterns auf Websites, Online-Plattformen und Apps auflisten und dokumentieren. Ausserdem soll er insbesondere auf die folgenden Fragen eingehen: Werden diese Designmuster und ihre gehäufte Nutzung auf einer einzigen Website oder Plattform von der geltenden Gesetzgebung erfasst? Unterscheiden sie sich je nach Art der Plattform? Wie wirken sie sich auf die freie Wahl der Konsumentinnen und Konsumenten aus? Wie ist die Lage bei Plattformen mit Sitz in der Schweiz? Wie kann die Nutzung solcher Muster eingeschränkt werden?

Der Bericht soll sich auf Websites und Plattformen konzentrieren, die in den Bereichen Onlinehandel, Unterhaltung und Streaming tätig sind, sowie auf kostenlos herunterladbare Videospiele, bei denen In-Game-Käufe angeboten werden.

Postulatsbericht vom 14. Juni 2024 «Dark Patterns. Das Unbekannte dokumentieren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 22.3879 Geschlechterperspektive bei der Digitalisierung berücksichtigen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Geschlechterperspektive in seine nächste Digitalisierungsstrategie zu integrieren.

Eine Minderheit der Kommission (Huber, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Tuena, Wobmann) beantragt, die Motion abzulehnen.

Die Geschlechterperspektive ist sowohl in Ziffer 1 der Ziele als auch in Ziffer 2 der Vision der Strategie Digitale Schweiz aufgenommen worden. Im Wirkungsbereich Bildung und Kompetenzen der Strategie digitale Schweiz wurde eine Messgrösse angepasst, sodass man nun auch die Entwicklung des Anteils der IKT-Spezialistinnen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nachverfolgen kann.

Im Jahr 2025 werden der Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung (DTI) und das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann gemeinsam eine Studie zum Thema Geschlechterperspektive in der Digitalisierung durchführen, um den Handlungsbedarf und die Handlungsoptionen zu identifizieren. Des Weiteren hat der Bereich DTI eine Dialogreihe zum Thema Geschlechterperspektive initiiert, um Mitarbeitende zu sensibilisieren. Die Verwaltungseinheiten werden regelmässig aufgefordert, konkrete Massnahmen im Kontext der Geschlechterperspektive zu melden, die im Aktionsplan erfasst und veröffentlicht werden. Zu den Massnahmen zählen u. a. die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener, das Förderprogramm «MINT Schweiz», das Projekt «Stop Hate Speech» oder die Ergänzung von «Logib» zur Lohnsystemerstellung. Besonders hervorzuheben ist die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, ein Thema, das vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation im Bericht zur Erfüllung des Postulats 22.3878 WBK-N «Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in MINT-Berufen» behandelt wird. Darüber hinaus wurde das Thema Digitalisierung und Gender im November 2024 in einer Publikation des Bundesamts für Statistik (BFS) aus statistischer Sicht beleuchtet (abrufbar unter www.bfs.admin.ch > Statistiken > Katalog > Artikeltyp = «Publikation», Thema = «Informationsgesellschaft 16.04»). Das BFS analysierte darin alle verfügbaren Daten zur aktuellen Situation von Frauen im digitalen Bereich in der Schweiz. Die BK steuerte ein Kapitel über den politischen Kontext dieses Themas bei.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2017 M 16.3600 Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Manuel Tornare)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, auf politischer, finanzieller und personeller Ebene die verschiedenen Bestrebungen, die die Uno zur Verbesserung der Situation in Eritrea unternimmt, zu unterstützen.

Die Schweiz unterstützt die Bemühungen der UNO-Gremien und ihrer Mechanismen in Bezug auf Eritrea uneingeschränkt. Sie begrüsst das Mandat des Sonderberichterstatters, der im Auftrag des Menschenrechtsrats (MRR) über die Menschenrechtslage in Eritrea berichtet. Die Schweiz befürwortet regelmässig die Resolutionen des MRR zur Erneuerung dieses Mandats und unterstützt die Resolution konsequent als Co-Sponsorin. Seit Übermittlung der Motion versuchte die Schweiz die Anstrengungen der UNO in Eritrea auch auf Projektebene zu unterstützen: So hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ab Januar 2018 ein Projekt des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) mitfinanziert. Die Projektumsetzung war jedoch von Beginn an schwierig. Bereits ab April 2018 hat UNDP keine Genehmigung seitens der eritreischen Behörden mehr erhalten, um das Projekt umzusetzen. Die Projektaktivitäten konnten daher letztlich nur während weniger Monate stattfinden und im Juni 2022 musste die Unterstützung für das Programm endgültig eingestellt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.3991 Kein ausuferndes "Söldnergesetz". Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Hans Wicki)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) dergestalt abzuändern, dass Service-, Ausbildungs- und Wartungsdienstleistungen an einem bewilligten Export einer Schweizer Firma, wie vom Gesetzgeber ursprünglich gewollt, nicht diesem Gesetz unterstehen.

2020 M 19.4376 Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) dergestalt abzuändern, dass in der Schweiz tätige Rüstungsbetriebe und rüstungsnahe Betriebe weiterhin über Rechtssicherheit verfügen.

Der Bundesrat verabschiedete am 11. November 2020 eine Änderung der Verordnung über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (VPS; SR 935.411, AS 2020 5323). Sie trat am 1. Januar 2021 in Kraft. Am 28. Januar 2021 beauftragte der Bundesrat das EDA und das WBF, diese Teilrevision nach drei Jahren auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und dem Bundesrat bis 31. August 2024 über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Die Überprüfung erfolgte im Rahmen einer interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG). Sie ist zum Schluss gekommen, dass die neuen Bestimmungen der VPS wirksam sind. Die präzisere Definition und die Ausnahme von der Meldepflicht führten zu einem signifikanten Rückgang der Meldungen. Die interdepartementale Zusammenarbeit wurde durch die Änderungen gestärkt, was zu einer kohärenteren Verwaltungspraxis führte. Der Bundesrat hat den Bericht der IDAG (abrufbar unter www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > Publikationshinweis (28.08.2024)) am 28. August 2024 zur Kenntnis genommen und ist der Ansicht, dass alle Anliegen der Motionen 19.4376 und 19.3991 mit der Inkraftsetzung der Verordnungsanpassung umgesetzt werden konnten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.3592 Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Stärkung der Koordination von Schweizer Akteuren im Umgang mit China und zur Stärkung des chinarelevanten Wissens, den Austausch von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft zu institutionalisieren.

Bericht vom 14. August 2024 «Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland)».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3800 Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz (Josef Dittli)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, über die aussen- und sicherheitspolitischen Folgen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag (TPNW) Bericht zu erstatten. Insbesondere soll auch auf die Veränderung der Ausgangslage durch den Krieg in der Ukraine eingegangen werden. Weiter sollen darin Überlegungen zu den Folgen des TPNW auf die Sicherheitsarchitektur Europas, der Schweiz sowie zur Beziehung der Schweiz zur NATO enthalten sein. Der Bundesrat definiert basierend auf dieser Auslegeordnung das weitere Vorgehen im Interesse des Landes.

Postulatsbericht vom 27. März 2024 «Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 22.3276 Neue Eurasien-Strategie für die Schweiz (Stefan Müller-Altermatt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, mit welchen Mitteln und Massnahmen er den Frieden und den Wohlstand in der eurasischen Region in den kommenden Jahren fördern will. Er bezieht bei dieser neuen Eurasien-Strategie die Macht- und Interessenverschiebungen aufgrund des Ukraine-Konflikts mit ein und antizipiert die Folgen insbesondere für jene Länder, welche als russische Vasallenstaaten bezeichnet werden müssen und/oder in denen Russland die Funktion der Schutzmacht inne hat.

Bericht vom 31. Januar 2024 «Aussenpolitische Strategie 2024–2027» (abrufbar unter: www.eda.admin.ch > Aussenpolitik > Strategien und Grundlagen).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 P 24.3006 Unterstützung der Schweiz für die armenische Bevölkerung angesichts des Bergkarabach-Konflikts (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht darüber vorzulegen, was die Schweiz unternehmen kann, um die armenische Bevölkerung aufgrund des Bergkarabach-Konflikts zu unterstützen. Dabei soll er insbesondere prüfen, wie die Schweiz auf die Freilassung der armenischen Kriegsgefangenen in Aserbaidschan und auf Sicherheitsgarantien für die in Bergkarabach verbliebenen Armenierinnen und Armenier hinwirken kann. Zudem ist eine Unterstützung der über 100 000 Armenierinnen und Armenier anzustreben, welche nach Armenien haben flüchten müssen und sich nun in einer schwierigen Situation mit wenig internationaler Hilfe befinden.

Mit der Einreichung des Postulats hat die Kommission der Petition 20.2024 "Comité Suisse-Karabagh. Recht auf Leben und Selbstbestimmung für die Armenier in Bergkarabach" Folge gegeben.

Bericht vom 13. November 2024 «Unterstützung der Schweiz für die armenische Bevölkerung angesichts des Bergkarabach-Konflikts» (abrufbar unter: www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > Publikationshinweis (13.11.2024)).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Direktion für Völkerrecht

2019 P 19.3414 Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen, ob das Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen (SRVG) oder andere Bundesgesetze mit einer bzw. mehreren neuen Bestimmungen ergänzt werden können, die den Justiz- bzw. den an der Rechtshilfe beteiligten Behörden ermöglichen, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten mit der Betreuung der Rückerstattungen zu beauftragen, die sie im Rahmen von Straf- und Rechtshilfeverfahren anordnen.

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 M 22.4260 Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik. Einheitliche und systematische Verwaltungsverfahren (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Form eines Erlasses sicherzustellen, dass in der Bundesverwaltung departementsübergreifend einheitliche und systematische Verfahren bezüglich der Information und Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen in der Aussenpolitik gemäss Artikel 152 des Parlamentsgesetzes eingeführt und umgesetzt werden.

2023 M 22.4264 Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik. Einheitliche und systematische Verwaltungsverfahren (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Form eines Erlasses sicherzustellen, dass in der Bundesverwaltung departementsübergreifend einheitliche und systematische Verfahren bezüglich der Information und Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen in der Aussenpolitik gemäss Artikel 152 des Parlamentsgesetzes eingeführt und umgesetzt werden.

Am 27. November 2024 hat der Bundesrat die «Weisungen für die Umsetzung von Artikel 152 des Parlamentsgesetzes zur Information und Konsultation des Parlaments im Bereich der Aussenpolitik» (BBl 2024 3067) verabschiedet. Die Weisungen sind am 1. Januar 2025 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der beiden Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 16.4169 Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (Pascale Bruderer Wyss)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen zu den Chancen und Risiken, welche die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung mit sich bringt betreffend die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung. Im Bericht soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Chancen besser genutzt und die Risiken besser abgesichert werden können.

Postulatsbericht vom 27. März 2024 «Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4346 Forschung und klinische Versuche mit nichtkommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Ausführungsrecht zum Heilmittelgesetz, insbesondere zu den Artikeln 4 bis 9, anzupassen, damit die nicht-kommerzielle klinische Forschung gefördert wird. Die aufwändigen Auflagen und die Tarife für die nicht-kommerziellen Versuche sind anzupassen, damit sie nicht weiter dazu führen, dass wichtige Forschungsvorhaben gar nicht erst gestartet werden können.

Seit dem 1. Juli 2024 kann für akademische klinische Versuche, die nicht durch kommerzielle Drittmittel finanziert werden, eine Gebührenreduktion gemäss Artikel 12 der Verordnung des Schweizerischen Heilmittelinstituts über seine Gebühren (SR 812.214.5) beantragt werden. Die Gebühren für die Bearbeitung von Gesuchen und Meldungen im Rahmen von solchen nichtkommerziellen klinischen Versuchen werden um 80 Prozent reduziert (abrufbar unter: www.swissmedic.ch > News & Updates > Allgemeine Mitteilungen > Gebührenreduktion für nicht kommerziell finanzierte klinische Versuche).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.3588 Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (Eva Herzog)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass alle massgeblichen Statistiken und Studien des Bundes nach Geschlechtern aufgeschlüsselt beziehungsweise deren Auswirkungen auf die Geschlechter untersucht und dargestellt werden.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) hat 2023 ein Forschungsmandat in Auftrag gegeben, um die aktuelle Situation zu analysieren und zu erfahren, inwieweit die Auswirkungen auf Frauen und Männer in den Studien des Bundes berücksichtigt werden. Das Bundesamt für Statistik hat eine Bestandesaufnahme in Bezug auf die Statistiken durchgeführt. Beide Erhebungen haben den Handlungsbedarf bestätigt. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 31. Januar 2024 Richtlinien verabschiedet, in denen das Vorgehen und die Voraussetzungen für die Berücksichtigung des Geschlechts in Studien und Statistiken des Bundes festgelegt sind (BBl 2024 410). Die Richtlinien sind am 1. März 2024 in Kraft getreten. Das EBG stellt den Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung auf seiner Website ein Hilfsmittel zur Beurteilung der Relevanz der Berücksichtigung des Geschlechts zur Verfügung.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Gesundheit

2012 P 12.3100 Patientenrechte stärken (Margrit Kessler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen:

- 1. Welche Instrumente Transparenz über die Patientenrechte herstellen und welche Massnahmen den einheitlichen Vollzug dieser Rechte gewährleisten.*
- 2. Wie Partizipationsrechte (Beschwerde, Rekurs oder Klage) von Patientenorganisationen als Träger öffentlicher Aufgaben zur Geltendmachung von schutzwürdigen öffentlichen Interessen eingeführt werden können.*

2012 P 12.3124 Patientenrechte stärken (Yvonne Gilli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen:

- 1. Welche Instrumente Transparenz über die Patientenrechte herstellen und welche Massnahmen den einheitlichen Vollzug dieser Rechte gewährleisten;*

2. Wie Partizipationsrechte (Beschwerde, Rekurs oder Klage) von Patientenorganisationen als Träger öffentlicher Aufgaben zur Geltendmachung von schutzwürdigen öffentlichen Interessen eingeführt werden können.

2012 P 12.3207 Stärkung der Patientenrechte (Jean-François Steiert)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen:

- 1. welche Instrumente Transparenz über die Patientenrechte herstellen, und welche Massnahmen den einheitlichen Vollzug dieser Rechte gewährleisten;*
- 2. wie Partizipationsrechte (Beschwerde, Rekurs oder Klage) von Patientenorganisationen als Träger öffentlicher Aufgaben zur Geltendmachung von schutzwürdigen öffentlichen Interessen eingeführt werden können.*

Die Rechte von Patienten sind unübersichtlich an vielen Stellen geregelt und massgeblich geprägt von der Rechtsprechung. Der daraus folgenden Intransparenz und Inkohärenz sowie den bestehenden Vollzugsdefiziten in der Praxis bezüglich Patientenrechte stehen betroffene Einzelpersonen oft ohnmächtig gegenüber. Ein verbindliches und einheitliches Beschwerdemanagement in Spitälern und Kliniken fehlt.

Patientenorganisationen sehen sich konfrontiert mit Meldungen über Gefährdungen und Schädigungen im Rahmen von medizinischen Behandlungen, bei welchen die Betroffenen oft weder über die Mittel verfügen noch die Kraft haben, ihre Ansprüche zivil- oder strafrechtlich geltend zu machen. Mangels öffentlich-rechtlichen Beschwerdemöglichkeiten bleibt es den Patientenorganisationen jedoch verwehrt, diese besonders schutzwürdigen Personen auch in Fällen, die sich wiederholen, rechtlich ausreichend zu schützen. Darüber hinaus bestehen Lücken im Schutz von weiteren Bereichen:

- 1. Bei Datenschutzverletzungen im medizinischen Bereich kann der Patient nicht auf die Hilfe des Datenschutzbeauftragten hoffen, weil dieser nicht legitimiert ist, die Entscheide eines Departementes anzufechten.*
- 2. Schutz fehlt ebenfalls in der nicht transparenten Praxis bei Kostengutsprachen von Krankenversicherern, was zu erheblichen Ungleichbehandlungen führt.*
- 3. Zu klären ist, wie der Bundesrat die Rekurs- bzw. Beschwerdemöglichkeit gegenüber der staatlichen Zulassung von Medikamenten beurteilt.*

In anderen Bereichen erfahren schwächere Vertragsparteien einen besonderen Schutz, beispielsweise Arbeitnehmende durch das Arbeitsrecht (Kündigungsschutz, Schlichtungsverfahren), Behinderte oder Frauen im Gleichstellungsgesetz sowie Pauschalreisende. Die zunehmende Komplexität im Gesundheitswesen verlangt nach der rechtlichen Regelung einer möglichen kollektiven Übernahme von Verantwortung durch Patientenorganisationen, wodurch die spezifischen Handlungsrechte der Patienten analog gestärkt werden könnten.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 24. Juni 2015 «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» (abrufbar unter: www.bag.admin.ch > Medizin & Forschung > Patientenrechte > Bericht Patientenrechte in der Schweiz) in Erfüllung der Postulate den Umgang mit Schäden im Rahmen einer medizinischen Behandlung geprüft. Er hat dabei unter anderem auf die Wichtigkeit der Bestrebungen zur Schadensprävention, etwa im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen, hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, dass von grundlegenden Änderungen der Medizinalhaftpflicht, z. B. der Einführung eines umfassenden *No-Fault*-Entschädigungssystems, zurzeit abzusehen ist. Hingegen wurde das EDI angesichts der schwierigen Stellung von Patientinnen und Patienten im Schadensfall beauftragt, die Notwendigkeit und allfällige Ausgestaltung einer subsidiären Entschädigungsregelung zu prüfen.

Angesichts der angespannten Finanz- und Personalsituation sowie der kantonalen Zuständigkeiten sind die Prüfarbeiten einzustellen.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3797 Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie und mit welchen Massnahmen eine Angleichung der Preise der eidgenössischen Sozialversicherungen UV/MV/IV und der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erreicht und wie die Gleichbehandlung der Versicherten im Bereich der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) sichergestellt werden kann. Es gibt keine sachlichen Gründe, weshalb für medizinische Leistungen unterschiedliche Preise vergütet werden, je nachdem, wer bezahlt.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3910 Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten (Laurence Fehlmann Rielle)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, welche Massnahmen bereits getroffen wurden oder anzustossen wären, damit die Wissenschaft und das Gesundheitspersonal in den Bereichen Forschung, Prävention und Pflege die spezifischen Bedürfnisse der Frauen besser berücksichtigen.

Postulatsbericht vom 15. Mai 2024 «Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3721 Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise (Barbara Gysi)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem umfassenden Bericht die Herausforderungen und Situation in den Alters- und Pflegeheimen und den Wohnheimen für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Sars-Covid2-Krise aufzuzeigen, aufzuarbeiten und wo nötig Gesetzesanpassungen einzuleiten.

Folgende Fragen stehen im Vordergrund:

- 1. Wie waren die Heime auf die Corona-Pandemie vorbereitet?*
- 2. Wie wurden die Vorgaben zur Bewältigung umgesetzt?*
- 3. Wurde den besonderen Bedürfnissen von dementen Menschen, von Menschen in palliativen Situationen und Menschen mit Beeinträchtigungen sowie ihren Angehörigen genügend Rechnung getragen?*
- 4. Wie beurteilt der Bundesrat*
 - a. die Auswirkungen des wochenlangen Besuchs- und Ausgangsverbots auf die Gesundheit (im bio-psycho-sozialen Sinne) Bewohnenden in den Heimen?*
 - b. die Information der Heime gegenüber Angehörigen und Beistandspersonen?*
 - c. die Qualität in den Heimen?*
- 5. Wie war die Situation des Personals? War es genügend geschult und geschützt?*
- 6. Welche Unterstützung gab es für die Heime zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen? (Empfehlungen/Beratung von den Kantonen oder von nationalen bzw. Kantonalverbänden, Möglichkeit zum Bezug von mobilen Palliativdiensten etc.)?*
- 7. Welche Lehren sind im Hinblick auf eine mögliche 2. Welle der Corona-Krise, resp. im Hinblick auf zukünftige Epidemien zu ziehen? Wie werden sie umgesetzt? Gibt es alternativen Besuchs- und Betreuungsformen?*
- 8. Wie hat die Aufsicht über die Alters- und Pflegeheime funktioniert?*
- 9. Drängen sich Gesetzesanpassungen auf?*

2020 P 20.3724 Covid-19. Situation für ältere Menschen (Laurent Wehrli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen zur Situation älterer Menschen während der Covid-19-Krise. Der Bericht soll sich sowohl auf verwaltungsinterne als auch -externe Studien stützen und zusammen mit den Kantonen und den in der Sache interessierten Verbänden erarbeitet werden.

Der Bericht soll eine Synthese der Punkte (organisatorische und strukturelle Massnahmen, Liste des notwendigen Materials, vorbereitende Massnahmen) liefern, die im Hinblick auf eine mögliche zweite Welle umgesetzt werden müssen.

Dazu soll der Bericht mindestens folgende Themen behandeln:

- gesundheitliche Situation;*
- Situation aus soziologischer Sicht, einschliesslich der generationenübergreifenden Beziehungen und der während der Coronakrise zu beobachtenden Solidarität;*
- Situation für die Betreuungseinrichtungen;*
- Situation für die Spitex-Dienste;*
- Situation des Betreuungspersonals und der Freiwilligen, die sich um ältere Menschen kümmern, und der Schutz der betreuenden Personen;*
- notwendiges Material und damit verbundene logistische Fragen;*
- Übernahme der durch Covid-19 verursachten Zusatzkosten und Verteilung auf die betroffenen Personen, Versicherer und Behörden (Gemeinden, Kantone, Bund);*
- digitale Lösungen, einschliesslich der Problematik eines möglichen digitalen Grabens.*

Ältere Menschen haben in mehrfacher Hinsicht unter der Coronakrise gelitten. Zum einen natürlich in Bezug auf die Gesundheit; einige sind daran gestorben. Zum anderen sind aber auch soziale Aspekte und die psychische Gesundheit betroffen, da ältere Personen absolut gleichgesetzt wurden mit verletzlichen Personen und Personen aus Risikogruppen und ihnen jeder Kontakt verboten wurde - auch wenn ebenfalls

hervorgehoben werden muss, dass eine schöne Welle der Solidarität die Gesellschaft erfasste. Die Führung der Alterseinrichtungen und der Spitex-Dienste musste angepasst werden, teilweise mit komplexen Auswirkungen in Bezug auf die Organisation und die Finanzierung.

2020 P 20.4253 Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien (Maya Graf)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie Dienstleister und Behindertenorganisationen (BO) im Bereich der Pflege und Betreuung von Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien zu Branchenfragen in die nationalen und kantonalen Krisenstäbe einbezogen werden können.

Folgende Themenbereiche gilt es zu analysieren:

- Gemeinsame Aufarbeitung der ersten COVID-19-Welle von Bund, Kantonen, Leistungsanbietern und BO für die Bereiche Langzeitpflege und soziale Betreuungsarbeit;*
- Aufrechterhaltung bestehender Angebote im Falle eines Lockdowns bzw. gemeinsame Entwicklung von Ersatzangeboten (in Bereichen Arbeit, Ausbildung, Tages- und Nachtstruktur) für Menschen, die Angebote in Anspruch nehmen, ohne aber in soz. Einrichtungen zu wohnen;*
- Einbezug der BO und Dienstleister für Pflege und Betreuung für Menschen mit Behinderung bzw. für Kinder/Jugendliche in Krisenstäbe zu branchenrelevanten Fragen;*
- gemeinsame Ausarbeitung von Pandemie-Schutzkonzepten basierend auf den Erfahrungen der ersten COVID-19-Welle durch Bund, Kantone, Dienstleister und BO;*
- Synchronisierung der Arbeiten zur Vorbereitung auf Krisen und zur Krisenbewältigung zwischen Behörden und Akteuren des Behindertenwesens auf nationaler und kantonaler Ebene.*

Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die ältere Bevölkerung und auf Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3923 Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, seine Politik im Bereich des Datenmanagements im Gesundheitsbereich zu ändern und dabei namentlich Folgendes vorzusehen:

- Rasche Umsetzung der "Open Government Data"-Strategie 2019-2023;*
- Orientierung an den weltweit besten Praktiken im Bereich des Datenmanagements, namentlich vor dem Hintergrund einer Gesundheitskrise;*
- Schaffung einer zentralisierten Datenverwaltung für personelle und materielle Ressourcen für Krisenzeiten;*
- Einleitung der auf internationaler Ebene erforderlichen Schritte zum Abschluss von Abkommen über den Daten- und Informationsaustausch im Falle einer Epidemie, gestützt auf Artikel 80 des Epidemiengesetzes.*

Der Bundesrat hat bereits am 12. Januar 2022 den Bericht zur Verbesserung des Datenmanagements im Gesundheitsbereich zur Kenntnis genommen (abrufbar unter: www.bag.admin.ch > Das BAG > Strategie & Politik > Nationale Gesundheitsstrategien > DigiSanté > Dokumente > Weitere Dokumente). Darauf basierend hat er die Umsetzung von fünf Massnahmen in Auftrag gegeben (vgl. Medienmitteilung vom 12. Januar 2022, abrufbar unter: www.bag.ch > Das BAG > Medienmitteilungen > 12.1.2024). Die Bundesratsmassnahme 5: «Fachgruppe Datenmanagement im Gesundheitswesen» wurde bereits im Jahr 2022 abgeschlossen. Die Bundesratsmassnahme 3 «Gemeinsame Interaktionen zum Datenaustausch» wurde Ende 2023 mit einem Informationsanlass abgeschlossen. Die Bundesratsmassnahme 4: «Weiterentwicklung der Data-Science-Kompetenzen» wurde im November 2024 abgeschlossen. Die Bundesratsmassnahme 1 und 2 werden im Programm «Digisanté» (23.076) übernommen. Die Umsetzung des Programms startet anfangs 2025 und nimmt die noch nicht abgeschlossenen Massnahmen vollständig auf.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3220 Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Benjamin Roduit)

Eingereichter Text:

Es soll eine umfassende Studie über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, da diese in ihrem Alltag stark von den Auswirkungen von Covid-19 betroffen sind. Der Bundesrat wird beauftragt, Kinder und Jugendliche ins nationale Human-Biomonitoring-Programm aufzunehmen. Die daraus gewonnenen wissenschaftlichen Ergebnisse sollen die bestehenden Wissenslücken im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schliessen und ihre gesundheitliche Situation in der Schweiz verbessern.

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2023 den Zwischenbericht zum Abschluss des Pilotprojektes für eine nationale Gesundheitsstudie (abrufbar unter www.bag.admin.ch > Gesund leben > Umwelt & Gesundheit > Chemikalien > Chemikalien im Alltag > Human Biomonitoring (HBM) > Human Biomonitoring Projekte in der Schweiz > Die Pilotphase) zur Kenntnis genommen und dem EDI in Abstimmung mit dem UVEK und dem WBF den Auftrag erteilt, Abklärungen bezüglich Finanzierung, Organisation und

rechtlicher Grundlagen einer Schweizer Kohorte zu treffen. Dies beinhaltet auch den Einbezug von Kindern und Jugendlichen. Auf dieser Grundlage wird der Bundesrat dann über die Lancierung einer Schweizer Kohorte entscheiden. Das Kernanliegen des Postulats ist damit mit dem Zwischenbericht aufgenommen und beantwortet worden. Ausserdem hat der Bundesrat dem Postulat im Bericht in Erfüllung des Postulats 21.3457 WBK-N, «Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken», dadurch Rechnung getragen, dass der Aspekt Pandemie und psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen spezifisch betrachtet wurde. Siehe dazu auch den Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Wie steht es um die psychische Gesundheit in der Schweiz und wie kann sie zur Bewältigung künftiger Krisen gestärkt werden?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3230 Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung (Heidi Z'graggen)

Eingereichter Text:

Es ist zu befürchten, dass die Massnahmen zur Bekämpfung der Covid19 Pandemie nicht nur schwerwiegende volkswirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche, soziale und psychologische Folgen auf die Einzelnen, auf die Familien, ja das gesamte soziale Leben haben. Während die volkswirtschaftlichen Folgen breit diskutiert und erhoben werden, fehlen belastbare Daten für die Folgen auf die Gesellschaft, bzw. die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen.

Der Bundesrat wird beauftragt, zu erheben, welche Folgen auf die Gesellschaft und ihre unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen die Massnahmen zur Bekämpfung der Covid19 Pandemie hatten und darüber Bericht zu erstatten.

Gestützt auf diese Erhebungen soll er Schlüsse ziehen und Bericht erstatten, ob Handlungsbedarf besteht und wie die allfälligen Auswirkungen der getroffenen Massnahmen geheilt werden sollen.

Der Bundesrat hat mehrere Berichte vorgelegt, welche die im Postulat aufgeworfenen Fragen beantworten, insbesondere den Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Wie steht es um die psychische Gesundheit in der Schweiz und wie kann sie zur Bewältigung künftiger Krisen gestärkt werden? Erkenntnisse aus der Covid-19-Pandemie» in Beantwortung der Postulate Hurni 21.3234 «Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer?» und WBK-N 21.3457 «Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken» und den Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die ältere Bevölkerung und auf Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen» in Beantwortung der Postulate Gysi 20.3721 «Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise» und Wehrli 20.3724 «Covid-19. Situation für ältere Menschen». Auch die Evaluation der Krisenbewältigung Covid-19 im Auftrag des BAG untersuchte die Zweckmässigkeit, Kohärenz und Wirksamkeit der ergriffenen Massnahmen und fokussierte auch auf das Soziale und die Gesellschaft.

Zudem hat der Bundesrat im Jahr 2022 das nationale Forschungsprogramm «Covid-19 in der Gesellschaft» (NFP 80) lanciert. Im Rahmen des NFP 80 werden die wichtigsten Faktoren und gesellschaftlichen Dynamiken identifiziert, die in der Covid-19-Pandemie eine entscheidende Rolle gespielt haben. Es werden 25 Projekte in den sieben Themenbereichen Jugend und Bildung, Familie und Recht, Governance und Wirtschaft, Arbeit, öffentlicher Diskurs, Wohlbefinden und Zusammenhalt sowie soziale Sicherheit gefördert. Die Forschungsphase dauert fünf Jahre.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3234 Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer? (Baptiste Hurni)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, einen Bericht über den psychischen Gesundheitszustand der Schweizer Bevölkerung vorzulegen, der insbesondere folgende Fragen behandelt:

1. Welche Folgen hat die Pandemie für die psychische Gesundheit, insbesondere von Personengruppen, bei denen laut dem Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan) Risikofaktoren vorliegen (geringes Bildungsniveau, Migrationshintergrund, Arbeitslosigkeit oder Invalidität, Einschränkungen wegen eines körperlichen Gesundheitsproblems, Einsamkeit), und in den verschiedenen Altersgruppen?

2. Welche Möglichkeiten gibt es, um die psychische Gesundheit der Bevölkerung nach dem Ende der Pandemie zu stärken, und welche Veränderungen in den Versorgungs- oder Finanzierungsmodellen könnten dafür notwendig sein?

3. Welche Massnahmen können ergriffen werden, um die Schutzfaktoren (gemäss Obsan: hohe Kontrollüberzeugung, hohe allgemeine Selbstwirksamkeit, hohes resilientes Coping, starke soziale Unterstützung) durch die öffentliche Politik des Bundes zu stärken?

2021 P 21.3457 Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Die Coronakrise und deren indirekten Auswirkungen stellen Familien, Bildungseinrichtungen und vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene selbst vor grosse Herausforderungen. Dies bestätigen die zunehmenden Aufrufe der Fachgremien und Fachkräfte, welche sich höchst besorgt über die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen an die Öffentlichkeit wenden. Zudem ist davon auszugehen, dass die psychologischen Effekte der Coronakrise längerfristig spürbar sein werden. Es ist offensichtlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Was jedoch fehlt ist ein Gesamtüberblick über die aktuelle Lage in der Schweiz. Deshalb wird der Bundesrat aufgefordert, in einem dringlichen Bericht die Situation darzulegen und aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Coronakrise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Zudem wird der Bundesrat gebeten, konkrete Massnahmen zur Wahrung der

psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insb. Studierende) aufzuführen.

Eine Minderheit der Kommission (Umbricht Pieren, Chevalley, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Wie steht es um die psychische Gesundheit in der Schweiz und wie kann sie zur Bewältigung künftiger Krisen gestärkt werden? Erkenntnisse aus der Covid-Pandemie»

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 21.3453 Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die sogenannten Long-Covid-Fälle systematisch zu erforschen und zu begleiten. Er wird weiter beauftragt, die entsprechenden Programme zu initiieren.

Eine Minderheit der Kommission (de Courten, Aeschi Thomas, Glarner, Röstli) beantragt, die Motion abzulehnen.

Die Abschreibung dieser Motion wurde von beiden Räten in der Sommer- und Herbstsession 2024 abgelehnt. Dem Bund fehlen für die vollständige Umsetzung der Motion die Kompetenzen. So fallen die medizinische Begleitung von Long-Covid-Fällen in den Aufgabenbereich der Gesundheitseinrichtungen und die Erarbeitung von entsprechenden Diagnose- oder Therapieempfehlungen in die Zuständigkeit ärztlicher Fachgesellschaften. Aufgrund der angespannten Situation des Bundeshaushaltes verfügt der Bundesrat zudem über keine Möglichkeit, die Forschung im Bereich der Post-Covid-19-Erkrankung gezielt zu fördern. Aufgrund der Finanzperspektiven sieht der Bundesrat keine Möglichkeit, die Motion in den kommenden Jahren umzusetzen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2019 P 19.4380 Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche Anpassungen notwendig sind, damit die von der Invaliden- und Unfallversicherung abgegebenen Hilfsmittel dem technologischen Fortschritt entsprechen, sofern die Mehrkosten für das einzelne Hilfsmittel dem tatsächlichen Mehrwert für die versicherte Person entsprechen. Dabei soll insbesondere auch die Einführung eines Preissetzungsverfahrens für Hilfsmittel (analog der Spezialitätenliste für Medikamente des Bundesamtes für Gesundheit, BAG) geprüft werden.

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 19.3702 Einkauf in die Säule 3a ermöglichen (Erich Ettlin)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 82 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und die entsprechenden Verordnungsbestimmungen dahingehend abzuändern, dass Personen mit einem AHV-Einkommen, die in früheren Jahren keine oder nur Teilbeiträge in die Säule 3a einzahlen konnten, die Möglichkeit erhalten, dies nachzuholen, und es vollumfänglich vom steuerbaren Einkommen im Einkaufsjahr abziehen können (sog. 3a-Einkauf). Die Einkaufsmöglichkeiten sollen dabei zeitlich und finanziell eingeschränkt werden, wie in der Begründung erläutert.

Der Bundesrat hat am 6. November 2024 die Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) verabschiedet (SR 831.461.3; AS 2024 622). Sie ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 19.4407 Wie gelingt eine tatsächliche Arbeitsintegration von Menschen mit einem lange dauernden Gesundheitsschaden durch die Invalidenversicherung? (Yvonne Feri)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt,

- 1. einen Bericht über die längerfristige Wirkung von IV-Eingliederungsmassnahmen auf die Einkommenssituation der versicherten Personen vorzulegen und*
- 2. basierend auf dem Bericht in Zusammenarbeit mit den Kantonen und weiteren Akteuren Massnahmen zu ergreifen, damit Menschen mit Behinderungen/ gesundheitlichen Belastungen dank einer tatsächlichen Arbeitsintegration oder einer Rente nicht in prekären finanziellen Situationen leben müssen.*

2022 P 22.3237 Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern (Johanna Gapany)

Eingereichter Text:

Um den Austausch über die Best-Practices unter den kantonalen Ämtern zu verbessern, wird der Bundesrat ersucht, in einem Bericht Massnahmen zu prüfen, die die Wiedereingliederung von IV-Rentenbezügerinnen und -bezüger in den Arbeitsmarkt erleichtern. Zu untersuchen sind insbesondere folgende Punkte:

- *die kantonalen Unterschiede bei der Behandlung der Rentengesuche, und zwar auf der Grundlage der eingereichten Gesuche. Die Gründe für die Unterschiede sind zu analysieren und Empfehlungen zu formulieren.*
- *die kantonalen Unterschiede bei den Eingliederungsmassnahmen; auch hier sollen die eingereichten Gesuche als einzige Grundlage dienen. Zu ermitteln sind die Gründe für diese Unterschiede und die Best-Practices der Kantone. Zudem sind die verschiedenen, von den Kantonen angewendeten Eingliederungsinstrumente zu evaluieren.*
- *schweizweite Einführung einer Nomenklatur, nach der die zu einer Rente berechtigenden psychischen Krankheiten einheitlich bezeichnet werden;*
- *wenn sinnvoll, Einführung eines Pauschalbeitrags für die Eingliederungsmassnahmen, der nach der Anzahl der Personen berechnet wird, die von einer IV-Stelle begleitet werden;*
- *Förderung von Instrumenten wie das ressourcenorientierte Profil der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (REP);*
- *Bestätigung der Ergebnisse der Studie von Avenir Suisse.*

Postulatsbericht vom 20. Dezember 2024 «Berufliche Eingliederung in der Invalidenversicherung. Evaluation von Praxis und Wirkung sowie Prüfung von Optimierungsmassnahmen».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 20.4141 Für eine bessere soziale Absicherung der Selbstständigerwerbenden (Benjamin Roduit)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Untersuchung über die Modalitäten der sozialen Absicherung der Selbstständigerwerbenden (Einzelunternehmer/innen, Arbeitgeber/innen, Mitarbeitende Ehegatten/Ehegattinnen, Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung ...) durchzuführen. Insbesondere sollen Lücken ermittelt werden, die sich besonders in Krisen offenbaren, und in Abstimmung mit den Sozialpartnern sollen angemessene Massnahmen vorgeschlagen werden.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Soziale Absicherung der Selbstständigerwerbenden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3220 BVV 3. Mehr Flexibilität bei der Erbfolgeplanung (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Möglichkeit einer Änderung der Reihenfolge der begünstigten Personen nach Artikel 2 der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) zu untersuchen. Namentlich geht es um die Möglichkeit, den überlebenden Ehegatten oder die überlebende Ehegattin als begünstigte Person bei der beruflichen Vorsorge oder der 3. Säule auszuschliessen, wenn die betroffenen Parteien dazu einwilligen.

Postulatsbericht vom 7. Juni 2024 «Analyse zur Flexibilisierung der Begünstigtenordnung in der Säule 3a».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 22.3377 Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, bis zum 30. Juni 2023 eine Bemessungsgrundlage zu implementieren, welche bei der Ermittlung des Einkommens mit Invalidität mittels statistischer Werte realistische Einkommensmöglichkeiten von Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung berücksichtigt. Er trägt dabei den Umstand Rechnung, dass Menschen mit Behinderungen aufgrund ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung auch bei Hilfstätigkeiten auf tiefstem Kompetenzniveau gewisse Arbeiten nicht ausführen können und dass das Lohnniveau auch bei ihnen zumutbaren Tätigkeiten tiefer ist als bei gesunden Personen.

Bei der Überarbeitung der Bemessungsgrundlagen, die sich auf anerkannte statistische Methodik und auf den Stand der Forschung abstützt, berücksichtigt der Bundesrat das neue lineare Rentensystem, die Weiterentwicklung der Invaliditätsbemessung und damit auch die neuen Regelungen auf Stufe Verordnung per 1. Januar 2022. Er bezieht den Lösungsvorschlag von Riemer-Kafka/Schwegler mit ein, so wie er das mehrfach in Aussicht gestellt hat.

Er legt die finanziellen Konsequenzen der Bearbeitung vor Konsultation der entsprechen Verordnungsänderungen offen und konsultiert die zuständigen Fachkommissionen vor der Inkraftsetzung.

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2023 die Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV; SR 831.201; AS 2023 635) verabschiedet. Die Änderung der IVV ist am 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Der Bundesrat wird sowohl die Neuerungen bei der Invaliditätsgradbemessung im Rahmen der Änderung vom 19. Juni 2020 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (SR 831.20; AS 2021 705) als auch die Neuerungen im Rahmen der Umsetzung der vorliegenden Motion (Pauschalabzug) evaluieren. Diese Evaluationen brauchen jedoch Zeit, da erst nach etwa 3 Jahren verwertbare Daten vorliegen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2019 M 18.4411 Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen (Géraldine Savary)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in der Gesetzgebung die Möglichkeit vorzusehen, dass Branchen- und Produzentenorganisationen mit dem Bundesamt zusammenarbeiten, das für die Überwachung und den Schutz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit geschützter Bezeichnung zuständig ist, um Missbrauch und unlauterem Wettbewerb aller Art entgegenzuwirken.

Der Bundesrat hat am 1. November 2023 die Änderung der GUB/GGA-Verordnung (SR 910.12; AS 2023 697) verabschiedet. Diese ist am 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d der GBB/GGA-Verordnung ermöglicht es den Branchen, die dies wünschen, im Pflichtenheft vorzusehen, dass die Verpflichtung zur Kontrolle der Aufbereitung, Vorverpackung und Etikettierung durch eine oder mehrere Zertifizierungsstellen kontrolliert werden können.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 19.3483 Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln (Nadine Masshardt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob das Mindesthaltbarkeitsdatum bei Lebensmitteln durch ein Verfallsdatum ersetzt werden kann. Allenfalls könnte die Massnahme auch in den vom Bundesrat auszuarbeitenden Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung aufgenommen werden.

Auf die Einführung eines Verfallsdatums wird verzichtet. In der EU sind keine Bestrebungen vorhanden, das Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein Verfallsdatum zu ersetzen. Würde nur die Schweiz das Verfallsdatum einführen, würde dies zu einem Handelshemmnis führen. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat aber einen «Leitfaden zur Reduktion von Lebensmittelverlusten bei der Datierung von Lebensmitteln» (abrufbar unter: www.blv.admin.ch > Lebensmittel und Ernährung > Lebensmittelsicherheit > Kennzeichnung > Informationen auf der Lebensmitteletikette > Weitere Informationen > Links > Leitfaden von Nov. 2021 sowie 2. Auflage von 2023) erstellen lassen und zusammen mit dem Informationsschreiben 2021/9 «Abgabe von Lebensmitteln nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD)» (abrufbar unter: www.blv.admin.ch > Lebensmittel und Ernährung > Rechts- und Vollzugsgrundlagen > Hilfsmittel und Vollzugsgrundlagen > Informationsschreiben) im November 2021 publiziert. Im Rahmen des Aktionsplans des Bundesrates zur Reduktion der Lebensmittelverluste analysieren die Unternehmen im Rahmen der Leitfäden von 2024 zur branchenübergreifenden Vereinbarung zur Reduktion von Lebensmittelverlusten (abrufbar unter: www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Abfall > Abfallwegweiser > Biogene Abfälle > Abfallarten > Lebensmittelverluste) systematisch, ob in ihrem Sortiment der «Leitfaden zur Reduktion von Lebensmittelverlusten bei der Datierung von Lebensmitteln» eingehalten wird.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.3624 Konsum von lokal angebaute Obst und Gemüse fördern (Benjamin Roduit)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die in der Schweiz und den EU-Ländern geltenden Best Practices hinsichtlich des Konsums von lokal angebaute Obst und Gemüse zu verbreiten.

Die geplante Informationskampagne des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) in Zusammenarbeit mit mehreren Verbänden (Schweizerischer Gemüseproduzentenverband, Schweizerischer Obstverband und Schweizerischer Bauernverband) kam aus mangelndem Interesse der Verbände nicht zustande. Das BLV hat daher seine Informationstätigkeit via die Website www.5amTag.ch verstärkt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.3403 Kein Schwanzcoupieren ohne Betäubung (Meret Schneider)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Tierschutzverordnung dahingehend anzupassen, dass das routinemässig praktizierte Coupieren von Schafen auch vor dem 7. Lebenstag der Tiere nur noch unter Schmerzausschaltung durchgeführt werden darf.

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2024 eine Änderung der Tierschutzverordnung verabschiedet (SR 455.1; AS 2025 21). Nach Artikel 19 Absatz 2 ist nach einer Übergangsfrist von 15 Jahren bei Schafen das Kürzen des Schwanzes verboten. Die Änderung ist am 1. Februar 2025 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

- 2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (Natalie Rickli)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine dahingehende Änderung von Artikel 64 des Strafgesetzbuches vorzulegen, dass Hafturlaube und "Ausgänge" für Verwahrte ausgeschlossen sind.
- 2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Berücksichtigung der Konkordate Kriterien und Mindeststandards für einen einheitlichen Vollzug der Strafen von gefährlichen Tätern festzulegen.
- 2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (Andrea Caroni)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, damit gegenüber Jugendlichen, deren jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen wegen Erreichen der Altersgrenze beendet werden müssen (Art. 19 Abs. 2 des Jugendstrafgesetzes, JStG), die nötigen Massnahmen angeordnet bzw. weitergeführt werden können, wenn dies wegen schwerwiegender Nachteile für die Sicherheit Dritter notwendig ist.
- 2018 M 17.3572 Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (Bernhard Guhl)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64b Absatz 1a des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) dahingehend anzupassen, dass die zuständige Behörde erst wieder nach drei Jahren oder auf begründeten Antrag eine bedingte Entlassung zu prüfen hat, wenn bei einem Straftäter das jährliche Gutachten zur Prüfung einer bedingten Entlassung (Art. 64b Abs. 2b) dreimal in Folge negativ ausgefallen ist.

Der Bundesrat beantragte mit der Botschaft vom 2. November 2022 zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug) (BB1 2022 2991) die Abschreibung der drei Motionen. Die Vorlage 1 wurde in der Schlussabstimmung vom 13. Juni 2024 abgelehnt. Nach der Ablehnung hat die RK-NR die parlamentarische Initiative 24.464 «Massnahmen im Sanktionenvollzug» eingereicht, mit der sie eine umfassende Revision im Bereich des Sanktionenvollzugs anstossen will. Die Anliegen der Motionen sollen mit dieser Initiative erneut aufgegriffen werden. Sie will aber gegenüber der abgelehnten Vorlage weitergehende gesetzgeberische Massnahmen umsetzen. Nach dem Eintreten des Parlaments auf die Vorlage 1 und der Schlussabstimmung dazu erachtet der Bundesrat die Anliegen der Motionen als erfüllt bzw. gegenstandslos.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

- 2017 M 16.3752 Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf das revidierte Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) und das Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) mit der EU eine Vereinbarung zur Koordinierung der Anwendung des jeweils geltenden Datenschutzrechts durch die zuständigen Datenschutzbehörden anzustreben und entsprechende Sondierungsgespräche zu führen, mit dem Ziel, die Probleme aus der fehlenden territorialen Abgrenzung der aufsichtsrechtlichen Zuständigkeit bei einer parallelen Geltung der DSGVO und des DSG für die Wirtschaft und die Aufsichtsbehörden der Schweiz und der EU zu lösen.

Für die Gespräche mit der EU wollte der Bundesrat die Evaluation des schweizerischen Datenschutzniveaus durch die Europäische Kommission abwarten, weil die Erfolgchancen eines Kooperationsabkommens mit der EU davon abhängen, dass die Europäische Kommission der Schweiz weiterhin ein angemessenes Datenschutzniveau attestiert. Der Bericht der Europäischen Kommission wurde im Januar 2024 publiziert. Vor diesem Hintergrund hat die Schweiz mit der EU-Kommission Kontakt aufgenommen und im Sommer 2024 erste Diskussionen geführt. Die Europäische Kommission hat das Interesse der Schweiz an einer Koordinierung zur Kenntnis genommen. Sie hat nicht ausgeschlossen, dass zu einem späteren Zeitpunkt Verhandlungen zu einem allfälligen gemeinsamen Abkommen aufgenommen werden könnten, jedoch scheint dies im Augenblick keine Priorität für die Kommission darzustellen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung der Motion. Dies schliesst hingegen nicht aus, dass die entsprechenden Gespräche in Zukunft wieder aufgenommen werden, sobald die Europäische Kommission bereit dafür ist.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 P 18.3080 Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs? (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, die Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs zu untersuchen und insbesondere zu prüfen, ob die Prinzipien der Kostendeckung und der Äquivalenz befolgt werden und ob eine Senkung der Gebührenansätze wünschenswert ist. Zudem soll die Möglichkeit, kantonale Gebührensätze zuzulassen, geprüft werden.

Postulatsbericht vom 31. Mai 2024 «Anpassung der Gebühren im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3009 Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt:

- Zu prüfen, ob die geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches in den Konstellationen gemäss Artikel 46 StGB und 49 StGB schuldangemessene Sanktionen ermöglichen.

- Mögliche Alternativen zum geltenden Recht mit ihren Vor- und Nachteilen und allfälligen weiteren Folgen aufzuzeigen.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3440 Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung (Pirmin Schwander)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert aufzuzeigen, wie er den Schutzbereich von Artikel 185 Absatz 3 Bundesverfassung definiert und daraus seine Notrechtskompetenzen begründet. Insbesondere soll klargestellt werden, ob immer ein sicherheitspolitisches Anliegen vorliegen muss oder auch andere politische Ziele alleine genügen.

2023 P 23.3438 Anwendung von Notrecht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und Grenzen des Notrechts in einem Bericht aufzuzeigen. Dabei soll insbesondere darauf eingegangen werden,

- inwiefern die beiden Art. 184 und 185 BV als Rechtsgrundlage genügen

- inwiefern die Mitwirkung des Parlaments verbessert werden kann.

Postulatsbericht vom 19. Juni 2024 «Anwendung von Notrecht».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4399 Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Andrea Caroni)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie das Bundesgerichtsgesetz (BG) dergestalt modernisiert werden kann, dass die Belastung des Bundesgerichts und der Rechtsschutz optimiert werden.

Postulatsbericht vom 24. Januar 2024 «Revisionsbedarf Bundesgerichtsgesetz». Die Ergebnisse des Postulatsberichts bilden Gegenstand der Teilrevision des Bundesgerichtsgesetzes (SR 173.110). Der Bundesrat hat dazu im Dezember 2024 die Vernehmlassung eröffnet (abrufbar unter www.fedlex.ch > Vernehmlassungen > laufende Vernehmlassungen > EJPD > 2024/36).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4448 Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (Yvonne Feri)

Eingereichter Text:

Ich bitte den Bundesrat, eine Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen (BG-KKE) und der Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden durchzuführen.

Postulatsbericht vom 28. August 2024 «Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen und der Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.4141 Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Evaluation der erst- und zweitinstanzlichen Gerichtspraxis zum revidierten Unterhaltsrecht (in Kraft seit 1.1.2017) mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung zu erstellen. Diese Evaluation soll in einer repräsentativen Auswahl von Kantonen untersuchen, wie häufig Formen alternierender Obhut a) in absoluten Zahlen, b) in

strittigen Fällen und c) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Scheidungs- und Trennungsurteile, in welchen minderjährige Kinder betroffen sind, angeordnet wurde. In der Evaluation soll ersichtlich sein, wie alt die Kinder sind/waren und welche Anträge die Eltern gestellt haben. Ebenso muss klar herausgelesen werden, welche Betreuungsanteile Väter respektive Mütter abdecken. Neben den Auswirkungen der Gesetzesrevision auf die Praxis ist auch abzuklären, ob und allenfalls, wie sich die bundesgerichtliche Rechtsprechung dazu auf die erst- und zweitinstanzlichen Urteile ausgewirkt hat.

Postulatsbericht vom 24. April 2024 «Alternierende Obhut: Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 20.3046 Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt. Das Schweizer Bürgerrecht als Bedingung für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte ist nicht mehr zeitgemäss (Marionna Schlatter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Anpassung der Zivilstandsverordnung (ZStV) dahingehend zu prüfen, ob die Bedingung des Schweizer Bürgerrechts zur Ausübung des Berufs der Zivilstandsbeamtin oder des Zivilstandsbeamten beizubehalten ist.

Mit der Revision der Zivilstandsverordnung (SR 211.112.2, AS 2024 335) vom 26. Juni 2024 wurde das Bürgerrechtserfordernis für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte gestrichen. Dies, nachdem der Bundesrat die betreffende Frage im Rahmen einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt hatte und sich die Rückmeldungen überwiegend für eine Streichung ausgesprochen hatten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.3180 Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass die Gründung eines Unternehmens ohne Medienbruch - also vollständig digital - möglich sein soll.

Seit dem 1. Januar 2013 sind alle Handelsregisterämter zur Annahme elektronischer Anmeldungen und zur digitalen Datenerfassung und Weiterverarbeitung im Handelsregisterverbund verpflichtet und ausgerüstet.

Zudem schafft das im Juni 2023 verabschiedete Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariat (DNG; BBl 2023 1523) neu die Möglichkeit, dass die Urkundsperson das Original der öffentlichen Urkunde – und damit auch die Gründungsurkunde eines Unternehmens – vollständig digital erstellen kann. Mit dem DNG sollen zudem schweizweit einheitliche Regeln für den digitalen Geschäftsverkehr zwischen Urkundspersonen und Handelsregisterbehörden eingeführt werden. Das bedeutet, dass die vom Notar erstellen Unterlagen grundsätzlich vollständig digital, d. h. ohne Medienbruch, beim Handelsregisteramt eingereicht werden können. Die Arbeiten zum Erlass der erforderlichen Ausführungsbestimmungen sowie zur Schaffung des digitalen Urkundenregisters sind aufgegleist. Das DNG wird gemeinsam mit den Ausführungsbestimmungen in Kraft treten (frühestens 2029). Dem Anliegen der Motion wurde mit der Verabschiedung des DNG und der laufenden Erarbeitung der erforderlichen Ausführungsgesetzgebung Rechnung getragen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.4422 Prüfung einer Modernisierung der GmbH (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie eine teilliberierte Gründung einer GmbH oder alternativ eine Senkung des Startkapitals ermöglicht werden kann. Er prüft dabei angemessene Vorschriften zum Schutz des Rechtsverkehrs, insbesondere der Gläubigerinteressen, sowie auch den Mehrwert und den Rechtsvergleich mit dem Ausland.

Postulatsbericht vom 24. April 2024 «Prüfung einer Modernisierung der GmbH».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3010 Referenden zu dringlich erklärten Bundesgesetzen und Verhältnis zum Erneuerungsverbot gemäss Artikel 165 Absatz 4 der Bundesverfassung. Klärungsbedarf (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, was es für Folgen hat, wenn -wie bei der Referendumsabstimmung vom 13. Juni 2021 (Covid-19-Gesetz) - der Ansatz verfolgt wird, dass dringlich erklärte nachträgliche Änderungen an einem dringlich erklärten Grunderlass gleichzeitig wie dieser ausser Kraft treten, wenn dieser in der Referendumsabstimmung abgelehnt wird. Zu erläutern ist insbesondere das Verhältnis dieses Ansatzes zum Erneuerungsverbot gemäss Artikel 165 Absatz 4 BV. Der Bericht soll zudem Lösungen präsentieren, wie die mit diesem Ansatz verbundene Rechtsunsicherheit verringert werden kann, und insbesondere darlegen, welche Bestimmungen als vom Grunderlass abhängig und welche als unabhängig zu betrachten sind.

Postulatsbericht vom 15. März 2024 «Referenden zu dringlich erklärten Bundesgesetzen und Verhältnis zum Erneuerungsverbot gemäss Artikel 165 Absatz 4 der Bundesverfassung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Polizei

2022 P 21.4598 Auslegeordnung Terrorismus- und Extremismusbekämpfung (Min Li Marti)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche Ebenen und Organe für welche Formen von Terrorismus- und Extremismusbekämpfung zuständig sind und welche gesetzlichen Grundlagen dafür jeweils gegeben sind. Dabei geht es um die Abgrenzung von Zuständigkeiten und Kompetenzen beispielsweise von Bundespolizei und kantonalen Polizeien, Bundespolizei und Nachrichtendienst, sowie zur Strafjustiz.

Postulatsbericht vom 31. Mai 2024 «Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus – Aufgabenteilung zwischen Behörden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3017 Stärkung der Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Kryptowährungen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die Strafverfolgungsbehörden des Bundes sich in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden die Technologie beschaffen, die notwendig ist, um Kryptowährungen zu analysieren und Transaktionen in Blockchain-Systemen zurückzuverfolgen, z. B. bei Lösegeldzahlungen oder bei anderen Betrugsfällen, bei denen diese Technologie eingesetzt wird.

Der Bericht führt auch aus, ob dazu die Rechtsgrundlagen angepasst werden müssen und wenn ja, wie diese anzupassen sind.

Die Minderheit der Kommission (Hurter Thomas, Addor, Cattaneo, Fiala, Heimgartner, Hess Erich, Riniker, Tuena, Walliser, Zuberbühler) beantragt, das Postulat abzulehnen.

2022 P 22.3145 Wie fit sind die Kantone in der Cyber-Strafverfolgung? (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) eine Auslegeordnung über den Zustand der kantonalen Cyber-Strafverfolgung zu erarbeiten. Der vollständige Bericht mit den Ergebnissen der einzelnen Kantone wird nicht veröffentlicht. Es soll ein Bericht mit Inhalten veröffentlicht werden, der weder die Polizeitaktik der einzelnen Kantonspolizeien, noch die Reputation einzelner Kantone gefährdet.

Postulatsbericht vom 19. Juni 2024 «Wie fit sind die Kantone in der Cyber Strafverfolgung?».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 22.3369 Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Nationalen Aktionsplan Menschenhandel (NAP) zu erstellen unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Evaluation des NAP 2017-2020.

Das Anliegen der Motion wurde umgesetzt. Für die Jahre 2023–2027 hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 16. Dezember 2022 den dritten Nationalen Aktionsplan (NAP) gegen Menschenhandel gutgeheissen (abrufbar unter: www.fedpol.admin.ch > Aktuell > Medieninformationen > 16.12.2022). Der NAP gegen Menschenhandel 2023–2027 wurde von fedpol mit Beteiligung von Expertinnen und Experten des Bundes, der Kantone und Städte, der Zivilgesellschaft sowie der Sozialpartner erarbeitet. Basierend auf den Evaluationsergebnissen des zweiten Aktionsplans (2017–2020) umfasst der dritte NAP 44 Aktionen zu 7 strategischen Zielen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3832 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass Algerien das Durchführungsprotokoll zum bereits 2007 in Kraft getretenen Rückübernahmeabkommen endlich unterzeichnet und Rückführungen zulässt. Sollte dies auf diplomatischem Wege nicht innert einem Jahr durchführbar sein, so sind Gegenmassnahmen zu treffen.

Das Rückübernahmeabkommen mit Algerien funktioniert: Abgewiesene algerische Staatsangehörige werden von den algerischen Behörden formell identifiziert und Ersatzreisedokumente werden entsprechend ausgestellt. Im Rahmen intensiver Gespräche konnte das Staatssekretariat für Migration (SEM) konkrete Optimierungsmassnahmen mit den algerischen Behörden vereinbaren. Das SEM ist nun in der Lage, Rückführungen via europäische Flughäfen mit Linienflügen nach Algier durchzuführen. Für die kompliziertesten Fälle sind seit 2023 auch Sonderflüge ab der Schweiz möglich – dies, obwohl das Abkommen zwischen der

Schweiz und Algerien von 2006 nur Rückführungen auf Linienflügen vorsieht. Diese Entwicklungen schlagen sich in der Statistik nieder: Während vor der Pandemie die Zahl der Ausreisen 2018 bei 153 und 2019 bei 164 lag, hat sie sich seitdem vervielfacht (2022: 466, 2023: 480, Ende Oktober 2024: 350). Diese Zahlen umfassen sowohl die freiwilligen Ausreisen als auch die Zwangsrückführungen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 16.4151 Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion, Die Mitte, EVP.)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Monitoring zu den konkreten Auswirkungen der Umsetzung vom Artikel 121a der Bundesverfassung auf die Zuwanderung durchzuführen und bei ausbleibender Wirkung dem Parlament weitere arbeitsmarktbezogene Massnahmen oder Abhilfemassnahmen zu unterbreiten.

Abschreibung beantragt mit Bericht des Bundesrates vom 15. März 2024 «Gesamtschau zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials (Umsetzung Art. 121a BV)» (abrufbar unter: www.sem.admin.ch > Das SEM > Medien > Medienmitteilungen > 15.3.2024).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 21.3964 Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt,

1. die Kantone bei der Umsetzung und Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-/EFTA- und Drittstaaten zu unterstützen;

2. zu diesem Zweck auch das Pilotprogramm "Integrationsvorlehre Plus" zu evaluieren, aufgrund der Erfahrungen bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen sowie die entsprechenden Bundesbeiträge an die Kantone zu verstetigen und

3. gemeinsam mit den Kantonen Massnahmen vorzusehen, um die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch eine systematische Erstinformation sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Abklärungsangebote (Potenzialanalysen) zu verbessern.

Zur Umsetzung der Motion und für die Weiterführung der Integrationsvorlehre (INVOL) ab 2024 hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) gemeinsam mit einer breit aufgestellten Begleitgruppe (bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Sozialpartnern und der Wirtschaft) Grundlagen erstellt, wobei Erkenntnisse aus der laufenden Programmevaluation berücksichtigt sind. Auf Basis dieser Grundlagen und der kantonalen Eingaben hat das SEM per Sommer 2024 mit 20 teilnehmenden Kantonen Subventionsverträge zur Umsetzung des verstetigten Bundesprogramms inklusive neuer, vorgelagerter Massnahmen abgeschlossen. Als Neuerungen werden spät Zugewanderte mittels der INVOL vorgelagerter Massnahmen bereits kurz nach ihrer Einreise in die Schweiz systematisch informiert, triagiert und bei einem mutmasslichen Ausbildungsbedarf zu einer Berufsberatung angemeldet. Nach einer Beratung sowie vorbereitenden Sprach- und Grundkompetenzkursen können sie, sofern diese Massnahme geeignet ist, an einer INVOL zur Vorbereitung auf eine Berufslehre teilnehmen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 22.3392 Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass der Zugang zur beruflichen Ausbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers erleichtert wird.

Eine Minderheit der Kommission (Steinemann, Bircher, Buffat, Fischer Benjamin, Glarner, Marchesi, Pfister Gerhard, Romano, Rutz Gregor) beantragt, die Motion abzulehnen.

Mit Annahme der Motion im Dezember 2022 hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, den Zugang von Personen mit rechtswidrigem Aufenthalt in der Schweiz (Sans-Papiers) und von abgewiesenen Asylsuchenden zur beruflichen Grundausbildung zu erleichtern. Die Änderung von Artikel 30a der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201, AS 2024 206) trat am 1. Juni 2024 in Kraft.

Die Änderung bezieht sich auf zwei Fristen, die in Artikel 30a Absatz 1 Buchstabe a VZAE geregelt sind: Die erforderliche Mindestdauer des ununterbrochenen obligatorischen Schulbesuchs in der Schweiz wird von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt, und die Frist zur Einreichung des Härtefallgesuchs im Hinblick auf eine berufliche Grundausbildung von Personen mit rechtswidrigem Aufenthalt in der Schweiz (Sans-Papiers) und von abgewiesenen Asylsuchenden nach der obligatorischen Schulzeit wird von einem auf zwei Jahre erhöht (Art. 30a Abs. 1 Bst. a VZAE). Die übrigen Voraussetzungen für die Erteilung einer Härtefallbewilligung, die sich aus dem Asylgesetz (Art. 14 Abs. 2; SR 142.31), dem Ausländer- und Integrationsgesetz (Art. 30 Abs. 1 Bst. b; SR 142.20) und der VZAE (Art. 30a Abs. 1 Bst. b–f, Abs. 2–3 und Art. 31) ergeben, bleiben unverändert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2022 P 21.3636 Sanierung der durch die Armee belasteten Standorte. Wie sieht der Zeitplan aus? (Baptiste Humi)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht mit detaillierten Zahlen zu den durch die Armee belasteten Standorten in der Schweiz (im Sinne der Altlasten-Verordnung) und insbesondere mit Daten über die Anzahl der betroffenen Standorte, das Ausmass ihrer Belastung sowie die Risiken für die Menschen und die Biodiversität vorzulegen. Zudem sollen die Anstrengungen zur Sanierung dieser Standorte, die bis heute unternommen wurden, und vor allem der Zeitplan für die zukünftigen Sanierungen erläutert werden.

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Belastete Standorte des VBS. Stand, Vorgehen und Planung der Altlastenbearbeitung im VBS».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3006 Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, inwiefern die Schweiz von Beeinflussungsaktivitäten bzw. Desinformationskampagnen betroffen ist. Des Weiteren sind Massnahmen vorzuschlagen, wie der Bedrohung zu entgegnen ist.

Eine Minderheit der Kommission (Glanzmann, Addor, Binder, Büchel Roland, Candinas, Gmür Alois, Heimgartner, Hess Erich, Tuena, Walliser, Zuberbühler) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 19. Juni 2024 «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.4081 Übergeordnete Cyber-Teststrategie im VBS (Marcel Dobler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie eine übergeordnete, umfassendes Cyber Test-Strategie 2023-2030 entwickelt und eingeführt werden kann, welche die zivilen, militärischen und föderalen Bereiche privater und staatlicher Natur abdeckt. Der Zweck dieser Strategie ist es, mittel und langfristig die Resilienz zu erhöhen, KnowHow aufzubauen, die Zusammenarbeit verschiedener Bereiche zu verbessern und zu trainieren. Anzusiedeln ist die verantwortliche Organisation im VBS, welche schon heute im Rahmen seiner Aufgaben für die Umsetzung der NCS die Übungskonzepte erstellt.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Cyberübungen in der Bundesverwaltung und der Armee».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3131 Nato-Kooperation im Verteidigungsbereich verstärken, ohne dem Bündnis beizutreten! (Josef Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie - ohne Bündnisbeitritt und unter Wahrung des Neutralitätsrechts - eine vertiefte, institutionalisierte Kooperation im Verteidigungsbereich mit der NATO erreicht werden kann.

Der Bericht soll die verschiedenen Möglichkeiten der Verteidigungskooperation aufzeigen, sowie Antworten geben, welche Mehrwerte die Schweiz in eine solche Kooperation einbringen kann und welches die möglichen Forderungen und Erwartungen der NATO gegenüber der Schweiz sind.

Auch soll dargelegt werden, welches die vorausgesetzten militärischen Fähigkeiten für die verschiedenen möglichen Projektteilnahmen sind (inkl. Abschätzung der damit verbundenen Kosten).

Der allfällige gesetzgeberische Handlungsbedarf ist aufzuzeigen.

Postulatsbericht vom 31. Januar 2024 «Verteidigungsfähigkeit und Kooperation».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 P 22.3368 VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, wie der Subsidiaritätsbegriff im VBS neu geprüft wird und wie dieser insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdienstleistungen im Cyberbereich anzuwenden ist.

Die Lage in der Ukraine zeigt, dass der Sicherheitsbegriff breiter aufgefasst werden muss, insbesondere im Cyberbereich. Bei einer Verschlechterung der Lage können schnell verschiedene Bereiche betroffen sein: Wirtschaft, Gesellschaft, Verteidigung, Versorgung und weitere. Um den vielschichtigen Gefahren effektiv zu begegnen, müssen auf Bundesebene die vorhandenen Kompetenzen gezielt eingesetzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Das VBS verfügt über Kompetenzen sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich. Eine Trennung von militärischen und zivilen Kompetenzen ist nicht mehr zukunftsfähig.

Postulatsbericht vom 20. September 2024 «VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 23.3594 Keine Verteuerung der Munition für die Schützen, keine Schwächung des Wehrwillens (Werner Salzmann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, keine Änderungen der Schiessverordnung VBS (SR 512.311) per 1. Januar 2024 vorzunehmen und somit den Preis für die Munition GP 11, welche für das Sturmgewehr 57, den Karabiner und das Langgewehr verwendet werden, nicht zu erhöhen.

Auf die Änderung der Schiessverordnung des VBS (SR 512.311) wurde verzichtet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Gruppe Verteidigung

2021 P 21.3448 Zukunft der Armeepotheke (Beat Rieder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche möglichen zukünftigen

Aufgabenfelder der Armeepotheke übertragen werden könnten unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Covid 19 Pandemie. Insbesondere sollte diese umfassende Auslegeordnung die Aspekte Profil und Aufgaben, Kompetenzen, Systeme, Ressourcenbedarf, Prozesse, Organisationsstruktur und Landesversorgung umfassen.

Postulatsbericht vom 14. August 2024 «Zukunft der Armeepotheke».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3000 Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, so rasch wie möglich, aber spätestens bis August 2023, in einem Bericht darzulegen, wie die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz angesichts der Rückkehr von bewaffneten Konflikten wie dem Ukraine-Krieg gestärkt werden kann.

Insbesondere sind folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie sieht eine zukünftige, wieder auf den Kernauftrag der Verteidigung ausgerichtete Armee, bezüglich Militärdoktrin, Fähigkeiten, Strukturen, Ausbildung, Systeme, Personal, Immobilien und Betriebskosten aus?*
- 2. Mit welchen kurz- bis mittelfristigen Massnahmen plant der Bundesrat die Verteidigungsfähigkeit der Armee zu erhöhen?*
- 3. Wie kann der Armee in Anbetracht der finanziellen Situation des Bundes sowie des Umfangs der in den nächsten Jahren ausserdienstzustellenden Systeme finanzielle Planungssicherheit gewährt werden?*
- 4. Untergeordnet unter dem sicherheitspolitischen Bericht fehlt der Schweiz eine Sicherheits- und Verteidigungsstrategie. Diese soll unter anderem aufzeigen wie, neben der Armee, das Widerstandsoperationskonzept (Resistance Operating Concept - ROC) der Schweiz im Verteidigungsfall erhalten (psychologische Massnahmen, Medienberichterstattung, Cyberraum, etc.), und die Resilienz der Schweiz gestärkt werden kann.*

Eine Minderheit der Kommission (Gmür-Schönenberg, Juillard, Vara, Zopfi) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 31. Januar 2024 «Verteidigungsfähigkeit und Kooperation».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2022 P 22.3007 Fähigkeiten zur Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht eine Übersicht der für die Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren benötigten Fähigkeiten aufzuzeigen, welche durch den Bevölkerungsschutz, die Armee oder den Zivildienst erbracht werden müssen, um die Sicherheit in der Schweiz zu gewährleisten.

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Fähigkeitsanalyse Bevölkerungsschutz. Analyse und Beurteilung notwendiger Fähigkeiten und Identifikation des Handlungsbedarfs».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Sport

2020 M 20.4331 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine unabhängige nationale Anlauf- oder Meldestelle aufzubauen, bei der sich Athletinnen und Athleten unter Wahrung ihres Persönlichkeitsschutzes melden können bei jeglichen Missständen im Bereich Sport, sei dies bei physischer und psychischer wie auch sexueller Gewalt, Mobbing oder Machtmissbrauch.

Eine Minderheit der Kommission (Stark, Gmür-Schönenberger, Noser) beantragt, die Motion abzulehnen.

2020 M 20.4341 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine unabhängige nationale Anlauf- oder Meldestelle aufzubauen, bei der sich Athletinnen und Athleten unter Wahrung ihres Persönlichkeitsschutzes melden können bei jeglichen Missständen im Bereich Sport, sei dies bei physischer und psychischer wie auch sexueller Gewalt, Mobbing oder Machtmissbrauch.

Eine Minderheit der Kommission (Umbricht Pieren, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Tuena, Wasserfallen Christian) beantragt, die Motion abzulehnen.

Unabhängig von den Vorkommissionen, welche die beiden Kommissionen zur Einreichung der beiden Motionen bewegt haben, beschlossen die zuständigen Instanzen des Schweizer Sports, die bestehenden Meldestellen der verschiedenen Sportverbände in einer unabhängigen nationalen Meldestelle zu vereinen. Am 1. Januar 2022 wurde die unabhängige nationale Meldestelle in Betrieb genommen, welche bei der Stiftung Swiss Sport Integrity (ehemals Antidoping Schweiz) angesiedelt ist. Ethikverstösse werden durch die Stiftung verfolgt. Das Melde- und Sanktionssystem basiert auf der Ethik-Charta Sport, die einen übergeordneten Wertekatalog darstellt. Mit einer Revision der Sportförderungsverordnung (SpoFöV; SR 415.01, Änderung vom 25. Januar 2023, AS 2023 57) ist die Ausrichtung von Finanzhilfen an Sportorganisationen von deren Anstrengungen zugunsten des fairen und sicheren Sports abhängig. Die Anpassungen legen fest, welchen minimalen Anforderungen diese Anstrengungen zu genügen haben. Damit soll sichergestellt werden, dass das Anliegen der Bekämpfung von Ethikverstössen zielführend und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt wird. Gleichzeitig legt die SpoFöV fest, dass der Dachverband des Schweizer Sports für die Schaffung und den Betrieb einer unabhängigen Meldestelle zur Untersuchung von Fehlverhalten und Missständen und einer unabhängigen Disziplinarstelle zur Sanktionierung von Verfehlungen im Sport zu sorgen hat.

Die Meldestelle sieht sich regelmässig mit einer grossen Anzahl Meldungen konfrontiert, die weit über der ursprünglichen Erwartung liegt. Diese Tatsache zeigt gleichzeitig sowohl die Wichtigkeit des Betriebs einer solchen Stelle auf wie auch die Glaubwürdigkeit, die diese Meldestelle offensichtlich bei Personen geniesst, die von mutmasslichen Ethikverstössen betroffen sind. Am 1. Juni 2024 hat zudem das Schweizer Sportgericht seine Arbeit aufgenommen. Dieses Sportgericht, organisiert in der Rechtsform einer unabhängigen Stiftung, löst die bisher als Organ von Swiss Olympic funktionierende Disziplinarkammer ab und entscheidet über die ihm von der Meldestelle überwiesenen Fälle.

Gestützt auf diese Entwicklung kann das Anliegen der Motionen als erfüllt beurteilt werden.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3022 Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten und notwendige rechtliche Anpassungen vorzuschlagen zur besseren Mitsprache der Bevölkerung und des Parlaments bei der Organisation und Unterstützung von Olympischen Spielen in der Schweiz und anderen Mega-Events.

Postulatsbericht vom 27. September 2024 «Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3971 Zukunftsorientierte Breitensportförderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie durch subsidiäre Finanzhilfen des Bundes und Beratung innovative Sportanlagen sowie bewegungs- und sportfreundliche öffentliche Räume für den Breitensport gefördert und unterstützt werden könnten. Im Bericht soll insbesondere aufgezeigt werden:

- wie die Situation im Breitensport unter Berücksichtigung der verschiedenen Akteure und Angebote aktuell ist;
- welches die langfristigen Auswirkungen der Covid-19-Epidemie auf das Sport- und Bewegungsverhalten der Schweizer Bevölkerung sind;
- welcher Bedarf an innovativen Sportanlagen und an Massnahmen zur bewegungs- und sportfreundlichen Gestaltung öffentlicher Räume zur Förderung des Breitensports besteht;

- welche Szenarien zur Förderung des Breitensports mittels Finanzhilfen an Anlagen und allenfalls weiterer Massnahmen bestehen;
- welche Voraussetzungen und Kriterien für eine Mitfinanzierung durch den Bund zu erfüllen wären;
- welche Rechtsgrundlagen erforderlich wären und welcher Anpassungsbedarf an den geltenden bestehen würde;
- und soweit möglich eine Abschätzung des Finanzbedarfs für eine entsprechende Sportanlagenförderung.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Zukunftsorientierte Breitensportförderung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.4521 Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, die die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht (Elisabeth Baume-Schneider)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen über die verschiedenen Arten der Unterstützung von Sportlerinnen und Sportlern, die die Schweiz an Sportgrossanlässen wie den Olympischen Spielen, den Paralympics oder Weltmeisterschaften vertreten. Um die Studie gezielt zu fokussieren, wird vorgeschlagen, darin nur die Kategorien 1-3 der von Swiss Olympic erstellten Einstufung der Sportarten zu behandeln. Dieses Steuerungsinstrument wird in Sportkreisen anerkannt und ermöglicht eine effiziente Zuteilung der verschiedenen Ressourcen. Der Bericht soll insbesondere die folgenden Punkte behandeln:

- die verschiedenen Arten der Unterstützung, insbesondere finanzieller Art, die für Athletinnen und Athleten vorgesehen sind, die in Nationalmannschaften oder als Einzelpersonen in einer Sportart aktiv sind;
- etwaige Unterschiede bei Prämien, Pauschalen oder Preisgeldern, die an Frauen und die an Männer gezahlt werden;
- die Frage, ob es angebracht ist, neue Instrumente zu entwickeln, um eine "sozioökonomische Auswahl" von Talenten zu verhindern.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, die die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Cybersicherheit

2022 P 21.4512 Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe (Edith Graf-Litscher)

Eingereichter Text:

Cyberangriffe über Verschlüsselungstrojaner (so genannte Ransomware) sind eine der grössten Cyberbedrohungen unserer Wirtschaft und Verwaltung geworden. Solche Angriffe sind für Cyberkriminelle attraktiv, weil es ihnen mit vergleichsweise wenig Aufwand gelingt, Systeme zu verschlüsseln und weil einzelne Unternehmen und Organisationen viel Lösegeld bezahlen, um die Verschlüsselung rückgängig zu machen.

Für die Sicherheit der Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort Schweiz ist es von grosser Bedeutung, dass der Schutz vor Ransomware gestärkt wird. Der Bundesrat wird deshalb gebeten, in einem Bericht darzulegen, über welche Massnahmen dies erreicht werden kann. Er soll dabei insbesondere folgende Massnahmen prüfen:

1. Einführung von verbindlichen Vorgaben für Organisationen mit öffentlichem Auftrag für den grundlegenden Schutz vor Ransomware-Angriffen.
2. Einführung einer Meldepflicht bei Lösegeldzahlungen sowie einer Verpflichtung, Behörden in die Verhandlungen mit den Kriminellen einzubeziehen
3. Stärkung des Austausches von Informationen über versuchte und erfolgreiche Ransomware-Angriffe zwischen dem Bund, den Strafverfolgungsbehörden der Kantone, den privaten Security Incident Response Firmen und den Versicherungen

Postulatsbericht vom 13. November 2024 «Massnahmen gegen Ransomware-Angriffe» (abrufbar unter: www.ncsc.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 13.11.2024).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2016 P 15.4112 Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (Olivier Feller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, nach welchen Kriterien verwaltungsexterne Träger öffentlicher Aufgaben der Prüfung durch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) zu unterstellen sind.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3439 Prüfung einer möglichen Klage gegen die Führungsorgane der Credit Suisse (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, eine rechtliche Auslegeordnung vorzunehmen, um mögliche Verantwortlichkeiten von früheren und aktiven Führungsorgane der Credit Suisse aus Sicht des Staates und von Privaten für den vorliegenden Fall abzuklären. Diese Auslegeordnung soll sowohl zivil-, straf- und öffentlich-rechtliche Grundlagen berücksichtigen.

Bericht des Bundesrates vom 10. April 2024 «Bankenstabilität einschliesslich Evaluation gemäss Artikel 52 des Bankengesetzes».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2022 P 21.3893 Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen (Gerhard Andrey)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht aufzuzeigen, welche Anpassungen der FINMA-Werkzeuge nötig wären, um Anreize zu stärkerer individueller Verantwortungsübernahme der höchsten Kader der Finanzinstitute zu schaffen und um die individuellen Verantwortlichkeiten der Führungsorgane zuzuordnen. Dies mit dem Ziel, die Vertrauenswürdigkeit in den Schweizer Finanzmarkt zu stärken und dessen Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

2023 P 21.4628 Wirksame Sanktionen der Finma gegen fehlbare Finanzinstitute (Prisca Birrer-Heimo)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie der FINMA ermöglicht werden kann, zusätzlich zu den bestehenden Aufsichtsinstrumenten Bussen und/oder weitere Sanktionen gegen fehlbare Finanzinstitute und verantwortliche Personen zu verhängen.

Fehlbare Finanzinstitute fügen ihrer Kundschaft, dem Wirtschaftsstandort Schweiz und der gesamten Gesellschaft erheblichen Schaden zu. Um dies zu verhindern, braucht die Aufsichtsbehörde FINMA ein griffiges Instrumentarium, damit Verstösse wirksam geahndet werden können. Zwar stehen der FINMA bereits heute Aufsichtsinstrumente wie ein Berufs- oder Tätigkeitsverbot oder die Einziehung von Vermögenswerten zur Verfügung. Es zeigt sich jedoch, dass diese Instrumente gegen fehlbare Finanzinstitute respektive verantwortliche Personen selten zur Anwendung kommen. Es ist deshalb sinnvoll und nötig zu prüfen, wie das Instrumentarium der FINMA wirkungsvoll und kohärent um Bussen und/oder weitere Sanktionen gegen fehlbare Finanzinstitute und/oder verantwortliche Personen ergänzt werden kann, so wie dies die meisten ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden und in der Schweiz die Wettbewerbskommission bereits kennen.

2023 P 23.3440 Faktische Anwendbarkeit der Too-big-to-fail-Regulierung auf internationale Grossbanken (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Lichte der Ereignisse um die Rettung der Credit Suisse die praktische Anwendbarkeit, die Wirksamkeit und die Sinnhaftigkeit der too-big-to-fail Gesetzgebung für internationale Grossbanken zu untersuchen und in einem Bericht darzulegen. Insbesondere soll durchleuchtet werden, ob die Notfallplanung, die auf die Rettung der für die Schweiz systemrelevanten Funktionen abzielt, im Kontext der internationalen Systemstabilität ein taugliches Mittel darstellt.

2023 P 23.3441 Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Ständerates zu prüfende Fragen (Finanzkommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Die Finanzkommission des Ständerates beriet an einer ausserordentlichen Sitzung vom 30. März 2023 die Vorlage zum Nachtrag Ia zum Voranschlag 2023 (23.007 sn) vor. Bei der Diskussion stellten sich viele Fragen, welche dem Bundesrat in einem "Mantelpostulat" zur Stellungnahme an der ausserordentlichen Session vom 11. bis 13. April 2023 übermittelt werden.

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende thematisch gegliederte Fragen zu prüfen und dem Parlament Bericht zu erstatten:

- a. *Verbindliche Erklärung des Bundesrates, dass er der Bundesversammlung einen Erlassentwurf mit dem Ziel unterbreitet, die "Too big to fail"-Regulierung so zu verbessern, dass diese in jedem Fall - gleichgültig der Ursachen, die zum möglichen Bankuntergang führen - greift. Der Erlassentwurf soll insbesondere Bestimmungen enthalten, mit welchen die "Too big to fail"-Banken verpflichtet werden können, ihre ausländischen Niederlassungen bzw. die systemrelevanten Bankteile zu veräussern oder stillzulegen;*
- b. *Ausarbeitung einer Vorlage zur Änderung des Bankengesetzes mit dem Ziel, die von systemrelevanten Grossbanken ausgehenden Risiken für die Bundesfinanzen und die Schweizer Volkswirtschaft drastisch zu reduzieren. Der Prüfungsauftrag an den Bundesrat umfasst insbesondere folgende Themenkomplexe:*
 - *Erhöhung der Eigenkapitalvorschriften*
 - *Gesetzliche Beschränkung der variablen Lohnbestandteile bei Mitgliedern von Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Kontrollorganen*
 - *Einfluss der Digitalisierung*
 - *Beschränkung von Leerverkäufen bzw. von deren Attraktivität*
 - *Bussenkompetenz der FINMA*
 - *Unterschiedliche Kapitalanforderungen je nach Risikogehalt eines Bankgeschäftes;*
- c. *Einführung eines Trennbankensystems und deren Folgen (Chancen wie Risiken) für den Bankenplatz Schweiz und für die Finanzstabilität;*
- d. *Wettbewerbssituation der neuen UBS in Bezug auf die Schweiz und Massnahmen des Bundesrates, damit der Wettbewerb - trotz der Bankenfusion - gewährleistet wird;*
- e. *Voraussetzungen für die Weiterführung der Credit Suisse (Schweiz) AG als selbstständige Einheit innerhalb des Konzerns der UBS Group AG;*
- f. *Untersuchung der Handlungsweise, der Verantwortung, der Haftungsbedingungen und der Vergütungen der Führungsverantwortlichen (Verwaltungsrat und Geschäftsleitung) und Darlegung, wie diese zur Rechenschaft gezogen werden können.*

2023 P 23.3442

Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Nationalrates zu prüfende Fragen (Finanzkommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Die Finanzkommission des Nationalrates beriet an ihrer Sitzung vom 30./31. März 2023 die Vorlage zum Nachtrag Ia zum Voranschlag 2023 (23.007 sn) vor. Bei der Diskussion stellten sich viele Fragen, welche dem Bundesrat in einem "Mantelpostulat" zur Stellungnahme an der ausserordentlichen Session vom 11. bis 13. April 2023 übermittelt werden.

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende thematisch gegliederte Fragen zu prüfen und dem Parlament Bericht zu erstatten:

- a. *Inventur (Schwere, Eintretenswahrscheinlichkeit, Zeitraum) der juristischen, ordnungspolitischen und finanziellen Auswirkungen (Schäden, Risiken und Chancen) der mit Hilfe von Garantien des Bundes vollzogenen Integration der Credit Suisse in die UBS;*
- b. *Einordnung der hypothetischen Auswirkungen einer rein temporär staatlichen Bewältigung der CS-Krise;*
- c. *Reduktion der von den systemrelevanten Banken ausgehenden Risiken für die Bundesfinanzen und die Schweizer Volkswirtschaft;*
- d. *Auszahlungsverbot von variablen Vergütungen an das obere Management der fusionierten Banken in denjenigen Jahren, in denen eine Garantie des Bundes zur Verlustabsicherung ganz oder teilweise ausbezahlt wird;*
- e. *Gesetzliche Beschränkung der variablen Lohnbestandteile bei Mitgliedern von Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Kontrollorganen bzw. bei anderen Personalkategorien von systemrelevanten Banken;*
- f. *Möglichkeiten von Verantwortlichkeitsklagen gegen die Organe der Credit Suisse;*
- g. *Generelle Einforderung von Nachhaltigkeitszielen, wie sie sich der Bund selber gibt bzw. welche der Bund international ratifiziert hat, im Falle von ausserordentlichen Staatshilfen für private Unternehmen;*

- h. *Erhöhung der Eigenkapitalquote der systemrelevanten Banken;*
- i. *Einführung eines Trennbankensystems bei systemrelevanten Banken mittels Abspaltung der Investment- von der Geschäftsbank.*

2023 P 23.3443 Zukunft des Finanzplatzes Schweiz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, welche regulatorischen Handlungsoptionen nach der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS für systemrelevante Banken in Betracht gezogen werden können und wie diese in Bezug auf ihre Wirkung einzuschätzen sind. Dies insbesondere zu folgenden Bereichen:

1. *Mögliche Abspaltungen der Inlandbank und/oder des internationalen Investmentgeschäfts sowie anderer risikoreicher Geschäftssparten*
2. *Anpassungen der Too-Big-To-Fail-Gesetzgebung und der Eigenkapitalvorschriften*
3. *Striktere Vorgaben oder ein allfälliges Verbot des Eigenhandels*
4. *Neue Regelung der Vergütungssysteme, namentlich betreffend Boni.*
5. *Risikodifferenzierte Abgeltung durch systemrelevante Banken für die real existierende implizite Staatsgarantie*
6. *Verstärkung der Kompetenzen und Pflichten der Finma, einschliesslich der Sanktionskompetenz sowie Grössen- und Risikodifferenzierung*
7. *Strengere Haftungsregelungen für Verantwortungsträger*
8. *Mögliche Anpassungen der Einlagensicherung und deren Einflüsse*
9. *Internationale Entwicklungen und "best practices" anderer wichtiger Finanzplätze.*

2023 P 23.3446 Die Too-big-to-fail-Regulierung auf die Situation eines Bankrums und weitere Sachverhalte überprüfen und anpassen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wieso die Regulierung von Too big to fail bei der Rettung der CS nicht angewendet wurde und welche Änderungen in der Too big to fail-Gesetzgebung vorzunehmen sind, damit sich ein solches Ereignis bei einer systemrelevanten Bank infolge eines Bankrums nicht wiederholt. Zudem ist die Too big to fail-Regulierung daraufhin zu überprüfen, ob weitere Sachverhalte denkbar sind, welche zum Sturz einer systemrelevanten Bank führen, die von der aktuellen Too big to fail-Gesetzgebung nicht erfasst sind.

2023 P 23.3447 Analyse der allfällig massgebenden Faktoren des Credit-Suisse-Versagens (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Damit die richtigen Massnahmen getroffen werden können zur Vermeidung künftiger Staatshaftung, wird der Bundesrat beauftragt, eine oder mehrere Studien in Auftrag zu geben, die weiteren Ursachen nachgehen, die zum Kollaps der Credit Suisse geführt haben könnten, sowie zur Destabilisierung der Finanzmärkte beitragen.

Insbesondere sind folgende Fragen zu klären:

- *Die Rolle der steigenden Zinsen spezifisch bei der Credit Suisse und generell auf die aktuelle Destabilisierung der Finanzmärkte*
- *Art (wie etwa Verwendungszweck, Leverage) und Beschaffenheit (wie etwa Fristigkeiten, Zinshöhe) der Kredite, die die Credit Suisse vergeben hat und das Volumen der jeweiligen Kreditkategorie. Einbezogen soll auch das sogenannte "Margin Trading" sein.*
- *Die Rolle des spekulativen Handels mit Derivativen (u.a Kredit-Derivative (Credit Default Swaps, CDS) gegen die Credit Suisse (mit und ohne Leerverkäufe), sowie generell auf die Stabilität der Finanzmärkte z.B. Ausfall einer grossen Gegenpartei)*
- *Die Rolle von Handels-Algorithmen und Hochfrequenzhandel*
- *Die Rolle der Ratingagenturen auch im Hinblick auf den generellen Einfluss auf die Finanzmarkt-Stabilität*
- *Die Rolle der Revisionsstellen und deren Prüfgegenstände*
- *Weitere Risiken, die sich aufgrund der Produkte-Struktur der Credit Suisse ergeben*

Bericht des Bundesrates vom 10. April 2024 «Bankenstabilität einschliesslich Evaluation gemäss Artikel 52 des Bankengesetzes» (abrufbar unter: www.efd.admin.ch > Finanzplatz > Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität > Dossier).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2022 P 21.4337 Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben (Finanzkommission Nationalrat)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die gebundenen Ausgaben des Bundes zu erstellen, in dem er insbesondere Folgendes darlegt:
a. die Bereiche der gebundenen Ausgaben, die schneller wachsen als die Bundeseinnahmen;
b. mögliche Massnahmen, mit denen dafür gesorgt werden kann, dass die Ausgaben in diesen Bereichen nicht schneller wachsen als die Bundeseinnahmen, und die finanziellen Auswirkungen dieser Massnahmen auf Bund und Kantone einerseits sowie Wirtschaft und Gesellschaft andererseits;
c. die Rechtsbestimmungen, die zum Ergreifen dieser Massnahmen geändert werden müssten.
Eine Minderheit der Kommission (Schneider Schüttel, Egger Kurt, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Munz, Wettstein, Wyss) beantragt, das Postulat abzulehnen.

2023 P 23.3605 Einfacherer Haushaltsausgleich durch Flexibilisierung gebundener Ausgaben (Erich Ettlín)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Möglichkeiten zur Flexibilisierung gebundener Aufgaben zu prüfen und die Vor- und Nachteile darzustellen.

Postulatsbericht vom 1. Mai 2024 «Langfristiges Management und Flexibilisierung der stark gebundenen Ausgaben»

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2022 P 21.3440 Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer (Beat Rieder)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie eine Finanzmarkttransaktionssteuer in der Schweiz aufgebaut sein müsste, um die AHV mittel- und langfristig zu finanzieren.
Postulatsbericht vom 9. Oktober 2024 «Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer».
Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3384 Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, welche Vor- und Nachteile für die Schweiz bei einer Teilnahme am EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der Mehrwertsteuer bei elektronischen Gütern und Dienstleistungen resultieren können. Insbesondere soll das Potenzial für neue digitale Dienstleistungen, die mögliche Entlastung für Schweizer KMU, notwendige Anpassungen gesetzlicher Grundlagen sowie die Bedeutung eines allfälligen Souveränitätsverlusts beleuchtet werden.
Eine Minderheit der Kommission (Friedli Esther, Aeschi Thomas, Amaudruz, Burgherr, Dettling, Matter Thomas, Tuena) beantragt, das Postulat abzulehnen.
Postulatsbericht vom 31. Mai 2024 «Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST».
Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3396 Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch eine einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu den in der Motion 19.4635 "Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden" erläuterten Zusammenhängen zu erstellen. Der Bericht sollte folgende Aspekte umfassen:
- Er soll eine Auslegeordnung zur schweizerischen Besteuerungspraxis im Vergleich mit den internationalen Usancen machen.
- In dieser Auslegeordnung soll insbesondere auf den Unterschied zwischen den Konsequenzen der Direktbegünstigten- und der Dreieckstheorie für die betroffenen Gesellschaften eingegangen werden.
- Die Auslegeordnung soll auch das Missbrauchsrisiko des Dividendenstripings darlegen.
- Die sich aus der Auslegeordnung ergebenden Probleme für die betroffenen Gesellschaften sind deutlich zu identifizieren.
- Mögliche Lösungen für diese Probleme sind vorzuschlagen, wobei auch die Konsequenzen der Lösungen darzustellen sind, namentlich ihre Folgen auf die Steuererträge des Bundes.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch eine einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2021 M 19.3975 Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs (Finanzkommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die unter Berücksichtigung der neuen technischen Möglichkeiten (Quickzoll) unilateral die Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs verbessert, insbesondere über die Senkung der Wertfreigrenze und/oder die Anpassung der Wertfreigrenze an die Bagatellgrenze des Herkunftslandes (länderspezifische Wertfreigrenzen).

Eine Minderheit (Meyer Mattea, Brélaz, Egger Thomas, Gschwind, Hadorn, Müri, Schneider Schüttel, Schwander) beantragt die Ablehnung der Motion.

Am 7. Oktober 2024 wurde die Wertfreigrenze mittels Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (SR 641.204; AS 2024 572) per 1. Januar 2025 von 300 auf 150 Franken pro Person gesenkt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2021 M 20.4338 Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten (Finanzkommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Weiterentwicklung der Arbeitsplätze für das Bundespersonal die positiven wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Effekte durch mehr dezentrales Arbeiten - insbesondere in Co-Working-Räumen und zu Hause - als wesentliche Kriterien einzubeziehen.

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung sollen die Auswirkungen des Arbeitens für den Bund auf den Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität, insbesondere im Zusammenhang mit den Pendlerströmen und der regionalen Entwicklung einbezogen werden.

Der Bundesrat erarbeitet dazu einen verbindlichen Umsetzungsplan und Zielgrössen.

2021 P 20.4369 Arbeitsplätze des Bundes dank Digitalisierung verstärkt dezentralisieren (Hansjörg Knecht)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche Massnahmen zu treffen sind, um Arbeitsplätze der Bundesverwaltung durch die Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung zu dezentralisieren. Dabei ist insbesondere auch auf moderne Möglichkeiten der Arbeitsplatzgestaltung wie beispielsweise "Shared-Workspaces" und "Co-Working-Spaces" einzugehen, mit dem Ziel, Büroflächen zu reduzieren und somit die Kosten zu senken. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwiefern der Bund als Arbeitgeber für spezialisiertes Personal durch die Anwendung neuer Arbeitsplatzmodelle an dezentralen Standorten attraktiver werden kann.

2023 M 20.4727 Der Bund als Vorbild beim Anbieten von dezentralen Arbeitsplätzen (Martin Candinas)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt eine Strategie vorzulegen, die Ziele und Massnahmen vorgibt, damit die Arbeitsplätze der Bundesverwaltung breiter und proportionaler über alle Kantone verteilt sind. Weiter soll geprüft werden, wie die Bundesverwaltung als Arbeitgeber attraktiver werden kann für Menschen, die in ländlichen Regionen wohnhaft sind oder in Zukunft wohnen wollen.

Bericht des Bundesrates vom 13. Dezember 2024 «Nachhaltige Arbeitsplätze in der Bundesverwaltung».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen und des Postulats als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3658 Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden (Marco Romano)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Möglichkeit und die Notwendigkeit zu prüfen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, damit der Bund und die bundeseigenen Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen von den Teilnehmerfirmen und von den Subunternehmen, deren Hauptsitz (Stammhaus) in Italien liegt, verlangen können, das italienische Anti-Mafia-Zertifikat vorzulegen. Um unnötigen bürokratischen Aufwand zu vermeiden, ist denkbar, dass die Pflicht nur bei öffentlichen

Ausschreibungen mit einem erheblichen finanziellen Volumen bestehen soll. Geprüft werden soll auch die Möglichkeit für die Kantone, diese Pflicht ebenfalls einzuführen.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

- 2020 M 19.3033 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.
- 2019 M 19.3043 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.

In Erfüllung der Motionen hat der Bundesrat 2022 zwölf Vorhaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz präsentiert. Der Abschreibungsantrag dieser Motion wurde von den Räten 2023 abgelehnt, da die Mehrheit der zwölf Vorhaben des Bundesrates zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz Anfang 2023 noch nicht umgesetzt waren. Per Ende Dezember 2024 hat der Bundesrat bei zehn von zwölf Massnahmen eine Botschaft verabschiedet. Das Parlament ist bei einer Mehrheit der zwölf Vorhaben in beiden Kammern auf die Vorlage eingetreten. Der Bundesrat will die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch über die zwölf Vorhaben hinaus verbessern. In seinem Bericht vom 22. Mai 2024 «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleitungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) hat er deshalb eine wirtschaftspolitische Agenda für die laufende Legislatur mit verschiedensten weiteren Vorhaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts verabschiedet (vgl. Kapitel 5).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

- 2020 P 20.3132 Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten, der folgende Fragen beantwortet:
- 1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen (BIP, Beschäftigung, spezifische Branchen, Steuererträge, etc.) hatte die Corona-Krise bereits und wird sie voraussichtlich noch haben?*
 - 2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hatten die angeordneten Massnahmen und werden sie voraussichtlich noch haben?*
 - 3. Wie hat der Bundesrat bei diesen Massnahmen die Abwägung zwischen gesundheitspolitischem Nutzen und wirtschaftlichem Schaden vorgenommen und wie nimmt er sie aktuell vor?*
 - 4. Welche zusätzlichen kurzfristigen Massnahmen oder Änderungen von Massnahmen fasst der Bundesrat ins Auge?*
 - 5. Welche mittel- und langfristigen Lehren sollte die Schweiz, sollten Bundesrat und Parlament, aus der Krise ziehen?*
- Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

- 2022 P 20.3265 Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren (Isabelle Pasquier-Eichenberger)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, die Auswirkungen der neuen Arbeitsformen auf die Infrastrukturen zu untersuchen und einen Bericht vorzulegen, um die positiven Auswirkungen auf die Gemeinschaft zu implementieren. Untersucht werden sollen insbesondere folgende Aspekte:
- 1. Auf welche Art und in welchem Ausmass könnten neue Formen der Arbeit, des Studiums und der Versorgung, die während der Pandemie entwickelt wurden, dauerhaft implementiert werden, um die Infrastrukturen zu entlasten und um mobilitätsbedingte externe Kosten zu reduzieren?*
 - 2. Welche Rahmenbedingungen sollen umgesetzt werden, um die Weiterführung der Telearbeit für Unternehmen, Verwaltungen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit entsprechender Absicht zu fördern?*
 - 3. Wie können die Infrastrukturen optimiert werden, sodass die Telearbeit attraktiver und effizienter wird?*
 - 4. Welche Folgen sind für die Gemeinschaft zu erwarten?*
- Postulatsbericht vom 8. Mai 2024 «Auswirkungen neuer Arbeitsformen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

- 2022 M 20.3531 Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Andrea Caroni)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen einzudämmen. Dabei soll er den bürokratischen Aufwand tief halten und die föderalistischen Zuständigkeiten beachten.

2022 M 20.3532 Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Beat Rieder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen einzudämmen. Dabei soll er den bürokratischen Aufwand tief halten und die föderalistischen Zuständigkeiten beachten.

Der Bundesrat hat in Erfüllung der Motionen am 13. September 2024 einen neuen Leitsatz in die Liste der Corporate-Governance-Leitsätze des Bundes (abrufbar unter www.efv.admin.ch > Themen > Finanzpolitik Grundlagen > Corporate Governance) aufgenommen. Gemäss dem neuen Leitsatz 15a dürfen Bundesunternehmen über keine relevanten Wettbewerbsvorteile verfügen, wenn sie ausserhalb der ihnen im Rahmen des Service public übertragenen Aufgaben Dienstleistungen am Markt erbringen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 20.3950 Versorgungssicherheit. Metalle der seltenen Erden. Ressourcenstrategie (Elisabeth Schneider-Schneiter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Zusatzbericht zum Bericht vom 14. Dezember 2018 in Erfüllung des Postulates 12.3475, aufzuzeigen, wie die Schweiz langfristig die von der Schweizer Industrie benötigten Ressourcen an Metallen der Seltenen Erden sichern kann, wie er die Abhängigkeit reduzieren kann und welche Aussenwirtschaftspolitik er dazu verfolgt. Der Bericht soll aufzeigen, welche Massnahmen im Bereich Forschung vorgesehen sind, mit dem Ziel der Substituierung der kritischen Rohstoffe durch weniger kritische. Gleichzeitig soll der Bericht aufzeigen, wie die Recycling-Wirtschaft dahingehend unterstützt werden kann, dass eine bessere Wiederverwertbarkeit dieser Stoffe möglich wird.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Versorgung der Schweizer Industrie mit mineralischen Rohstoffen für die Energiewende».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.3278 Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Unterstützungsprogramm (Damien Cottier)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, basierend auf den bestehenden Instrumenten rasch ein wirksames Unterstützungsprogramm einzuführen, das die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Tourismus in der Zukunft gewährleistet und sicherstellt, dass die verschiedenen Akteure die notwendigen Investitionen tätigen können. Das Impulsprogramm soll stark auf Nachhaltigkeit und Innovation ausgerichtet sein.

Der Bundesrat hat am 1. September 2021 ein Recovery-Programm für den Schweizer Tourismus beschlossen. Ziel war es, die touristische Erholung im Nachgang zur Covid-19-Pandemie gezielt zu begleiten und zu unterstützen. Schwerpunkte bildeten die Wiederbelebung der Nachfrage und der Erhalt der Innovationsfähigkeit. Hierfür erhielt Schweiz Tourismus in den Jahren 2022 und 2023 zusätzliche Bundesmittel im Umfang von 30 Millionen Franken, wovon die Hälfte für die finanzielle Entlastung der Tourismuspartner von Schweiz Tourismus eingesetzt wurde. Des Weiteren wurde die Förderung von innovativen Projekten im Tourismus mittels Innotour befristet für den Zeitraum 2023–2026 ausgeweitet. Im Rahmen von Innotour wurde der Beitrag des Bundes an innovative Projekte von maximal 50 Prozent auf maximal 70 Prozent erhöht. Hierfür wurden mit einer Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (SR 935.22, AS 2023 366) die Innotour-Mittel im Zeitraum 2023–2026 um insgesamt 20 Millionen Franken aufgestockt. Um der Projektförderung der neuen Regionalpolitik zusätzlichen Schub zu verleihen, hat der Bund den Kantonen in den Jahren 2022 und 2023 über eine Ergänzung der Programmvereinbarungen 10 Millionen Franken zusätzlich aus dem Fonds für Regionalentwicklung ohne ergänzende Auflagen zur Verfügung gestellt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3870 Spekulation mit Nahrungsmitteln (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, welcher aufzeigt, welchen Einfluss die Spekulation mit Nahrungsmitteln auf die Preise der Grundnahrungsmittel hat. Der Bericht soll mindestens folgende Punkte abdecken:

- Die Massnahmen, welche nach der letzten Nahrungsmittelkrise 2008 empfohlen wurde und deren Umsetzung in der Schweiz.
- Die G7 Landwirtschaftsminister kommen zum Schluss, dass sie die Märkte, die das Lebensmittelsystem beeinflussen, einschliesslich der Terminmärkte, genau beobachten müssen, um vollständige Transparenz zu gewährleisten. Ein solches Monitoring ist auch in der Schweiz nötig. Entsprechend sollte die Transparenz für derivative Finanzgeschäfte und den physischen Handel mit Agrarrohstoffen (Lager- und Frachtkapazitäten von CH-Händlern) erhöht werden. Der Bericht soll die möglichen Massnahmen aufzeigen, welche die Transparenz erhöhen.
- Den Spielraum, welche die Schweiz hat, um die Transparenz zu erhöhen.

Eine Minderheit der Kommission (Büchel, Aebi, Farinelli, Geissbühler, Grüter, Köppel, Page, Portmann, Silberschmidt) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 20. November 2024 «Spekulation mit Nahrungsmitteln».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3872 Unterschiede zwischen dem Schweizer und dem EU-Recht im Bereich des Arbeitnehmerschutzes (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die wichtigsten Unterschiede zwischen dem Schweizer und dem EU-Recht im Bereich des Arbeitnehmerschutzes zu prüfen und vorzulegen. In diesem Bericht soll aufgezeigt werden, welche Anpassungen im Schweizer Recht notwendig wären, wenn man es an das europäische Recht angleichen wollte. Zu guter Letzt soll dargelegt werden, in welchen Bereichen eine solche Angleichung den Arbeitnehmerschutz verbessern und in welchen sie ihn verschlechtern würde.

Eine Minderheit der Kommission (Portmann, Aebi, Büchel, Farinelli, Geissbühler, Gössi, Grüter, Köppel, Page, Schillinger) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Unterschiede zwischen dem Schweizer und dem EU-Recht im Bereich des Arbeitnehmerschutzes».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 M 21.4161 Preisbekanntgabeverordnung. Selbstvergleich vereinfachen (Christa Markwalder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Preisbekanntgabeverordnung (PBV; SR 942.211) wie folgt zu ändern:

Die Vorschriften über die irreführende Preisbekanntgabe (Art. 16 Abs. 1 Bst. a und Abs. 3 PBV) sind so zu vereinfachen, dass der Selbstvergleich insbesondere bei Saisonware wie Bekleidung, Schuhe, Sportartikel usw. zeitlich uneingeschränkt praktiziert werden kann, wenn die Ware unmittelbar vorher mindestens während vier Wochen zum höheren Preis tatsächlich angeboten wurde.

Der Bundesrat hat am 30. Oktober 2024 die entsprechende Änderung der Preisbekanntgabeverordnung (PBV; SR 942.211, AS 2024 621) verabschiedet. Im Sinne der Motion wurden die Vorschriften über die irreführende Preisbekanntgabe beim Selbstvergleich (Art. 16 Abs. 1 Bst. a und Abs. 3 PBV) so geändert, dass ein Vergleichspreis zeitlich uneingeschränkt und für alle nachträglichen, aufeinanderfolgenden Preissenkungen praktiziert werden kann, wenn die Ware oder Dienstleistung vorher mindestens während 30 aufeinanderfolgenden Tagen tatsächlich zu diesem höheren Preis (Vergleichspreis) angeboten worden ist. Die entsprechende Änderung der PBV ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 22.3405 Folgen des Krieges in der Ukraine. Langfristige strategische Abhängigkeiten evaluieren und reduzieren (Sozialdemokratische Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen in einem Bericht die langfristigen strategischen Abhängigkeiten der Schweiz zu evaluieren. In einem ersten Schritt sind kritische Infrastrukturen, Branchen und Produkte zu evaluieren, bei denen für die Schweiz eine strategische Abhängigkeit besteht, insbesondere von Staaten ausserhalb Europas. Dabei sind insbesondere die strategischen Abhängigkeiten in den Bereichen Energie, kritische Rohstoffe, Halbleiter, Gesundheit und Medikamentenversorgung, Digitalisierung und Nahrungsmittelversorgung einzubeziehen. In einem zweiten Schritt sollen sowohl autonome Handlungsoptionen zur Reduktion der Abhängigkeit als auch solche in Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerinnen und Partnern aufgezeigt werden.

2024 P 23.3543 Systematische Versorgungsstrategie für essenzielle und kritisch-strategische Güter (Samira Marti)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Ergänzung zum Bericht "Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern" (Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Motion 20.3268 Häberli-Koller) einen umfassenden Zusatzbericht zu den direkten und indirekten Abhängigkeiten der Schweiz von essentiellen (nach Art. 4 LVG) und kritisch-strategischen (bspw. Halbleitern) Gütern zu verfassen. Dieser soll namentlich beinhalten:

- Eine Auflistung der für die Bevölkerung und Wirtschaft essentiellen und kritisch-strategischen Güter, analog zur EU-Kommission, die ihrerseits 137 Importgüter entsprechend kategorisiert hat;

- Eine systematische Analyse der heutigen Versorgungsstrategie und deren Risiken für jedes dieser kategorisierten Güter, sowohl die direkten als auch die indirekten Abhängigkeiten;

- Eine gesamtwirtschaftliche Resilienzstrategie, die Handlungsoptionen zur Reduktion der direkten und indirekten Abhängigkeiten für jedes dieser Güter auflistet;

- und ein systematischer internationaler Vergleich mit den industriepolitischen Entwicklungen anderer Staaten, insbesondere der europäischen Union und der USA.

Postulatsbericht vom 15. Mai 2024 «Handelsabhängigkeiten der Schweiz» sowie Bericht des Bundesrates vom 22. Mai 2024 «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleitungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 M 22.3921 Zeitlich befristete Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes im Falle einer Strom- und/oder Gasmangellage (Andrea Gmür-Schönenberger)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (ArGV1) so anzupassen, dass die Arbeitszeiten im Fall einer Energiemangellage (Strom ab Stufe 2 / Gas ab Stufe 3) rasch und befristet flexibilisiert werden können. Dabei sind folgende Anpassungen der ArGV 1 vorzunehmen:

- Eine Energiemangellage wird als "dringendes Bedürfnis für Nacht- oder Sonntagsarbeit" definiert (Art. 27 Abs. 1 ArGV1)
- Im Fall einer Strommangellage soll die Sonntagsarbeit aus wirtschaftlich unentbehrlichen Gründen bewilligt werden können (im Sinne von Art. 19 Abs. 2 ArG).

Sollte der Bundesrat der Ansicht sein, dass die vorstehenden Anpassungen bzw. Flexibilisierungen nur mit einer Revision des Arbeitsgesetzes umsetzbar sind, so legt er dem Parlament eine entsprechende dringliche Revision des Arbeitsgesetzes vor.

Der Bundesrat hat am 21. Februar 2024 die entsprechende Revision der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (ArGV 1; SR 822.111; AS 2024 105) verabschiedet: Gemäss Artikel 27 Absatz 1bis ArGV 1 kann den Betrieben bei behördlich angeordneten Massnahmen zur Verhinderung oder Bewältigung einer Gas- oder Strommangellage eine zeitlich befristete Bewilligung für Nacht- oder Sonntagsarbeit gewährt werden.. Die Änderung ist am 1. April 2024 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 M 22.4447 Sichern des metallischen Materialkreislaufs in der Schweiz (Roberto Zanetti)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, zur Sicherung des Produktions- und Recyclingstandorts Schweiz ein Massnahmenpaket zu verabschieden, das die Marktgleichgewichte abfedert, welche durch die massive Energie- und Industriepolitik der EU zugunsten der Stahl- und Aluminiumindustrie entstanden sind. Gleichlange Spiesse müssen herrschen und die Wertschöpfungskreisläufe in der Schweiz gesichert werden.

Der Bundesrat hat am 22. Mai 2024 zahlreiche Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie vorgestellt und seither beschlossen:

- Am 19. Juni 2024 hat der Bundesrat die Höchstbezugsdauer der Kurzarbeitsentschädigung von 12 auf 18 Monate verlängert, um die Unternehmen bei konjunkturellen Herausforderungen zu unterstützen.
- Der Bundesrat engagiert sich gegen Protektionismus und Überkapazitäten u. a. im OECD-Stahlkomitee, um Marktverzerrungen zu beseitigen. Dank Interventionen bei der EU-Kommission wurden die EU-Stahlschutzmassnahmen abgeändert, womit Schweizer Stahlimporte nicht mehr betroffen sind.
- Die Energiekosten werden gesenkt, dank einer Senkung des Kapitalkostensatz für Investitionen ins Stromnetz (WACC), der Senkung des Tarifs für die Stromreserve und der Prüfung eines Opt-Out der Stromreserve.
- Ab 2025 stehen zusätzliche Investitionsbeiträge gemäss dem geänderten CO2-Gesetz (SR 641.71; Botschaft vom 16. September 2022 zur Revision des CO2-Gesetzes für die Zeit nach 2024, BBl 2022 2651) und Investitionsbeiträge gemäss dem Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (SR 814.310) zur Beschleunigung der Dekarbonisierung zur Verfügung.

Am 20. Dezember 2024 hat das Parlament eine dringliche Änderung des Stromversorgungsgesetzes (SR 734.7, AS 2024 787) zur Reduktion der Netzentgelte für Stahl- und Aluwerke während vier Jahren verabschiedet. Im Rahmen der Revision des Stromversorgungsgesetzes berät das Parlament zudem eine Befreiung der energieintensiven Unternehmen von der Stromreserve, wenn sich diese an der Verbrauchsreserve beteiligen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 23.3013 Ergänzungsbericht zur aussenwirtschaftlichen Strategie (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Ergänzungsbericht zur aussenwirtschaftlichen Strategie zu verfassen, der die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des US-Inflation Reduction Act und des europäischen Industriepans für den grünen Deal (Netto-Null-Industrie-Gesetz, Europäischer Souveränitätsfonds, etc.) beleuchtet. Der Bericht soll insbesondere die positiven und negativen Auswirkungen und möglichen strategische Antworten für die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik und für die schweizerische Standort- und Klimaschutzpolitik darlegen.

Eine Minderheit der Kommission (Büchel, Aebi, Aeschi, Grüter, Tuena) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Der Bundesrat hat im Bericht vom 22. Mai 2024 «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleitungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) die Auswirkungen der industriepolitischen Initiativen im Ausland auf die Schweiz analysiert, mögliche Handlungsoptionen und deren Vor- und Nachteile beleuchtet und eine wirtschaftspolitische Agenda zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorgelegt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 P 23.3753 Standortattraktivität für die Zukunft sichern (Petra Gössi [Walti Beat])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, welche alternative Ansätze zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Schweiz als Standort verfolgt werden können, um den geringeren Handlungsspielraum nach der Einführung der OECD-Mindeststeuer zu kompensieren.

Der Bundesrat hat im Bericht vom 22. Mai 2024 «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleitungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) die Auswirkungen der OECD-Mindeststeuer analysiert und eine wirtschaftspolitische Agenda zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorgelegt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2019 P 18.3959 Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (Christian Wasserfallen)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen,

- 1. wie eine nationale Strategie der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (BSLB) entwickelt werden kann;*
 - 2. wie die Eigeninitiative der für die BSLB zuständigen Kantone gefördert werden kann;*
 - 3. wie der Bund selbst aktiv werden könnte und welche gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden müssten.*
1. Die Schweizerische Konferenz für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (SK BSLB) hat von 2018 bis 2021 eine nationale Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahn und einen Aktionsplan zur Umsetzung entwickelt.
 2. Mit den Arbeiten zu Viamia, die vom Bund finanziell und organisatorisch gefördert wurden (siehe Antwort zu Frage 3), konnten verschiedene Aspekte der BSLB gemeinsam weitergebracht werden. Damit konnten zum Beispiel die Visibilität der BSLB in den Kantonen erhöht und die Wahrnehmung der BSLB positiv verändert werden. Die finanzielle Förderung von innovativen Projekten und besonderen Leistungen im öffentlichen Interesse erfolgt gemäss den Artikeln 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes (SR 412.10). 2023 hat der Bund beispielsweise die Studie «Definition von Laufbahngestaltungskompetenzen über diverse Bildungsstufen und Laufbahnphasen» im Rahmen der Umsetzung der nationalen Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung finanziell unterstützt.
 3. 2019 initiierte der Bund im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Grundlagen die Entwicklung und Umsetzung von Viamia, einer kostenlosen beruflichen Standortbestimmung für Personen über 40 Jahre. Er unterstützte die Kantone bei der Umsetzung des Projekts 2019–2024. Das Parlament hat im September 2024 im Rahmen der Beratung der Botschaft vom 21. Februar 2024 zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BBI 2024 900) entschieden, die Bundesfinanzierung für Viamia noch für ein weiteres Jahr fortzuführen. Ab 2026 soll die Finanzierung gemäss den gesetzlichen Vorgaben ausschliesslich in den Händen der, gemäss Artikel 51 Berufsbildungsgesetz, für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung zuständigen Kantone sein.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3390 Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem detaillierten Bericht eine Bestandsaufnahme zu den Themen Prekarität, Gleichstellung und akademischer Nachwuchs (die alle zusammenhängen) im Mittelbau aller Schweizer Hochschulen vorzunehmen. Er prüft insbesondere, ob eine beträchtliche Anzahl stabiler Stellen für Postdoc-Forschende geschaffen werden kann, und beantwortet im Rahmen der BFI Botschaft 2025-28 in erster Linie folgende Fragen:

-Mit welchen Massnahmen kann konkret und wirksam gegen die Prekarität im Mittelbau der Hochschulen vorgegangen und gleichzeitig die Gleichstellung in der akademischen Nachwuchspolitik gefördert werden?

-Gedenkt der Bundesrat, die Empfehlungen aus mehreren Berichten, in denen eine Bestandsaufnahme zur Prekarität im Mittelbau der Schweizer Hochschulen vorgenommen und der Handlungsbedarf in diesem Bereich aufgezeigt wurde, zu befolgen?

-Inwieweit kann sich die Schweiz am angelsächsischen Modell orientieren, das eine andere Strukturierung der akademischen Stellen vorsieht?

-Welche Gesetzesänderungen und anderen Massnahmen sollten auf Bundes- und Kantonsebene ins Auge gefasst werden, um die Anzahl der Stellen für akademisches Personal neu zu strukturieren sowie verschiedene Arten von stabilen Stellen (Tenure-Track-Professuren, Lehr- und Forschungsbeauftragte, Third Space usw.) zu schaffen und diese dauerhaft zu sichern? Bis wann könnten diese Änderungen und anderen Massnahmen umgesetzt werden?

-Wie könnten diese Stellenstabilisierungen am besten finanziert werden? Ist eine Finanzierung über die Grundfinanzierung der Hochschulen am sinnvollsten oder gäbe es andere Möglichkeiten?

-Welche Massnahmen könnten die Bundesbehörden ergreifen, um die Kantone dazu zu bewegen, sich den Bemühungen anzuschliessen und eine andere Verteilung zwischen stabilen und prekären Stellen vorzusehen?

Eine Minderheit der Kommission (Wasserfallen Christian, de Montmollin, Gafner, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter, Nantermod, Tuena, Umbricht Pieren) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 27. März 2024 «Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3393 Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, in welcher Form und mit welcher Systematik gegenwärtig Daten zum Bildungspotential und Bildungsstand geflüchteter Personen in der Schweiz erfasst werden und wo Lücken bestehen. Des Weiteren enthält der Bericht Angaben darüber, welche Kompetenzen seitens der Geflüchteten für welche Bildungsstufen vorhanden sind, und wie diese im Sinne einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt genutzt werden können. Schliesslich soll der Bericht den Handlungsbedarf aufzeigen und mögliche Massnahmen/Strategie zur Schaffung besserer statistischer Daten für diese Thematik vorschlagen, damit sichergestellt wird, dass allfällige Wissenslücken in Zukunft geschlossen werden können (z.B. mittels systematischer Datenerhebung, Sonderauswertungen, Verknüpfung von Daten aus dem ZEMIS mit Daten des BFS etc.).

Eine Minderheit der Kommission (Keller Peter, Gafner, Haab, Herzog Verena, Huber, Tuena, Umbricht Pieren) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Datenlage zu den Kompetenzen von Geflüchteten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3877 Analyse der Standards im Bereich der schulischen Sexualaufklärung in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den Kantonen einen Bericht vorzulegen, welcher erstens aufzeigt, wie die Sexualaufklärung in der Schweiz in der Praxis umgesetzt wird, zweitens darlegt, was der Bund, die Kantone und die interkantonalen Gremien tun, um die Einhaltung der nationalen Standards sicherzustellen, und drittens Auskunft darüber gibt, ob die sprachregionalen Lehrpläne in diesem Bereich zu einer Vereinheitlichung geführt haben. Der Bericht soll sich auf den Expertenbericht zum Postulat Regazzi 14.4115 stützen. Im Bericht des Bundesrates sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- *Wie wird die Sexualaufklärung in den verschiedenen Kantonen und Sprachregionen quantitativ und qualitativ in der Praxis umgesetzt?*
- *Wie viele Stunden werden während der obligatorischen Schulzeit der Sexualaufklärung gewidmet?*
- *Über welche Ausbildung verfügen die Lehrkräfte, die Sexualaufklärung unterrichten?*
- *Gibt es Qualitätsvorgaben für das pädagogische Material zur Sexualaufklärung?*
- *Eignet sich dieses pädagogische Material auch dafür, die Problematik der sexuellen Gewalt zu behandeln?*
- *Welche finanziellen Mittel werden für die Sexualaufklärung aufgewendet?*
- *Hat der Deutschschweizer "Lehrplan21" zu einer Harmonisierung der Sexualaufklärung in der deutschsprachigen Schweiz beigetragen?*
- *Welche Rolle spielen ausserschulische Leistungserbringer bei der Sexualaufklärung?*
- *Mit welchen Massnahmen können die nationalen Standards erreicht werden?*

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Schulische Sexualaufklärung in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Landwirtschaft

2021 M 17.3314 Aussergewöhnliche Frostschäden im Weinbau und an Obstkulturen (Jacques Bourgeois)

Eingereichter Text:

Nachdem der Frost jüngst sehr grosse Schäden angerichtet hat, insbesondere an Reben- und Obstkulturen, ersuche ich den Bundesrat:

- a. in Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen die entstandenen Schäden zu schätzen;*
- b. mit Hilfe der betroffenen Kantone und mit Unterstützung der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren kurz- und mittelfristige Massnahmen zu umreissen;*
- c. Härtefällen Rechnung zu tragen.*

Die Stiftung Fondssuisse (Schweizerischer Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden) hat beschlossen, die vom Frost 2017 stark betroffenen Landwirtschaftsbetriebe mit Beiträgen als Ausgleich für die ausserordentlichen Einkommensverluste zu unterstützen. Die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe erhielten rund 20 Millionen Franken.

Gemäss Artikel 86b des Landwirtschaftsgesetzes (SR 910.1), der durch die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) eingeführt wurde, kann der Bund neu Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Versicherungen ausrichten, um die Risikoabsicherung gegenüber wetterbedingten Ertragsschwankungen zu verbessern. Der Bundesrat hat diese Bestimmung am 6. November 2024 im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes 2024/AP22+ mit der neuen Verordnung über die Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Ernteversicherungen (SR 918.1, AS 2024 654) umgesetzt. Die Verordnung ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 21.3374 Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern (Simone de Montmollin)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich das Landwirtschaftsgesetz so zu ändern, dass der Sozialversicherungsschutz von auf dem Betrieb mitarbeitenden Ehegattinnen und -gatten verbessert wird und die Risiken bei Krankheit, Unfall oder Invalidität namentlich für die Bäuerinnen reduziert werden.

Die entsprechende Rechtsgrundlage im Landwirtschaftsgesetz (SR 910.1) wurde mit der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) geschaffen (Art. 70a Abs. 1 Bst. i). Der Bundesrat hat am 6. November 2024 im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes 2024/AP22+ mit der Änderung der Direktzahlungsverordnung (SR 910.13, AS 2024 686) den Sozialversicherungsschutz für die mitarbeitenden Ehegattinnen und Ehegatten als Voraussetzung für die Direktzahlungen aufgenommen und die entsprechenden Bestimmungen per 1. Januar 2027 in Kraft gesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.3004 Anpassung der Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, parallel zur Umsetzung des Absenkpfadens Nährstoffe in der Pa.Iv. 19.475 und hinsichtlich der vom Bundesrat vorgesehenen Einführung der Offenlegungspflicht der Futtermittel- und Düngelieferungen im Rahmen der Agrarpolitik die Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse anzupassen. Dabei ist die Praxis einzubeziehen. In der Suisse-Bilanz und deren Grundlagen müssen unter anderem der Standort, das Ertragspotential der Kulturen und der Futtermittelverzehr besser berücksichtigt und an die Realität in der Praxis angepasst werden. Dabei ist der Toleranzbereich der Suisse-Bilanz beizubehalten und die Grundlagen zur Düngung sind auf Praxisbetrieben zu überprüfen. In der Suisse-Bilanz sind zudem die Möglichkeiten für die Berücksichtigung von Lagerveränderungen zu schaffen.

Zusätzliche Praxisvertreter wurden in die Gremien für die Weiterentwicklung der Suisse-Bilanz und der Grundlagen der Düngung aufgenommen. Die Aktualisierung der Suisse-Bilanz und der Düngungsnormen erfolgen fortlaufend. Die von der Branche dringend geforderten Anpassungen wurden vorgenommen und Agroscope hat der Branche für die künftige Weiterentwicklung einen detaillierten Fahrplan vorgestellt. Aktualisierte Normen werden laufend in die Suisse-Bilanz integriert. Dabei wird auch auf Versuche auf Praxisbetrieben abgestützt. Eine Möglichkeit zur Berücksichtigung von Lagerveränderungen konnte geschaffen werden: Eine Übertragung von Nährstoffen wird ab 1. Januar 2027 mit der digitalisierten Nährstoffbilanz auf das Folgejahr ermöglicht. Der Bundesrat hat am 6. November 2024 im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes 2024/AP22+ die Anpassung entsprechender rechtlicher Grundlagen verabschiedet (AS 2024 671, AS 2024 686).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.3804 Änderung der Landwirtschaftlichen Zonen-Verordnung im Zusammenhang mit Meliorationen (Martin Schmid)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung über den landwirtschaftlichen Produktionskataster und die Ausscheidung von Zonen (SR 912.1) so anzupassen, dass im Zusammenhang mit Meliorationen (Strukturverbesserungsmassnahmen) und/oder Gewässerrevitalisierungsprojekten ein Abtausch zwischen landwirtschaftlicher Nutzfläche und Sömmerungsfläche gesetzlich zugelassen wird, sofern die landwirtschaftliche Nutzfläche gesamthaft flächenmässig nicht zunimmt.

Der Bundesrat hat am 6. November 2024 die Änderung der Landwirtschaftlichen Zonen-Verordnung (SR 912.1, AS 2024 637) im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes 2024/AP22+ verabschiedet. Sie ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten. Im Rahmen von landwirtschaftlichen Gesamtmeliorationen soll ab 2025 beispielsweise bei Gewässerrevitalisierungen eine flexiblere Planung der Neuzuteilung von Landumlegungen ermöglicht werden, indem ein flächengleicher Abtausch zwischen Flächen im Sömmerungsgebiet und landwirtschaftlichen Nutzflächen möglich ist.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.4585 Einkommen der Bauernfamilien (Christine Bulliard-Marbach)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen detaillierten Bericht vorzulegen zur effektiven Einkommenssituation der Bauernfamilien, auch im Vergleich mit den Referenzeinkommen im Sinne von Artikel 5 LwG. Der Bericht soll insbesondere eine Analyse der Stundenlöhne, einen Vergleich der Stundenvergütungen aller Personen, die an der Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelproduktion beteiligt sind, sowie die Rolle der Einkünfte aus Nebenerwerben umfassen, insbesondere solcher, die von den Partnerinnen und Partnern erwirtschaftet werden. In seiner Beurteilung soll der Bundesrat alle Einkommenskategorien sowie den Strukturwandel und seine Auswirkungen berücksichtigen. Er soll ausserdem die Auswirkungen der derzeitigen agrarpolitischen Massnahmen auf die Einkommen in allen Regionen des Landes analysieren, insbesondere in der Bergzone. Er soll Wege zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens aufzeigen, um den Fortbestand und die Resilienz der Familienbetriebe als Grundlage unserer Landwirtschaft zu gewährleisten.

Postulatsbericht vom 1. März 2024 «Einkommen der Bauernfamilien».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 22.3022 Förderung von Schweizer Wein stärken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Mittel zur Förderung von Schweizer Weinen auf 9 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen, sofern sie Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien erfüllen.

Eine Minderheit der Kommission (Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Marti Samira, Schneeberger, Ryser, Wasserfallen Christian, Wermuth) beantragt, die Motion abzulehnen.

In Voranschlag und Finanzplanung sind 9 Millionen Franken für die Absatzförderung von Schweizer Wein eingeplant.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 M 22.3819 Die neue Massnahme von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auf offener Ackerfläche wieder aufheben (Jean-Pierre Grin [Nicolet])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, angesichts der gegenwärtigen Nahrungsmittelkrise die Vorschrift von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auf offener Ackerfläche, die ab 2024 gelten soll, wieder aufzuheben.

2023 M 23.3846 Verschiebung der Einführung der Anforderung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen im Ackerbau um ein Jahr (Esther Friedli [Nicolet])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, die Anforderung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderfläche im Ackerbau vom 1. Januar 2024 auf den 1. Januar 2025 zu verschieben. Für mehr Effizienz und Akzeptanz sollen sinnvolle zusätzliche bereits bestehende Massnahmen geprüft und angerechnet werden. Damit können unerwünschte Nebeneffekte vermieden werden.

Der Bundesrat hat am 6. November 2024 im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes 2024/AP22+ mit der Änderung der Direktzahlungsverordnung (SR 910.13; AS 2024 686) die Aufhebung der Einführung der Anforderung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderfläche im Ackerbau per 1. Januar 2025 beschlossen.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2022 P 21.3973 CO₂-neutrales Fliegen bis 2050 (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie ein CO₂-neutrales Fliegen bis 2050 ermöglicht werden kann.

Eine Minderheit der Kommission (Rüegger, Egger Mike, Graber, Haab, Page, Wobmann) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 21. Februar 2024 «CO₂-neutrales Fliegen bis 2050».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 22.4580 Entwicklung und Regulierung von zivilen Drohnen in der Schweiz (Katja Christ)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Statusbericht über die Entwicklung und die Regulierung von zivilen Drohnen in der Schweiz zu verfassen und Massnahmen aufzuzeigen, wie diese sicher und effizient in das bestehende Luftfahrtsystem integriert werden können.

Postulatsbericht vom 20. Dezember 2024 «Entwicklung und Regulierung von zivilen Drohnen in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Energie

2021 M 20.3485 Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Daniel Fässler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten bzw. Massnahmen zu ergreifen, damit Biomasseanlagen (Holz und Biogas) auch in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden können.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen wertvollen Leistungen von Biomasseanlagen (erneuerbarer Strom, erneuerbare Wärme, erneuerbare Treibstoffe, Klimaschutz, Naturdünger, geschlossene Nährstoffkreisläufe und andere Umweltleistungen) sind in einem interdisziplinären Ansatz die verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Energie-, Gasversorgungs-, CO₂- und Landwirtschaftsrecht) so anzupassen, dass in der Schweiz der Weiterbetrieb der bestehenden Biomasseanlagen gewährleistet und ein rascher Zubau effektiv und effizient unterstützt wird.

Das Parlament hatte die Abschreibung der Motion in der Sommersession 2022 abgelehnt. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat dem Parlament die notwendigen Gesetzesänderungen unterbreitet bzw. Massnahmen ergriffen, damit Biomasseanlagen (Holz und Biogas) auch in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden können. Dank den vorgenommenen Anpassungen im Energiegesetz (SR 730.0, AS 2022 729; AS 2024 679) und im CO₂-Gesetz (SR 641.71, AS 2024 376) sowie den vorgesehenen Änderungen im Raumplanungsgesetz (SR 700, BBl 2023 2301) können Biomasseanlagen besser finanziell gefördert und einfacher ausserhalb der Bauzonen realisiert werden. Die Forderungen der Motion sind deshalb auf Seiten der Energie- und Klimagesetzgebung erfüllt. Offen blieben jedoch die Forderungen an zusätzliche Fördermassnahmen auf Seiten der Landwirtschaft in Bezug auf die Abgeltung der Leistungen von Biogasanlagen zur Steigerung der Humusbildung sowie zur Reduktion des Nährstoffabbaus in den Böden. Die Frist für die Behandlung der Motion wurde bis zur Wintersession 2024 verlängert. Gemäss den Erkenntnissen aus dieser Arbeitsgruppe können die Arbeiten als abgeschlossen eingestuft werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4561 Wasserkraftwerke und Stauseen für die Fotovoltaik nutzen (Rocco Cattaneo)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, auf nationaler Ebene eine Untersuchung durchzuführen über das Potenzial, das mit der Nutzung der Oberflächen von Wasserkraftwerken und Stauseen für die Produktion von Sonnenstrom verbunden ist. Untersucht werden soll auch, ob allenfalls allfällige Gesetzesänderungen erforderlich sind. In jüngster Zeit wurden auf der Albigna-Staumauer im Bergell (GR) und auf dem Wasserspiegel des Lac des Toules im Wallis Photovoltaikanlagen erstellt. Diese Anlagen sind praktische Beispiele dafür, wie sinnvoll eine solche Nutzung ist.

Postulatsbericht vom 20. November 2024 «Wasserkraftwerke und Stauseen für Photovoltaik nutzen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 20.4406 Grüne Wasserstoffstrategie für die Schweiz (Gabriela Suter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine nationale Strategie für nachhaltigen, grünen Wasserstoff auszuarbeiten. Die Strategie soll aufzeigen, wie der Einsatz von grünem Wasserstoff zur Klimaneutralität der Schweiz beitragen kann und wie er sich bis in die Jahre 2035, 2050 und danach entwickeln könnte. Ein Schwerpunkt soll auf der Importstrategie für grünen Wasserstoff liegen.

2023 M 22.3376 Strategie für Wasserstoff in der Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Eingereichter Text:

Dabei ist auch synthetisches Methan und Methanol zu berücksichtigen sowie die Gesamtenergieeffizienz, die Auswirkung auf die Versorgungssicherheit der Schweiz und die Umweltbelastung zu beachten.

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zur Förderung der Entwicklung und zur Sicherstellung der Versorgung der Schweiz mit Wasserstoff vorzuschlagen. Diese Massnahmen können in Form von finanziellen Beiträgen oder nicht-finanziellen Massnahmen zur Förderung der Herstellung, Einfuhr, Lagerung oder Verteilung von Wasserstoff aus CO₂-neutralen Produktionsverfahren erfolgen.

Die Motionen wurden mit der vom Bundesrat an seiner Sitzung vom 13. Dezember 2024 verabschiedeten nationalen Wasserstoffstrategie (abrufbar unter: www.bfe.admin.ch > Versorgung > Wasserstoff und Power-to-X) umgesetzt. Die Strategie enthält das Leitbild und die Ziele des Bundesrates zu Wasserstoff und Power-to-X-Derivaten. Weiter schlägt sie Massnahmen für den Aufbau des inländischen Wasserstoffmarktes und die Anbindung an den europäischen Markt vor.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.3870 Beteiligung der Schweiz am Aufbau einer europäischen Solarindustrie (Gabriela Suter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Schweiz bisher die Bestrebungen zum Wiederaufbau einer europäischen Photovoltaikindustrie unterstützt hat, wie dies zukünftig noch verstärkt getan werden könnte und welche ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dies hätte.

Postulatsbericht vom 7. Juni 2024 «Beiträge der Schweiz an den Aufbau einer europäischen Solarindustrie».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.3974 Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zum durch die Gletscherschmelze generierten Wasserkraftpotenzial vorzulegen. Im Bericht soll er gestützt auf das neue Inventar des Wasserforschungsinstituts Eawag das Potenzial der Wasserkraftproduktion aufzeigen ebenso wie die Massnahmen, die zur Nutzung des Potenzials der Gletscherseen zu ergreifen sind.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.4561 Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen (Kurt Egger)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht das Potenzial des Energieverbrauchs des "Betriebs ohne Nutzen" zu erfassen sowie Massnahmenvorschläge und Anreizmechanismen zur dessen Vermeidung zu unterbreiten.

Postulatsbericht vom 13. November 2024 «Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3569 V2X- ("vehicle to grid") und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen (Adèle Thorens Goumaz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Batterien von Elektrofahrzeugen als Lösung für die Energiespeicherung und den Ausgleich des Stromnetzes genutzt werden können, um die allgemeine Stabilität der Stromversorgung zu verbessern und sogar während einem begrenzten Zeitraum das Risiko einer Stromlücke zu begrenzen. Der Bericht soll den Wissensstand und die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet in der Schweiz und im Ausland, das Potenzial einer solchen Lösung sowie mögliche technische, finanzielle, gesetzgeberische und mit der Umsetzung verbundene Hindernisse darstellen. Ausserdem sollen Möglichkeiten dargelegt werden, wie diese Hindernisse überwunden werden können.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «V2X- ("vehicle to grid") und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen» (abrufbar unter www.bfe.admin.ch > News und Medien > Medienmitteilungen > 13.12.2024).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Strassen

2020 M 20.3080 Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung zu ändern, um die Verwendung von Elektrofahrrädern für unter 14-Jährige in Begleitung einer erwachsenen Person zu erlauben. Der Bundesrat kann die Verwendung auf Orte mit schwachem Verkehrsaufkommen beschränken.

Die Motion wurde im Rahmen der gesetzlichen Revision «Verkehrsflächen für den Langsamverkehr» umgesetzt (Informationen abrufbar unter: www.astra.admin.ch > Fachleute und Verwaltung > Fahrzeuge und Gefahrgut > Bundesrat fördert den Langsamverkehr). Die Vernehmlassung fand vom 28. Juni bis am 18. Oktober 2023 statt. Die entsprechenden Anpassungen wurden in der Vernehmlassung grossmehrheitlich abgelehnt; insbesondere von 18 Kantonen. Hauptgrund für die Ablehnung war die Befürchtung einer Verschlechterung der Verkehrssicherheit im Fall einer Umsetzung der Motion. Langsame E-Bikes sind schneller und schwerer als Fahrräder, und die unter 14-Jährigen verfügen noch über zu wenig Fahrerfahrung, um diese Fahrzeuge sicher zu lenken. Die flankierenden Massnahmen können dieses Risiko nicht kompensieren.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 19.4631 Ein sicheres und schnelles Velo-Nationalstrassennetz zwischen den Schweizer Agglomerationen (Rocco Cattaneo)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Entwicklung eines sicheren und schnellen Velo-Nationalstrassennetzes zwischen den Schweizer Agglomerationen zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte erläutert werden: konkrete Vorschläge für mögliche Routen, die Aufteilung der Zuständigkeit zwischen Bund und Kantonen bei der Planung und Umsetzung, die Finanzierungsmethoden, die Umsetzungsfristen sowie die Bewertung der Vorteile für die Umwelt, die sich aus der Nutzung einer solchen Infrastruktur ergeben. Die Machbarkeitsstudie soll bis Ende 2020 vorliegen.

Postulatsbericht vom 10. April 2024 «Die Bedeutung von Velobahnen im Verkehrssystem der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 20.4478 Gleich lange Spiesse bei Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen (Josef Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Strassengüterverkehr für gleich lange Spiesse zu sorgen. Hierfür hat er die Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen auf Fahrer von Lieferwagen ab 2,5 Tonnen im gewerbmässigen Strassengütertransport analog zu den bestehenden Bestimmungen im Schwerverkehr und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der EU auszudehnen. Parallel dazu sind für diese Fahrzeuge die Ausrüstungsvorschriften der EU bezüglich dem digitalen Fahrtschreiber im grenzüberschreitenden Verkehr auch für die Schweiz zu übernehmen.

Der Bundesrat hat zur Umsetzung der Motion am 28. August 2024 Änderungen der Chauffeurverordnung (SR 822.221; AS 2024 482) verabschiedet, welche am 1. Juli 2026 in Kraft treten werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.4044 Verbesserung des Verkehrsmanagements und der Umgang mit Ausweichverkehr (Simon Stadler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Verkehrsmanagement im alpenquerenden Verkehr, insbesondere auf der Gotthardachse und San Bernardino-Achse, verbessert werden kann. Der Bericht soll u.a. aufzeigen:

- 1. Verbesserung der heutigen Massnahmen auf den alpenquerenden Routen;*
- 2. Zusätzliche Massnahmen zur Verbesserung des Verkehrsmanagements und zur Entlastung der Anwohner vom Ausweichverkehr auf den alpenquerenden Routen;*
- 3. Zusammenarbeit mit SBB und BLS zur Entlastung der Strassenachsen durch attraktive Angebote und besseres Ausschöpfen der Angebote auf der Schiene;*
- 4. Verbesserung der Datengrundlagen für ein wirksames Verkehrsmanagement;*
- 5. Verbesserung der Information der Verkehrsteilnehmer.*

Postulatsbericht vom 8. Mai 2024 «Ausweichverkehr entlang der Nord-Süd-Achsen im Alpenraum: Massnahmen des Bundesrates».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Kommunikation

2020 P 20.4066 Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Barbara Schaffner)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob der Grundversorgungsauftrag der Post im Zahlungsverkehr weiterhin erforderlich ist und, wenn ja, nötigenfalls Massnahmen vorzulegen, um den Auftrag auf die künftigen Erfordernisse auszurichten. Dabei sind unter anderem folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. *Absehbare Entwicklung (Volumen, Kosten, Kostendeckungsgrad), insbesondere mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung.*
2. *Vor- und Nachteile marktnäherer Lösungen (z.B. Ausschreibung von Leistungsaufträgen).*
3. *Auswirkungen der Umwandlung von Poststellen in Agenturen auf den Zahlungsverkehr gemäss Grundversorgungsauftrag*
4. *Lösungen in vergleichbaren Ländern, namentlich in Europa. Sofern diese keinen Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr kennen: Gründe für den Verzicht.*
5. *Etwaiger gesetzgeberischer Handlungsbedarf.*

Das Bundesamt für Kommunikation hat zu den im Postulat aufgeworfenen Fragen ein Gutachten erstellen lassen. Die Fragen werden darin beantwortet bzw. im Rahmen der Revision der Postgesetzgebung angegangen. Das Gutachten vom 23. Juli 2021 wurde zusammen mit dem Bericht des UVEK zur künftigen Ausgestaltung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten vom 14. Juni 2024 veröffentlicht (beide Dokumente abrufbar unter: www.bakom.admin.ch > Post und Presseförderung > Evaluation).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.3781 Strategie für eine zukunftsgerichtete Medienförderung jetzt aufgleisen (Katja Christ)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Fragen zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten:

1. *Welche Modelle der staatlichen Medienförderung führt unsere 4. Gewalt nachhaltig in die Zukunft, ohne dabei überholte Strukturen weiter zu zementieren, nur auf bestimmte Kanäle abzustellen oder bestimmte Geschäftsmodelle vorzuschreiben.*
2. *Er soll dabei verschiedene ganz unterschiedliche Möglichkeiten prüfen, diese einander sowie dem aktuellen Modell gegenüberstellen. Die Modelle müssen jeweils die oben genannten Eckwerte berücksichtigen. Zudem sollen dabei Vor- und Nachteilen aufgezeigt werden.*
3. *Er soll transparent darlegen, welches oder welche der Modelle er bevorzugt und weshalb*
4. *Er soll beantworten, ob dafür eine Anpassung der Verfassung zwingend ist und falls nicht, ob er eine solche trotzdem befürwortet und wieso.*

Postulatsbericht vom 21. Februar 2024 «Strategie für eine zukunftsgerichtete Medienförderung jetzt aufgleisen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Umwelt

2018 M 17.3636 Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Prinzip "Obligatorium mit Befreiungsmöglichkeit" beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten zeitnah umzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass auch Online-Händler das System in der Schweiz nicht mehr unterlaufen.

Der Bundesrat hat am 20. Oktober 2021 eine Revision der Verordnung über die Rückgabe, Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG, SR 814.620, AS 2021 633) verabschiedet. Diese sieht vor, den Geltungsbereich der VREG im Rahmen einer Departementsverordnung zu erweitern. Zur Umsetzung der Motion mussten die Ergebnisse der parlamentarischen Initiative 20.433 UREK-NR «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» abgewartet werden. Das Parlament hat am 15. März 2024 eine Revision des Umweltschutzgesetzes (USG; SR 814.01 AS 2024 648) verabschiedet. Mit den Artikeln 32a^{bis} ff. USG sollen künftig auch Online-Versandhandelsunternehmen, welche in der Schweiz Produkte in Verkehr bringen, in das Finanzierungssystem über die Erhebung einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr eingebunden werden. Gemäss Artikel 32a^{ter} USG kann der Bundesrat private Branchenorganisationen künftig unter bestimmten Voraussetzungen anerkennen und auch Nichtmitglieder der Branchenorganisation dazu verpflichten, einen finanziellen Beitrag an die Branchenorganisation zu entrichten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 P 18.4095 Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren in der Schweiz auf die landwirtschaftliche Bewirtschaftung des Berggebietes darzulegen.

Untersucht werden sollen die Gründe allfälliger Veränderung oder der Aufgabe der Bewirtschaftung von Heim- und Alpbetrieben. Dabei soll der Faktor Grossraubtier in Bezug gesetzt werden zu anderen Ursachen des landwirtschaftlichen Strukturwandels, wie z. B. agrarpolitischen Massnahmen oder gesellschaftlichen Veränderungen. Der Bundesrat soll den notwendigen Handlungsbedarf bezeichnen und allfällige Massnahmen vorschlagen. Insbesondere sollen bei betroffenen Betrieben oder Weideflächen die Möglichkeiten zum Schutz vor Grossraubtieren inklusive des Aufwand-Nutzen-Verhältnisses möglicher Herdenschutzmassnahmen untersucht werden.

Der Bericht soll weiter darlegen, wie sich diese Änderungen der Bewirtschaftung des Berggebietes auf die Landschaft, den Tourismus und die Biodiversität auswirken können.

Die aufgrund des Postulats in Auftrag gegebenen beiden Studien wurden 2023 bzw. 2024 veröffentlicht (Schläpfer, F., Lobsiger, M., & Bosshard, A. (2023): Landwirtschaft im Berg- und Sömmerungsgebiet: Entwicklungen, regionalökonomische Zusammenhänge und Wirkungen der Agrarpolitik. Kalaidos Fachhochschule Schweiz und BSS; www.kalaidos-fl.elsevierpure.com > Projekte; Mink, S., Loginova, D., Mann, S. (2024): Wolves' contribution to structural change in grazing systems among swiss alpine summer farms: The evidence from causal random forest. In: Journal of Agricultural Economics, 75, (1), 201–217; www.agroscope.admin.ch > Publikationen > Publikationssuche). Zudem wurde die Jagdverordnung (JSV; SR 922.01) in den Jahren 2021 (AS 2021 418), 2023 (AS 2023 286) und 2024 (AS 2025 12) revidiert. Die Fragestellung des Postulats ist in die verschiedenen Revisionen eingeflossen. Die Änderung der Direktzahlungsverordnung (SR 910.13; AS 2023 743) trägt ergänzend zu den Revisionen der JSV zu einer weiteren Entlastung der Landwirtschaft im Berggebiet bei.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 M 18.3712 Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den betroffenen Branchen Massnahmen zu ergreifen, mit denen die Verwendung von Plastikverpackungen und Einwegkunststoffprodukten innert nützlicher Frist erheblich reduziert und so die durch diese Produkte verursachte Umweltverschmutzung verringert werden kann. In diesem Zusammenhang ist dafür zu sorgen, dass so viel Plastik wie möglich ersetzt wird. Zu diesem Zwecke sind Forschung und Innovation zu fördern.

Eine Minderheit (Müri, Brunner Toni, Imark, Rösti, Tuena, Wobmann) beantragt die Ablehnung der Motion.

Zur Umsetzung der Motion mussten die Ergebnisse der parlamentarischen Initiative der 20.433 UREK-NR «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» abgewartet werden. Das Parlament hat am 15. März 2024 eine Revision des Umweltschutzgesetzes (USG; SR 814.01 AS 2024 648) verabschiedet. Darin sind verschiedene Massnahmen vorgesehen, welche zu einer Reduktion von Plastikmüll in Gewässern und Böden führen dürften. Es wird eine nationale Litteringbusse eingeführt (Art. 31b i. V. m. Art. 61 USG). Weiter kann der Bundesrat basierend auf Artikel 35i USG neue Anforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten und Verpackungen festlegen. Zurzeit werden die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen erarbeitet. Am 23. September 2022 hat der Bundesrat den Bericht «Kunststoffe in der Umwelt» in Erfüllung der Postulate 18.3196 Thorens Goumaz, 19.3496 Munz, 19.3818 Flach und 19.4355 CVP-Fraktion gutgeheissen. Den Bericht «Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung» in Erfüllung des Postulates 19.3559 Schneider Schüttel hat der Bundesrat am 23. August 2023 gutgeheissen.

Die Wirtschaft hat verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Verwendung von Plastikprodukten und Einwegkunststoffprodukten zu verringern (z. B. Kostenpflicht für Einwegplastiksäckchen, Projekt «ERDE» – ein nationales Sammelsystem für Erntekunststoffe, Sammelsysteme für expandiertes Polystyrol (EPS) sowie für weitere Kunststoffe).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.4100 Wirksame Massnahmen gegen Littering (Jacques Bourgeois)

Eingereichter Text:

Ich beauftrage den Bundesrat, die Gesetzgebung anzupassen, um wirkungsvolle Fördermassnahmen gegen Littering (Wegwerfen von Abfall in die Umwelt), insbesondere von Plastik, Aludosen, Zigarettenpackungen und -stummeln, ergreifen zu können, bei denen zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum unterschieden wird.

2020 M 19.4296 Recyclingbaustoffe. Vorbildfunktion des Bundes (Peter Schilliger [Christian Wasserfallen])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Voraussetzung zu schaffen, dass Bauten im Hoch-, Tief- und Strassenbau des Bundes, der Kantone und Gemeinden, wenn immer technisch möglich und sinnvoll, mit sekundären Baustoffen geplant und erstellt werden. Damit kann der Bund eine Vorbildfunktion übernehmen und einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zum Recycling von Baustoffen leisten. Zudem können so einheitliche Standards beim Einsatz von Recyclingbaustoffen etabliert werden, die ihren Einsatz durch private Bauherren vereinfachen bzw. attraktiver machen.

Das Parlament hat am 15. März 2024 im Rahmen der Beratung der parlamentarischen Initiative 20.433 UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» eine Revision des Umweltschutzgesetzes (USG; SR 814.01 AS 2024 648) verabschiedet. Mit Artikel 31b Absatz 7 in Verbindung mit Artikel 61 USG besteht neu eine explizite nationale Regelung zum «Littering». In Artikel 35j Absatz 2 USG wird die Vorbildrolle des Bundes beim ressourcenschonenden Bauen festgehalten. Ferner müssen der Bund und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Kantone für die Schonung der natürlichen Ressourcen besorgt sein (Art. 10h Abs. 1 USG).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.4615 Den Verkauf invasiver Neophyten verbieten (Claudia Friedl)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtliche Diskrepanz zwischen Verkauf von invasiven Neophyten und deren Bekämpfung aufzulösen und den Verkauf invasiver Neophyten zu verbieten.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. März 2024 eine Änderung der Freisetzungsverordnung (FrSV; SR 814.911, AS 2024 116) verabschiedet. Die Änderung der FrSV ist am 1. September 2024 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3477 Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz
(Thierry Burkart)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat hat am 8. Mai seine Bodenstrategie verabschiedet, die bis 2050 den Netto-Null-Verbrauch der Ressource Boden festschreibt. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen über die konkreten, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der in der Bodenstrategie verabschiedeten Zielsetzungen sowie der vorgesehenen Massnahmen, die zur Zielerreichung vorgesehen sind. Dabei ist auch darzulegen, ob Anpassungen anderer Strategien des Bundes, wie Sachpläne usw. erforderlich und vorgesehen sind und welche Gesetzesanpassungen sich ergeben, um die festgelegten Zielsetzungen zu erreichen. Weiter ist aufzuzeigen, welche Anpassungen an der föderalen Architektur der Schweiz notwendig sind und welche Kompetenzverschiebungen sich innerhalb der drei Staatsebenen konsequenterweise aufdrängen.

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen der Bodenstrategie».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 21.3293 Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als
Dekarbonisierungs-Beitrag (Jakob Stark)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den einschlägigen Normenkommissionen die Möglichkeiten zur Dekarbonisierung des Infrastrukturbaus zu erforschen. Insbesondere ist zu prüfen bzw. anzustreben, Stahlbeton durch CO₂-speichernde Materialien zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Dabei soll die Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den breiten Einsatz im Infrastrukturbau im Vordergrund stehen. Es ist eine entsprechende Forschungs- und Umsetzungsstrategie auszuarbeiten.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 6. Dezember 2024 die Umsetzungs- und Forschungsstrategie zur Dekarbonisierung des Infrastrukturbaus mit Fokus auf Holz genehmigt (abrufbar unter www.bafu.admin.ch > Publikationen, Medien > Medienmitteilungen > 6.12.2024).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.4224 Rechtliche Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Lebensdauer von Produkten (Florence
Brenzikofer)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Bericht darüber zu erstatten, wie die Rechtsordnung dahingehend anzupassen ist, dass die vorsätzliche und eventualvorsätzliche Verkürzung der Produktlebensdauer ("geplante Obsoleszenz") rechtlich geahndet werden kann.

Postulatsbericht vom 26. Juni 2024 «Rechtliche Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Lebensdauer von Produkten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.4225 Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um in Betrieb stehende und ehemalige
Kehrichtverbrennungsanlagen (Gabriela Suter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zusammen mit den Kantonen das Ausmass der Umweltbelastungen, die durch den Betrieb der Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA) in den letzten 50 Jahren resultiert sind, umfassend aufarbeiten zu lassen. Dabei sind die Zeiträume nach dem Einsatz von verschiedenen Filtertechnologien zu unterscheiden (ohne Filter, Nassfilter etc.). Der Bundesrat soll einen Bericht vorlegen, in dem er unter anderem beantwortet, welche Emissionen und Immissionen in den verschiedenen Betriebsphasen überwacht bzw. nicht überwacht wurden und welche Auswirkungen dies auf die Umwelt hat(te).

Der Bericht soll klären, welche Aufgaben (Emissions- und Immissionsmessungen, Dokumentierung und Kommunikation der Ergebnisse, Vollzugskontrollen) welchen Behörden oblag und wie deren Umsetzung aus heutiger Sicht beurteilt wird. Insbesondere interessieren die Rollen des Bundes, der Kantone und der einzelnen KVA-Betreiber.

Zudem soll im Bericht der aktuelle rechtliche Rahmen analysiert und Empfehlungen zu allfälligen gesetzlichen Anpassungen formuliert werden.

Postulatsbericht vom 30. Oktober 2024 «Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um in Betrieb stehende und ehemalige Kehrichtverbrennungsanlagen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4333 Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern (Kommission für Umwelt,
Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur CO₂-Abscheidung und CO₂-Sequestrierung zu fördern, damit möglichst zeitnah negative Emissionen im industriellen Massstab durchgeführt werden können.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 27. November 2024 beschlossen, per 1. Januar 2025 das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG; SR 814.310) und die Klimaschutz-Verordnung (SR 814.310.1) in Kraft zu setzen. Mit dem KIG werden bis 2030 neuartige Technologien und Prozesse zur Verminderung von Treibhausgasemissionen sowie zur Anwendung von Negativemissionstechnologien gefördert. Ausserdem haben das Bundesamt

für Energie, das Bundesamt für Umwelt sowie Innosuisse bestehende Förderinstrumente (insb. SWEET und Innosuisse Flagship-Initiative) eingesetzt, um die Forschung und Entwicklung zur Verminderung von schwer vermeidbaren Treibhausgasemissionen und im Bereich der Negativemissionstechnologien zu fördern.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

- 2022 P 22.3880 Eine nachhaltige Finanzierungslösung für die Abgabe von Lebensmitteln durch Wohltätigkeitsorganisationen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
- Eingereichter Text:
- Der Bundesrat wird beauftragt, die Akteure, insbesondere diejenigen aus den Bereichen Einzelhandel und Wohltätigkeitsorganisationen, zusammenzubringen, um eine nachhaltige Finanzierungslösung für die Sammlung und Abgabe unverkaufter Lebensmittel zu prüfen, die auf dem Verursacherprinzip beruht. Das Modell sollte klare Zielvorgaben für die Steigerung der Lebensmittelabgabe enthalten. Im Bericht sind zudem die gesetzlichen Hindernisse aufzulisten, welche die Abgabe bestimmter Lebensmittel verhindern.*
- Eine Minderheit der Kommission (Huber, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Tuena, Wobmann) beantragt, das Postulat abzulehnen.*
- 2022 P 22.3881 Handlungsfeld Detailhandel zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
- Eingereichter Text:
- Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie die Vernichtung konsumierbarer Lebensmittel insbesondere von Fleisch- und Fischwaren im Detailhandel verringert werden könnte und welche Schritte er diesbezüglich konkret unternehmen wird. Denkbar wären kommunikative Massnahmen wie Gespräche mit Detailhändlern, um mögliche Lösungen wie das Einfrieren und die Abgabe an Freiwilligenorganisationen, sowie den gesetzlichen Spielraum in Bezug auf Haltbarkeitsdaten aufzuzeigen.*
- Eine Minderheit der Kommission (Huber, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Tuena, Wobmann) beantragt, das Postulat abzulehnen.*
- 2022 P 22.3882 Handlungsfeld Koordination zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
- Eingereichter Text:
- Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Schaffung einer Koordinationsstelle, die sich mit der Verteilung von abgelaufenen, aber zum Konsum geeigneten Lebensmitteln befasst, zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung beitragen könnte. Grossverteiler, die abgelaufene Lebensmittel abgeben möchten, sollen sich melden können, um an entsprechende Freiwilligenorganisationen und NGO's weitervermittelt zu werden.*
- Eine Minderheit der Kommission (Huber, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Tuena, Wobmann) beantragt, das Postulat abzulehnen.*

Postulatsbericht vom 30. Oktober 2024 «Lebensmittelverluste: Handlungsfelder Spenden und Detailhandel».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Raumentwicklung

- 2019 P 19.3299 Smarte Industrie- und Gewerbezone. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezone (Claude Béglé)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Kantone dazu ermutigt werden können, für die Gemeinden Anreize zu schaffen, damit diese die Planung ihrer Industrie- und Gewerbezone optimieren und besser auf die gegenwärtigen Herausforderungen abstimmen: Bedürfnisse der Unternehmen, Energie sparen, Reduktion des Strassenverkehrs, Schutz des Bodens.

Heute ermöglichen die digitalen Mittel und die Grundsätze der smarten Stadt, die Singapur breit nutzt, ganzheitliche Herangehensweisen, die folgenden Aspekten Rechnung tragen: regionale Entwicklung, wirtschaftliche Prioritäten, optimale Nutzung der bestehenden oder der zu bauenden Infrastrukturen (Verdichtung), Lebensqualität und Umweltschutz.

Es geht darum, Anreize zu schaffen, die unter bestimmten Bedingungen gewährt werden, ohne aber die Oberhoheit der Gemeinden über die Raumplanung zu beschneiden.

Postulatsbericht vom 13. Dezember 2024 «Smarte Industrie- und Gewerbezone. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezone».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.3938 Auswirkungen der Zulassung von pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Zulassung der pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone haben würde. Zudem bitten wir um eine Berichterstattung, ob analog zu den pferdegestützten Therapien weitere Angebote mit Therapietieren bestehen, welche nach heutiger Rechtsprechung in der Landwirtschaftszone nicht zonenkonform sind, dort jedoch sinnvollerweise anzusiedeln sind und auch angeboten werden.

Die Änderung vom 29. September 2023 des Raumplanungsgesetzes (SR 700; AS 2023 2488) sieht vor, dass das neue Planungsinstrument des Gebietsansatzes thematisch offen ausgestaltet sein soll (Art. 8c i. V. m. Art. 18^{bis}). Mit dieser thematisch offenen Ausgestaltung soll erreicht werden, dass das neue Planungsinstrument dort zur Verfügung steht, wo besondere kantonale und regionale Bedürfnisse bestehen, die im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen über das Bauen ausserhalb der Bauzonen nicht realisiert werden könnten. Bestehen bei den pferdegestützten Therapieformen entsprechende ausgewiesene Bedürfnisse, steht mit dem Gebietsansatz somit neu ein Instrument zur Verfügung, das es – wenn die entsprechenden gesetzlichen und planerischen Voraussetzungen erfüllt sind – erlaubt, solchen Bedürfnissen angemessen Rechnung zu tragen. Damit erübrigen sich weitergehende Abklärungen zur Zulässigkeit von pferdegestützten Therapien und von weiteren Angeboten mit Therapietieren in der Landwirtschaftszone.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 11.3285 Erleichterung der Nutzung ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Raumplanungsgesetzgebung so anzupassen, dass ungenutzte, erschlossene landwirtschaftliche Gebäude (auch Scheunen) in der Landwirtschaftszone leichter zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus umgenutzt werden können.

Die Änderung vom 29. September 2023 des Raumplanungsgesetzes (SR 700; AS 2023 2488) sieht vor, dass der sogenannte Gebietsansatz grundsätzlich auch für die Umnutzung von nicht mehr benötigten landwirtschaftlichen Bauten zur Wohnnutzung zur Verfügung steht (Art. 8c Abs. 2). Der Gebietsansatz steht darüber hinaus auch zur Verfügung, um Anliegen des Agrotourismus besser Rechnung tragen zu können. Mehr lässt das geltende Verfassungsrecht (Grundsatz, das Baugebiet vom Nichtbaugebiet zu trennen [Trennungsgrundsatz]) nicht zu.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.4334 Verjährung der Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands ausserhalb der Bauzonen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament gesetzliche Grundlagen zu unterbreiten, um bei widerrechtlich erstellten Bauten ausserhalb der Bauzonen die Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes nach 30 Jahren verwirken zu lassen.

Eine Minderheit der Kommission (Schneider Schüttel, Bäumle, Clivaz Christophe, Egger Kurt, Girod, Klopfenstein Broggin, Munz, Nordmann, Pult, Suter) beantragt, die Motion abzulehnen.

Die Änderung vom 29. September 2023 des Raumplanungsgesetzes (SR 700; AS 2023 2488) enthält neu eine Bestimmung, wonach bei illegalen Bauten und Anlagen der Anspruch des Gemeinwesens auf Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands nach 30 Jahren verjährt (Art. 25 Abs. 5).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.4452 Touristischen Verkehr definieren (Josef Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, zusammen mit der Wissenschaft und Praxis eine Definition für den touristischen Verkehr zu erarbeiten und diesen in Zukunft systematisch zu erfassen.

Postulatsbericht vom 6. Dezember 2024 «Touristischen Verkehr definieren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3638 Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur im ländlichen Raum stärken (Matthias Michel)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, wie Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur auch in ländlichen Regionen finanziell und auf andere Weise unterstützt werden können.

Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur im ländlichen Raum stärken».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Kapitel II

An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind

Schweizerische Bundeskanzlei

2021 P 19.3435 Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Die parlamentarische Verwaltungskontrolle hat Anfang 2023 eine Evaluation zur Kommunikation der Behörden vor Abstimmungen durchgeführt. Der darauf gestützte Bericht der GPK-N (abrufbar unter www.parlament.ch > Services > News > Behördenkommunikation vor Abstimmungen) wurde am 21. November 2023 verabschiedet, die Stellungnahme des Bundesrates dazu am 30. Januar 2024 (abrufbar unter www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 31.1.2024). Weiter erarbeitet die BK gegenwärtig den Bericht in Erfüllung des Postulats 21.4168 Dandrès «Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger»; dieser wird dem Bundesrat demnächst vorgelegt. Die im Postulat angesprochenen Themen sollen, soweit zielführend, im Rahmen der laufenden Arbeiten behandelt werden.

2021 M 20.3419 Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Beat Rieder)

2022 M 22.3371 Stimmgeheimnis. Ein Recht für alle (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat führte vom 15. Dezember 2023 bis am 12. April 2024 die Vernehmlassung über eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR; *SR 161.1*) und der Verordnung über die politischen Rechte (VPR; *SR 161.11*) durch. Die Vernehmlassungsvorlage (abrufbar unter www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte [BPR] und der Verordnung über die politischen Rechte [VPR]) sah in Umsetzung der Motion 20.3419 vor, die Voraussetzungen für die Absage oder Verschiebung einer Volksabstimmung im Gesetz zu verankern. In Bezug auf die Motion 22.3371 schlug sie vor, blinden und sehbehinderten Stimmberechtigten unter Wahrung des Stimmgeheimnisses das selbstständige Abstimmen bei eidgenössischen Volksabstimmungen zu ermöglichen. Die vorgeschlagenen Rechtsänderungen wurden in der Vernehmlassung grundsätzlich begrüsst. Im Rahmen der für das zweite Quartal 2025 geplanten Überweisung der Gesetzesvorlage an das Parlament sollen die Motionen zur Abschreibung beantragt werden.

2022 P 21.4168 Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger (Christian Dandrès)

Die GPK-N befasste sich 2022/2023 ebenfalls mit der Behördenkommunikation vor Volksabstimmungen, klammerte die Frage des Rechtsschutzes aber ausdrücklich aus. Der Postulatsbericht zeichnet die Rechtsprechung betreffend den Rechtsschutz nach und trägt dabei aktuellen Entwicklungen Rechnung. Er behandelt die Frage, ob und wie die Abstimmungsinformationen des Bundesrates künftig rechtlich angefochten werden könnten. Er wird voraussichtlich im ersten Quartal 2025 vom Bundesrat verabschiedet. Damit wird das Postulat zur Abschreibung beantragt werden.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005 Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Im März 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges aufgenommen. Am 20. Dezember 2024 wurden diese materiell abgeschlossen. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme im Bereich der Binnenmarktverträge vorliegt, kann der Bundesrat Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe vorschlagen. Entsprechend wird dieses Thema Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2012 M 11.4038 Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat ist bereit, sich für die Menschenrechte aller Bürger Syriens einzusetzen und einen Fokus auf religiöse und ethnische Minderheiten zu richten. Die Schweiz setzt sich insbesondere im Menschenrechtsrat und in der UNO-Generalversammlung für die Bekämpfung von Straflosigkeit und zur Rechenschaftslegung ein, und zwar für alle Konfliktparteien. Beides sind wichtige Voraussetzungen zur Vorbeugung von Verstössen gegen die Menschenrechte, einschliesslich der Rechte von Minderheiten. Zudem unterstützt die Schweiz weiterhin finanziell den internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus (IIIM), den die UNO-Generalversammlung zur Untersuchung der schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts im Syrienkonflikt eingerichtet hat. Sie hat bisher zusammen mit den Niederlanden zehn Konferenzen mitorganisiert. Diese Unterstützung wird sie auch 2025 weiterführen. Die Schweiz hat seit 2011 über 610 Millionen Franken für die Bevölkerung in Syrien und der Region bereitgestellt. Zudem beteiligt sie sich an der Konfliktlösung. Die Schaffung und Unterstützung des «Civil Society Support Room» durch die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Büro des UNO-Sonderbeauftragten etwa erlaubt den Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der syrischen Zivilgesellschaft in die offiziellen Friedensgespräche in Genf. Die Lage wird angesichts der jüngsten Ereignisse (Dezember 2024) kontinuierlich analysiert.

2013 P 11.3916 Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Roger Nordmann)

2014 P 14.3557 Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (Peter Schilliger)

2014 P 14.3577 Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (Jean-René Fournier)

Im März 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges aufgenommen. Am 20. Dezember 2024 wurden diese materiell abgeschlossen. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme sowie über das Übernahmeverfahren vorliegt, kann der Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der Information der Schweizer Entscheidungsträger über relevantes EU-Recht vorschlagen. Auch das vorgesehene Übernahmeverfahren und der Unterschied der dynamischen Rechtsübernahme zum sogenannten autonomen Nachvollzug von EU-Recht wird Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2015 M 14.3120 Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)

Im März 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges aufgenommen. Am 20. Dezember 2024 wurden diese materiell abgeschlossen. Mit dem Paket kann der bilaterale Weg mit der EU für die Zukunft gesichert und dessen Ausbau ermöglicht werden. Das Paket und die diesbezügliche Umsetzungsgesetzgebung werden Gegenstand der Botschaft sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2015 M 14.3824 Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Marianne Streiff-Feller)

Die Schweiz unterstützte die Resolutionen zur Religions- und Glaubensfreiheit der UNO-Generalversammlung. Darüber hinaus hat sie sich wiederholt zu Respekt und Nichtdiskriminierung, auch in Bezug auf die Religionsfreiheit, geäussert, unter anderem im bilateralen Austausch, insbesondere mit asiatischen Ländern, und auf multilateraler Ebene im Menschenrechtsrat und in der OSZE. 2022 nahm die Schweiz an der Ministerkonferenz über Religions- und Weltanschauungsfreiheit (FoRB) teil und setzte auch ihren Einsatz im Kampf gegen Antisemitismus, insbesondere durch ihre Mitarbeit in der «International Holocaust Remembrance Alliance» (IHRA), fort. An der OSZE-Antisemitismuskonferenz im April 2024 forderte die Schweiz die rasche Umsetzung konkreter kurz-, aber auch langfristiger Massnahmen gegen Antisemitismus. Im Juli 2023, stimmte die Schweiz in der UNO-Generalversammlung ausserdem für die Annahme der Resolution A/77/318 «Promoting interreligious and intercultural dialogue and tolerance in countering hate speech», welche im Konsens angenommen wurde. Diese Resolution fordert eine Weltkonferenz zur Bekämpfung von Hassreden, welche im Jahr 2025 stattfinden soll.

2016 M 16.3155 Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Claude Béglé)

Die Schweiz hat ihre Präsenz in Eritrea seit Überweisung der Motion verstärkt, namentlich durch regelmässige Missionen der bilateral akkreditierten Botschafter nach Eritrea, durch Vertreter des Staatssekretariats für Migration sowie seit 2023 des Sonderbotschafters für das Grosse Horn von Afrika, zu dessen Tätigkeitsfeld Eritrea ebenfalls gehört. 2024 konnte zum ersten Mal ein strukturierter bilateraler Dialog mit Eritrea durchgeführt werden. Dieses Format soll über die nächsten Jahre regulärisiert

werden und auch regelmässige Diskussionen zur Migration und sowie zu Menschenrechten erlauben. Die eritreischen Regierung zeigt jedoch grundsätzlich wenig Bereitschaft zu neuen Verpflichtungen.

Seit Überweisung der Motion hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Eritrea Projekte im Bereich Berufsbildung umgesetzt. 2024 wurden diese einer externen Evaluation unterzogen, aufgrund deren gemischter Resultate eine signifikante Reduktion des Mitteleinsatzes in Eritrea in Planung ist. Die DEZA hat zudem ab Januar 2018 ein Projekt des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) mitfinanziert, das jedoch aufgrund fehlender Genehmigungen durch Eritrea nie richtig umgesetzt werden konnte und 2022 eingestellt wurde.

Eritrea lehnt zwangsweise Rückführungen aus europäischen Ländern weiterhin grundsätzlich ab. Gleichzeitig werden, unabhängig davon, weniger Asylanträge von Eritreern und Eritreerinnen in der Schweiz gestellt, insbesondere auch Primärgesuche.

2018 M 17.3098 Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die Motion wurde am 4. Dezember 2017 vom Ständerat abgeändert, mit dem neuen Auftrag an den Bundesrat, in Eritrea die diplomatische Präsenz zu stärken.

Die Schweiz hat ihre Präsenz in Eritrea seit Überweisung der Motion verstärkt, namentlich durch regelmässige Missionen der bilateral akkreditierten Botschafter nach Eritrea, durch Vertreter des Staatssekretariats für Migration sowie seit 2023 des Sonderbotschafters für das Grosse Horn von Afrika, zu dessen Tätigkeitsfeld Eritrea ebenfalls gehört. 2024 konnte zum ersten Mal ein strukturierter bilateraler Dialog mit Eritrea durchgeführt werden. Dieses Format soll über die nächsten Jahre regularisiert werden.

2018 M 17.4241 Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Carlo Sommaruga)

2021 P 21.3960 Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat hat 2018 und 2019 beschlossen, dem Vertrag nicht beizutreten. Er hat diese Entscheide 2024 bestätigt. Wie in der Antwort auf die Motion 17.4241 in Aussicht gestellt, hat der Bundesrat die Beitrittsfrage unter Einbezug der involvierten Dienste sowie mit Beiträgen von externen Sachverständigen geprüft. Die Berichte von 2018 und 2024 sind öffentlich und stellen eine Auslegeordnung aller Argumente dar. Sie fassen auch auf den Erfahrungen an der 10. Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) im August 2022 sowie den ersten beiden Staatenkonferenzen des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW), an denen die Schweiz als Beobachterin teilnahm. Mit dem Entscheid, in der aktuellen globalen Sicherheitslage die Schweizer Position nicht zu verändern, sendet der Bundesrat ein Signal der Kohärenz an die engsten Partner der Schweiz. Nach erfolgter Neubeurteilung erachtet der Bundesrat zurzeit keine weiteren Schritte als notwendig. Wenn sich die Ausgangslage merklich verändert, kann er eine erneute Standortbestimmung vornehmen. Bis dahin setzt die Schweiz ihre Abrüstungsbemühungen im NPT-Prozess fort. Unabhängig von ihrer Position zum TPNW setzt sich die Schweiz weiterhin in der nuklearen Abrüstung ein, um Nuklearwaffenrisiken zu vermindern und um, zusammen mit Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten, auf das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen hinzuwirken.

2018 M 18.4106 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsentcheid der Bundesversammlung unterbreiten (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.018: Botschaft vom 3. Februar 2021 zum UNO-Migrationspakt.

2020 P 18.3059 Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Eric Nussbaumer)

Im März 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges aufgenommen. Am 20. Dezember 2024 wurden diese materiell abgeschlossen. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme vorliegt, kann der Bundesrat Massnahmen zur Mitwirkung des Parlaments vorschlagen. Entsprechend wird dieses Thema auch Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2021 M 19.3170 Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

Im März 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges aufgenommen. Am 20. Dezember 2024 wurden diese materiell abgeschlossen. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme vorliegen, kann dieser Motion entsprochen werden. Die genannten Themen werden Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2022 M 21.3172 Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Daniel Jositsch)

2022 M 21.3181 Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Alfred Heer)

Der Bundesrat setzt sich dafür ein, dass die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und des Holocaust nicht in Vergessenheit geraten. An seiner Sitzung vom 26. April 2023 hat er deshalb 2,5 Millionen Franken für die Realisierung eines Erinnerungsortes für die Opfer des Nationalsozialismus bewilligt. Der Erinnerungsort soll in der Stadt Bern entstehen und für alle zugänglich sein. In Februar 2024 hat das EDA eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Stadt Bern abgeschlossen. Darin sind weitere Schritte bis zur Errichtung des Erinnerungsortes in Bern definiert: Zunächst werden Konsultationen durchgeführt und Abklärungen unternommen, um die Parameter für die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs festzulegen, der 2025 lanciert wird. Dort können Projektvorschläge für den Erinnerungsort eingereicht werden, aus denen dann das Siegerprojekt hervorgehen wird. Mit der Realisierung eines Erinnerungsortes setzt der Bund zusammen mit der Stadt Bern ein Zeichen gegen Völkermord,

Antisemitismus und Rassismus und für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und individuelle Grundrechte. Der Erinnerungsort soll zudem den Austausch und die Debatte fördern und über die Landesgrenzen hinaus eine Wirkung entfalten. Zudem wurde geprüft, ausgehend von einem Projekt für einen grenzüberschreitenden Vermittlungs- und Vernetzungsort, das der Kanton St. Gallen initiiert hat, ein nationales Netzwerk von Gedenkstätten in Bezug auf die Opfer des Nationalsozialismus im Rahmen der Kulturbotschaft des EDI – BAK unterstützt werden kann.

2022 P 21.3791 Covid-19. Auswirkungen auf die Vitalität des Netzwerks der internationalen Organisationen in der Schweiz und auf die Schweizer Gaststaatspolitik? (Nicolas Walder)

Der Bundesrat beschloss am 1. September 2021, dieses Postulat in der Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat Zeitraum 2024-2027 zu beantworten. Diese Botschaft wurde auf den Zeitraum 2026-2029 verschoben, um die Entwicklung der geopolitischen Lage besser analysieren und so die Auswirkungen neuer internationaler Krisen auf das multilaterale System berücksichtigen zu können.

Direktion für Völkerrecht

2010 M 09.3719 Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Dick Marty)

Die Schweiz setzt sich seit 2005 gemeinsam mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten für eine stärkere Berücksichtigung der Menschenrechte bei UNO-Sanktionen ein. Ein bedeutender Erfolg war 2009 die Einführung des Amtes der Ombudsperson für das Sanktionsregime gegen den Islamischen Staat und Al-Qaida. Am 22. März 2010 informierte der Bundesrat den UNO-Sicherheitsrat über die Annahme und Folgen der Motion Marty, die für gelistete Personen in der Schweiz ein Rechtsmittel gegenüber UNO-Sanktionen verlangte. Dieses Recht wurde durch ein Urteil des Bundesgerichts bestätigt. Während ihrer Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat 2023-2024 forderte die Schweiz, die Zuständigkeit der Ombudsperson auf alle 14 Sanktionsregime auszuweiten. Aufgrund nationaler Widerstände konnte dies nicht durchgesetzt werden. Dennoch erreichte die Schweiz eine Verbesserung der Effizienz und Fairness der Verfahren. Am 19. Juli 2024 verabschiedete der Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution, unterstützt von über 50 Staaten, die die Einführung eines "Focal Points" vorsieht. Dieser prüft Gesuche gelisteter Personen und Organisationen auf Streichung von der Sanktionsliste und legt seine Erkenntnisse dem Sanktionsausschuss vor, der einstimmig entscheidet. Die Schweiz setzt sich auch über ihre Sicherheitsratsmitgliedschaft hinaus dafür ein, die Rechtsstaatlichkeit in Sanktionsregimen zu stärken, unabhängig von der Abschreibung der Motion.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

2022 P 21.3122 Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie (Claudia Friedl)

Der Bericht liegt als Entwurf vor. Aufgrund der erst am 17. Dezember 2024 erfolgten Genehmigung der Verpflichtungskredite zur internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 durch das Parlament wurde entschieden, zuzuwarten und den Entwurf entsprechend darauf abzustimmen.

Direktion für Ressourcen

2022 P 22.3751 Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken (Corina Gredig)

Ein Berichtsentwurf mit einem Ländervergleich ist erstellt. Er befindet sich departementsintern in Konsultation. Aufgrund der Komplexität des Themas sind die internen Beratungen zu diesem Thema noch nicht abgeschlossen.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 17.3972 Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Gemäss Postulat soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Hindernisse, welche Menschen mit Behinderung die politische Partizipation erschweren, beseitigt werden können. Das Postulat sieht die Möglichkeit vor, die Antwort im Rahmen der regelmässigen Berichterstattung der Schweiz zur Umsetzung der Uno-Behindertenrechtskonvention zu erstatten. Die nächste Prüfung vor dem Behindertenrechtsausschuss findet erst 2028 statt. Der Bericht vom 25.10.2023 in Erfüllung des Postulats 21.3296 Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (Carobbio Guscetti), beantwortet die im Postulat aufgeworfenen Fragen teilweise.

2020 P 20.3456 Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

2021 wurde ein externes Gutachten zur Pharmakovigilanz in der Schweiz erstellt, welches dem Bericht als Grundlage dient. Die bei Swissmedic zuständigen Bereiche und Abteilungen waren lange sehr stark in die Bewältigung der Covid-19 Pandemie eingebunden, namentlich die Auswertung von unerwünschten Wirkungen der Covid-19-Impfstoffe, inkl. der damit verbundenen Kommunikation, banden viele Ressourcen. Die Prüfung und Umsetzung der vom Gutachter vorgeschlagenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung des Meldesystems in der Schweiz dauerten bis Mitte 2023. In diesem Zusammenhang mussten diverse offene Punkte innerhalb der Verwaltung geklärt werden und sind nun zu bereinigen.

2022 M 22.3233 Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten (Marina Carobbio Guscetti)

In Folge des Postulats 20.3886 befinden sich verschiedene Massnahmen im Umsetzung, darunter die Erarbeitung eines Online-Hilfsmittels zur Gestaltung barrierefreier Beratungsangebote und Informationen für gewaltbetroffene Personen sowie Massnahmen zur Verbesserung der Unterstützung gewaltbetroffener Personen. Der Abschluss der Arbeiten ist für 2025 vorgesehen.

2022 M 22.3373 Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (25.020): Botschaft vom 12. Dezember 2024 zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Beseitigung der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.4451 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Tamara Funicello)

2021 M 20.4452 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Susanne Vincenz-Stauffacher)

2021 M 20.4463 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Eva Herzog)

Die Kantone bereiten die Einführung einer zentralen Telefonnummer für Opfer von Gewalt vor. Das UVEK (Bundesamt für Kommunikation) schafft die Rechtsgrundlagen zuhanden des Bundesrates für die Einführung einer dreistelligen Kurznummer für Opfer von Gewalt. Die Umsetzungsarbeiten in den Kantonen und die Anpassung der Fernmeldeverordnung werden voraussichtlich noch bis Q4 2025 andauern. Es ist vorgesehen, die zentrale dreistellige Telefonnummer in der nationalen Präventionskampagne, die für November 2025 geplant ist, zu erwähnen.

2022 P 20.3820 Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche "hate crimes" (Angelo Barrile)

Nach der Angliederung der LGBTI-Thematik anfangs 2024 hat das EBG die Arbeiten zum Nationalen Aktionsplan (NAP LGBTIQ) aufgenommen und eine interdepartementale Begleitgruppe gebildet. Auch die Kantone, Gemeinden und die Organisationen der Zivilgesellschaft werden in die Arbeiten miteinbezogen. Die Verabschiedung des Aktionsplans durch den Bundesrat ist für die zweite Hälfte 2025 geplant.

2022 M 21.4418 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Marianne Maret)

2022 M 21.4470 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)

2022 M 21.4471 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Tamara Funicello)

2022 M 22.3011 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Das EBG hat bis Ende 2023 eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet und einen Bericht zu Mediaplanungen und Mediakosten der Kampagnen in Auftrag gegeben. Die Arbeit mit der Begleitgruppe ist im Jahr 2024 fortgesetzt worden. Die Eckwerte der Kampagne wurden unter Einbezug von Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft definiert. Abhängig vom Mittelentscheid (Verabschiedung des Voranschlags 2025 durch das Parlament im Dezember 2024) kann im Januar 2025 die WTO-Ausschreibung

beginnen. Ebenfalls abhängig vom Mittelentscheid kann voraussichtlich im November 2025 die erste nationale Kampagne durchgeführt werden.

Bundesamt für Kultur

- 2022 M 19.3627 Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Frauenmuseum sichtbar werden (Marianne Streiff-Feller)
- 2021 M 20.3930 Konzept zur Pflege des Kulturerbes der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
- 2022 M 21.4403 Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter (Jon Pult)
- 2022 M 22.3023 Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.027): Botschaft vom 1. März 2024 zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025–2028 (Kulturbotschaft 2025–2028).

Bundesamt für Gesundheit

- 2009 M 05.3522 Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (Bea Heim)
- 2009 M 05.3523 Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (Ruth Humbel)

Die parlamentarische Initiative 16.419 Humbel «Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste» verlangt ebenfalls die Verhandlung der Preise der Mittel- und Gegenständeliste. Zur Umsetzung dieses Anliegens wurde der Entwurf der KVG-Änderung sowie der erläuternde Bericht erstellt und im Herbst 2019 die Vernehmlassung durchgeführt. Der Nationalrat hat in der Frühjahrssession 2022 einer Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2024 zugestimmt, damit die parlamentarische Initiative 16.419 zusammen mit der Motion 17.3969 SGK-S «Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln» behandelt werden kann (weitere Informationen siehe auch Motion 17.3969 SGK-S). Nachdem der Ständerat in der Frühjahrssession 2024 die Abschreibung beschlossen hat, hat der Nationalrat in der Sommersession 2024 eine erneute Fristverlängerung bis zur Sommersession 2025 entschieden. Der Vorstoss wurde am 7. November 2024 in der SGK-N behandelt. Sie hat entschieden, die Umsetzungsarbeiten fortzusetzen und die Verwaltung beauftragt, den Vorentwurf an das geltende Recht anzupassen.

- 2011 P 11.3218 Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Ignazio Cassis)

Die NEK hat sich im Herbst 2020 zu verschiedenen ethischen Fragestellungen im Zusammenhang mit den Kosten von Arzneimitteln geäußert. Die entsprechenden Antworten werden künftig im Rahmen der Beurteilung von Arzneimitteln durch Fragestellungen zur Einhaltung ethischer Grundprinzipien berücksichtigt. Zudem fliessen diese Erkenntnisse in die Weiterentwicklung von Preismodellen im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 und in die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Preisfestsetzung von Arzneimitteln ein (Kosten/Nutzen; Budget Impact, Evidenz). Das Kostendämpfungspaket 2 befindet sich derzeit in parlamentarischer Beratung, welche voraussichtlich im 2025 abgeschlossen wird. Die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Preisfestsetzung von Arzneimitteln auf Verordnungsstufe wurden ebenfalls bereits an die Hand genommen, Sitzungen mit den Stakeholdern wurden abgehalten. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für Ende 2025 vorgesehen. Mit dem Postulat 23.4342«Abrechnung sehr kostspieliger Medikamente zulasten der OKP klären», ersucht die GPK-S den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit der NEK und den anderen betroffenen Akteuren Leitlinien für die Abrechnung sehr kostspieliger Medikamente zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung festzulegen.

- 2014 M 11.3811 Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Christophe Darbellay)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.056): Botschaft vom 27. September 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung.

- 2014 M 12.3245 Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Ruth Humbel)

Die Möglichkeit der Spitäler, im Rahmen ihrer Leistungserbringung zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung so genannte Effizienzgewinne erzielen und einbehalten zu dürfen, wurde durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt. Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) wurde 2020 durchgeführt (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > laufende Revisionsprojekte > Änderung der KVV Weiterentwicklung der Planungskriterien sowie Ergänzung der Grundsätze zur Tarifiermittlung). Nach Auswertung der Vernehmlassung wurde die Frage der Tarifiermittlungsgrundsätze für eine vertiefte Analyse im Austausch mit den Stakeholdern zurückgenommen. Es fanden zwei runde Tische unter Leitung des Bundesamts für Gesundheit statt. In Folge dieser Austausche haben die Tarifpartner ein Projekt zur Ausarbeitung einer Methodik zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Kosten der Spitäler lanciert. Die umfangreichen Arbeiten sind noch im Gang. Mit konkreten Resultaten ist gemäss gemeinsamer Projekterklärung der Tarifpartner in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 zu rechnen. Da die Arbeiten an der Verordnung parallel zu diesem Projekt laufen, wird dem Bundesrat voraussichtlich Ende 2026 eine konkrete Vorlage zur Verabschiedung unterbreitet werden.

2014 M 12.4171 Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)

Im Rahmen seiner Botschaft 22.062 vom 7. September 2022 zum 2. Kostendämpfungspaket zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung hat der Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der koordinierten Versorgung vorgeschlagen. Mit der Einführung eines neuen Leistungserbringers «Netzwerk der koordinierten Versorgung», der eine den Patientenbedürfnissen entsprechende medizinische Betreuung «aus einer Hand» anbieten soll, wird das Anliegen der Motion aufgenommen. Der Abschluss der parlamentarischen Beratung ist daher abzuwarten.

2014 P 14.3054 Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Bea Heim)

Die Arbeiten zur Anpassung der Verordnung vom 23. Juni 1999 über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie (SR 832.102.4) wurden in Anbetracht laufender Arbeiten der «European Commission Initiative on Breast Cancer» (ECIBC), die im Rahmen der Aktualisierung der Europäischen Guidelines im Auftrag der Europäischen Kommission eine sehr grosse systematische Übersichtsarbeit zur Früherkennungs-Mammographie (und weiteren Themen in Bezug auf Brustkrebs) durchführt und ein neues Programm zur Qualitätssicherung erarbeitet, sistiert. Aufgrund dringlicher Arbeiten zur Bewältigung der Covid-19-Krise musste die Aufnahme der Arbeiten in den Jahren 2020, 2021 und 2022 ausgesetzt werden. Im 2023 wurden die Arbeiten wieder aufgenommen und im September Lösungsansätze mit den Stakeholdern besprochen. Die Umsetzung hängt von den Massnahmen der betroffenen Stakeholdern ab, welche im Rahmen der Umsetzung der Motion 23.3014 «Nationaler Krebsplan» der SGK-S weiter vertieft werden. Die Arbeiten zum nationalen Krebsplan werden 2025 aufgenommen und eine Verabschiedung durch den Bundesrat ist im zweiten Quartal 2026 geplant.

2017 P 15.3464 Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Ignazio Cassis)

Die Frage der Rollen der Kantone wurde in unterschiedlichem Kontext aufgenommen. Mit der Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) soll künftig kein Anreiz mehr bestehen, stationäre oder ambulante Leistungen zu bevorzugen (BBl 2024 31; Einheitliche Finanzierung der Leistungen). Die Wettbewerbsverzerrung zwischen ambulanten und stationären Leistungen wird damit behoben. Zudem erhielten mit der Änderung vom 30. September 2022 des KVG; (AS 2023 630; Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1b) die Versicherer ein Beschwerderecht gegen Beschlüsse der Kantonsregierungen zur Planung der Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime. Weiter wird derzeit im Rahmen des Berichtes zur Beantwortung der Postulate 17.4160 Carobbio Guscetti «Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien» und 19.3423 SGK-N «Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien» die Frage der Planung und der Investitionen behandelt. Nach Abschluss dieser Arbeiten wird der Bundesrat prüfen, welche Fragen noch offen sind. Dies wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2026 der Fall sein.

2018 M 17.3969 Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

2021 M 19.4492 Laborkosten zulasten der OKP (Christian Lohr)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.037: Botschaft vom 1. Mai 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Verhandlung der Tarife der Analysenliste).

2018 P 17.4160 Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Marina Carobbio Guscetti)

2019 P 19.3423 Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Zur Stärkung der Planung hat der Bundesrat mit der Änderung vom 23. Juni 2021 der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) die Spitalplanungskriterien aktualisiert (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > Abgeschlossene Neuerungen und Revisionen > Spitalfinanzierung > Änderung vom 23. Juni 2021 der KVV). Die überarbeiteten Planungskriterien enthalten namentlich die Vorgabe, dass in der Planung auf das Potenzial der Konzentration von Leistungen und der Koordination mit anderen Kantonen für die Stärkung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Versorgung zu achten ist. Aktuell laufen die Umfragen bei den Kantonen zu ihren Planungsmodellen und ihrer Umsetzung der weiterentwickelten Planungskriterien sowie die vergangenen und zukünftigen Investitionen. Der gemeinsame Bericht zu beiden Postulaten soll im Zusammenhang mit der Umsetzung der aktualisierten Planungskriterien im zweiten Halbjahr 2025 vorgelegt werden.

2018 P 17.4182 Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Rebecca Ana Ruiz)

Der Bundesrat hat im Rahmen seines Kostendämpfungsprogrammes zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung das Thema der angemessenen Versorgung aufgenommen und entsprechende Ressourcen für das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gesprochen. Im Jahr 2020 wurden diesbezüglich konzeptuelle Arbeiten zur Projektplanung aufgenommen, mussten aber wegen dringlicheren Geschäften zur Bewältigung der Covid-Krise im 2021 und 2022 wieder sistiert werden. Das Thema wurde in die im 2024 vom BAG gestartete Initiative für eine angemessene Patientinnen- und Patientenversorgung integriert. Bis im Frühjahr 2025 wird ein Masterplan erstellt. Das weitere Vorgehen wird im Rahmen der nächsten Phase der Umsetzung des Masterplans ab Herbst 2025 mit den Stakeholdern diskutiert.

2018 P 18.3602 Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Géraldine Marchand-Balet)

Für die Bearbeitung der Postulatsfragen hat das Bundesamt für Gesundheit beim Institut für Pflegewissenschaft der Universität Basel einen Bericht in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse des Forschungsberichts zeigen, dass die Pflegepersonalausstattung eine wichtige Dimension der Pflegequalität bildet, letztere aber vielschichtig ist und durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird. Erfahrungen zu Massnahmen und rechtlichen Regelungen aus dem Ausland werden ebenfalls dargestellt. Mit der Umsetzung der Pflegeinitiative trägt der Bundesrat der Tatsache Rechnung, dass genügend und adäquat eingesetztes Pflegepersonal ein wichtiger Faktor zur Sicherstellung der Pflegequalität ist. Noch fehlen fachliche Grundlagen, auf deren Basis Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Personalausstattung gesetzlich verankert werden könnten. Deshalb bleibt die Verantwortung für eine bedarfsgerechte Personalausstattung in der Zuständigkeit der Gesundheitseinrichtungen. Das Postulat soll im Rahmen der zweiten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative und der damit einhergehenden Berichterstattung erfüllt werden.

2019 M 18.3512 Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Hans Stöckli)

2020 M 19.4119 Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Hans Stöckli)

2021 wurden Patientenorganisationen, Leistungserbringer sowie Softwareanbieter angehört, um die notwendigen Handlungsfelder im Hinblick auf die flächendeckende Verwendung von Medikationsplänen zu identifizieren. Die Ergebnisse dieses Austausches trugen zum einen dazu bei, den Rechtsetzungsbedarf auf gesetzlicher Stufe zu konkretisieren. Zum anderen zeigten sie den Handlungsbedarf auf, der sich bei den Leistungserbringern hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit und bei den IT-Anbietern hinsichtlich den Anforderungen an elektronische Medikationspläne ergibt. Anschliessend wurden die Arbeiten zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage in enger Abstimmung zur technischen Normierung in der entsprechenden Verordnung zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDV; SR 816.11) fortgesetzt.

Unabhängig davon, ob ein Medikationsplan im elektronischen Patientendossier abgelegt wird oder nicht, soll bei der Erstellung das vom EDI gestützt auf Artikel 10 Absatz 3 Buchstabe b der Verordnung des EDI über das elektronische Patientendossier (EPDV-EDI, SR 816.111) geregelte Austauschformat «Medication Prescription document» verwendet werden. Das Revisionssteam steht im engen Austausch mit den Sektionen Unternehmensarchitektur und Sicherheit, eHealth Suisse und Sektion Digitale Gesundheit um die Umsetzbarkeit der geplanten Regelungen zu prüfen und ggf. zu ergänzen. Die Arbeiten dieser Sektionen werden mit dem Revisionsprojekt Heilmittelgesetz (HMG, SR 812.21) regelmässig abgestimmt, um vor der Überweisung der Botschaft optimale und praxistaugliche Anpassungen zu integrieren. Parallel zu diesen Arbeiten wurden Abklärungen mit Fachexpertinnen und Fachexperten zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den verpflichtenden Einsatz von elektronischen Systemen zur klinischen Entscheidungsunterstützung in der Pädiatrie vorgenommen. Auf der Basis dieser Abklärungen, eines sogenannten Normkonzepts sowie einer anschliessend in Auftrag gegebenen Regulierungsfolgeabschätzung wurde die Vorlage fertiggestellt. Die Vernehmlassung wurde am 8. Dezember 2023 eröffnet und lief bis zum 22. März 2024. Der Ergebnisbericht der Vernehmlassung sowie die Auswertung der Stellungnahmen wurden erstellt. Auf dieser Grundlage werden mögliche Anpassungen an der vorgeschlagenen Teilrevision des Heilmittelgesetzes (HMG 3a) vorgenommen, wobei die Erstellung der Botschaft bereits im Gange ist und deren Überweisung für die zweite Jahreshälfte 2025 geplant ist.

2019 P 18.4098 Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Der Bundesrat hat den Bericht vom 7. September 2022 «Vergütung von Arzneimitteln für krebskranke Kinder» in Erfüllung des Postulates erstellt. Das Parlament war 2023 mit dem Antrag, das Postulat abzuschreiben, nicht einverstanden. Gegenwärtig ist das Bundesamt für Gesundheit daran, eine Nachevaluation durchzuführen. Der entsprechende Bericht kann in der ersten Jahreshälfte 2025 erwartet werden.

2019 P 19.3086 Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Philippe Nantermod)

Das Bundesamt für Gesundheit hat an einem Treffen mit den Leistungserbringern der Langzeitnachbetreuung (suivi post-réhabilitation à long terme, Spralt) am 20. November 2019 die Sachlage erörtert. Dabei wurde festgehalten, dass die involvierten Fachpersonen derzeit keine vom Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) anerkannten Leistungserbringer darstellen. Für eine Aufnahme als auf ärztliche Anordnung tätige Leistungserbringer nach Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe e KVG ist der Nachweis eines schweizweit gefestigten Berufsbildes eine Grundvoraussetzung. Diesbezüglich sind die Arbeiten seitens der Berufsverbände noch im Gang.

Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 22. Mai 2019 zum Postulat festgehalten hat, kann ein Antrag zur Aufnahme der Leistung in die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) nur durch die interessierten Kreise an die zuständigen Gremien der OKP oder Unfallversicherung erfolgen. Dabei ist die Wirksamkeit der Leistungen nach wissenschaftlichen Methoden nachzuweisen. Diesbezüglich hat der Leistungserbringer eine Studie lanciert. Der Antrag der Leistungserbringer ist bisher noch nicht eingetroffen.

2020 M 19.3703 Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Josef Dittli)

Der Bundesrat beabsichtigt im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2, die Möglichkeit der Umsetzung von Preismodellen zu stärken. Mit Preismodellen können neben der Preisfestsetzung auch Prävalenz resp. Menge und Kosten, sowie der Nutzen von Arzneimitteln besser berücksichtigt werden. Das EDI (Bundesamt für Gesundheit) wird voraussichtlich im vierten Quartal 2025 Vorschläge erarbeiten, um die bestehenden Preisfestsetzungskriterien durch weitere von der Motion geforderten Elemente (Kosten/Nutzen, Budget Impact) zu ergänzen.

2020 M 19.3743 Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Damian Müller)

Die Abschreibung dieser Motion wurde von beiden Räten in der Sommer- und Herbstsession 2024 abgelehnt. Von beiden Räten wurde verlangt, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben, bis besser dargelegt wird, wie das Programm umgesetzt wird und welche Konkretisierungen es gibt.

Bis Mitte 2025 werden die Umsetzungsschwerpunkte sowie die prioritären Umsetzungsmassnahmen bis 2030 in Zusammenarbeit mit den Kantonen festgelegt. Bis Ende 2025 wird gemeinsam mit den Kantonen und weiteren Stakeholdern ein Governance-Prozess und eine Governance-Struktur zur koordinierten Programmumsetzung aufgebaut. Mit den für das Jahr 2025 geplanten Arbeiten soll die Motion anschliessend erneut zur Abschreibung beantragt werden.

2020 M 19.3957 Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

2020 M 19.4120 Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Damian Müller)

Von Seiten des Bundes wurden bereits vor Einreichung der beiden Motionen die Themen aufgenommen sowie Gespräche mit den Akteuren geführt. Entsprechend konnte auch erreicht werden, dass die Behandlungen von Kindern im stationären Bereich inzwischen ausreichend finanziert sind. Im ambulanten Bereich sind die Diskussionen zwar weiterhin im Gange, jedoch gab es entscheidende Entwicklungsschritte. Zwischenzeitlich haben die Tarifpartner die Organisation für ambulante Arzttarife (OAAAT) eingesetzt, die sich operativ seit anfangs 2024 nun um die Pflege und Weiterentwicklung der ambulanten-ärztlichen Tarifstrukturen kümmert. Somit können Anliegen auch direkt bei der OAAAT eingebracht werden, damit eine sachgerechte Abbildung der Kindermedizin erfolgt. Zudem beschloss der Bundesrat am 19. Juni 2024 eine Teilgenehmigung von TARDOC und den ambulanten Patientenpauschalen. Für die Einführung per 1. Januar 2026 verlangt der Bundesrat aber von den Tarifpartnern eine Vereinbarung, die eine koordinierte Umsetzung der beiden Tarifstrukturen gewährleistet. Die entsprechenden Gesuche und Vereinbarungen zu TARDOC und den ambulanten Pauschalen wurden dem Bundesrat anfangs November 2024 unterbreitet. Es gilt nun, diese zu prüfen, auch hinsichtlich der Abbildung der Kindermedizin.

2020 P 19.4278 Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Marianne Streiff-Feller)

Das Postulat soll im Rahmen der zweiten Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative, konkret mit der Änderung des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG, SR 811.21), erfüllt werden. Die Änderung des GesBG sieht vor, zu reglementieren, welche Bildungsabschlüsse für die Ausübung der Tätigkeit als Pflegeexpertin bzw. Pflegeexperte APN in eigener fachlicher Verantwortung berechtigen. Der Bundesrat wird die diesbezügliche Botschaft im ersten Halbjahr 2025 ans Parlament überweisen. Gemäss Auftrag des Bundesrates vom 8. Mai 2024 wird das EDI dem Bundesrat zudem bis Ende 2025 einen Vorschlag zur Reglementierung der Kostenübernahme für Leistungen von Pflegeexpertinnen und Pflegeexperten APN im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (SR 832.10) unterbreiten.

2020 M 20.3166 Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

2020 P 20.3453 Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Das Bundesamt für Gesundheit hat zusammen mit Swissmedic, dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung und der Armeecapotheke am 1. Februar 2022 den Bericht «Versorgungsengpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmassnahmen» fertiggestellt. Dieser zeigt die Zusammenhänge und Schwierigkeiten innerhalb der gesamten Versorgungskette in normalen Lagen auf und schlägt einen Katalog von möglichen Massnahmen vor. Der Bundesrat hat den Versorgungsbericht am 16. Februar 2022 zur Kenntnis genommen und das EDI und das WBF gemeinsam beauftragt, die Massnahmen vertieft zu prüfen und Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten. Der erteilte Auftrag umfasste auch die Anliegen der beiden Motionen.

Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe aus Vertretern aus Lehre, Forschung, Industrie, Leistungserbringern, Kantonen und Bund prüften die Massnahmen und erarbeiteten Umsetzungsvorschläge zu Händen des Bundesrats. Die Ergebnisse der Arbeiten und die Umsetzungsvorschläge wurden im einem Schlussbericht der Interdisziplinären Arbeitsgruppe zusammengefasst.

In mehreren Schritten verabschiedete der Bundesrat im April 2023, Januar und August 2024 weitere Massnahmenbündel. Im Bereich des Marktzugangs sehen die Umsetzungsaufträge rechtliche Anpassungen im Bereich der Einfuhr vor. Diesbezüglich sollen bis Ende 2025 dem Bundesrat eine Entscheidungsgrundlage über das weitere Vorgehen unterbreiten werden.

2020 P 20.3241 Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)

Aufgrund der Besonderheiten des Marktes für Pandemieimpfstoffe hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) zusammen mit den Staatssekretariaten für Bildung, Forschung und Innovation sowie der Wirtschaft und unter Einbezug von Akteuren aus der Forschung und Industrie eine spezifische Strategie zur langfristigen Förderung der Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen erarbeitet («Impfstoffstrategie 2035»).

Die «Impfstoffstrategie 2035» sieht Möglichkeiten zur Förderung der Erforschung und Entwicklung von Pandemieimpfstoffen sowie den Abschluss von sogenannten Reservationsverträgen mit Impfstoffanbietern vor. Damit soll die Position der Schweiz gestärkt und die Pandemiebereitschaft verbessert werden. Der Bundesrat hat diese Strategie am 29. November 2023 verabschiedet. Reservationsverträge zum raschen Schutz der Schweizer Bevölkerung im Falle einer Pandemie stehen derzeit im Fokus der Arbeiten.

Im Auftrag des Bundesrats hat das BAG Abklärungen in zwei verschiedenen Bereichen der Beschaffung wichtiger medizinischer Güter für den Pandemiefall durchgeführt:

Unter Einbezug des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung und der Logistikbasis der Armee, sind zum einen bedeutende Lücken in der generellen Versorgung mit medizinischen Gütern während der Covid-19 Krise identifiziert worden. Auf der Basis dieser Erkenntnisse hat das BAG am 21. August 2024 dem Bundesrat die Umsetzung von sechs Lösungsansätzen unterbreitet, um auf eine kommende Pandemie besser vorbereitet zu sein.

2020 P 20.4153 Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Roland Fischer)

Der Bundesrat hat am 12. Oktober 2022 zum Schlussbericht der Konferenz der Kantonsregierungen «Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in der Covid-19-Epidemie: Schlussfolgerungen und Empfehlungen» bereits Stellung genommen. Das Anliegen wird im Rahmen der laufenden Teilrevision des Epidemiengesetzes (SR 818.101) aufgenommen. Es ist geplant, deren Botschaft im Sommer 2025 an das Parlament zu überweisen.

2021 M 18.4210 Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Ruth Humbel)

Das Bundesamt für Gesundheit hat zur Einschätzung des Handlungsbedarfs im Jahr 2020 ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Das Gutachten «Berichtssysteme in Spitälern – Rechtsfragen rund um den Schutz von Berichts- und Lernsystemen in Spitälern vor gerichtlichem Zugriff» von Prof. Th. Gächter und Prof. K. N. Vokinger der Universität Zürich liegt vor (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > Qualitätsentwicklung in der Schweiz). Die Thematik wurde zudem im Rahmen der Arbeiten zum Postulat 20.3463 RK-S, «Redlichkeitskultur im Schweizer Recht» aufgenommen.

In Rahmen der Vierjahresziele des Bundesrates 2022-2024 hat die EQK die Stiftung Patientensicherheit Schweiz zudem mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Just Culture beauftragt. Die EQK wird aus den Ergebnissen Empfehlungen formulieren. Auf Basis der Berichte und Empfehlungen wird das weitere Vorgehen definiert und mit der EQK in den kommenden Monaten abgestimmt.

2021 P 19.3318 Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Angelo Barrile)

Im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 werden die Fragen des Postulats grösstenteils aufgenommen und soweit wie möglich berücksichtigt. Das Paket ist derzeit in der parlamentarischen Beratung. Diverse Antworten auf die vorgebrachten Fragen sind von den Entscheiden des Parlaments zur Umsetzung von Preismodellen abhängig. Der Bundesrat kann deshalb erst nach den entsprechenden Entscheiden Bericht erstatten - voraussichtlich im vierten Quartal 2025.

2021 M 19.3861 One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Maya Graf)

Die Anliegen der Motion sind im One Health-Aktionsplan zur Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz (StAR) 2024–2027 aufgenommen, welcher am 26. Juni 2024 vom Bundesrat verabschiedet wurde. Zusätzlich sind zur Stärkung der bereichsübergreifenden Datenauswertung neue gesetzliche Grundlagen für die bereichsübergreifende Analyse und Nutzung von Daten aus den Bereichen Mensch, Tier, Lebensmittel und Umwelt in der Teilrevision des Epidemiengesetzes (SR 818.101) aufgenommen. Die Botschaft dazu soll im Sommer 2025 an das Parlament überwiesen werden.

2021 M 19.3955 Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Der Bundesrat hat vom 28. Juni bis zum 19. Oktober 2023 eine Vernehmlassung zur umfassenden Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG; SR 816.1) durchgeführt. Darin werden unter anderem alle Leistungserbringer verpflichtet, sich einer zertifizierten Gemeinschaft oder Stammgemeinschaft gemäss EPDG anzuschliessen. Am 27. September 2024 hat der Bundesrat einen Zwischenentscheid zur umfassenden Revision getroffen. Die Verabschiedung der Botschaft wird im ersten Quartal 2025 erwartet.

2021 P 19.4174 Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Ruth Humbel)

Das EDI hat im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert. In Zusammenarbeit mit den Akteuren des Bereichs Grundversorgung sollen Handlungsbedarf und Massnahmenvorschläge erarbeitet werden, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Unter anderem soll eine ausreichende Versorgung mit Haus- und Kinderärzten sichergestellt werden. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der «Agenda Grundversorgung» erfüllt. Erste Vorarbeiten sind in der Umsetzung: so wird derzeit im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) eine Studie zum Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendmedizin erarbeitet. Zudem findet eine enge Abstimmung mit den bereits laufenden Aktivitäten in den Bereichen kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung und Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit im BAG und unter Einbezug der Akteure statt.

2021 M 19.4180 Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.055: Botschaft vom 7. Juni 2024 zur Änderung des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes (Teilnahme der Kantone am Prämiengenehmigungsverfahren, Ausgleich von zu hohen Prämieneinnahmen).

2021 M 20.3263 Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

2021 M 20.3282 Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Erich Ettlín)

Die beiden Räte haben 2024 beschlossen, die beiden gleichlautenden Vorstösse nicht abzuschreiben. Zu den Punkten 1 bis 3 der beiden Motionen sind die Räte der Ansicht, dass diese Punkte ausreichend behandelt wurden und entsprechende gesetzgeberische

Arbeiten im Gange sind. Zu Punkt 4 der gleichlautenden Motionen kann folgendes festgehalten werden: Vom 24. April bis 31. August 2024 wurde eine Konsultation zum Entwurf des Pandemieplans durchgeführt, in deren Rahmen verschiedene Stakeholder sowie die Kantone begrüsst wurden. Die während der Konsultationsphase eingegangenen Rückmeldungen werden derzeit ausgewertet und eingearbeitet. Der Konsultationsbericht wird Anfang 2025 an alle Adressaten versandt. Im Sommer 2025 soll die Botschaft zur Teilrevision des Epidemiengesetzes (SR 818.101) an das Parlament überwiesen werden. Die Veröffentlichung des revidierten Nationalen Pandemieplans ist ebenfalls für das erste Halbjahr 2025 geplant.

2021 M 20.4264 Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Das Bundesamt für Gesundheit hat zusammen mit den betroffenen Akteuren die Grundlagen zur Umsetzung der Motion erarbeitet. Dazu gehörten mehrere Studien, die aufzeigen, wie hoch der Bedarf nach Palliative Care in der Schweiz ist, welches Angebot besteht sowie was Palliative Care kostet und wie sie finanziert wird und die teils veröffentlicht sind (www.bag.admin.ch/palliativecare > Grundlagen zur Strategie Palliative Care > Befragung der Kantone zu Palliative Care sowie www.plattform-palliativecare.ch > Themen > Wie hoch ist der Bedarf nach Palliative Care?). Auf der Grundlage dieser Arbeiten wird der Bundesrat bis im Sommer 2025 darlegen, wie sich die Situation darstellt und welche Verbesserungsvorschläge zu verfolgen sind.

2021 P 21.3195 Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Josef Dittli)

Dieser Vorstoss steht im Kontext mit der Covid-19 Pandemiewelle im 2020 und wurde 2021 mit den Anliegen 1–5, 7, 9, 11 und 12 überwiesen. Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 3. März 2023 über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2022 (23.006, Auszug Kapitel I; BBl 2023 870 ff) spezifisch dargestellt, welche Arbeiten er zur Bekämpfung der Pandemie unternommen hat und welche Berichte er zu welchen Themen erstattet hat (siehe Hinweise dort insbesondere auf Postulat 20.3242 FDP-Liberale Fraktion «Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen»).

Der Bundesrat hat verschiedene Schritte für die bessere Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und der Wissenschaft in «normalen Zeiten» eingeleitet. Dem Anliegen des Postulats wird insbesondere im Rahmen der Teilrevision des Epidemiengesetzes (EpG; SR 818.101), und der Einberufung des Clusters öffentliche Gesundheit durch die BK Rechnung getragen. Die Botschaft zur Teilrevision des EpG soll im Sommer 2025 an das Parlament überwiesen werden. Der Aufbau des Clusters öffentliche Gesundheit wird im Jahr 2025 abgeschlossen sein.

2021 P 21.3232 Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Marianne Maret)

Das Bundesamt für Gesundheit hat als Grundlage zur Beantwortung des Postulats eine Studie zu möglichen Massnahmen, welche die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung gewährleisten könnten, in Auftrag gegeben. Die Studie wurde Ende November 2023 abgeschlossen. Verschiedene Massnahmen werden in einer Auslegeordnung dargestellt. Sie dienen als Grundlage für den Bericht in Erfüllung des Postulats. Der Bericht ist zurzeit in Erarbeitung und wird bis Mitte 2025 unterbreitet.

2022 M 19.3005 Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen infolge der Listenumteilung von bisher frei verkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in die Liste B (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

In seiner Stellungnahme zur Motion 19.3005 SGK-N hat der Bundesrat das Bundesamt für Gesundheit beauftragt, eine Gesamtbetrachtung der Gesamtkosten der ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes (HMG; SR 812.21) hinsichtlich der Neugestaltung der Medikamenteneinteilung vorzunehmen und zu prüfen, wo durch punktuelle Anpassungen Optimierungen vorgenommen werden können. Die Resultate dieser Gesamtkostenbetrachtung inklusive Optimierungsvorschläge wurden in einem Bericht des Bundesrates zusammengefasst und sollen dem Bundesrat Anfang 2025 vom EDI unterbreitet werden. Dieser wird basierend auf diesen Erkenntnissen darüber befinden, wie die Motion 19.3005 SGK-N umgesetzt wird.

2022 M 19.3221 Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen (Bea Heim [Angelo Barrile])

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. August 2024 ein Massnahmenpaket diskutiert und verschiedene Umsetzungsaufträge erteilt, welche die Anliegen der Motionärin erfüllen. Die Grundlage bildete der Schlussbericht einer dafür eingesetzten Interdisziplinären Arbeitsgruppe. Bei den erteilten Umsetzungsaufträgen handelt es sich um strukturelle Massnahmen, die auf alle Arzneimittelgruppen wirken (z.B. Impfstoffe, Antibiotika) und die Versorgung mit Arzneimitteln stärken sollen. Die Umsetzungsaufträge sehen rechtliche Anpassungen im Bereich der Marktzulassung vor, wie beispielsweise die Ausweitung der Einfuhrbestimmungen nach Art. 9b und 20 Heilmittelgesetz (HMG; SR 812.21) oder die Prüfung von weiteren Vereinfachungen bei der erleichterten Zulassung von Arzneimitteln nach Art. 13 und Art. 14 HMG. Diesbezüglich sollen bis Ende 2025 dem Bundesrat eine Entscheidungsgrundlage über das weitere Vorgehen unterbreiten werden.

Bei bevorstehenden oder bestehenden Versorgungsengpässen spezifisch bei Impfstoffen übernimmt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Erstellung von Ersatz Impfpfehlungen zusammen mit der EKIF und gegebenenfalls medizinischen Fachgesellschaften, und publiziert diese anschliessend auf der BAG-Homepage (www.bag.admin.ch > Impfstoffversorgung). In Situationen, in welchen der Bedarf an Impfdosen in der Schweiz nicht mehr durch den Markt und/oder die Bestände aus den Pflichtlagern abgedeckt werden kann, kommen vorübergehende Ersatz-Impfpfehlungen zum Tragen.

2022 M 19.4134 Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Verena Herzog)

Auch zukünftig eine ausreichende Versorgung mit Haus- und Kinderärztinnen sicherstellen zu können, ist eine der zentralen gesundheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Diese erfordert breit angesetzte Anstrengungen, weshalb das

EDI im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert hat. In Zusammenarbeit mit den Akteuren des Bereichs Grundversorgung sollen Handlungsbedarf und Massnahmenvorschläge erarbeitet werden, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Die Motion soll im Zuge der «Agenda Grundversorgung», über die der Bundesrat voraussichtlich im Jahr 2026 entscheiden wird, erfüllt werden.

2022 M 20.3209 Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit (Damian Müller)

Die Motionen 20.3209 Müller und 20.3770 Sauter «Einführung eines E-Rezepts» zielen darauf ab, die Patientensicherheit bei der Verschreibung von Arzneimitteln zu erhöhen. Während die Forderung der Motion 20.3209 Müller, die freiwillige elektronische Verschreibung von Heilmitteln, bereits erfüllt ist, soll mit der Motion 20.3770 Sauter eine verpflichtende Nutzung eingeführt werden. Ärztinnen und Ärzte sowie Apotheken müssen dafür Systeme verwenden, die Integrität, Authentizität, Interoperabilität und Schutz vor Mehrfacheinlösungen sicherstellen. Der Bundesrat definiert die Anforderungen an diese Systeme. Unabhängig davon, ob ein E-Rezept im elektronischen Patientendossier abgelegt wird oder nicht, soll bei der Erstellung das vom EDI gestützt auf Artikel 10 Absatz 3 Buchstabe b Verordnung des EDI über das elektronische Patientendossier (EPDV-EDI, SR 816.111) geregelte Austauschformat «Medication Prescription document» verwendet werden. Das Revisionsteam steht im Austausch mit eHealth Suisse und DigiSanté um die Umsetzbarkeit der geplanten Regelungen zu prüfen. Die Arbeiten dieser Sektionen werden mit dem Revisionsprojekt Heilmittelgesetz (HMG, SR 812.21) abgestimmt, um praxistaugliche Anpassungen zu integrieren. Die Vernehmlassung zu diesen Änderungen lief bis zum 22. März 2024. Der Ergebnisbericht der Vernehmlassung wurde erstellt. Auf dieser Grundlage werden mögliche Anpassungen an der Teilrevision des HMG vorgenommen, wobei die Erstellung der Botschaft bereits im Gange ist und deren Überweisung für die zweite Jahreshälfte 2025 geplant ist.

2022 M 20.3211 Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung (Damian Müller)

Die Motion zielt darauf ab, die Versorgungsquellen für Medizinprodukte über die Europäische Union hinaus zu erweitern, insbesondere auf Medizinprodukte, die von der Food and Drug Administration (FDA) in den USA zugelassen sind. Um die Unterschiede zwischen den Regulierungssystemen und die möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit der Produkte zu ermitteln, hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Gap-Analyse zwischen den schweizerischen und den US-amerikanischen Regulierungsvorschriften durchführen lassen. Die Analyse zeigt, dass das US-amerikanische Regulierungssystem teilweise vergleichbar ist mit dem schweizerischen System. Allerdings weist es in einigen Punkten auch Unterschiede auf, die sich auf die Sicherheit der Produkte auswirken können. Gestützt auf diese Analyse, hat die Arbeitsgruppe der Verwaltung (BAG, Swissmedic und Staatssekretariat für Wirtschaft) die Voraussetzungen für US-Medizinprodukte definiert sowie Varianten zur Umsetzung der Motion ausgearbeitet:

Es ist geplant, dem Bundesrat im März 2025 ein Aussprachepapier zu diesem Geschäft zu unterbreiten. Anschliessend müssen die gesetzlichen Grundlagen angepasst werden.

2022 P 20.3700 Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende (Judith Bellaiche)

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des Projekts «Datenraum für die gesundheitsbezogene Forschung (DgF)» bearbeitet, das sich zentral um die Schaffung der Voraussetzungen für eine sichere und rechtskonforme Weiterverwendung/Sekundärnutzung von persönlichen Daten kümmert. Das Projekt DgF ist Teil des Pakets IV «Sekundärnutzung für Planung, Steuerung und Forschung» des Programms DigiSanté (2025-2034) (vgl. 23.076 Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté)). Im Rahmen dieser Arbeiten wird das Thema Datenspende als eine Form der Einwilligung und Datenweitergabe für die sekundären Nutzung zu Zwecken der Forschung und Politikgestaltung untersucht.

Bisher wurde als Grundlage für die weiteren Arbeiten im Rahmen von zwei Studien der Begriff und das Konzept der «Datenspende» geklärt und Fragen zu Public Trust untersucht.

2022 M 20.4702 Erweiterung des Epidemiengesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft (Marcel Dobler)

Die effiziente Nutzung von Daten ist ein Schlüsselement bei der Bekämpfung von Epidemien. Es geht nun darum, die festgestellten und in zahlreichen Covid-19 Berichten festgehaltenen Daten- und Systemlücken zu schliessen, indem die Ziele und die Rahmenbedingungen auf Gesetzesebene festgehalten werden. Der Entwurf zur Teilrevision des Epidemiengesetzes (SR 818.101) enthält die in der Motion erwähnten notwendigen Elemente. Die Botschaft dazu soll im Sommer 2025 an das Parlament überwiesen werden.

2022 M 21.3698 Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemiengesetzes (Eva Herzog)

Das Anliegen der Motion wird im Rahmen der laufenden Teilrevision des Epidemiengesetzes (SR 818.101) aufgenommen. Es ist geplant, die Botschaft dazu im Sommer 2025 an das Parlament zu überweisen.

2022 M 21.3957 Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (Erich Ettlin)

Die Umsetzung des Programms «DigiSanté» (23.076) startet anfangs 2025. Es wird die meisten der in der Motion genannten Punkte aufgreifen. Insbesondere ist der enge Einbezug der relevanten Akteure im Rahmen der Aufbauorganisation von «DigiSanté» gewährleistet. Mit den vier strategischen Zielen digitalisieren, orchestrieren, standardisieren und verankern werden die Leitplanken für einen medienbruchfreien Datenfluss in den Bereichen Versorgung, Abrechnung, Behördenleistungen sowie Sekundärnutzung von Gesundheitsdaten geschaffen.

2022 M 21.3978 Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

2022 M 22.3379 Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Das Bundesamt für Gesundheit hat die Anliegen der beiden Motionen im Rahmen der Rechtsetzungsarbeiten zur Schaffung eines neuen Bundesgesetzes zur Bekämpfung seltener Krankheiten aufgenommen. Dabei steht es im Austausch mit den Kantonen und weiteren involvierten Organisationen des Gesundheitswesens. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für das 1. Quartal 2025 geplant.

2022 M 21.4341 Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Im Sommer 2024 wurde die summative Evaluation des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG; SR 810.11) abgeschlossen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die GDK haben Ende August 2024 zur summarischen Evaluation Stellung genommen. Die Evaluation hat verschiedene Empfehlungen zur Anpassung des FMedG formuliert. Das BAG hat im November 2024 ein Aussprachepapier zum Revisionsumfang des FMedG in die Ämterkonsultation geschickt. Auf der Grundlage dieses Aussprachepapiers wird der Bundesrat voraussichtlich Anfang 2025 über den Revisionsumfang des FMedG entscheiden.

2022 M 21.4373 Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators (Andri Silberschmidt)

Die Umsetzung des Programms «Digisanté» (23.076) startet anfangs 2025. «Digisanté» fördert die Umsetzung des Gesundheitsdatenraums Schweiz und etabliert digitale und standardisierte gesundheitsbezogene Behördenleistungen beim Bund. Zudem sollen die Festlegung von Standards und Interoperabilitätsvorgaben sowie die Bereitstellung notwendiger Infrastrukturkomponenten und Services nahtlose und flächendeckende Datenflüsse hinsichtlich der relevanten Versorgungs- und Abrechnungsprozesse ermöglichen. Diese Arbeiten inkludieren auch die Prüfung über die Einführung eines eindeutigen Identifikators. Unter Einbezug von Behördenstellen auf Ebene des Bundes und der Kantone sowie weiterer Akteure im Gesundheitswesen wurde ein Konzept erarbeitet, welches für die verschiedenen Anwendungsfälle die bestehenden Personenindikatoren bzw. das Fehlen dieser aufzeigt und eine für alle Anwendungsfälle kohärente Lösung vorschlägt. Bis voraussichtlich im dritten Quartal 2025 wird eine Risikoabschätzung zur vorgeschlagenen Lösung erarbeitet und mit den relevanten Stakeholdern diskutiert. In der zweiten Jahreshälfte 2025 soll der Rechtsetzungsprozess im Rahmen von Digisanté vorbereitet bzw. gestartet werden.

2022 M 21.4374 Einführung einer digitalen Patientenadministration (Andri Silberschmidt)

Die Umsetzung des Programms «Digisanté» (23.076) startet anfangs 2025. Der im Programm vorgesehene Aufbau eines Schweizer Gesundheitsdatenraums wird dazu beitragen, dass auch Prozesse rund um die Patientenadministration in Zukunft vernetzt digital abgewickelt werden können. Das Projekt Gesundheitsdatenraum Schweiz geht Anfang 2025 in die Initialisierungsphase. Gemeinsam mit der Branche werden Zielbilder für Ende-zu-Ende digitalisierte Behandlungs- und Vergütungsprozesse definiert. Zudem soll eruiert werden, welche Basisdienste prioritär aufgebaut werden sollen. Das Projekt geht 2026 in die Umsetzungsphase.

2022 P 21.4474 Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung (Erich von Siebenthal)

Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Beantwortung der im Postulat gestellten Fragen liegen seit Ende 2024 vor. Der darauf aufbauende Bericht in Erfüllung des Postulats wird in Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Gesundheit, Bundesamt für Justiz und dem eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau erstellt und dem Bundesrat voraussichtlich im 2. Quartal 2025 unterbreitet.

2022 M 22.3015 Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Zurzeit wird bzw. wurde die gesetzliche Grundlage zum elektronischen Patientendossier (EPDG; SR 816.1) mittels zwei Vorlagen (Übergangsfinanzierung und umfassende Revision) revidiert. Die Übergangsfinanzierung ist am 1. Oktober 2024 in Kraft getreten und hat zum Ziel, die Verbreitung und Nutzung des EPD zu fördern und dessen Finanzierung bis zum Inkrafttreten der umfassenden Revision sicherzustellen. Der Bundesrat hat vom 28. Juni bis zum 19. Oktober 2023 eine Vernehmlassung zur umfassenden Revision des EPDG durchgeführt. Am 27. September 2024 hat der Bundesrat einen Zwischenentscheid zur umfassenden Revision getroffen und zwar soll die technische Infrastruktur des EPD neu national vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Die Verabschiedung der Botschaft wird im 2. Quartal 2025 erwartet, soll auch die restlichen in der Motion genannten Punkte aufgreifen und erfolgt insbesondere im Hinblick auf die letzte Forderung (Einbettung in digitale Geschäftsprozesse zwischen Gesundheitsfachpersonen) in enger Abstimmung mit den Arbeiten rund um das Programm «Digisanté».

2022 P 22.3196 Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten? (Philippe Nantermod)

Die Arbeiten am Postulatsbericht wurden aufgenommen. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im 2. Quartal 2025 unterbreitet.

2022 P 22.3505 Neue Tarifstruktur im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Der Bundesrat hat am 19. Juni 2024 im Hinblick auf die im Postulat gewünschte Priorisierung der Pauschalen beschlossen, nicht nur TARDOC, sondern auch die ambulanten Patientenpauschalen teilweise zu genehmigen. Für die Einführung per 1. Januar 2026 verlangte er zudem eine von allen Tarifpartnern unterzeichnete Vereinbarung, die eine koordinierte Einführung der beiden Tarifstrukturen sicherstellt. Der entsprechende Tarifvertrag zu TARDOC und den ambulanten Pauschalen wurde dem Bundesrat Anfang November 2024 zur Genehmigung eingereicht. Dieser muss nun geprüft werden. Die Tariforganisation OAAT AG, die von den Tarifpartnern seit Anfang 2024 eingesetzt wurde, wird die beiden Tarifstrukturen kontinuierlich pflegen und weiterentwickeln. Gemäss den Vorgaben des Bundesrates vom 19. Juni 2024 sollen die ambulanten Pauschalen dabei deutlich ausgeweitet werden. Ein Eingriff in TARMED im jetzigen Zeitpunkt wäre nicht möglich, da die Bedingungen für die subsidiäre Kompetenz (insbesondere die fehlende Einigung zwischen den Tarifpartnern) nicht erfüllt sind.

2022 P 22.3867 Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die Grundlagen, die für die Beantwortung des Postulats nötig sind, zusammengetragen. Unter anderem hat das Schweizerische Gesundheitsobservatorium im Auftrag des BAG eine Studie zur Medikation in der Demenzbehandlung mit einem Fokus auf Psychopharmaka durchgeführt und im Juni 2024 publiziert. Der Bericht zur Beantwortung des vorliegenden Postulats ist zurzeit in Erarbeitung und wird voraussichtlich bis Ende 2025 dem Bundesrat unterbreitet.

Bundesamt für Statistik

2017 M 16.4011 Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)

Der Bundesrat will die Unternehmen und die Bevölkerung durch wegfallende Datenlieferungen entlasten. Dazu hat er Pilotprojekte in die Wege geleitet, welche beim Bundesamt für Statistik (BFS) umgesetzt werden. Um doppelte Erhebungen zu verhindern (Once-Only-Prinzip), sind die Daten der Bundesverwaltung zu harmonisieren. Die beim BFS geschaffene Fachstelle begleitet die Verwaltungseinheiten in diesem Prozess. Im Gremium Data Board Bund werden departementsübergreifend Fragen zum Datenmanagement koordiniert. Kernstück zur Umsetzung des Once-Only-Prinzips ist eine öffentliche Plattform, welche Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert (www.i14y.admin.ch). Deren Aufgaben werden im Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (Art. 14 EMBAG) geregelt (BBl 2022 805). Neben der Dokumentation der Datensammlungen sind dies ein Verzeichnis der elektronischen Schnittstellen sowie eine Übersicht über die elektronischen Leistungen der Behörden. Die Plattform wird laufend weiterentwickelt und steht auch Kantonen und Gemeinden offen. Im neu geschaffenen Steuerungsausschuss können die Nutzenden Einfluss auf die Entwicklung der Plattform nehmen. Die Arbeiten werden eng mit der Strategie Digitale Bundesverwaltung koordiniert. Der Bundesrat hat im August 2023 mit der zweiten Phase des Programms Nationale Datenbewirtschaftung (NaDB) bis Ende 2026 weitere Schritte zur Datenharmonisierung in Auftrag gegeben. Das Programm kann im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen laufende Vorhaben und andere Stellen unterstützen.

2021 M 20.4260 Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission Nationalrat)

Für die Umsetzung der Motion wurde als technisches Kernstück eine öffentliche Plattform entwickelt, welche Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert (www.i14y.admin.ch). Kantone und Gemeinden können die Plattform ebenfalls nutzen. Mit dem Grundsatzentscheid, die elektronische Schnittstelle standardmässig in der Informationstechnologie zu verwenden (strategische Leitlinie API-First), wird schon bei der Konzeption von technischen Lösungen deren Verwendung berücksichtigt. Die hierfür benötigten technischen Standards wurden erarbeitet. Die weiteren Arbeiten erfolgen in enger Abstimmung mit den zentralen Vorhaben zur Digitalisierung der föderalen Verwaltung. Seit November 2024 können Interessierte auf der Plattform selbstständig einen visuellen Überblick zum aktuellen Stand der Datenlandschaft in der Verwaltung erhalten. Da in der Bundesverwaltung im Jahr 2014 der Fokus auf die Erarbeitung der benötigten Data Governance gelegt wurde, hat sich die Anzahl der dokumentierten Schnittstellen nicht wie erhofft entwickelt. Als Massnahmen wurden Informationsveranstaltungen zur Sensibilisierung der Nutzenden durchgeführt, im Gremium Data Board Bund eine departementsübergreifende Diskussion angestossen, die Arbeiten zur öffentlichen Dokumentation der Daten des statistischen Bereichs forciert sowie eine Pflicht zur standardmässigen Publikation von Informatiokprojekte des Bundes besprochen.

2022 M 20.3772 Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind (Christine Bulliard-Marbach)

Der Bundesrat hatte die Ablehnung der Motion beantragt, da sich eine solche Statistik im Rahmen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht umsetzen lässt. Die PKS enthält keine Informationen über Zeuginnen und Zeugen häuslicher Gewalt. Es ist daher nicht möglich im Rahmen der PKS, wie gefordert, eine regelmässige Statistik zu erstellen. Werden Kinder im Rahmen einer angezeigten Straftat gegen das Strafgesetzbuch (StGB) Opfer häuslicher Gewalt, werden diese als geschädigte Personen erfasst. Die Daten zur häuslichen Gewalt werden jährlich im Rahmen der PKS publiziert und präsentieren bereits angemessene Ergebnisse zur Situation in den Kantonen.

Das Bundesamt für Statistik hat zusätzlich geprüft, ob die Daten, die im Rahmen einer über die Informationen der PKS hinausgehenden Studie zu Tötungsdelikten zwischen 2019 und 2023, die Ziele der vorliegenden Motion erfüllen könnten. Mit den zusätzlich erhobenen Daten liessen sich möglicherweise Auswertungen zu Kindern, die Zeugen häuslicher Gewalt wurden, durchführen. Anhand der Fragen wurde unter anderem ermittelt, ob bei Tötungsdelikten innerhalb von Paaren oder der Familie Kinder anwesend waren. Der Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren spricht sich

dafür aus, im Rahmen dieser Zusatzerhebung zu den Tötungsdelikten einmalig eine vertiefte Analyse der Zeuginnen und Zeugen von Gewalt durchzuführen. Der entsprechende Bericht wird bis Ende 2025 veröffentlicht.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2017 P 17.3268 Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

2019 M 18.3716 Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.070: Botschaft vom 13. September 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Leistungen für Hilfe und Betreuung zu Hause für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

2019 P 19.3417 Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Die Abschreibung des Postulats wurde in der Sommersession 2022 von den Räten (Entscheid NR 7.6.2022; Entscheid SR 9.6.2022), im Zusammenhang mit der Beratung des Berichtes Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2021 (Geschäft 22.006) abgelehnt. Über das weitere Vorgehen wird nach der Behandlung der Parlamentarischen Initiative 21.403 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung, welche zur Zeit im Parlament beraten wird, entschieden.

2020 M 19.3633 Ombudsstelle für Kinderrechte (Ruedi Noser)

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 eine Teilrevision der Kinder- und Jugendförderungsverordnung (KJFV, SR 446.11) in die Vernehmlassung geschickt. Mit der Revision wollte der Bundesrat auf dem Verordnungsweg die Kinderrechte stärken und bestehende Lücken im System schliessen, indem eine nationale Kinderrechtsinstitution mit unterstützenden und koordinierenden Aufgaben beauftragt wird (Bereitstellung von Fachwissen, Analysen zur Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz, Beratung von Behörden, Vernetzung der Akteure). Die Vernehmlassung dauerte bis am 29. März 2024. Die Vernehmlassungsvorlage wurde von den Teilnehmenden grossmehrheitlich kritisiert und abgelehnt. Aktuell werden Varianten für das weitere Vorgehen geprüft, die dem Bundesrat im Rahmen eines Aussprachepapiers in der ersten Hälfte 2025 vorgelegt werden sollen.

2020 M 19.3953 Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Mit Bundesratsbeschluss vom 27. Januar 2021 hat der Bundesrat über den Zeitplan sowie die notwendigen Ressourcen zur Erfüllung der Motion entschieden. Das EDI (Bundesamt für Sozialversicherungen) wird den ersten Monitoringbericht bis Ende 2025 erarbeiten. Im Jahre 2024 wurden die Datengrundlagen für die verwendeten Indikatoren aufbereitet, die verschiedenen Berichtsteile verfasst und mit den eingesetzten Gremien abgestimmt. Im Jahre 2025 liegt der Fokus auf der Fertigstellung des Berichts sowie auf der Vorbereitung der Publikation. Der Bericht wird voraussichtlich im vierten Quartal 2025 dem Bundesrat unterbreitet werden können.

2020 M 19.4270 Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Liliane Maury Pasquier [Elisabeth Baume-Schneider])

Die Motion wird im Rahmen der nächsten Revision des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (SR 834.1) umgesetzt. Das Vernehmlassungsverfahren dauert vom 22. Dezember 2023 bis 12. April 2024. Die Botschaft des Bundesrates wird im ersten Quartal 2025 verabschiedet.

2021 M 20.3096 Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Unter der Federführung des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) werden gegenwärtig der Handlungsbedarf und der Handlungsspielraum für Anpassungen geprüft. Die Entwicklung des Gesetzes über Überbrückungsleistungen für Personen, die von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, verlief nicht gemäss Einschätzungen des Bundesrates. Nur sehr wenige Personen beziehen Leistungen. Die aktuellen Daten zeigen keine Doppelspurigkeiten mit den Branchenlösungen. Angesichts dessen soll die Motion im Rahmen der Gesamtevaluation des Gesetzes behandelt werden. Die entsprechenden Arbeiten werden 2025 aufgenommen.

2021 M 20.4425 Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Josef Dittli)

2021 M 20.4552 Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Alois Gmür)

Die technische Umsetzung ist abgeschlossen. Der von den Motionen verlangte Einbezug der obligatorischen Unfallversicherung ins vereinfachte Abrechnungsverfahren ist per Anfang 2025 vorgesehen.

2021 P 20.4449 Ungleichbehandlung von Witwen und Witwern beheben (Yvonne Feri)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.078.): Botschaft vom 23. Oktober 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Anpassung der Hinterlassenenrenten)

..

2021 P 21.3454 Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Auswirkungen von Long Covid auf die Invalidenversicherung wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts genauer untersucht. Die Forschungsergebnisse liegen seit Sommer 2024 vor. Aus Ressourcengründen kam es zu Verzögerungen. Der Bericht wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 durch den Bundesrat verabschiedet werden.

2021 M 21.3462 Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Vorbereitungsarbeiten für die nächste AHV-Reform sind im Gang. Gemäss Zeitplan wird die Botschaft für Ende 2026 erwartet. Die Eckwerte der Reform wird der Bundesrat 2025 verabschieden..

2021 P 21.3604 Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen anderer Bundesstellen eingesetzt. In den Jahren 2023 und 2024 fanden verschiedene Arbeitssitzungen statt. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich in der ersten Hälfte 2025 verabschieden.

2021 P 21.3741 Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Elisabeth Baume-Schneider)

Die Arbeiten am Postulat wurden im Zusammenhang mit der Beratung der Parlamentarischen Initiative (Pa. Iv. 21.403) «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» sistiert. Gemäss Entscheid des Nationalrates in der Frühjahrssession 2023 muss eine nationale Statistik u. a. zu Aspekten der frühen Förderung erarbeitet werden. Über das weitere Vorgehen wird nach der Behandlung der Parlamentarischen Initiative 21.403, welche zur Zeit im Parlament beraten wird, entschieden.

2021 P 21.3877 Evaluation der Strukturreform BVG (Melanie Mettler)

2021 P 21.3968 Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die drei unabhängigen Forschungsarbeiten wurden im Oktober 2023 abgegeben. Die sehr umfangreichen Arbeiten dienen als Grundlage für den Bericht des Bundesrates, den die Verwaltung derzeit erstellt. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2025 verabschieden

2021 P 21.3961 Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Verwaltung konnte die Grundlagen für die Kosten-Nutzen-Analyse erstellen. Aufgrund der dringlichen Bearbeitung verschiedener anderer familienpolitischer Geschäfte, namentlich der parlamentarischen Initiative (21.403) «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» und der Volksinitiative «Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)» (24.058), war eine Priorisierung der Aufgaben notwendig, weshalb sich die Erfüllung des Postulats verzögerte. Der Postulatsbericht wurde erarbeitet und die mitinteressierten Verwaltungseinheiten wurden zur Stellungnahme eingeladen. Er wird voraussichtlich im ersten Quartal 2025 dem Bundesrat unterbreitet.

2022 M 19.4110 Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Min Li Marti)

Die Motion wird im Rahmen der nächsten Revision des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (SR 834.1) umgesetzt. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte vom 22. Dezember 2023 bis 12. April 2024. Die Botschaft des Bundesrates wird im ersten Quartal 2025 verabschiedet.

2022 M 20.4078 Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV (Andri Silberschmidt)

Diese Motion wird im Rahmen der nächsten AHV-Reform gemäss Mo 21.3462 umgesetzt. Der Bundesrat müsste 2025 die Grundzüge der Reform festlegen.

2022 M 21.4340 Sicherstellung der Governance, der Transparenz, der Kohärenz und der Beaufsichtigung der Tätigkeiten des Bundes im Bereich der AHV/IV/EO (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Motion wird im Rahmen des Postulats der SGK-S 21.3604 «Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung» behandelt. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich in der ersten Hälfte 2025 verabschieden.

2022 P 21.4430 Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge? (FDP-Liberale Fraktion)

Eine Zusammenfassung der Analyse wird in die Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative der Mitte-Partei «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» aufgenommen. Die Botschaft muss vom Bundesrat vor Ende März 2025 verabschiedet werden. Die Abschreibung des Postulats wird in diesem Rahmen beantragt.

2022 P 21.4586 Auswirkungen des stufenlosen Rentensystems auf die Erwerbstätigkeit (Barbara Gysi)

Das die Jahre 2023-2028 umfassende 4. Forschungsprogramm der IV (FoP4 IV) sieht im Rahmen der Auswertung der Änderung vom 19. Juni 2020 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (SR 831.20; AS 2021 705) auch die Analyse des linearen Rentensystems vor. Der Bundesrat wird die Resultate der im Postulat verlangten Analysen im Rahmen des FoP4 IV und nicht im

Rahmen eines eigenen Berichts in Erfüllung des Postulats präsentieren. Diese Evaluationen brauchen jedoch Zeit, da frühestes 2027 verwertbare Daten vorliegen.

2022 P 22.3370 Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Das Postulat wird im Rahmen der nächsten AHV-Reform behandelt; die Vorbereitungen dazu laufen bereits. Der Bundesrat müsste 2025 die Eckwerte der Reform festlegen.

2022 M 22.3792 Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Punkt 1 wurde im Rahmen der Botschaft 23.016 AHVG behandelt. Änderung (Anpassung der Renten an die Teuerung). Punkt 2 soll im Rahmen der nächsten AHV-Reform gemäss Mo 21.3462 umgesetzt werden. Der Bundesrat müsste 2025 die Grundzüge der Reform festlegen.

2022 P 22.4262 Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die entsprechenden Arbeiten sind im Gang. Ende 2023 wurde einem externen Forschungsbüro ein Auftrag erteilt, damit das Postulat teilweise beantwortet werden kann. Der Schlussbericht des Forschungsbüros soll im Sommer 2025 vorliegen. Er wird als Ausgangslage für die Erstellung des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulats dienen, der zwischen Ende 2025 und Anfang 2026 verabschiedet werden soll.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2021 M 20.4267 Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Der Bundesrat hat zur Umsetzung der Motion in der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung vom 10. April bis zum 12. Juli 2024 (LGV; SR 817.02) eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassungsvorlage sah insbesondere Deklarationspflichten für Stopfleber, betäubungslos gewonnene Froschschenkel, mit schmerzverursachenden Eingriffen ohne Schmerzausschaltung produzierte tierische Erzeugnisse vor. Der Bundesrat wird voraussichtlich im Sommer 2025 über die Änderung der LGV befinden.

2022 M 19.4083 Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren (Jacques Nicolet)

Der Bundesrat hat zur Umsetzung der Motion in der Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel (LIV; SR 817.022.16) vom 10. April bis zum 12. Juli 2024 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassungsvorlage sah eine Anpassung der Regelung zur Angabe des Herkunftslandes von Zutaten vor. Das EDI wird voraussichtlich im Sommer 2025 über die Änderung der LIV befinden.

2022 P 20.4087 Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? (Christophe Clivaz)

Im Auftrag des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen haben die Firmen Ecoplan AG und HOLINGER AG gemeinsam den Grundlagenbericht vom 15. Februar 2024 zu technischen Aspekten, Kosten sowie zu möglichen Finanzierungsmodellen für Sanierungsmassnahmen bei belastetem Trinkwasser erarbeitet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis zur Beantwortung der Fragen des Postulats. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im 1. Quartal 2025 verabschieden.

2022 M 21.3691 Stopp dem Lebensmittelbetrug (Martina Munz)

2022 M 21.3903 Lebensmittelbetrug stärker bekämpfen zum Schutz der heimischen Lebensmittelproduktion und der Konsumenten (Mike Egger)

2022 M 21.3936 Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug (Sophie Michaud Gigon)

Das EDI plante, zur Umsetzung der Motionen dem Bundesrat die Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung des Lebensmittelgesetzes (LMG; SR 817.0) bis Ende 2024 vorzulegen. Aufgrund der Verhandlungen mit der EU zu einem Lebensmittelsicherheitsabkommen, das auch Anpassungen des LMG zur Folge hätte, wurde darauf verzichtet. Die Motionen sollen zusammen mit den allfälligen Änderungen des LMG aufgrund der Verhandlungen mit der EU umgesetzt werden. Am 20. Dezember 2024 wurden die Verhandlungen zum Paket materiell abgeschlossen. Der Bundesrat wird voraussichtlich im ersten Quartal 2026 eine Botschaft an das Parlament überweisen.

2022 M 21.4073 Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten (Manuel Strupler)

2022 M 21.4125 Tierische Schlachtnebenprodukte verfüttern (Martina Munz)

Das EDI hat zur Umsetzung der Motionen vom 11. September bis am 15. Dezember 2023 eine Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über tierische Nebenprodukte (VTNP; SR 916.441.22) durchgeführt. Die Vernehmlassung ist ausgewertet. Der Bundesrat wird voraussichtlich im 2. Halbjahr 2025 über die Änderung der VTNP befinden.

2022 M 21.4622 Schluss mit tierquälerischem Welpenhandel (Martina Munz)

Die Grundlage für den Datenaustausch muss im Rahmen der nächsten Revision des Tierschutzgesetzes (TSchG; SR 455) geschaffen werden. Aufgrund der laufenden Verhandlungen mit der EU zu einem Lebensmittelsicherheitsabkommen konnten die Arbeiten dafür noch nicht begonnen werden.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

2021 M 21.3591 Schutz der Herkunftsangabe "Schweiz". Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

2017 hat die Schweiz eine Verschärfung der Markeneintragungspraxis in China erreicht. Seither haben Markenregistrierungen, die sich unrechtmässig der Swissness bedienen, markant abgenommen. Um die Swissness-Durchsetzung im Markt zusätzlich zu erleichtern, exploriert die Schweiz im Rahmen des Dialogs über das geistige Eigentum mit China ein bilaterales Abkommen über den Schutz von geografischen Angaben und Herkunftsangaben. In den letzten zwei Jahren führte die Schweiz zusätzlich vertiefte Expertengespräche über ein solches Abkommen und eine in China laufende Gesetzesrevision. Ein für 2024 geplanter Studienbesuch der hierfür zuständigen chinesischen Behörde wurde seitens China verschoben. Ziel der exploratorischen Arbeiten ist es, zu ermöglichen, dass über ein Abkommen nicht nur Angaben für landwirtschaftliche Produkte geschützt werden können, sondern auch für Uhren und Kosmetika, sowie die Swissness generell.

Die Durchsetzung von Markenrechten ist hingegen nicht Aufgabe des Staates, sondern der privaten Markeninhaberinnen. Die Schweiz thematisiert aber laufend mit China die Rahmenbedingungen für den Markenschutz, basierend auf konkreten Anliegen der Schweizer Wirtschaftskreise.

In der Wintersession 2023 hat das Parlament das Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht verabschiedet (22.021). Diese Vorlage wird zu einer Effizienzsteigerung im Kampf gegen die Einfuhr gefälschter Waren führen. Die Inkraftsetzung ist per 1. Juli 2025 geplant.

2022 M 22.3014 Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Die Vernehmlassung zum Vorentwurf für eine Teilrevision des Patentgesetzes dauerte bis zum 12. September 2024. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird der Bundesrat über das weitere Vorgehen entscheiden.

Bundesamt für Justiz

2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Prisca Birrer-Heimo)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.082: Botschaft vom 10. Dezember 2021 zur Änderung der Zivilprozessordnung (Verbandsklage und kollektiver Vergleich) (BBl 2021 3048).

2014 P 14.3782 Richtlinien für den "digitalen Tod" (Jean Christophe Schwaab)

2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Anita Fetz)

2020 P 20.3797 Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Marcel Dobler)

Die Anliegen dieser drei Vorstösse sollen zusammen mit anderen Punkten in der nächsten Erbrechtsrevision behandelt werden. In Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten sind entsprechende Arbeiten in Gang. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung zu dieser Vorlage voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2025 eröffnen.

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Andrea Caroni)

Der Bundesrat hat am 31. Januar 2024 eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung dauerte bis am 10. Mai 2024. Die Botschaft wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 verabschiedet werden.

2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Die Möglichkeit des Electronic Monitorings besteht seit 1. Januar 2018. Der Bundesrat wollte ursprünglich das Electronic Monitoring der Jahre 2018–2020 evaluieren. Die Arbeiten wurden aufgenommen, aber festgestellt, dass das Bundesamt für Statistik (BFS) erst ab 2021 über Statistiken zum Electronic Monitoring verfügt. Um den Bericht auf verlässliche Statistiken abstützen zu können, sollen nun die Jahre 2021 bis 2023 evaluiert werden. Eine Evaluation läuft derzeit unter Berücksichtigung der Daten des BFS sowie der Praxis der zuständigen kantonalen Behörden. Es ist geplant, bis Ende 2025 Bericht zu erstatten.

2017 M 14.3801 Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Christa Markwalder)

2018 P 18.4004 Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Prisca Birrer-Heimo)

Mit der Motion 14.3801 wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass wirksame Sanktionen bestehen, falls Reiseveranstalter und -vermittler ihre gesetzliche Sicherstellungspflicht verletzen. Mit dem Postulat 18.4004 wurde der Bundesrat zudem beauftragt, eine Anpassung des Bundesgesetzes über Pauschalreisen an die EU-Richtlinie 2015/2302 zu prüfen. Die Eröffnung der Vernehmlassung und Beantwortung des Postulates waren für 2020 geplant, die Corona-Pandemie und die Insolvenz eines grossen Reiseanbieters kurz zuvor haben nun jedoch neue Fragestellungen im Zusammenhang mit der Sicherstellungspflicht und der Pauschalreisegesetzgebung aufgeworfen. Zudem laufen derzeit Revisionsbestrebungen innerhalb der EU, die einen grossen Einfluss auf den Schweizer Markt haben dürften und die von den Vorstössen aufgeworfene Fragen betreffen. Es scheint derzeit kaum möglich oder sinnvoll, eine nachhaltige Position zu den Vorstössen im Reiserecht zu entwickeln. Sobald die

Rechtsentwicklung in der EU abgeschätzt werden kann, muss eine Neubeurteilung vorgenommen werden. Die entsprechenden Arbeiten der EU sind nach wie vor im Gange und werden verfolgt.

2017 M 15.3531 Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Olivier Feller)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.085: Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Besitzschutz bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken).

2018 M 18.3379 Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

2019 M 18.3306 Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Balthasar Glättli)

Die Schweiz beteiligt sich an den Arbeiten des Europarats für die Weiterentwicklung des Übereinkommens über die Cyberkriminalität (SR 0.311.43). Das zweite Zusatzprotokoll ist noch nicht in Kraft getreten. Daneben hat sich die Schweiz massgeblich an den Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zu einem Übereinkommen gegen die Cyberkriminalität beteiligt. Das Übereinkommen wurde am 24. Dezember 2024 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Nun wird es darum gehen, den Inhalt auf seinen Mehrwert punkto Strafverfolgung und Zusammenarbeit zu prüfen und den Anpassungsbedarf im innerstaatlichen Recht zu analysieren. Das totalrevidierte Datenschutzgesetz (DSG) ist am 1. September 2023 in Kraft getreten. Neu verpflichtet das DSG Datenbearbeiter mit Sitz im Ausland, eine Vertretung in der Schweiz zu bezeichnen, wenn sie Personendaten von Personen in der Schweiz bearbeiten und diese Datenbearbeitung weitere Voraussetzungen erfüllt. Diese Regelung überschneidet sich mit dem Anliegen der Motion 18.3379. Es bleibt nun zu prüfen, wie sich die Vertretungspflicht für ausländische Datenbearbeiter in der Praxis entwickelt. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat ausserdem den US CLOUD Act und die e-Evidence-Gesetzgebung der EU analysiert, welche beide das Ziel haben, den grenzüberschreitenden Zugriff auf Daten als Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren zu vereinfachen. Im Rahmen von Berichten wurden die Auswirkungen auf die Schweiz und die Handlungsoptionen für die Schweiz aufgezeigt. Gestützt auf die Berichte wurde im ersten Halbjahr 2024 eine Konsultation zum weiteren Vorgehen durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wird im ersten Halbjahr 2025 ein Aussprachepapier zum weiteren Vorgehen erarbeitet.

2019 M 16.3335 Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen stoppen (Martin Candinas)

2020 M 19.3694 Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Doris Fiala)

2021 M 20.4035 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Doris Fiala)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.065: Botschaft vom 14. August 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsaukunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung).

2019 M 18.3408 Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Philipp Müller)

2021 M 21.3009 Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Die Motion SPK-N 21.3009 beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Änderung des Strafrechts vorzulegen, durch die 1. bei leichten, aber eindeutigen Fällen die Anordnung einer Landesverweisung per Strafbefehl ermöglicht wird, 2. eine notwendige Verteidigung nicht nur aufgrund der Tatsache, dass eine Landesverweisung angeordnet werden könnte, bestellt werden muss, und 3. die Katalogstraftaten in denjenigen Fällen präzisiert werden, bei denen besonders viele Bagatelldelikte auftreten. Sie wurde in der Wintersession 2021 vom Parlament teilweise (nur Punkt 3) angenommen und überwiesen. Das Bundesamt für Justiz hat gestützt auf die Motionen 21.3009 der SPK-N und 18.3408 Müller sowie auf die Parlamentarische Initiative 17.438 Brand Anpassungen geprüft und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Die Frist zur Behandlung der Pa.Iv. 17.438 Brand wurde von der RK-N anlässlich ihrer Sitzung vom 26. Oktober 2023 um weitere zwei Jahre verlängert. Nun wird die Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet. Es ist geplant, diese im Ende des Jahres 2025 in die Vernehmlassung zu schicken. Die ursprünglich vom Bundesrat für 2024 geplante Ausarbeitung musste wegen neuer Prioritäten (wie namentlich das Bundesgesetz über das Verbot des öffentlichen Verwendens von nationalsozialistische Symbolen) sowie einer laufenden politischen Neueinschätzung bzw. Neujustierung des Themas Landesverweisung im Parlament nach hinten verschoben werden.

2019 M 18.3510 Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Claude Hêche)

2019 M 18.3683 Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Beat Flach)

Mit den beiden Motionen wurde der Bundesrat beauftragt, eine Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vorzulegen, um verschuldeten Privatpersonen unter gewissen Voraussetzungen ein schuldenfreies Leben zu ermöglichen. Die Vernehmlassung dauerte vom 3. Juni 2022 bis zum 26. September 2022. Nach Auswertung der Vernehmlassung und Überarbeitung der Vorlage mit einer breit zusammengesetzten Expertengruppe wird der Bundesrat im 1. Halbjahr 2025 die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden.

2019 P 18.4063 Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Lisa Mazzone)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 19.048: Botschaft vom 28. August 2019 zur Änderung der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion 14.3383 Kommission für Rechtsfragen des Ständerats, Anpassung der Strafprozessordnung). Der Nationalrat hat die

Abschreibung des Postulates in der Frühjahrsession 2021 abgelehnt. Das Postulat wird im Rahmen der Umsetzung der Motion 21.4336 (RK-SR. Justice restaurative) erledigt werden.

2019 P 19.3067 Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Ursula Schneider Schüttel)

2019 P 19.3880 Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Silvia Schenker)

2021 M 19.4072 Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Marcel Dobler)

2021 M 19.4586 Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Lukas Reimann)

Der Bundesrat hat 2023 die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des ZGB im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes eröffnet. An seiner Sitzung vom 7. Juni 2024 hat der Bundesrat die Vernehmlassungsergebnisse zur Kenntnis genommen und das EJPD beauftragt, bis im Sommer 2025 eine Botschaft auszuarbeiten.

2019 M 19.3410 55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Andrea Caroni)

Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Ausgangslage bildet der Bericht zum Postulat 14.3832 Caroni [Feller] (Fünfzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau). Die Vernehmlassung zu einer Modernisierung des Stockwerkeigentumsrechts im ZGB wurde 2024 (durchgeführt. Es ist geplant, dem Bundesrat die Botschaft im zweiten Halbjahr 2025 zur Verabschiedung vorzulegen.

2019 P 19.3478 Kinderbelange ernst nehmen (Pirmin Schwander)

2019 P 19.3503 Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Stefan Müller-Altarmatt)

2022 P 22.3380 Für ein Familiengericht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eine Bestandsaufnahme der kantonalen Angebote zur Unterstützung von Eltern bei Konfliktlösungen (Mediation, Beratung, Elternkurse) wurde durchgeführt und ausgewertet. Die Ergebnisse liegen vor. Am 27. November 2023 fand eine öffentliche Tagung zum Thema Familien und Justiz statt. Derzeit prüft eine Expertengruppe aus Fachleuten des Familienverfahrensrechts mögliche Gesetzesrevisionen, einschliesslich einer Neuregelung der Zuständigkeiten von KESB und Gerichten. Der Bericht des Bundesrats wird im ersten Halbjahr 2025 erwartet.

2020 M 19.3008 Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat hat am 10. April 2024 den Entwurf eines Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung dauerte bis am 12. Juli 2024. Die Botschaft wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 verabschiedet werden.

2020 M 19.4122 Stimmrechtsberater und börsenkotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Thomas Minder)

Die Arbeiten zu einem neuen Sondergesetz (ausserhalb des Obligationsrechts und des bestehenden Finanzmarktrechts) wurden aufgenommen und ein Gutachten über die Umsetzung des Postulats in Auftrag gegeben. Die Auswertung des Gutachtens ist im Gange.

2020 P 19.4638 Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Andrea Caroni)

Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Gutachten bei einem Experten eingeholt. Der Bericht ist in Erarbeitung und soll dem Bundesrat im ersten Halbjahr 2025 vorgelegt werden.

2021 P 19.4567 Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Beat Flach)

Zur Umsetzung des Postulats wurde eine Studie extern in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Studie liegen vor. Der Postulatsbericht soll dem Bundesrat im zweiten Halbjahr 2025 vorgelegt werden.

2021 M 20.3066 Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Philippe Nantermod)

Die Motion sollte im Rahmen einer breiteren Vorlage zur Optimierung und Vereinfachung der Prozesse im Handelsregister umgesetzt werden. Der Bundesrat hat am 26. Juni 2024 beschlossen auf den Gesetzgebungsauftrag zur Optimierung und Vereinfachung der Prozesse im Handelsregister zu sistieren. Die Motion soll nun im Zusammenhang mit der Ablösung der gegenwärtigen Informatiksysteme des Bundes für das Handelsregister im Rahmen einer Revision der Handelsregisterverordnung umgesetzt werden. Eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage soll dem Bundesrat im zweiten Halbjahr 2025 vorgelegt werden.

2021 M 20.4465 Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe (Andrea Caroni)

Der Vorentwurf zu einer Änderung des Strafgesetzbuches (Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe) war bis Oktober 2023 in der Vernehmlassung. Die Botschaft soll voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2021 M 21.3024 Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Das Bundesamt für Justiz hat eine Gruppe von Expertinnen und Experten mit dem Auftrag eingesetzt, die Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen zu überarbeiten und eine Vernehmlassungsvorlage vorzubereiten. Dabei hat sich gezeigt, dass nicht nur die einzelnen Gebührenpositionen, sondern auch der allgemeine Teil der Verordnung revisionsbedürftig ist. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat gestützt auf diese Arbeiten Ende 2025 eine Vernehmlassung eröffnen wird.

2021 M 21.3970 Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

2021 M 21.3972 Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Die Motionen sollen zusammen mit den Arbeiten, die sich aus dem Bericht des Bundesrates vom 11. Oktober 2023 zum Postulat 19.3570 Jositsch ergeben, umgesetzt werden. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für das erste Halbjahr 2026 geplant.

2022 M 19.4632 Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern (Christine Bulliard-Marbach)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.077: Botschaft vom 13. September 2024 zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Gewaltfreie Erziehung).

2022 P 20.3879 Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens (Kathrin Bertschy)

Für die Durchführung einer vertieften Regulierungsfolgenabschätzung RFA wurde ein Pflichtenheft erarbeitet. Die Auftragsvergabe durch das BJ/SECO ist für Februar 2025 vorgesehen und die RFA soll bis Ende September 2025 durchgeführt werden. Sie soll, wie von der Postulantin gefordert, die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und die Konsumentinnen und Konsumenten aufzeigen und bildet entsprechend die Grundlage für die Ausarbeitung des Postulatsberichts. Die Verabschiedung des Berichts wird voraussichtlich 2026 erfolgen.

2022 M 21.3981 Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Am 27. November 2024 hat der Bundesrat die Eckwerte für eine Vernehmlassungsvorlage festgelegt. Künftig sollen Zivilstandsämter, Zivilgerichte, die Migrations-, und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) verpflichtet werden, den Einwohnerdiensten Entscheide und Änderungen der elterlichen Sorge mitzuteilen. So verfügen die Einwohnerdienste stets über die aktuellen Angaben. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für das zweite Halbjahr 2025 vorgesehen.

2022 M 21.4183 Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis (Thomas Minder)

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2025 eine Vernehmlassung zu einer Revision des ZGB eröffnen, mit welcher das Anliegen der Motion umgesetzt werden soll.

2022 M 21.4191 Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht (Eva Herzog)

Zur Umsetzung der Motion wird in einem ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Der Bundesrat wird voraussichtlich 2026 über das weitere Vorgehen beschliessen.

2022 M 21.4336 Justice restaurative (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage soll im zweiten Halbjahr 2025 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2022 P 21.4343 Aussergewöhnliche Todesfälle (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Der Postulatsbericht soll im zweiten Halbjahr 2025 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2022 P 21.4482 Unbefriedigende Situation bei fehlendem Nachweis von Angaben über den Personenstand (Sibel Arslan)

Das Bundesamt für Justiz hat im Jahr 2023 eine Gruppe mit Expertinnen und Experten eingesetzt, um die Arbeiten an diesem Postulat zu begleiten. In der Folge wurde eine externe Organisation beauftragt, einen Bericht zu erstellen, welcher eine Übersicht über die Probleme in der Praxis sowie mögliche Lösungsvorschläge enthält. Dieser Bericht wird im Januar 2025 vorliegen. Basierend darauf soll anschliessend gemeinsam mit den Expertinnen und Experten der Postulatsbericht erbereitet werden; geplant ist eine Verabschiedung durch den Bundesrat Ende 2025.

2022 P 22.3002 Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Zur Beantwortung des Postulates wurde ein rechtsvergleichendes Gutachten eingeholt. Der Bericht des Bundesrates wird voraussichtlich in der 2. Jahrehälfte 2025 verabschiedet.

2022 P 22.3201 Digitale Gewalt eindämmen (Judith Bellaiche)

Das Postulat versteht unter dem Begriff «digitale Gewalt» Verhaltensweisen wie Mobbing, Stalking, Hassrede, Gewaltandrohung oder Diskriminierung, die mit Hilfe von elektronischen Kommunikationsmitteln ausgeführt werden. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zur Ip. 22.4361 Bellaiche «Schutz vor Doxing» in Aussicht gestellt, sich im Rahmen des Berichts in Erfüllung des Postulats auch zu einem allfälligen Handlungsbedarf in Sachen Doxing zu äussern.

Einige dieser Verhaltensweisen wurden oder werden im Rahmen anderer Geschäfte untersucht (bereits abgeschlossen: Po. 21.3969 RK-N «Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch», Pa.Iv. 21.3450 SIK-S «Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken?»); noch hängig: Pa.Iv. 19.433 RK-N «StGB-Tatbestände mit Stalking ergänzen», Pa.Iv. 20.445 Suter «Neuer Straftatbestand Cybermobbing»). Zudem hat der Bundesrat das UVEK am 5. April 2023 beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage zur Regulierung der grossen Kommunikationsplattformen auszuarbeiten. Diese Arbeiten haben einen Einfluss auf die Beantwortung der Fragestellungen des Postulats, weshalb ihr Abschluss abgewartet werden soll.

2022 M 22.3250 Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz (Nicolò Paganini)

Es wurden drei Arbeitsgruppensitzungen mit Vertretern aus den Kantonen organisiert. Eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage soll im zweiten Halbjahr 2025 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2022 M 22.3381 Harmonisierung der Fristenberechnung (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Der Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen war bis am 24. Mai 2024 in der Vernehmlassung. Die Botschaft soll voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 verabschiedet werden.

2022 M 22.3382 Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Die Vernehmlassung zum Vorentwurf zu einer Änderung des ZGB dauerte vom 26. Juni 2024 bis zum 17. Oktober 2024. Der Bundesrat wird 2025 nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der Vernehmlassung über das weitere Vorgehen entscheiden.

2022 P 22.3857 Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht (Mathias Zopfi)

Im Bereich der Strafbarerklärung von völkerrechtlich geächteten Delikten sind zurzeit mehrere gesetzgeberische Vorlagen in Ausarbeitung. Als Folge der durch das Parlament überwiesenen Motion Sommaruga 22.3362 «Kampf gegen die Straffreiheit. Übernahme des Verbrechens der Aggression gemäss Römer Statut in das Schweizer Recht» wird zurzeit eine Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet, mittels welcher ein spezifischer Straftatbestand des Aggressionsverbrechens in das schweizerische Recht eingefügt wird. Gleichzeitig wird, basierend auf der Pa.Iv. Flach 20.504 «Folter als eigener Straftatbestand im Schweizer Strafrecht», die Vernehmlassungsvorlage zur Einführung eines spezifischen Foltertatbestandes in das schweizerische Recht durch die Rechtskommission des Nationalrates vorbereitet. Angesichts dieser laufenden Arbeiten erscheint es nicht als zielführend, gleichzeitig einen Prüfungsbericht in derselben, im Wandel begriffenen Materie zu erstellen. Ein solcher Bericht könnte vielmehr im Anschluss an die laufenden Gesetzgebungsarbeiten eine abschliessende Übersicht liefern.

2022 M 22.4249 Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

2022 M 22.4250 Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Die Obergrenze für Spruchgebühren (Gerichtsgebühren) des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundespatentgerichts und des Bundesstrafgerichts in besonderen Fällen wurden im Rahmen der Revision des Patentgesetzes (22.078) erhöht (vgl. Art. 63 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz [VwVG] in der Fassung gemäss Schlussabstimmung, BBl 2024 685). Das Datum des Inkrafttretens dieser Bestimmung ist noch nicht festgelegt. Die Erhöhung der Obergrenze für Gerichtsgebühren des Bundesgerichts bildet Gegenstand der Teilrevision des Bundesgerichtsgesetzes (vgl. Art. 65 Abs. 5 und 6 BGG). Der Bundesrat hat dazu im Dezember 2024 die Vernehmlassung eröffnet. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis Ende März 2025.

Bundesamt für Polizei

2017 P 15.3325 Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Urs Schläfli [Marco Romano])

2019 M 18.3592 Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Corina Eichenberger-Walther [Marco Romano])

2020 P 20.3809 Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Lars Guggisberg [Marco Romano])

2021 P 21.4219 Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Marco Romano [Marco Romano])

Die Motion 18.3592 und die beiden Postulate (15.3325, 20.3809) sollen mit der Schaffung einer Polizei-Abfrageplattform (POLAP) erfüllt werden. POLAP wird die verschiedenen Informationssysteme von Bund und Kantonen insofern miteinander vernetzen, als sie eine Abfrage aus den Informationssystemen der Kantone, des Bundes und der EU ermöglicht. Auf diese Weise sollen Informationen mit einer einzigen Abfrage ersichtlich werden. Gemäss aktueller Planung soll das Programm POLAP Q4 2026 zum Abschluss gebracht werden. Die Anbindung der kantonalen Vorgangsbearbeitungssysteme (und Waffenregister) wird voraussichtlich bis Ende 2028 dauern.

Der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen über die Abfrageplattform POLAP erfordert die Schaffung und Anpassung von Rechtsgrundlagen in den Kantonen. Ob der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen über ein Konkordat, einzelne kantonale Gesetze oder eine Bundesregelung geregelt wird, war längere Zeit unklar. Die von den Kantonen angestrebte Lösung mittels eines Konkordats erwies sich als sehr schwierig und damit zeitaufwändig. In der SiK wurde die Umsetzung der Motion mehrmals besprochen. Schliesslich wurde in der SiK die Motion 23.4311 «Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustauschs» eingereicht. Diese hat das Parlament am 12. Juni 2024 an den Bundesrat überwiesen. Die Motion beauftragt den Bundesrat dem Parlament eine Revision der Bundesverfassung zu unterbreiten, mit welcher dem Bund die Kompetenz eingeräumt wird, die Abfrage polizeilicher Daten unter

den Kantonen sowie zwischen dem Bund und den Kantonen zu regeln. Die Umsetzung dieser Motion erfolgt in enger Absprache mit den Kantonen. In der Zwischenzeit beabsichtigt die KKKPKS, ein Konkordat ausschliesslich für POLAP umzusetzen.

Parallel zur Verfassungsrevision soll der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen und mit dem Bund in einem Bundesgesetz geregelt werden. Zusätzlich soll im Nachgang das Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI, SR 361) revidiert werden.

Die Arbeiten für diese Gesetzesanpassung sind in Gang und werden mit den betroffenen Bundesbehörden und den Kantonen abgestimmt. Die Vernehmlassung zur Verfassungsrevision und der Regelung des polizeilichen Datenaustausches wird voraussichtlich im 3. Quartal 2025 durchgeführt.

Die Berichterstattung zum Postulat Romano 21.4219 wird zusammenmit dem Postulat 20.3809 Guggisberg und der Motion 18.3592 Eichenberger geprüft.

2018 M 17.3862 Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (Beat Rieder)

Das Anliegen der Motion wurde in die laufende Revision des Gesetzes über den Nachrichtendienst (NDG; SR 121) integriert. Mit dieser Revision werden unter anderem Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Gewaltextremismus geprüft. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Vorschläge zur Umsetzung dieser Motion im Zusammenhang mit den NDB-Massnahmen gegen Gewaltextremismus zu diskutieren. Der Bundesrat hat am 18. Mai 2022 die Vernehmlassung für die Revision des NDG eröffnet. Sie dauerte bis am 9. September 2022. Die Revisionsvorlage wurde in zwei Teile aufgeteilt. Bis Ende 2025 wird der Bundesrat die Botschaft zum ersten Teil («Revision Grundpaket»), zuhanden des Parlaments verabschieden.

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3831 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Seit 2014 wurden insgesamt einundzwanzig Vereinbarungen im Rückkehrbereich unterzeichnet oder in Kraft gesetzt (Äthiopien, Angola, Aserbaidschan, Bangladesch, Botsuana, Chile, Kamerun, Kasachstan, Kuwait, Mongolei, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine, Gambia, Elfenbeinküste, Cabo Verde, Georgien, Nordmazedonien, Guinee-Bissau, Turkmenistan und Irak). Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit weiteren Staaten: Indien, Türkei, Sudan, Nepal, Bahrein, Ägypten und der Dominikanischen Republik.

2019 M 18.3758 Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Fabio Regazzi)

In einer ersten Phase werden Massnahmen zur Verbesserung der Datenqualität und -übermittlung im Meldeverfahren für die kurzfristige Erwerbstätigkeit im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ergriffen. Die Realisierung dieser ersten Phase ist im Gange und soll voraussichtlich im März 2025 abgeschlossen werden. In einer zweiten Phase sollen Massnahmen zur Weiterentwicklung des Meldeverfahrens geprüft und umgesetzt werden (z.B. Verbesserungen der Identifikation von Privatpersonen). Diese Arbeiten werden im Rahmen der angelaufenen Gesamterneuerung des ZEMIS (Programm ERZ) umgesetzt. Nach Abschluss der Konzeptarbeiten befindet sich das Projekt (Digital@AIG) in der Realisierungsphase. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie die Kantone und Sozialpartner werden in die materiellen Projektarbeiten miteinbezogen.

2021 P 20.4333 Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Gutachten bei einem Experten in Auftrag gegeben. Die Erarbeitung des Postulatsberichts erfolgt unter der Leitung des Staatssekretariats für Migration (SEM). Das Bundesamt für Justiz (BJ), das Bundesamt für Polizei (fedpol), der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) und das EDA sind mitbeteiligt. Die Verabschiedung und Veröffentlichung des im letzten Quartal 2024 fertiggestellten Berichts erfolgt im ersten Halbjahr 2025.

2021 P 20.4344 Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Das Staatssekretariat für Migration hat eine externe Studie in Auftrag gegeben, um einen Überblick über die Protokollierungspraxis zu gewinnen. Im Frühjahr 2024 wurden die Ergebnisse der Studie und mögliche Lösungsansätze mit Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Einbürgerungsbehörden diskutiert. Am 21. November 2024 wurde die Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» eingereicht. Die Berichterstattung zum Postulat wird mit den Vorgehensvarianten zur dieser Initiative abgestimmt.

2022 P 20.4421 Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht (Samira Marti)

Zur Beantwortung der im Postulat aufgeworfenen Fragen wurde eine externer, unabhängiger Studienauftrag im Rahmen eines Einladungsverfahrens vergeben. Aufgrund der Vielfältigkeit der im Postulat geäusserten Anliegen wurde zusätzlich entschieden, eine externe Begleitgruppe bestehend aus wichtigen Akteurinnen und Akteuren des Asyl- und Migrationsbereichs einzusetzen. Diese hat bereits zweimal getagt. Zwei weitere Begleitgruppensitzungen sind für das 1. Quartal 2025 vorgesehen. Die Ergebnisse der Studie sowie die Haltungen der Begleitgruppe sollen im Bericht des Bundesrates gespiegelt werden.

Die Finalisierung der externen Studie ist für das 1. Quartal 2025 geplant. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im 2. Halbjahr 2025 vorgelegt.

2022 M 21.4076 Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer. Der Grundsatz des Lebensmittelpunkts soll wieder eindeutig anwendbar sein (Piero Marchesi)

Die Umsetzung der Motion 21.4076 Marchesi soll in eine Vorlage zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Erleichterung der selbstständigen Erwerbstätigkeit, Berücksichtigung des Lebensmittelpunkts und Zugriffe auf Informationssysteme) erfolgen. Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis am 29. März 2024. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird der Bundesrat die Botschaft voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 zuhanden des Parlaments verabschieden.

2022 P 22.3397 Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen (Staatspolitische Kommission Ständerat)

Zur Beantwortung des Postulats hat das SEM eine externe Studie und ein rechtsvergleichendes Gutachten in Auftrag gegeben. Die Studie befasst sich mit einbürgerungsberechtigten Ausländerinnen und Ausländern der ersten, zweiten und dritten Generation, die nicht eingebürgert wurden oder sich nicht einbürgern lassen wollen. Die Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» wurde am 21. November 2024 eingereicht. Die Berichterstattung zum Postulat wird mit den Vorgehensvarianten zur Demokratie-Initiative abgestimmt.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2021 M 19.4059 Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Karl Vogler [Stefan Müller-Altarmatt])

Die Massnahmen aus dem Aktionsplan «Digitalisierung des geologischen Untergrunds» unterstützen die Sicherung künftiger Investitionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft im Untergrund durch die Bereitstellung von flächendeckenden und harmonisiert vorliegenden digitalen geologischen Daten. Die dafür bewilligten drei neuen Stellen konnten 2023 besetzt werden. Die Klärung der Finanzierungsmodalitäten mit den Kantonen und die Klärung der Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nahm allerdings mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant, so dass dazu zweckgebundene Reserven gebildet wurden. Die Arbeiten wurden aufgenommen und dauern bis 2029.

2022 P 21.3815 Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen (Stefanie Heimgartner)

Der Bundesrat hat das VBS am 4. März 2022 beauftragt, die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Frauen vertieft zu prüfen und dem Bundesrat bis Ende 2024 zum Entscheid vorzulegen. Der Bundesrat hat am 15. Januar 2025 entschieden, einen obligatorischen Orientierungstag für Schweizerinnen einzuführen und hat das VBS beauftragt, bis Ende 2025 eine Vernehmlassungsvorlage vorzulegen.

Das Postulat kann somit mit dem Bericht 2025 zur Abschreibung beantragt werden.

2022 P 22.3308 Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen (Corina Gredig)

Das Postulat wird im Rahmen der Sicherheitspolitischen Strategie 2025 behandelt und abgeschrieben werden.

2022 M 22.3367 Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat erstreckte im Januar 2023 die Frist aus finanzpolitischen Überlegungen bis 2035. Die Motion 24.4272 «Aufstockung des Armeebudgets und Gegenfinanzierung über die Periode 2025–2032» fordert, die Armeeaussgaben bis im Jahr 2032 auf ein Prozent des BIP zu erhöhen. Die Diskussionen laufen noch.

2022 M 22.3374 Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Der Bundesrat erstreckte im Januar 2023 die Frist aus finanzpolitischen Überlegungen bis 2035. Die Motion 24.4272 «Aufstockung des Armeebudgets und Gegenfinanzierung über die Periode 2025–2032» fordert, die Armeeaussgaben bis im Jahr 2032 auf ein Prozent des BIP zu erhöhen. Die Diskussionen laufen noch.

Gruppe Verteidigung

2008 M 07.3529 Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Mario Fehr)

Der von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern in der Schweiz geleistete Militärdienst – sowie seit 2012 auch der Zivilschutz und Zivildienst – wird in der Türkei als Erfüllung des Militärdienstes anerkannt. Hingegen sind Doppelbürger, die in der Schweiz von der Dienstpflicht befreit wurden und stattdessen eine Wehrpflichtersatzabgabe bezahlen, derzeit in der Türkei nicht vom Militärdienst befreit. Die Schweiz versucht bei den regelmässig stattfindenden konsularischen Konsultationen, die Türkei auf die Problematik aufmerksam zu machen und eine Lösung anzustreben. Die Türkei hatte bisher aber weder eine Notwendigkeit noch eine Dringlichkeit im Anliegen der Schweiz erkannt. Anlässlich des offiziellen Arbeitsbesuches vom 14. August 2020 des Aussenministers Mevlüt Çavuşoğlu der Republik Türkei bei Bundesrat Ignazio Cassis in Bern, wurde in Aussicht gestellt, dass das türkische Verteidigungsministerium der Schweiz bald einen Entwurf zur Aufnahme von Verhandlungen für ein bilaterales Militärdienstabkommen zukommen lassen werde. Ziel ist nach wie vor die Anerkennung der Schweizer Wehrpflichtersatzabgabe durch die Türkei. Im Interesse der betroffenen schweizerisch-türkischen Staatsangehörigen ist es, aus Sicht der Schweiz, nach wie vor angebracht, die Frage der Erfüllung der militärischen Pflichten dieser Doppelbürger bilateral zu regeln.

2018 M 18.3179 Digitalisierung des Dienstbüchleins (Marcel Dobler)

Die mit dieser Motion geforderte Digitalisierung des Dienstbüchleins wurde bis Ende 2021 im Rahmen des Projekts «e-Personelles für Milizangehörige» bearbeitet. Neu wird dieses Digitalisierungsvorhaben in einem zentral geführten Programm «Digitalisierung Miliz» zusammengefasst und umgesetzt. Aufgrund der Komplexität dieses Vorhabens wird die vollständige Umsetzung der Digitalisierung des Dienstbüchleins voraussichtlich bis Ende 2025 erfolgen können. Die Motion wird somit voraussichtlich mit dem Bericht 2025 zur Abschreibung beantragt werden.

2022 P 21.4220 Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist (Priska Seiler Graf)

Nach einer ersten Analyse des Postulates wurde der Forschungsgegenstand konkretisiert und die Bearbeitung im November 2023 einer unabhängigen Forschungsinstitution (universitäre Stufe) übertragen, die Universität hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Endergebnisse liegen frühestens 2027 vor, jedoch sind Zwischenberichte vorgesehen.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2022 M 22.3506 Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Auf Basis seiner Eckwerte vom Frühjahr 2023 hat der Bundesrat den Entwurf der neuen Verordnung über die Krisenorganisation des Bundes (KOBV) am 15.05.2024 in die Vernehmlassung gegeben. Am 20. Dezember 2024 hat der Bundesrat die Inkraftsetzung per 1. Februar 2025 entschieden. Damit erachtet der Bundesrat das Anliegen des ersten Teils der Motion als erfüllt.

Die Inkraftsetzung der KOBV ist Voraussetzung für die Umsetzung des zweiten Teils der Motion betreffend die Fachstäbe, weshalb die Umsetzungsarbeiten hierzu ab Q1 2025 an die Hand genommen werden.

2022 M 22.3507 Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Auf Basis seiner Eckwerte vom Frühjahr 2023 hat der Bundesrat den Entwurf der neuen Verordnung über die Krisenorganisation des Bundes (KOBV) am 15.05.2024 in die Vernehmlassung gegeben. Am 20. Dezember 2024 hat der Bundesrat die Inkraftsetzung per 1. Februar 2025 entschieden. Damit erachtet der Bundesrat das Anliegen des ersten Teils der Motion als erfüllt.

Die Inkraftsetzung der KOBV ist Voraussetzung für die Umsetzung des zweiten Teils der Motion betreffend die Fachstäbe, weshalb die Umsetzungsarbeiten hierzu ab Q1 2025 an die Hand genommen werden.

2022 P 22.3508 Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Auf Basis seiner Eckwerte vom Frühjahr 2023 hat der Bundesrat den Entwurf der neuen Verordnung über die Krisenorganisation des Bundes (KOBV) am 15.05.2024 in die Vernehmlassung gegeben. Am 20. Dezember 2024 hat der Bundesrat die Inkraftsetzung per 1. Februar 2025 entschieden. Die Überprüfung allfälliger weiterer nötiger Rechtsanpassungen und die Erläuterungen der Ergebnisse dieser Überprüfung wird anschliessend erfolgen.

2022 P 22.3509 Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Auf Basis seiner Eckwerte vom Frühjahr 2023 hat der Bundesrat den Entwurf der neuen Verordnung über die Krisenorganisation des Bundes (KOBV) am 15.05.2024 in die Vernehmlassung gegeben. Am 20. Dezember 2024 hat der Bundesrat die Inkraftsetzung per 1. Februar 2025 entschieden. Die Überprüfung allfälliger weiterer nötiger Rechtsanpassungen und die Erläuterungen der Ergebnisse dieser Überprüfung wird anschliessend erfolgen.

Bundesamt für Sport

2022 P 21.4509 Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden? (Marcel Dobler)

Die Erstellung des Berichts hat sich um einige Monate verzögert. Für die Erarbeitung der Grundlagen wurde eine umfassende Analyse der Bedürfnisse der Wissenschaft im Bereich der Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport vorgenommen. Zudem wurde parallel mittels diverser Befragungen geklärt, welche konkreten Defizite auszumachen sind. Diese Arbeiten waren umfangreicher und haben länger gedauert als ursprünglich geplant. Mit den Herausforderungen des Direktorenwechsels an der Spitze des Bundesamtes für Sport und diversen Abwesenheiten auf Grund von längeren Krankheiten und Mutterschaft war es dem Bundesamt nicht möglich, den Bericht in der notwendigen Qualität zu erarbeiten. Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird dem Bundesrat voraussichtlich Ende Quartal 1 2025 vorgelegt.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2007 M 06.3540 Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Filippo Lombardi)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.059): Botschaft vom 14. Juni 2024 zur Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Deutschland.

2012 M 11.3511 Obligatorische Erdbebenversicherung (Jean-René Fournier)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (14.054): Bericht des Bundesrates vom 20. Juni 2014 zur Abschreibung der Motion 11.3511 Fournier «Obligatorische Erdbebenversicherung» (BBl 2014 5507). Der Ständerat hat am 12. Juni 2018 beschlossen, die Motion nicht abzuschreiben. Der Nationalrat hat am 22. September 2021 beschlossen, die Motion abzuschreiben.

2021 M 19.3066 Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Marco Romano)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die nötigen Schritte dafür zu unternehmen, dass die Zweifel beseitigt werden, die in Bezug auf die Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien von 1976 (DBA-I; SR 0.672.945.41) bestehen; er soll dies gemeinsam mit den italienischen Behörden und unter Einbezug der betroffenen Wirtschaftsverbände tun. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) steht in Kontakt mit dem Bankensektor und den italienischen Amtskollegen in Bezug auf die Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 DBA-I. Die Diskussionen werden fortgesetzt.

2021 M 20.4329 Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.095): Botschaft vom 13. Dezember 2024 zum Bundesbeschluss über die Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben.

2022 P 22.3394 Transparenz von Finanzflüssen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.046): Botschaft vom 22. Mai 2024 zum Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2017 M 17.3259 Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission Nationalrat)

Die Abschreibung wurde mit Geschäft 24.016: Botschaft vom 1. März 2024 zum Bundesgesetz über die Massnahmen zur finanziellen und administrativen Entlastung ab 2025 (Teilrevision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes) beantragt. Das Parlament hat bei der Beratung der Botschaft jedoch beschlossen, die Motion noch nicht abzuschreiben, da die gebundenen Ausgaben damit noch nicht genügend überprüft und reduziert wurden. Der Bundesrat hat 2024 eine externe Expertengruppe beauftragt, eine Aufgaben- und Subventionsüberprüfung durchzuführen. Gestützt auf diese Ergebnisse und unter Berücksichtigung des Vernehmlassungsverfahrens wird der Bundesrat dem Parlament im Herbst 2025 eine Vorlage zu einem Entlastungspaket 2027 unterbreiten, die Massnahmen zur Reduktion der gebundenen Ausgaben enthält und so zur Erfüllung der Motion beitragen wird.

2021 M 20.4328 Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Die Arbeiten, insbesondere die Analysen über die Zweckmässigkeit einer Gesetzesanpassung und allfällig zielführende Alternativen, wurden im Sommer 2023 gestartet. Im 2024 hat die EFV Ergebnisse ihrer Analysen der KVF-S und KVF-N präsentiert. Die KVF-S hat entschieden, ihre Arbeiten zu sistieren, bis die Parlamentarischen Initiativen Caroni 23.461, Rieder 23.469 und Grossen 23.462 «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» weiter fortgeschritten sind. Die KVF-N hat die Präsentation der EFV zur Kenntnis genommen und hat die Beratung über das Geschäft vertagt.

2023 M 22.4273 Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen (Finanzkommission Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.016): Botschaft vom 1. März 2024 zum Bundesgesetz über die Massnahmen zur finanziellen und administrativen Entlastung ab 2025 (Teilrevision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes).

Eidgenössisches Personalamt

2020 M 19.4382 Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.068: Botschaft vom 28. August 2024 zur Änderung des Bundespersonalgesetzes.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2014 P 12.3923 Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Filippo Leutenegger [Petra Gössi])

Das Parlament hat am 20. Dezember 2024 die Gesetzesvorlage zur Pa.Iv. 17.400 «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» verabschiedet. Sollte das Bundesgesetz in Kraft treten können, wäre die Erarbeitung dieses Postulatsberichts obsolet, weil die im überwiesenen Vorstoss behandelte Thematik (Härtefallregelungen und Unternutzungsabzug) durch die Abschaffung des Eigenmietwerts keine Relevanz mehr hätte.

2017 M 16.3431 Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Der Bundesrat hatte die Motion mit der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes vom 16. Juni 2023 (21.019) zur Abschreibung beantragt, da er sie durch die mit der Teilrevision vorgeschlagenen Fiktionen, dass Subventionen sind, was die öffentliche Hand als solche bezeichnet, als umgesetzt erachtete. Die eidgenössischen Räte schrieben die Motion jedoch nicht ab, weil Subventionen nach wie vor zu einer Kürzung des Vorsteuerabzugs führen. Das Eidgenössische Finanzdepartement wird bis Ende 2025 das weitere Vorgehen festlegen.

2020 M 18.3235 Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Stefan Engler)

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 19 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) so zu ändern, dass Packages einheitlich nach der überwiegenden Leistung besteuert werden können, wenn diese wertmässig mindestens 55 Prozent des Gesamtentgelts ausmacht. Die Umsetzung der Motion ist mit der nächsten Änderung des Mehrwertsteuergesetzes geplant, zu der die Vernehmlassung im vierten Quartal 2025 vorgesehen ist.

2021 M 20.4572 Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Roberto Zanetti)

Das Parlament hat am 20. Dezember 2024 die Gesetzesvorlage zur Pa.Iv. 17.400 «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» verabschiedet. Sollte das Bundesgesetz in Kraft treten können, wäre im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer keine Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, mehr vorhanden, sodass eine Revision der Liegenschaftskostenverordnung (SR 642.116) hinfällig würde.

2005 M 04.3276 Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)

2009 M 05.3299 Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)

2015 M 10.4127 Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)

2016 M 16.3044 Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)

2021 P 21.3284 Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung. Bewertung der beiden Modelle (Benedikt Würth)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.026 Botschaft vom 21. Februar 2024 zur Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» und zum indirekten Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung).

2021 P 21.4079 Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF (Philipp Kutter)

Die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV verfügt seit Herbst 2023 über die erforderlichen Gewinnsteuerdaten für 2020, das Jahr des Inkrafttretens. Für die empirische Analyse der Auswirkungen der Steuerreform (STAF) müssen diese Daten mit weiteren Daten aus der Statistik der Unternehmensstruktur STATENT (z.B. Anzahl Beschäftigte), der Statistik der Unternehmensgruppen STAGRE (z.B. Informationen zu Unternehmensgruppen mit Sitz in der Schweiz oder im Ausland), Daten der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung LSE (z.B. Informationen zu Lohnsummen) sowie Daten aus dem Handelsregister (z.B. Informationen zu Zu- oder Wegzug von Unternehmen) verknüpft werden. Die Arbeiten zu den Datenverknüpfungen werden durch das BFS vorgenommen und haben mehr Zeit beansprucht als geplant. Deshalb verzögern sich die Arbeiten der ESTV zum Postulatsbericht. Der Bericht soll 2025 vorliegen.

2022 M 18.3718 Berechnung des Beteiligungsabzugs (Verhinderung einer zusätzlichen Gewinnsteuerbelastung, die sich aus der Emission von Finanzinstrumenten durch die Konzernobergesellschaft und der konzerninternen Weitergabe der Mittel aus diesen Instrumenten ergibt) (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Der Beteiligungsabzug in der Schweiz unterscheidet sich von Systemen in anderen Ländern. Insbesondere sehen die Regeln der OECD/G20 zur Mindestbesteuerung ein anderes System vor. Dies kann für Unternehmen, die von der Mindeststeuer betroffen sind, zu Über- oder Unterbesteuerungen führen. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat daher im September 2023 entschieden, den Beteiligungsabzug im Rahmen der Gesetzgebung zur Mindeststeuer zu überprüfen. Die Übergangsbestimmung der BV sieht vor, dass der Bundesrat dem Parlament die gesetzlichen Bestimmungen zur Ablösung der Mindestbesteuerungsverordnung MindStV (SR 642.161) innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung, das heisst bis spätestens Ende 2029, unterbreitet.

2022 M 21.3001 Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.091 Botschaft vom 27. November 2024 zum Bundesgesetz über die Erstreckung der Verlustverrechnung.

2022 P 22.3893 OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Das Postulat verlangt eine periodische Berichterstattung. Der erste Bericht wurde vom EFD am 8. August 2023 veröffentlicht. Eine nächste Berichterstattung an das Parlament ist im Rahmen der die Ergänzungssteuerverordnung ablösenden Ausführungsgesetzgebung beziehungsweise im Zuge der kommenden Berichte des Bundesrates über Vollzug und Wirksamkeit des Finanzausgleichs geplant.

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2022 M 21.3237 Transparenz beim Veredelungsverkehr (Marcel Dettling)

Im Rahmen seiner Botschaft vom 24. August 2022 zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz (22.058; BAZG-VG) hat der Bundesrat das Anliegen der Motion aufgenommen. Im BAZG-VG wird unter Artikel 29 Absatz 4 bestimmt, dass das BAZG die interessierten Kreise über die nach Absatz 1 erteilten Bewilligungen und über die abgelehnten Gesuche informieren kann. Bei unkritischen Waren soll dabei auf eine Information grundsätzlich verzichtet werden.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinunternehmen im Bauproduktegesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat seit 2015 das entsprechende Anliegen gegenüber der EU-Kommission mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht. Im Rahmen des Ende 2019 gestarteten Revisionsprozesses der europäischen Bauprodukteverordnung wurde insbesondere auch der Aspekt der Vereinfachungen von Regeln für Kleinunternehmen, auf die sich die betreffende Definition von Kleinunternehmen bezieht, in grundsätzlicher Weise betont. Das BBL hat diesen Aspekt in drei Stellungnahmen gegenüber der fachlich zuständigen Stelle bei der EU-Kommission hervorgehoben und setzt sich im Rahmen des Revisionsprozesses auch weiterhin für dieses Anliegen bei der EU-Kommission ein.

2021 M 20.3409 Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Benedikt Würth)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Rahmen seiner Eignerstrategie darauf hinzuwirken, dass die öffentlichen Unternehmen ein Kriterium «sichere und verlässliche Lieferketten» als Zuschlagskriterium bei ihren Beschaffungen aufnehmen. Die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB) und die Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) haben in der Folge eine entsprechende Empfehlung zuhanden der öffentlichen Auftraggeberinnen erarbeitet. Diese wird den Eignern nun zur Kenntnis gebracht, sodass im Rahmen der Eignergespräche 2025 betreffend die Möglichkeit der Verwendung eines Zuschlagskriterium «sichere und verlässliche Lieferketten» sensibilisiert werden kann.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

- 2018 M 16.4094 Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Jean-René Fournier)
- 2021 M 18.4282 Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen (Olivier François)
- 2022 M 21.4189 Untersuchungsgrundsatz wahren. Keine Beweislastumkehr im Kartellgesetz (Hans Wicki)
- Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.047: Botschaft von 24. Mai 2023 zur Teilrevision des Kartellgesetzes.

- 2019 M 18.3717 Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Die Motion fordert, dass im Rahmen der Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien keine Konzessionen für Palmöl gewährt werden, welche die einheimische Ölstaatenproduktion reduzieren. Ausserdem soll der Bundesrat Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion und zum nachhaltigen Handel von Palmöl leisten, und sich an der Erarbeitung von internationalen Standards beteiligen.

Das am 1. November 2021 in Kraft getretene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien erfüllt diese Vorgaben. Die Schweiz hat sichergestellt, dass das Abkommen die Schweizer Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl nicht gefährdet: Erstens werden die Zölle auf Palmöl aus Indonesien nicht vollständig abgebaut, sondern nur moderat gesenkt. Zweitens gilt dies nur für eine klar beschränkte Menge, die so abgestimmt wurde, dass die Palmölimporte in die Schweiz insgesamt nicht zunehmen werden. Und drittens müssen die Importeure nachweisen, dass das Palmöl unter Einhaltung strenger Nachhaltigkeitsbestimmungen produziert worden ist und in Tanks von 22 Tonnen transportiert wurde – ohne diesen Nachweis werden die Zollrabatte nicht gewährt.

Auch in den laufenden Verhandlungen mit Malaysia setzt sich die Schweiz dafür ein, dass die Vorgaben respektiert werden und im Wesentlichen die gleichen Zugeständnisse und Garantien wie beim Abkommen mit Indonesien verankert werden können. 2024 konnten die Verhandlungen weiter vorangetrieben werden, ein Abschluss war aber noch nicht möglich.

- 2019 M 18.3797 Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Konrad Graber)

Die Motion fordert im Wesentlichen, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA angestrebt werden soll. Seit ein paar Jahren kommt der Bundesrat dieser Aufforderung nach und führt explorarische Gespräche mit den USA, um auszuloten, ob es eine gemeinsame Basis für die Lancierung solcher Verhandlungen gibt. Die letzten Gespräche Ende 2021 haben ein gemeinsames Interesse in verschiedenen Bereichen bestätigt, die Gespräche werden fortgesetzt. Für die Administration Biden haben solche Abkommen aber keine Priorität, die Diskussionen gehen momentan eher in Richtung Stärkung der Handelsbeziehungen in spezifischen Sektoren. Das zwischen der Schweiz und den USA am 12. Januar 2023 unterzeichnete Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Guten Herstellungspraxis für Arzneimittel trat am 27. Juli 2023 in Kraft (SR 0.812.101.933.6). Dank dem Abkommen lassen sich doppelte Inspektionen der Produktionsstätten grundsätzlich vermeiden. Dadurch wird der Handel mit Arzneimitteln erleichtert und der administrative und finanzielle Aufwand verringert. Das Abkommen trägt somit zu einer Stärkung der Produktions- und Lieferketten und einer besseren Versorgungssicherheit der Schweiz mit Arzneimitteln bei. Im Dezember 2023 wurde in Washington die neunte Sitzung des US-EFTA Trade Policy Dialogues abgehalten. Im Frühjahr 2024 wurde entschieden, diesen Dialog auf operativer Ebene zu intensivieren. Die ersten Austausche unter Experten der EFTA und der USA haben Ende 2024 stattgefunden.

- 2020 M 18.3021 Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Beat Rieder)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.086: Botschaft vom 15. Dezember 2023 zum Investitionsprüfgesetz.

- 2021 M 19.3234 Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Hans Stöckli)
- 2022 M 22.3021 Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Aufgrund der thematischen Nähe der Motion 19.3234 zur Fördertätigkeit der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) respektive des direkten Bezugs zum Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft (SR 935.12), wurde die Motion in die Vernehmlassungsvorlage zur Weiterentwicklung der SGH integriert. Hinzu kam die am 13. Dezember 2022 überwiesene Motion 22.3021, deren Umsetzung ebenfalls in die Vernehmlassungsvorlage aufgenommen wurde. Die Integration der beiden Umsetzungsvorschläge zu den beiden Motionen in die Vernehmlassungsvorlage hat zu inhaltlichen und zeitlichen Abstimmungsarbeiten geführt. Die Vernehmlassung wurde 2024 durchgeführt. Zurzeit wird die Botschaft zur Weiterentwicklung der SGH vorbereitet.

- 2021 M 20.3127 Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie wechseln (Damien Cottier)

Die Motion 20.3127 beauftragt den Bundesrat, auf noch engere Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich hinzuarbeiten, namentlich durch die Aushandlung eines erweiterten Freihandelsabkommens. Die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Handelsabkommens von 2019 wurden im Mai 2023 aufgenommen. Bisher wurden fünf Verhandlungsrunden abgehalten.

2021 M 20.3268 Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Brigitte Häberli-Koller)

Im Bericht vom 31. August 2022 «Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern» wurde die Rolle der globalen Wertschöpfungsketten für die Versorgungssicherheit der Schweiz bei essenziellen Gütern untersucht und aufgezeigt, an welchen Massnahmen der Bundesrat zur Stärkung der Versorgungssicherheit arbeitet (www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 31.8.2022). Der Abschreibungsantrag dieser Motion wurde jedoch von den Räten abgelehnt, da nicht alle Massnahmen umgesetzt sind. Die Erkenntnisse aus dem Bericht wie auch aus der Energiekrise und der Pandemie werden in die laufende Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes einfließen. Der Bundesrat wird auf die Abschreibung der Motion bei der Verabschiedung der Botschaft zur Teilrevision des Landesversorgungsgesetz zurückkommen.

2021 P 21.3086 Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Christine Badertscher)

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Postulat darauf hingewiesen, dass eine ex-post Nachhaltigkeitsanalyse, wie sie das Postulat fordert, erst möglich ist, sobald genug Erfahrungswerte vorhanden sind, um fundierte Aussagen zum Funktionieren des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (CEPA) EFTA-Indonesien machen zu können. Das CEPA ist am 1. November 2021 in Kraft getreten (SR 0.632.314.271). Es ist davon auszugehen, dass für eine fundierte Studie Werte aus mehreren Jahren nötig sind.

2021 P 21.3498 Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Der Bundesrat hat am 16. Februar 2022 eine Gesamtschau «Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz» mit detaillierten Massnahmen zur Dynamisierung des Wirtschaftsstandorts (www.seco.admin.ch > Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik > Wirtschaftspolitik > Wachstum) sowie am 22. Mai 2024 eine wirtschaftspolitische Agenda zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in seinem «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleistungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) veröffentlicht. Im März 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges aufgenommen. Am 20. Dezember 2024 wurden diese materiell abgeschlossen. Der hindernisfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt ist das Kernstück des Pakets. In diesem Sinne wird das Anliegen des Postulats auch Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2022 M 20.4738 Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen (Erich Ettlin)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.096: Botschaft vom 13. Dezember 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen).

2022 M 21.3595 Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Die Verbesserung des Marktzugangs für Schweizer Investitionen in China ist neben dem verbesserten Marktzugang beim Warenhandel und der Verstärkung der Bestimmungen zur Nachhaltigkeit eines der drei Hauptziele der Schweiz in den 2024 lancierten Verhandlungen zur Weiterentwicklung des bestehenden Freihandelsabkommens Schweiz-China. Die Schweiz wird sich entsprechend im Rahmen der Verhandlungen für solche Verbesserungen einsetzen und dabei je nach Sektor ihre offensiven und defensiven Interessen berücksichtigen. Es dürfte hingegen weder möglich noch zielführend sein, in allen Sektoren eine vollständige Reziprozität zu erreichen.

2022 M 21.3599 Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.097: Botschaft vom 13. Dezember 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (Einsicht in die Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe).

2022 M 21.3743 Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken (Hans Stöckli)

Die Motion befindet sich in Umsetzung. Es wurden, unter Einbezug touristischer Stakeholder, umfassende Grundlagenarbeiten durchgeführt und Umsetzungsvarianten erarbeitet. Parallel dazu wurde Innotour einer umfassenden externen Evaluation unterzogen, welche einige Hinweise ergeben hat, wie die Wirkung und der Vollzug von Innotour weiter optimiert werden könnten. Der Start des Innotour Recovery Programms im Sommer 2023, einhergehend mit deutlich mehr Projektanträgen, sowie die parallel laufende Innotour-Evaluation haben die Verzögerung mitverursacht.

2022 M 21.4426 Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung (Andrea Gmür-Schönenberger)

Das Meldewesen wird von den Kantonen vollzogen. Der Vollzug erfolgt sehr heterogen und es sind sehr viele Akteure in den Vollzug involviert. Bei den Meldedaten handelt es sich um sensible Daten. Deshalb wurde eine Grundlagenstudie zur Digitalisierung des Meldewesens in Auftrag gegeben, die im Januar 2025 veröffentlicht wurde. Aufgrund der hohen Komplexität der Arbeiten und des erheblichen Koordinationsaufwands wird die Umsetzung der Motion voraussichtlich mindestens bis 2028 dauern.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2017 M 17.3630 Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2024 Kenntnis genommen vom erfolgreichen Abschluss der materiellen Gespräche zwischen den Chefunterhändlern der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Das Verhandlungsergebnis sieht einen Rechtsrahmen für die Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme für Bildung, Forschung und Innovation vor. Damit soll die Zusammenarbeit mit der EU in diesen Bereichen langfristig gestärkt werden. Konkret deckt das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU die Teilnahme an Horizon Europe, dem Euratom-Programm, der Forschungsinfrastruktur ITER, dem Digital Europe Programm (diese vier Programme werden zusammengefasst als Horizon-Paket 2021–2027 bezeichnet), Erasmus+ und EU4Health ab.

Dank dem Abkommen wird also eine Assoziierung an Erasmus+ möglich. Der Bundesrat strebt die Teilnahme ab dem 1. Januar 2027 an, wofür er dem Parlament die notwendigen Finanzmittel beantragen muss. Bis dahin werden auf nationaler Ebene die erforderlichen Vorarbeiten für eine Assoziierung umgesetzt und die aktuelle Schweizer Lösung für die Förderung von internationaler Mobilität und Kooperation in der Bildung weitergeführt.

2019 M 18.3240 Höhere Fachschulen stärken (Anita Fetz)

2019 M 18.3392 Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Das System der höheren Fachschulen wurde im Rahmen des Projekts «Positionierung Höhere Fachschulen» ganzheitlich geprüft. Damit die HF weiterhin attraktiv bleiben, braucht es gezielte Optimierungen. Diese wurden verbundpartnerschaftlich erarbeitet und werden nun umgesetzt. Die Teilnehmenden des Spitzentreffens der Berufsbildung haben im November 2023 den Weg freigegeben für die Erarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage zur Stärkung der höheren Berufsbildung mittels Schutzes der Bezeichnung «Höhere Fachschule» und der Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master». Die weiteren Massnahmen bedürfen zur Umsetzung keine Anpassung der bundesrechtlichen Grundlagen. In die Revision des Berufsbildungsgesetzes wurden zur Schaffung von vergleichbaren Voraussetzungen innerhalb der Tertiärstufe zwei weitere Massnahmen aufgenommen: die Möglichkeit, eidgenössische Prüfungen auch auf Englisch durchzuführen sowie die Flexibilisierung der Weiterbildungen (Nachdiplomstudien) an höheren Fachschulen. Von Juni bis Oktober 2024 fand die Vernehmlassung statt. Ziel ist, dass die entsprechende Botschaft bis spätestens Ende des ersten Halbjahrs 2025 vom Bundesrat ans Parlament überwiesen wird.

2020 P 20.3928 Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2024 Kenntnis genommen vom erfolgreichen Abschluss der materiellen Gespräche zwischen den Chefunterhändlern der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Das Verhandlungsergebnis sieht einen Rechtsrahmen für die Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme für Bildung, Forschung und Innovation vor. Damit soll die Zusammenarbeit mit der EU in diesen Bereichen langfristig gestärkt werden. Konkret deckt das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU die Teilnahme an Horizon Europe, dem Euratom-Programm, der Forschungsinfrastruktur ITER, dem Digital Europe Programm (diese vier Programme werden zusammengefasst als Horizon-Paket 2021–2027 bezeichnet), Erasmus+ und EU4Health ab.

Dank dem Abkommen wird also eine Assoziierung an Erasmus+ möglich. Der Bundesrat strebt die Teilnahme ab dem 1. Januar 2027 an, wofür er dem Parlament die notwendigen Finanzmittel beantragen muss. Bis dahin werden auf nationaler Ebene die erforderlichen Vorarbeiten für eine Assoziierung umgesetzt und die aktuelle Schweizer Lösung für die Förderung von internationaler Mobilität und Kooperation in der Bildung weitergeführt.

2022 P 20.4202 Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich (Nadine Masshardt)

Zur Beantwortung der Fragen des Postulats wurde ein externes Gutachten in Auftrag gegeben. Der auf dieser Basis erarbeitete Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats wird voraussichtlich im ersten Quartal 2025 vorliegen.

2022 P 22.3878 Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Der Bundesrat konnte den Bericht nicht im Berichtsjahr gutheissen, da seine Erstellung sich als aufwändiger erwies als geplant. Der Postulatsbericht wird voraussichtlich 2025 erfüllt sein.

Bundesamt für Landwirtschaft

2020 M 18.3404 Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Brigitte Häberli-Koller)

Die zweite Forderung, die bestehende Struktur- und Organisationsform durch einen neuen Agroscope-Rat zu ergänzen, in dem insbesondere auch die landwirtschaftliche Praxis vertreten ist, ist umgesetzt. Seit Mai 2019 besteht der neue, erweiterte Agroscope-Rat aus vier Mitgliedern aus der landwirtschaftlichen Praxis, drei Mitgliedern aus dem Bereich Forschung, Innovation und Wissenstransfer sowie je einer Vertretung aus dem Bundesamt für Umwelt, dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie dem Bundesamt für Landwirtschaft. Die Mitglieder des Agroscope-Rats werden durch den Vorsteher des WBF ernannt. Der Agroscope-Rat behandelt die strategische Ausrichtung von Agroscope im Bereich der Forschung.

Die geforderte Prüfung einer Umwandlung der Forschungsanstalt Agroscope in eine autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit wird aktuell vom WBF durchgeführt. Der Bericht baut auf dem Governance-Bericht des WBF

auf und berücksichtigt die Entwicklungen, welche in der Zwischenzeit mit dem Zukunftsprojekt stattgefunden haben. Der Bericht wird voraussichtlich Anfang 2025 verabschiedet.

2020 M 20.3919 Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

2022 M 21.3832 Robuste Sorten. Potenzial ausschöpfen! (Meret Schneider)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.061): Botschaft vom 19. Juni 2024 zu einem Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2026–2029.

2021 M 19.3445 Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall (Fraktion BD)

Abschreibung beantragt mit Geschäft (24.094): Botschaft vom 6. Dezember 2024 zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Entschädigung im Scheidungsfall).

2022 M 19.3494 Mehr Forschung für eine moderne Alpwirtschaft (Thomas Egger [Martin Candinas])

In der Zeit zwischen Einreichung und Überweisung der Motion hat der Bundesrat die Standortstrategie Agroscope mit einem zentralen Campus in Posieux (FR), zwei regionalen Forschungszentren in Changins (VD) und Reckenholz (ZH) sowie dezentralen Versuchsstationen verabschiedet (8.5.2020). Zur Umsetzung der Standortstrategie wurde am 21.6.2021 die dezentrale Versuchsstation «Alp- und Berglandwirtschaft» geschaffen. Diese beschäftigt sich ausschliesslich mit praxisnahen Fragestellungen. Sie wird von Agroscope über das ordentliche Budget und Effizienzgewinnen finanziert. Das BLW finanziert ein zusätzliches Projekt zur Stärkung des Bergackerbaus. Inhaltliche Anliegen der Motion sollen im neuen Agroscope-Arbeitsprogramm 2026–2029 berücksichtigt werden.

2022 P 22.3875 Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

2024 erarbeitete das BLW mit einer Expertengruppe einen Berichtsentwurf. Eine Konsultation interessierter Kreise erfolgt im 1. Quartal 2025. Die Verabschiedung des Berichts durch den Bundesrat soll im 4. Quartal 2025 erfolgen.

2022 P 22.4252 Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Aufgrund der thematischen Schnittstellen wird ein gemeinsamer Bericht zu den Postulaten 21.3831 «Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel» Meret Schneider, 22.4252 «Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt» Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR und 24.3673 «Richtpreise repräsentieren nicht die effektiv bezahlten Preise ab Hof» Haab erstellt. Zudem sind die Arbeiten an diesem Bericht in die Arbeiten zur Agrarpolitik 30+ eingebettet.

2024 wurden Grundlagenarbeiten durchgeführt und ein erster Einbezug der Branche hat stattgefunden. 2025 werden die inhaltlichen Arbeiten abgeschlossen. Der Bericht wird voraussichtlich zu Jahresbeginn 2026 durch den Bundesrat verabschiedet.

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

2020 M 20.3197 Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Thomas Burgherr)

Im Rahmen des Berichts «Versorgungsengpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmassnahmen» vom 1. Februar 2022 wurden die Lücken in der Versorgung eruiert sowie Lösungsansätze und damit verbundene Massnahmen definiert (www.bag.admin.ch > Medizin & Forschung > Medikamente & Medizinprodukte > Sicherheit in der Arzneimittelversorgung > Berichte). Nach einer vertieften Prüfung dieser Massnahmen wurden die Prüfergebnisse sowie konkrete Umsetzungsvorschläge im Schlussbericht «Umsetzungsvorschläge zu den Massnahmen des BAG-Berichts Arzneimittelversorgungsempässe; Schlussbericht 2024 der Interdisziplinären Arbeitsgruppe» zusammengefasst, welchen der Bundesrat am 21. August 2024 zur Kenntnis genommen hat (www.bag.admin.ch > Medizin & Forschung > Medikamente & Medizinprodukte > Sicherheit in der Arzneimittelversorgung > Berichte). Angestrebt wird unter anderem die Erweiterung der Pflichtlager, die erleichterte Zulassung von Importen im Bedarfsfall sowie die Schaffung von Anreizen, um die Herstellung wichtiger Medikamente zu fördern. Derzeit überarbeitet das EDI den Influenza-Pandemieplan Schweiz unter Einbezug der Lehren aus der Covid-19-Pandemie. Auf Grundlage der überarbeiteten Version, die ab Mitte 2025 zur Verfügung stehen soll, können die pandemielevanten Güter bestimmt werden, welche einem Marktmonitoring und allenfalls einer Lagerhaltung unterstellt werden sollen.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2020 P 19.4385 Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Das Postulat verlangt vom Bundesrat, nach Abschluss des Verwaltungsstrafverfahrens in einem Bericht eine Gesamtbilanz der PostAuto-Affäre zu ziehen.

Das Verwaltungsstrafverfahren ist nach wie vor hängig, weshalb noch keine Gesamtbilanz zur PostAuto-Affäre gezogen werden kann.

Bundesamt für Verkehr

2017 P 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Der Antrag zur Abschreibung des Postulat mit dem Geschäft 23.055: Botschaft von 16. August 2023 zum Stand und zu Änderungen der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur sowie zur Perspektive Bahn 2050 wurde abgelehnt. Mit der räumlichen Konkretisierung der Perspektive BAHN 2050 hat das BAV eine Grundlage für die Planung der nächsten Ausbauschritte der Bahninfrastruktur vorgelegt. Ausgehend vom Verkehrsverlagerungspotenzial zeigt diese Grundlage auf, wo und wie die Bahn im Hinblick auf das Klimaziel entwickelt werden soll. Der Bundesrat wird eine Abschreibung der Motion mit der Botschaft zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur beantragen.

2019 M 18.4105 Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Zur Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs müsste der Anhang 1 des Landverkehrsabkommens durch den Gemischten Ausschuss angepasst werden.

Im Rahmen des Berichts des Bundesrats in Erfüllung des Postulates 14.3259, Regazzi, Die zukünftige Marktordnung im regelmässigen und gewerbsmässigen Personenfernverkehr, hat der Bundesrat am 23. Juni 2021 entschieden, aufgrund der Erfahrungen und Entwicklungen in der EU im internationalen Schienenpersonenverkehr keine Öffnung anzustreben und weiterhin auf die Kooperationen zwischen Eisenbahnunternehmen aus den verschiedenen Ländern zu setzen. Eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr dürfte im Rahmen des vom Bundesrat angestrebten Pakets mit der EU erfolgen, da die politische Verpflichtung, den internationalen Schienenpersonenverkehrsmarkt zu öffnen, mit der dynamischen Rechtsübernahme zu einer rechtlichen Verpflichtung wird. Am 20. Dezember 2024 wurden die Verhandlungen zum Paket materiell abgeschlossen. Der Bundesrat wird voraussichtlich im ersten Quartal 2026 eine Botschaft an das Parlament überweisen.

2020 M 20.3003 Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Frankreich wurde im Rahmen des französisch-schweizerischen Lenkungsausschusses über die Anliegen der Motion informiert. Auf der Grundlage erster grober Analysen schlug die Schweizer Delegation den Vertreterinnen und Vertretern aus Frankreich vor, das gemeinsame Ziel, d. h. den Ausbau des Schienengüterverkehrs, durch den Abschluss einer gemeinsamen Absichtserklärung zu konkretisieren. So soll der Rahmen für die Umsetzung der mit der Motion angestrebten Ziele geschaffen werden. Durch die neuen Parlamentwahlen in Frankreich konnte die angestrebte Unterzeichnung der Absichtserklärung 2024 nicht erfolgen. Die Schweiz strebt eine Unterzeichnung im Jahr 2025 an.

2020 M 20.3221 Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Josef Dittli)

2020 M 20.3222 Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstosses (Josef Dittli)

2020 M 20.3286 Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Eva Herzog)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.017: Botschaft vom 10. Januar 2024 Botschaft zum Gütertransportgesetz (Totalrevision des Bundesgesetzes über den Gütertransport durch Bahn- und Schifffahrtsunternehmen).

2021 M 19.4381 Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Die Umsetzung der Motion ist Gegenstand der Vorlage zur Weiterentwicklung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, LSV (Teilrevision des Schwerverkehrsabgabegesetzes, SVAG, für welche 2024 eine Vernehmlassung durchgeführt wurde, Die Überweisung der Botschaft ist für das erste Semester 2025 vorgesehen. Mit ihr soll die Abschreibung dieses Vorstosses beantragt werden.

2021 M 19.4443 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Martin Candinas)

2021 M 19.4444 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Edith Graf-Litscher)

2021 M 19.4445 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Barbara Schaffner)

2021 M 19.4446 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Michael Töngi)

Mit den Motionen wird der Bundesrat beauftragt, einen Massnahmenplan zu erarbeiten, mit dem er darlegt, wie der Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr gesteigert werden kann. Im Rahmen einer Studie wurden Massnahmen in verschiedenen Bereichen der Mobilität eruiert. Das Ergebnis soll in die Botschaft zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur einfließen und die Motionen werden mit der Botschaft zur Abschreibung beantragt werden.

2021 M 20.3696 Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Isabelle Pasquier-Eichenberger)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Verlagerungs- und Semesterberichte zum alpenquerenden Güterverkehr mit Daten zum Gefahrguttransport zu ergänzen. Das Bundesamt für Strassen hat ein entsprechendes Konzept zur Zählung der alpenquerenden Gefahrguttransporte erarbeitet und 2023 in Gondo eine Anlage in Betrieb genommen. Somit können vollständige Jahreswerte erst für das Jahr 2024 im Rahmen der genannten Berichterstattung publiziert werden. Da die Motion implizit die Publikation von Daten vorsieht, müssen die Jahreswerte abgewartet werden. Die Abschreibung der Motion wird mit dem Verlagerungsbericht 2025 beantragt werden.

2022 P 20.3328 Nationale Strategie für eine bessere Erschliessung der Tourismusregionen durch den öffentlichen Verkehr (Christophe Clivaz)

Das Postulat wird im Zusammenhang mit der Botschaft zum Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2026–2028 zur Abschreibung beantragt werden. Die Botschaft wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2022 M 20.3736 Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden (Marco Romano)

Die durchgeführten Studien haben ergeben, dass eine Umsetzung technisch möglich wäre, jedoch die Finanzierung der Mehrkosten nicht geregelt werden kann. Der Bund verfügt über keine Kompetenzen, diese Mehrkosten für eine unrentable Fernverkehrslinie zu tragen. Dem Kanton Tessin steht es jedoch frei, die anfallenden Kosten zu übernehmen und das Angebot zu bestellen. Der Bundesrat wird die Abschreibung mit der nächsten Botschaft zum Bahnausbau beantragen

2022 P 21.3329 Finanzielle Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr (Florence Brenzikofer)

Abschreibung wird mit einem Bericht resp. mit allfälliger Botschaft frühestens ab 2028 zu Vorlage «Gesetzliche Aufarbeitung Tariflandschaft» beantragt. Die Arbeiten konnten noch nicht abgeschlossen werden, da die Arbeiten der Branche bei den für das Postulat relevanten Projekte «myRIDE» und «integrale Tarif-Governance» aufwändig sind und schwergewichtig erst im 2025 anstehen.

2022 M 21.3977 Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2021 M 19.4614 Konzept zur längerfristigen Steigerung des Angebots von Verbindungen des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Aline Trede)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.061: Botschaft vom 16. September 2023 zur Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024.

2022 P 21.4366 Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne–Genf. Strategische Studie (Roger Nordmann)

2022 P 21.4518 Sicheren Bahnbetrieb im Fernverkehrsnetz durch Redundanz gewährleisten (Olivier Français)

Abschreibung der beiden Postulate wird mit einem Bericht beantragt. Als Grundlage für einen fundierten Bericht wurden externe Expertise eingeholt. Dieser Auftrag hat länger gedauert als vorgesehen. Eine Verabschiedung des Berichtes durch den Bundesrat ist 2025 vorgesehen.

2022 M 22.3000 Weiterführung der erfolgreichen Verlagerungspolitik und Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit dank Ausbau des linksrheinischen Neat-Zubringers Wörth-Strassburg (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Die Motion ergänzt die dem Bundesrat mit den Motionen 20.3003 und 22.3000 erteilten Aufträge durch eine finanzielle Unterstützung für den Ausbau des Lichtraumprofils zwischen Metz und Strasbourg. Die linksrheinische Linie Strasbourg – Lauterbourg – Wörth bietet schon heute eine begrenzte Alternative für störungsbedingte Umleitungen. Frankreich lehnt einen Ausbau dieser Linie für den Güterverkehr ab. Der Bundesrat wird sich weiterhin für die Beibehaltung dieser Alternative für störungsbedingte Umleitungen einsetzen. Seitens Deutschlands wird ein Ausbau des erforderlichen deutschen Abschnitts Wörth – Lauterbourg (Grenze) abgelehnt. Der Ausbau der Rheintalbahn (Basel – Karlsruhe) wird mit Nachdruck weiterverfolgt und läuft in Deutschland im Zeitplan.

2022 P 22.3231 Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen (Olivier Français)

Abschreibung wird mit einem Bericht beantragt. Die Berichterstattung wird sich auf eine Überprüfung der einzelnen Planungs- und Bewilligungsphasen stützen und Vorschläge zur Optimierung der Prozesse und deren Umsetzung aufzeigen.

- 2022 M 22.4257 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
- 2022 M 22.4263 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Abschreibung wird beantragt mit der Botschaft zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur. Zur Ermittlung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen sind entsprechende Studien im Gange.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

- 2013 P 13.3421 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Brigitte Häberli-Koller)
- 2013 P 13.3426 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Hansjörg Walter)

Die Postulate verlangen, dass der Bundesrat die betrieblichen Auswirkungen am Flughafen Zürich bei einer Umsetzung des Staatsvertrags mit Deutschland aufzeigt und dabei eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sicherstellt.

Der Bundesrat wird den entsprechenden Bericht erstellen, falls ein Inkrafttreten des Staatsvertrags abschbar wird. Dies setzt voraus, dass der Staatsvertrag auch in Deutschland dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet wird. Diesen Schritt hat das deutsche Verkehrsministerium bis heute nicht eingeleitet. Falls der Vertrag in Kraft treten würde, wäre seine Umsetzung auch in der Schweiz neu zu prüfen, weil sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verändert haben.

- 2017 M 15.3491 Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Christophe Darbellay [Yannick Buttet])
- 2021 M 21.3020 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat [Yannick Buttet])
- 2021 M 21.3095 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Erich Ettl [Yannick Buttet])

Die Motionen fordern den Bundesrat auf, die Altersgrenze von 60 Jahren für Helikopterpilotinnen und -piloten entgegen der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 aufzuheben. Seit 2017 setzte sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in der europäischen Diskussion zur Anpassung der Alterslimite ein und beteiligte sich aktiv an einer Studie der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA). Diese leitete daraufhin ein Rechtssetzungsverfahren ein, das dazu führte, dass die EU-Kommission Ende Juni 2024 die Altersgrenze für Rettungseinsätze auf 65 Jahre erhöhte. Die Regelung trat in der EU am 14. August 2024 in Kraft, in der Schweiz gilt sie seit dem 1. Februar 2025. Die Anliegen der Motionen sind damit teilweise erfüllt, denn bei kommerziellen Personentransporten gilt weiterhin die Altersgrenze von 60 Jahren. Um die Motionen vollständig umzusetzen, wird das Luftfahrtgesetz (LFG) entsprechend angepasst. Die Vernehmlassung dazu dauerte von August bis November 2024. Die Botschaft zur Teilrevision des LFG soll im Herbst 2025 dem Bundesrat vorgelegt werden.

- 2018 P 18.3245 Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Bernhard Guhl)

Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Regulierung eingesetzt, welche Sicherheit und Ordnung beim Betrieb ziviler Drohnen sicherstellt. Ein erstes Verordnungspaket (2019/945 und 2019/947), welches technische Anforderungen an zivile Drohnen sowie operationelle Vorschriften für deren Betrieb beinhaltet, trat am 1. Januar 2023 in der Schweiz in Kraft. Die Verordnungen legen fest, dass alle Drohnen, die neu im EU-Markt erhältlich sind, mit einem Fernidentifizierungssystem ausgestattet sein müssen. Auch für Drohnen in höheren Risikokategorien (z.B. Betrieb ausserhalb des direkten Sichtbereichs) ist die Fernidentifikation obligatorisch. Zudem trat am 26. Januar 2023 das EU-Verordnungspaket (2021/664, 2021/665, 2021/666) zur Einführung der U-Space-Infrastruktur in der Schweiz in Kraft. Dieses ermöglicht die Identifizierung sämtlicher ziviler Drohnen aus der Ferne durch die Nutzung einer mobilen Applikation. Dazu sind jedoch sogenannte U-Space-Lufträume notwendig. Das BAZL arbeitet aktuell an der Schaffung eines ersten solchen Luftraums im Raum Zürich, welcher ab 2025 zur Verfügung stehen wird. Weitere solche Lufträume sind in stark frequentierten Luftraumgebieten geplant.

- 2018 M 18.3371 Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Martin Candinas)

Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Regulierung eingesetzt, welche Sicherheit und Ordnung beim Betrieb ziviler Drohnen sicherstellt. Ein erstes Verordnungspaket (2019/945 und 2019/947), welches technische Anforderungen an zivile Drohnen sowie operationelle Vorschriften für deren Betrieb beinhaltet, trat am 1. Januar 2023 in der Schweiz in Kraft. Seither besteht für alle Drohnenpilotinnen und -piloten in der Schweiz und in der EU eine Registrations- und Prüfungspflicht. Das Verordnungspaket enthält ebenfalls die Grundlage zur Identifizierung von Drohnen aus der Ferne. Die Rechtsdurchsetzung soll dadurch gestärkt werden. Zudem trat am 26. Januar 2023 das EU-Verordnungspaket (2021/664, 2021/665, 2021/666) zur Einführung der U-Space-Infrastruktur in der Schweiz in Kraft. Die U-Space-Infrastruktur soll neben einem Sicherheitsgewinn auch die Effizienz bei der Bearbeitung und Bewilligung von komplexen Drohnenanwendungen erhöhen, ohne das hohe Sicherheitsniveau in der Luftfahrt zu schmälern. Das BAZL arbeitet aktuell an der Schaffung eines ersten solchen Luftraums im Raum Zürich, welcher ab 2025 zur Verfügung stehen wird. Weitere solche Lufträume sind in stark frequentierten Luftraumgebieten geplant.

2019 M 18.3700 Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Martin Candinas)

Strafbare Handlungen, die an Bord eines Luftfahrzeuges begangen werden, unterstehen heute, soweit es sich nicht um Übertretungen handelt, der Bundesstrafgerichtsbarkeit und werden von der Bundesanwaltschaft (BA) verfolgt und beurteilt. Für die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen gegen luftrechtliche Vorschriften ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) zuständig. Alle übrigen strafbaren Handlungen in der Luftfahrt fallen heute unter die Zuständigkeit der Kantone. Mit der Motion wird verlangt, dass strafbare Handlungen bei Flugunfällen und schweren Vorfällen in der Luftfahrt grundsätzlich der Bundesstrafgerichtsbarkeit unterstehen. Die dafür notwendige Anpassung von Artikel 98 des Luftfahrtgesetzes (LFG; SR 748.0) ist Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassung dazu dauerte von August bis November 2024. Die Botschaft zur Teilrevision des LFG soll im Herbst 2025 dem Bundesrat vorgelegt werden.

2020 M 19.4562 Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Josef Dittli)

Die Motion verlangt, zur Bewältigung von Krisen, im Katastrophenfall und zur Rettung von Menschen in Not die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Low Flight Network (LFN) fertig zu stellen und die dafür erforderliche Finanzierung zu regeln. Letzteres und auch die Behandlung von Aspekten des Ausbaustandards des Netzes erweisen sich als aufwändig. Die geplante Finanzierung durch den Bund ist auf Grund der angespannten Situation bei den Bundesfinanzen zurzeit zurückgestellt. Der weitere Ausbau kann mit gewissen Einschränkungen aber fortgeführt werden.

2021 M 20.4412 Regionalflugplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Benedikt Würth)

Die Motion verlangt, dass der Bund die heute praktizierte finanzielle Stützung der Regionalflugplätze dauerhaft weiterführt, ohne dass eine Verbundaufgabe mit den Kantonen eingeführt wird. Dabei geht es um die Bundesfinanzierung der An- und Abflugsicherungsdienste. Für die Umsetzung der Motion sind Anpassungen in der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (SR 748.132.1; VFSD) und in der Verordnung über die zweckgebundene Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (725.116.22; MinLV) vorgesehen. Der Entwurf der entsprechenden Verordnungsbestimmungen wurde im ersten Halbjahr 2024 bei den betroffenen Stakeholdern konsultiert. Die Ämterkonsultation wurde im September 2024 abgeschlossen. Auf Basis des Berichts der Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionüberprüfung hat der Bundesrat im September 2024 beschlossen, in Bezug auf die Bundesfinanzierung der An- und Abflugsicherung auf den Regionalflugplätzen (heute CHF 30 Mio.) eine Sparmassnahme von 25 Mio. weiterzuverfolgen. Diese Stossrichtung steht im Widerspruch zum Ansinnen der Motion Würth. Das UVEK hat deshalb entschieden, dass der Rechtsetzungsprozess zur Umsetzung der Motion Würth vorläufig nicht weitergeführt wird. Dieser wird wieder aufgenommen, sobald klar ist, ob die geplante Sparmassnahme Bestand hat.

2021 M 21.3458 Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, den Sektorenmarkt der Flughäfen als systemrelevante Infrastrukturen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht zu befreien. Die Nichtunterstellung der Vergabe von Konzessionen für den Betrieb eines Flughafens ist im Luftfahrtgesetz (LFG) zu regeln. Die Arbeiten dazu wurden 2022 an die Hand genommen. Die notwendigen Anpassungen im LFG sind Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassung dazu dauerte von August bis November 2024. Die Botschaft zur Teilrevision des LFG soll im Herbst 2025 dem Bundesrat vorgelegt werden.

Bundesamt für Energie

2021 M 20.4063 Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)

Eine verstärkte Nutzung des Untergrunds ist wichtig für die Erreichung der Klimaziele. Der aktuell tiefe Kenntnisstand zum schweizerischen Untergrund und zu den damit verbundenen Investitionsrisiken ist heute jedoch ein wesentliches Hindernis, um industrielle Aktivitäten für eine volkswirtschaftlich sinnvolle Nutzung des Untergrunds auszulösen. Die Motion verlangt vom Bund, ein Erkundungsprogramm aufzugleisen und zu finanzieren, um diese Unsicherheiten zu reduzieren und dadurch die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Planung und Nutzung des Untergrunds zu erstellen. Der Bundesrat hat die erste Phase dieser Arbeiten lanciert. Diese beinhaltet die Ausarbeitung eines Erkundungskonzepts sowie einer Finanzierungsbotschaft an das Parlament für dessen Realisierung.

2022 M 19.4202 Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (Christoph Eymann)

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 Eckwerte des Entlastungspaketes für den Bundeshaushalt festgelegt. Aufgrund der darin vorgesehenen Massnahmen im Gebäudebereich wird der Bericht nochmals überprüft.

2022 P 21.4130 Energetische Gebäudesanierungen. Die Situation ist problematisch, zu viele Gebäude werden nicht saniert, weil den Eigentümerinnen und Eigentümern die Mittel fehlen. Es braucht neue Finanzierungsmöglichkeiten (Bruno Storni)

2022 M 21.4144 Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen (Jakob Stark)

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 Eckwerte des Entlastungspaketes für den Bundeshaushalt festgelegt. Aufgrund der darin vorgesehenen Massnahmen im Gebäudebereich werden die Berichte nochmals überprüft.

2022 P 22.4128 Too-big-to-fail-Problematik in der Energiebranche entschärfen (Thomas Minder)

Der Bundesrat arbeitet an Nachfolgeregelungen zum befristeten Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (FiREG), welches Ende 2026 ausläuft. Als erstes Nachfolgegesetz liegt dem Parlament seit Ende 2023 bereits das Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten vor. Es soll mehr Transparenz im Energiehandel schaffen, die Aufsicht verbessern sowie die Systemstabilität und Versorgungssicherheit stärken. Eine weitere Vorlage, mit der die Liquiditäts- und Überschuldungsrisiken von grossen Stromversorgungsunternehmen minimiert werden sollen, war von März bis Juni 2024 in der Vernehmlassung. Zudem prüft der Bundesrat derzeit Massnahmen zum Business Continuity Management (BCM), welche dafür sorgen, dass systemrelevante Funktionen wie die Kraftwerksproduktion, Systemdienstleistungen oder das Bilanzgruppenmanagement auch in Ausnahmesituationen ohne Unterbruch aufrechterhalten werden können.

2024 M 23.3022 Sicherung der Winterstromversorgung durch WKK-Anlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Die Motion wird mit der Botschaft Stromversorgungsgesetz (Stromreserve) umgesetzt. Der Bundesrat hat die Botschaft am 1. März 2024 zu Händen des Parlaments verabschiedet. Die Vorlage befindet sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung.

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102 Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Walter Müller)

Als Ergebnis des Ende 2015 abgeschlossenen Planungsprozesses «Mobil im Rheintal» schlug das Land Vorarlberg neu eine Verbindung der Schnellstrasse 18 via den Knoten der österreichischen A14 bei Dornbirn zur Staatsgrenze bei Höchst (Autobahnanschluss A13 St. Margrethen) vor. Diese Variante wurde in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite bestätigt und rechtlich verankert. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat daraufhin den Planungsprozess aufgenommen und beabsichtigte, dem Bundesrat ein entsprechendes «Generelles Projekt» zur Genehmigung vorzulegen.

Anlässlich des Ministertreffens vom Dezember 2022 stellte Bundesministerin Leonore Gewessler die Evaluationsergebnisse einer Prüfung von Alternativen vor. Darin wurde insbesondere eine mögliche Verbindung der A13 und der A14 bei Diepoldsau geprüft. Die Alternativen schnitten offenbar besser ab als die Variante, die sich im Genehmigungsverfahren befindet. Österreich wird nun eine weitere Vertiefung der alternativen Varianten in Auftrag geben, ohne aber das laufende Genehmigungsverfahren zu beenden.

Den von Österreich erhofften politischen Support kann die Schweiz nur bedingt leisten, da der schweizerische Anteil nur einen kleinen Prozentsatz am Gesamtprojekt ausmacht, sowie auf dem Autobahnanschluss A13 St. Margrethen beruht. Das ASTRA folgt mit seinem Projekt zudem der Zeitplanung der österreichischen Planung. In der aktuellen Strategie- und Konzeptphase sind ausserdem die Zollverwaltungen der beiden Länder wichtige Taktgeber des Strassenprojektes. Die für die Projektierung des Strassenprojektes notwendigen Betriebskonzepte (für den bisherigen Standort St. Margrethen) liegen derzeit nur für den Schweizer Anlageteil vor.

Das ASTRA wird den Fortschritt des Strassenprojektes wie bis anhin mit den Partnern aus beiden Ländern abstimmen und im Rahmen der Möglichkeiten vorantreiben.

2016 M 13.3818 Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Christophe Darbellay)

Das Anliegen der Motion wurde mit Bundesratsbeschluss vom 21. November 2018 im Rahmen der «Änderung der technischen Anforderungen und der Zulassungsprüfung von Strassenfahrzeugen und Einführung eines neuen Fahrtschreibers» gutgeheissen. Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (SR 741.41) wird in Kraft gesetzt, wenn die Datenbank für die Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form vorliegt und die Behörden des Bundes und der Kantone die Daten erfassen können. Letzteres ist heute bereits vereinzelt möglich. Die Motion soll im Rahmen des Revisionspakets «Neues Zulassungsregime Strassenfahrzeuge» umgesetzt werden. Die Vernehmlassung zu diesem Revisionspaket dauerte bis am 14. November 2024 und wird nun ausgewertet.

2016 M 16.3066 Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Philippe Nantermod)

2016 M 16.3068 Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Fathi Derder)

2018 M 17.3924 Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Philippe Nantermod)

Die drei Motionen wollen mit ihren Begehren lange Spiesse für das traditionelle Taxi-Gewerbe und neue Fahrdienstangebote wie Uber schaffen. Ein Rechtsänderungsvorschlag, der dem Bundesrat die Kompetenz entzogen hätte, Arbeits- und Ruhezeitenvorschriften für Motorwagen zum Personentransport mit bis zu neun Sitzplätzen zu erlassen, wurde Anfang 2019 den betroffenen Vollzugsbehörden und Verbänden vorgestellt und von diesen einhellig abgelehnt. Angesichts der breiten Ablehnung durch die Betroffenen hätte der Vorschlag zur Umsetzung der drei Motionen in der Vernehmlassung kaum Zustimmung gefunden. Zudem haben sich die Verhältnisse seit der Einreichung der Motionen rund um die Fahrdienstangebote geändert. Zum einen wurde Uber Pop (Taxifahrten durch Privatleute in ihrem eigenen Auto) im Jahr 2018 eingestellt, zum anderen haben verschiedene Kantone und Gemeinden die neuen Fahrdienstangebote geregelt. In der Folge wurde anhand einer Studie die Thematik der neuen Fahrdienstangebote im Strassenverkehr samt ihrer erwarteten Entwicklung umfassend beleuchtet und Vorschläge für Rechtsänderungen aufgezeigt. Dieses Vorgehen nimmt die Anregung der Motion 16.3068 auf, einen Bericht zu erstellen. Die Studie wurde 2021 fertiggestellt und dient als Grundlage für das weitere Vorgehen. Am 17. März 2023 hat das Parlament im Strassenverkehrsgesetz (Geschäft 21.080) eine Rechtsgrundlage geschaffen (Art. 25 Abs. 2^{bis} E-SVG), die es dem Bundesrat erlaubt, statt einem Fahrtschreiber auch eine App zur Kontrolle der Arbeitszeit berufsmässiger Motorfahrzeugführer

und -führerinnen vorzusehen. Der Bundesrat arbeitet nun gestützt darauf eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der Motionen aus. Die Vernehmlassung soll im Frühling 2025 eröffnet werden.

2018 M 16.3846 Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Lukas Reimann)

Mit der künftigen Anerkennung von Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form (s. auch M 13.3818; Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit) müssen das Typengenehmigungsverfahren gesamthaft und die entsprechenden Rechtserlasse neugestaltet werden. Die Motion soll im Rahmen des Revisionspakets «Neues Zulassungsregime Strassenfahrzeuge» umgesetzt werden. Die Vernehmlassung zu diesem Revisionspaket dauerte bis am 14. November 2024 und wird nun ausgewertet.

2019 P 19.3422 Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Der Bund hat im Fall des Nationalstrassenprojektes «Bypass Luzern» die geforderte Unterstützung geleistet. Die Portalverlängerung durch die Grosshofbrücken wurde nach entsprechenden Stellungnahmen des Kantons Luzern und der Stadt Kriens ins «Generelle Projekt» aufgenommen. Der Lärmschutz der offenen Strecke wurde entsprechend der Vorgaben der Lärmschutzverordnung im Projekt ergänzt und entspricht den rechtlichen Vorgaben. Ausserdem hat sich das Bundesamt für Strassen (ASTRA) gemeinsam mit seinen Projektpartnern (Kanton Luzern, LuzernPlus und der Stadt Kriens) auf ein schrittweises Vorgehen betreffend Überdeckung A2 Luzern-Süd geeinigt und setzt seine Arbeiten diesbezüglich fort. Ziele der aktuellen Phase sind u. a. die Konkretisierung der nötigen Anpassung der Nationalstrasse. Das gemeinsame Vorgehen haben die Projektpartner in einer Absichtserklärung vom 12. Januar 2024 festgehalten. Die Finanzierung und Kostenbeteiligung des Bundes richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2; vgl. Punkt 3 unten).

Der Bundesrat hat das ASTRA und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Übrigen beauftragt, mögliche Handlungsfelder zur Eindämmung des Strassenlärms auszuarbeiten. Im Bereich des Handlungsfeldes «Überdeckungen» bestehen folgende Strategien:

1. Konsequente «Doppelnutzung» der Autobahnen wie z.B. in den Bereichen Neuenhof, Glattdamm, Airola oder Weiningen;
2. Unterirdische Linienführung bei Grossprojekten des Entwicklungsprogramms Nationalstrassen, wenn immer möglich und opportun;
3. Opportunitäten für zusätzliche Überdeckungen bei solchen Projekten schaffen: Dank dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds ist über das MinVG eine Kostenbeteiligung von bis zu 60% möglich;
4. Der Bund stellt privaten Investoren einzelne Nationalstrassenabschnitte zur Verfügung, damit diese ihre Projekte zur Überdeckung vorantreiben können.

2020 M 17.3952 Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Manfred Bühler)

Die Motion soll im Rahmen der Revision «Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen und Verkehrsfachleute (VSS) in die Signalisationsverordnung (SSV)» umgesetzt werden. Der Bundesrat hat bis am 30. September 2024 eine Vernehmlassung dazu durchgeführt, welche gegenwärtig ausgewertet wird.

2021 M 20.4339 Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Der Bundesrat hat im Rahmen der Erfüllung der Motion am 16. Oktober 2024 die Anpassung mehrerer Rechtsgrundlagen beschlossen, um übermässigen Fahrzeuginnenlärm einfacher und wirksamer sanktionieren zu können. In diesem Zusammenhang hat er die Vorschriften zur vermeidbaren Lärmbelastung aktualisiert und das Verursachen von unnötigem Lärm mit Auspuffanlagen neu in die Liste der zu vermeidenden Geräusche aufgenommen. Ausserdem wurden Massnahmen ergriffen, um den Vollzug der bereits geltenden Regelungen zu erleichtern. Die Verordnungsänderungen treten am 1. Januar 2025 in Kraft.

Vor einer Schaffung rechtlicher Grundlagen betreffend Lärmblitzer müssen die Abklärungen zur Machbarkeit weiter vertieft werden. Der Bundesrat hat den entsprechenden Auftrag erteilt. Das Ergebnis wird bis Ende 2025 erwartet.

Bundesamt für Kommunikation

2017 M 17.3013 Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2019 M 19.3039 Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Olivier Feller)

Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 den Bericht des UVEK zur künftigen Ausgestaltung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten zur Kenntnis genommen und das UVEK beauftragt, dem Bundesrat im Jahr 2025 die Eckwerte für eine Revision des Postgesetzes im Hinblick auf die Ausgestaltung der Grundversorgung ab 2030 zu unterbreiten. Die beiden Revisionsvorhaben sind zu sistieren, bis Klarheit zum weiteren Vorgehen besteht.

2021 M 21.3000 Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Als Grundlage für die Festlegung einer Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen haben die Notruforganisationen in Zusammenarbeit mit dem BAKOM und der Swisscom ein «Referenzmodell Notrufe» erarbeitet. Ziel dieses Referenzmodells ist

es, die Sicherheit und Qualität des Notrufsystems in der Schweiz zu erhöhen und eine Basis für dessen Weiterentwicklung zu schaffen. Das Referenzmodell wurde am 20. Juni 2023 publiziert. Auf dieser Grundlage laufen nun die Arbeiten zur Umsetzung der Motion sowohl auf Verordnungs- als nun auch auf Gesetzesstufe. Die Eröffnung der Vernehmlassung der Verordnungsvorlage ist Ende Juni 2025 vorgesehen.

- 2021 M 21.3063 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Marco Romano)
- 2021 M 21.3064 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Jörg Mäder)
- 2021 M 21.3065 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Franz Grüter)
- 2021 M 21.3066 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Anna Giacometti)
- 2021 M 21.3067 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Valérie Piller Carrard)
- 2021 M 21.3068 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Gerhard Andrey)

Die Umsetzung dieser Motionen erfolgt im Rahmen der Arbeiten zur Motion 21.3000 (Festlegung der Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen). Basierend auf einem von den Notruforganisationen in Zusammenarbeit mit BAKOM und der Swisscom erarbeiteten Referenzmodell sind die Arbeiten sowohl für eine Gesetzes- als auch für eine Verordnungsänderung im Gange. Die Eröffnung der Vernehmlassung zur Verordnungsänderung ist Ende Juni 2025 vorgesehen.

Bundesamt für Umwelt

- 2020 M 19.3207 Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Bernhard Guhl)
- 2021 M 20.3010 Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Der Bundesrat hat am 20. November 2024 die zweite Umsetzungsphase des Aktionsplans Strategie Biodiversität Schweiz (AP SBS II) verabschiedet. Dieser enthält sowohl eine explizite Massnahme zur Thematik Insekten als auch verschiedene weitere Massnahmen mit indirekter Wirkung im Sinne der Motionen. Weiter hat der Bundesrat das Bundesamt für Landwirtschaft beauftragt, im Bereich Landwirtschaft Massnahmen zu entwickeln, welche ebenfalls einen Bezug zu den Insekten haben.

- 2021 M 20.3625 Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche (Roberto Zanetti)
- 2021 M 20.4261 Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2021 M 20.4262 Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Die drei Motionen werden mit einer Revision des Gewässerschutzgesetzes (SR 814.20) umgesetzt. Die Vorlage wird voraussichtlich 2025 in Vernehmlassung gehen.

- 2021 M 20.3695 Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik recyceln (Marcel Dobler)

Die Motion wurde im Rahmen der parlamentarischen Initiative der UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» diskutiert. Das Parlament hat diese in der Frühjahrssession 2024 zu Ende beraten und die Revision des Umweltschutzgesetzes (USG; BBl 2024 682) am 15. März 2024 in der Schlussabstimmung angenommen. Es ist vorgesehen, die Motion mit einer Revision der Verordnung über Getränkeverpackungen (SR 814.621) umzusetzen.

- 2021 P 20.4135 Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Barbara Schaffner)

Verschiedene Massnahmen wurden direkt in die laufende Revision des Umweltschutzgesetzes (USG; BBl 2024 682) im Rahmen der parlamentarischen Initiative der UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» integriert. Das Parlament hat die Revision des USG am 15. März 2024 angenommen. Der Bericht soll dem Bundesrat im 1. Quartal 2025 vorgelegt werden.

- 2022 M 18.4131 Die Schweiz soll am Copernicus-Programm teilnehmen (Marco Romano)

Der Bundesrat hat am 1. Mai 2024 aufgrund der angespannten Finanzlage des Bundes vorläufig auf eine Beteiligung an der bis Ende 2027 laufenden Programmperiode von Copernicus verzichtet.

Dieser Verzicht bezieht sich auf die laufende Periode. Eine mögliche Teilnahme an der nächsten Programmgeneration (2028-2034) wird in der laufenden Programmperiode geprüft.

- 2022 P 22.3915 Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz (Roger Nordmann)

Der Bericht soll dem Bundesrat im 1. Quartal 2025 vorgelegt werden.

Bundesamt für Raumentwicklung

2019 P 19.3665 Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Philipp Kutter)

Im Bericht zur Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete «Beitrag des Bundes für eine kohärente Raumentwicklung 2024-20231», den der Bundesrat am 26. Juni 2024 verabschiedet hat, ist ein Monitoring zu den Agglomerationen und auch zu den ländlichen Räumen und Berggebiete als eine Massnahme enthalten. Zunächst sind nun die ersten Ergebnisse des Monitorings, die 2027 vorliegen werden, abzuwarten und diese im Rahmen der Agglomerationspolitik entsprechend in Wert zu setzen. Wichtige Grundlagen dafür wurden aber bereits geschaffen. Mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten, Agglomerationen und Organisationen wurden 2023 drei sogenannte «AggloLabs» durchgeführt. Sie dienen dazu, die Herausforderungen und künftigen Themen, mit denen sich die Agglomerationen konfrontiert sehen, in einem partizipativen Prozess zu identifizieren. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind in den Bericht zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik eingeflossen.

2021 M 19.3731 Aktionsplan Berggebiete (Thomas Egger)

Der Bericht zur Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete «Beitrag des Bundes für eine kohärente Raumentwicklung 2024-20231», den der Bundesrat am 26. Juni 2024 verabschiedet hat, enthält im Aktionsplan konkrete Massnahmen sowohl für die ländlichen Räume und Berggebiete, als auch für die Agglomerationen. Der Motionär verlangt u. a., dass in einem Aktionsplan aufgezeigt werden soll, welche Beiträge die Sektoralpolitiken des Bundes für die ländliche Räume und Berggebiete leisten. Mit der Umsetzung der Massnahme «Beitrag der Sektoralpolitiken zur Erreichung der Ziele der Agglomerationspolitik und Politik der ländlichen Räume und Berggebiete aufzeigen und stärken» des verabschiedeten Aktionsplans 2024-2031, wird diesem Anliegen Rechnung getragen. Erste Erkenntnisse und Erfahrungen, die mit dieser neuen Massnahme gewonnen werden konnten bzw. gemacht wurden, werden 2027 vorliegen.

2022 P 22.4053 Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren (Marianne Maret)

Der Bericht in Erfüllung des Postulats liegt mittlerweile im Entwurf vor. Dieser stützt sich auf die regelmässige Berichterstattung zur Umsetzung der Agglomerationen, institutionalisierte Kontakte und eine spezifische Umfrage bei den Agglomerationen. Im Bericht soll aufgezeigt werden, welche Massnahmen der Bund für eine beschleunigte Umsetzung bereits getroffen hat und wo er weiteren Handlungsbedarf sieht. Der Bundesrat wird den Bericht im ersten Halbjahr 2025 verabschieden.

Anhang 1: Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2024 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde

Es sind die Geschäftsnummern des Parlaments vermerkt, mit welchen die Motionen und Postulate abgeschrieben wurden.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2018 M 18.4093	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission Nationalrat)	21.018
2018 M 18.4103	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission Ständerat)	21.018
2023 M 22.3144	Gesundheit als neuer Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit (Elisabeth Schneider-Schneiter)	20.049
2023 M 22.3534	Internationale Zusammenarbeit. Stärkung des Privatsektors in den Schwerpunktländern der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz (Carlo Sommaruga)	20.049

Eidgenössisches Departement des Innern

2014 P 14.3295	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)	22.062
2014 P 14.3296	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)	22.062
2014 P 14.3297	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)	22.062
2018 M 17.3311	Phantome aus dem Risikoausgleich entfernen (Heinz Brand)	22.062
2019 M 18.3387	Sinnvolle Patientensteuerungsprogramme im KVG ermöglichen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)	22.062
2019 M 18.3388	Faire Referenztarife für eine schweizweit freie Spitalwahl (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)	22.062
2019 M 18.3513	KVG. Dank der Digitalisierung die Effizienz steigern und die Kosten reduzieren (Michaël Buffat)	22.062
2019 M 18.3649	Stärkung von integrierten Versorgungsmodellen. Abgrenzung zu einseitigen Listenangeboten ohne koordinierte Behandlung (Ruth Humbel)	22.062
2019 M 18.3664	Digitalisierung auch im Gesundheitswesen. Sämtliche Rechnungen sollen elektronisch zu den Krankenversicherern (Jürg Grossen)	20.062
2019 M 18.4079	Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen (Erich Ettlín)	22.062
2020 M 18.3765	Zeitgemässer elektronischer Datenaustausch zwischen Gemeinden und Krankenversicherern (Heinz Brand)	22.062
2020 M 18.3977	Abbilden der Leistungen der Apotheker zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Krankenversicherungsgesetz (Ruth Humbel)	22.062
2020 M 18.4209	Wohnsitzfrage, Krankenkassenprämie und stationäre Anteile der Kantone. Weniger Bürokratie, weniger Fehler (Lorenz Hess)	22.062
2020 M 19.3070	Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft (Irène Kälin)	22.062
2020 M 19.3307	Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Jean-Luc Addor)	22.062

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2011 M 09.3392	Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung von Baumängeln (Hildegard Fässler-Osterwalder)	22.066
2016 P 16.3263	Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und -juristen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)	20.026
2018 M 17.4079	Praxistaugliches Bauhandwerker-Pfandrecht. Recht des Eigentümers auf die Stellung einer Ersatzsicherheit konkretisieren (Thierry Burkart)	22.066
2019 M 19.3228	Für ein zeitgemässes Schweizer Patent (Thomas Hefti)	22.078
2022 M 21.3124	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Gerhard Andrey)	22.078
2022 M 21.3125	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Franz Grüter)	22.078
2022 M 21.3126	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Min Li Marti)	22.078
2022 M 21.3127	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Jörg Mäder)	22.078
2022 M 21.3128	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Simon Stadler)	22.078

2022 M 21.3129	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (FDP-Liberale Fraktion)	22.078
Eidgenössisches Finanzdepartement		
2011 P 11.3545	Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (Fraktion BD)	24.026
2014 P 14.3005	Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (Finanzkommission Nationalrat)	24.026
2016 M 15.3551	Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (Ruedi Noser)	22.058
2017 M 15.4153	Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (Erich Ettlín)	22.058
2017 P 17.3377	Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (Thomas de Courten)	22.058
2019 M 17.3376	Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren (Thomas de Courten)	22.058
2021 M 18.3315	Internationaler Online-Versandhandel. Effiziente Kontrollverfahren bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (Manfred Bühler)	22.058
2022 M 22.3008	Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten (Finanzkommission Ständerat)	23.063
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung		
2020 P 20.3462	Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)	24.031
2020 P 20.3927	Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)	24.031
2021 M 21.3007	Bessere Steuerung und Planbarkeit in der Berufsbildungsfinanzierung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)	24.031
2021 P 21.3008	Transparenz bei der Verwendung von Bundesmitteln im Bildungsbereich (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)	24.031
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation		
2018 M 16.3529	Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern (Beat Flach)	22.085
2018 M 18.3018	Korrektter Einsatz der Bundesgelder für die Kugelfangsanierung (Werner Salzmán)	22.085
2019 P 19.4189	Lötschberg-Basistunnel. Neuerliche Prüfung eines Vollausbaus? (Philipp Matthias Bregy)	23.055
2020 P 19.3730	Effizientere und kürzere Verfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Isabelle Chevalley)	23.051
2023 M 23.3010	Die Chance der Realisierung des multifunktionalen Grimseltunnels erhalten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)	23.055

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2024 noch hängigen Motionen und Postulate

Schweizerische Bundeskanzlei

2021 P 19.3435	Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3419	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Beat Rieder)
2021 P 21.3607	Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 21.4168	Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger (Christian Dandrès)
2022 P 22.3190	Dark Patterns. Das Unbekannte dokumentieren (Sophie Michaud Gigon)
2022 M 22.3371	Stimmeheimnis. Ein Recht für alle (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2022 M 22.3879	Geschlechterperspektive bei der Digitalisierung berücksichtigen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 M 22.3933	Neuausrichtung des Rechtsmittelwegs bei eidgenössischen Abstimmungsbeschwerden (Hans Stöckli)
2023 M 22.4259	Zusammenarbeit von Nationalrat und Legislative Yuan (Taiwan) verstärken (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 23.3042	Positiv geprägte Vision einer 10-Millionen-Schweiz (Judith Bellaiche)
2023 P 23.3958	Datenverkehr der Bundesverwaltung sichern (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 23.3592	Alle Berichte sollen zumindest eine Zusammenfassung in den drei Amtssprachen enthalten (Alex Farinelli)
2024 P 23.3621	Digitale Kluft. Eine Zweiklassengesellschaft vermeiden (Céline Weber)
2024 M 23.4005	Verfahrensbeschleunigung für Digitalisierungsvorhaben innerhalb der Bundesverwaltung (Silberschmidt)
2024 M 24.3041	Aufbau einer Struktur für die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, der Stadt und dem Kanton Bern für die Nutzung des öffentlichen Raums rund um das Bundeshaus (Büro Nationalrat)
2024 P 24.3582	Effizienzsteigerung von Verwaltungsprozessen durch Prozessautomatisierung und künstliche Intelligenz (Silberschmidt)
2024 P 24.3853	Massnahmen zur Sicherheit bei Unterschriftensammlungen (Schläfli)

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Generalsekretariat

2024 M 22.4278 Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005 Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

2012 M 11.4038 Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

2013 P 11.3916 Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Roger Nordmann)

2014 P 14.3557 Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorseilender Gehorsam (Peter Schilliger)

2014 P 14.3577 Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorseilender Gehorsam (Jean-René Fournier)

2015 M 14.3120 Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)

2015 M 14.3824 Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Marianne Streiff-Feller)

2016 M 16.3155 Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Claude Béglé)

2017 M 16.3600 Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Manuel Tornare)

2018 M 17.3098 Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

2018 M 17.4241 Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Carlo Sommaruga)

2018 M 18.4106 Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

2020 P 18.3059 Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Eric Nussbaumer)

2020 M 19.3991 Kein ausuferndes "Söldnergesetz". Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Hans Wicki)

2020 M 19.4376 Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

2021 M 19.3170 Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

2021 P 21.3960 Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

2022 M 21.3172 Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Daniel Jositsch)

2022 M 21.3181 Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Alfred Heer)

2022 M 21.3592 Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

2022 P 21.3791 Covid-19. Auswirkungen auf die Vitalität des Netzwerks der internationalen Organisationen in der Schweiz und auf die Schweizer Gaststaatspolitik? (Nicolas Walder)

2022 P 22.3800 Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz (Josef Dittli)

2023 P 22.3276 Neue Eurasien-Strategie für die Schweiz (Stefan Müller-Altermatt)

2023 P 22.3585 Die Attraktivität und Effizienz des internationalen Genf für Aktivitäten und Organisationen im Zusammenhang mit Friedensprozessen stärken (Nicolas Walder)

2023 P 23.3970 Bericht des Bundesrates zu den Brics-Staaten (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

2024 M 23.4338 Finanzielle Unterstützung in Palästina. Einsetzung einer Taskforce (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

2024 P 23.4340 Prüfung von Möglichkeiten der Bekämpfung der ausserpolitischen Dimensionen des massiv zunehmenden Antisemitismus in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

2024 P 24.3006 Unterstützung der Schweiz für die armenische Bevölkerung angesichts des Bergkarabach-Konflikts (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Direktion für Völkerrecht

2010 M 09.3719 Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Dick Marty)

2019 P 19.3414 Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

2023 M 22.4260 Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik. Einheitliche und systematische Verwaltungsverfahren (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

2023 M 22.4264	Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik. Einheitliche und systematische Verwaltungsverfahren (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2023 P 22.4411	Strategie Digitale Souveränität der Schweiz (Heidi Z'graggen)
2024 M 23.3264	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Gerhard Andrey)
2024 M 23.3265	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Heinz Siegenthaler)
2024 M 23.3266	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Céline Widmer)
2024 M 23.3267	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Roland Fischer)
2024 M 23.3268	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Kurt Fluri)

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

2022 P 21.3122	Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie (Claudia Friedl)
----------------	--

Direktion für Ressourcen

2022 P 22.3751	Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken (Corina Gredig)
----------------	--

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 16.4169	Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (Pascale Bruderer Wyss)
2017 P 17.3972	Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 P 20.3456	Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 21.4346	Forschung und klinische Versuche mit nichtkommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 22.3233	Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten (Marina Carobbio Guscelli)
2022 M 22.3373	Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 21.4137	Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie (Marianne Binder-Keller)
2023 M 22.4423	Die Einführung von QR-Codes auf Arzneimitteln und Packungsbeilagen soll komplementär die Patientensicherheit erhöhen (Marcel Dobler)
2024 P 22.3815	Rechtsgrundlagen mit der Behindertenrechtskonvention harmonisieren (Gabriela Suter)
2024 M 23.4335	Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3001	Prüfung von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3123	Anforderungen, Eignung, Ausbildung und Prüfung von Assistenzhunden (Häberli-Koller)
2024 P 24.3324	Wann wird ein fairer Behindertenausweis auch in der Schweiz eingeführt? (Gugger)

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.3588	Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (Eva Herzog)
2021 M 20.4451	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Tamara Funicello)
2021 M 20.4452	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2021 M 20.4463	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Eva Herzog)
2022 P 20.3820	Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche "hate crimes" (Angelo Barrile)
2022 M 21.4418	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Marianne Maret)
2022 M 21.4470	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)
2022 M 21.4471	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Tamara Funicello)
2022 M 22.3011	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 21.4215	Für einen angemessenen Schutz der Opfer von sexueller Gewalt (Laurence Fehlmann Rielle)
2023 P 23.3016	Von Gewalt betroffene Minderjährige und junge Erwachsene. Welche Lösungen gibt es in den einzelnen Regionen? (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Bundesamt für Kultur

2021 M 20.3930	Konzept zur Pflege des Kulturerbes der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2022 M 19.3627	Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Frauenmuseum sichtbar werden (Marianne Streiff-Feller)
2022 M 21.4403	Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter (Jon Pult)
2022 M 22.3023	Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 M 23.3435	Das Isos soll die bauliche Entwicklung und Verdichtung lenken, aber nicht verhindern (Jakob Stark)

Bundesamt für Gesundheit

2009 M 05.3522	Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (Bea Heim)
----------------	---

2009 M 05.3523	Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (Ruth Humbel)
2011 P 11.3218	Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Ignazio Cassis)
2012 P 12.3100	Patientenrechte stärken (Margrit Kessler)
2012 P 12.3124	Patientenrechte stärken (Yvonne Gilli)
2012 P 12.3207	Stärkung der Patientenrechte (Jean-François Steiert)
2014 M 11.3811	Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Christophe Darbellay)
2014 M 12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Ruth Humbel)
2014 M 12.4171	Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)
2014 P 14.3054	Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Bea Heim)
2015 P 15.3797	Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2017 P 15.3464	Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Ignazio Cassis)
2018 M 17.3969	Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2018 P 17.4160	Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Marina Carobbio Guscetti)
2018 P 17.4182	Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Rebecca Ana Ruiz)
2018 P 18.3602	Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Géraldine Marchand-Balet)
2019 M 18.3512	Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Hans Stöckli)
2019 P 18.4098	Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2019 P 19.3086	Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Philippe Nantermod)
2019 P 19.3423	Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2020 M 19.3703	Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Josef Dittli)
2020 M 19.3743	Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Damian Müller)
2020 P 19.3910	Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten (Laurence Fehlmann Rielle)
2020 M 19.3957	Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 M 19.4119	Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Hans Stöckli)
2020 M 19.4120	Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Damian Müller)
2020 P 19.4278	Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Marianne Streiff-Feller)
2020 M 20.3166	Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 P 20.3241	Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 20.3453	Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2020 P 20.3721	Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise (Barbara Gysi)
2020 P 20.3724	Covid-19. Situation für ältere Menschen (Laurent Wehrli)
2020 P 20.4153	Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Roland Fischer)
2020 P 20.4253	Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien (Maya Graf)
2021 M 18.4210	Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Ruth Humbel)
2021 P 19.3318	Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Angelo Barrile)
2021 M 19.3861	One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Maya Graf)
2021 M 19.3955	Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 P 19.4174	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Ruth Humbel)
2021 M 19.4180	Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

2021 M 19.4492	Laborkosten zulasten der OKP (Christian Lohr)
2021 M 20.3263	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3282	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Erich Ettlín)
2021 M 20.3923	Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2021 M 20.4264	Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2021 P 21.3195	Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Josef Dittli)
2021 P 21.3220	Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Benjamin Roduit)
2021 P 21.3230	Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung (Heidi Z'graggen)
2021 P 21.3232	Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Marianne Maret)
2021 P 21.3234	Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer? (Baptiste Humi)
2021 M 21.3453	Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 P 21.3457	Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 M 19.3005	Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen infolge der Listenumteilung von bisher frei verkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in die Liste B (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 19.3221	Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen (Bea Heim [Angelo Barrile])
2022 M 19.4134	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Verena Herzog)
2022 M 20.3209	Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit (Damian Müller)
2022 M 20.3211	Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung (Damian Müller)
2022 P 20.3700	Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende (Judith Bellaiche)
2022 M 20.4702	Erweiterung des Epidemiengesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft (Marcel Dobler)
2022 M 21.3698	Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemiengesetzes (Eva Herzog)
2022 M 21.3957	Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (Erich Ettlín)
2022 M 21.3978	Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2022 M 21.4341	Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 M 21.4373	Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators (Andri Silberschmidt)
2022 M 21.4374	Einführung einer digitalen Patientenadministration (Andri Silberschmidt)
2022 P 21.4474	Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung (Erich von Siebenthal)
2022 M 22.3015	Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 22.3196	Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten? (Philippe Nantermod)
2022 M 22.3379	Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 22.3505	Neue Tarifstruktur im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 22.3867	Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 M 20.3770	Einführung eines E-Rezepts (Regine Sauter)
2023 M 21.3294	Erstellen und Bewirtschaften von Medikationsplänen zur Erhöhung der Medikationsqualität und Patientensicherheit von polymorbiden Patientinnen und Patienten (Hans Stöckli)
2023 P 21.4115	Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie aufzeigen und Sparpotenzial nutzen (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2023 P 21.4226	Die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum und in den Berggebieten sicherstellen (Christine Bulliard-Marbach)

2023 M 22.3163	Stärkung der digitalen Kompetenzen von Gesundheitsfachpersonen (Andri Silberschmidt)
2023 M 22.3372	Einführung der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG. Kostenneutralität überprüfen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 P 22.3671	Wirksame Prävention in der Gesundheitsversorgung (Flavia Wasserfallen)
2023 M 22.3859	Masterplan zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen. Nutzung von gesetzlichen Standards und bestehenden Daten (Erich Ettlin)
2023 M 22.3869	Förderung von Forschung und Therapie für spezifische Frauenkrankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 22.4016	Gerechte Krankenkassenprämien (Michel Matter)
2023 P 22.4047	Drug Checking in der Schweiz. Mit welchen Massnahmen kann das bestehende Angebot unterstützt und verbessert werden? (Fabian Molina)
2023 P 22.4271	Institutionalisierung des Abwassermonitorings und der Sequenzierung der Krankheitserreger für eine sichere Schweiz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 23.3009	Strategie für die frühzeitige Erkennung von Endometriose (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2023 P 23.3292	Wie wirken sich Temporärpflegefachkräfte auf Spitäler und Arbeitsplätze aus? (Emmanuel Amoos)
2023 P 23.3496	Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 P 23.3505	Beitritt zur Beneluxa-Initiative (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 23.3674	Schnellere Einführung des elektronischen Patientendossiers (Erich Ettlin)
2023 P 23.3675	Unabhängige Aufarbeitung der Corona-Krise nach Public Health. Grundsätzen (Ruedi Noser)
2023 P 23.3678	Wie kann dem Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten sowie Ärztinnen und Ärzten in bestimmten Fachgebieten sofort begegnet werden, insbesondere in bestimmten Regionen der Schweiz? (Charles Juillard)
2023 P 23.3864	Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vermeiden wir einen Mangel an Lösungen! (Baptiste Humi)
2023 P 23.3965	Stärkung von Aufsicht und Kontrolle über biologische Hochsicherheitslabore (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2023 P 23.4004	Qualitätsentwicklung. Ein Zeitplan zur Steigerung der Transparenz im Gesundheitswesen (Fraktion RL)
2023 P 23.4315	Allgemeine Bilanz über das Contact-Tracing in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 P 23.4319	Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie Digisanté und/oder bei der Revision des EPDG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 M 21.3264	Für eine dauerhafte Finanzierung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention (Christophe Clivaz)
2024 M 22.3546	Kein WHO-Abkommen ohne parlamentarische Genehmigung (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2024 P 22.3930	Die gesamten Kapitalmarkterträge der Krankenversicherer für die Prämienenkung verwenden (Olivier Feller)
2024 M 22.4245	Medikamentenverschwendung stoppen (Ruth Humbel)
2024 P 22.4394	Kostensenkung im Gesundheitswesen durch die Überprüfung des Leistungskatalogs in der Grundversicherung (Verena Herzog [Thalmann-Bieri])
2024 M 23.3014	Nationaler Krebsplan (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 P 23.3235	Beschleunigter Zugang zu Arzneimitteln zur Bekämpfung von übertragbaren Infektionskrankheiten (Christian Lohr)
2024 M 23.3504	Stärkung der koordinierten Versorgung durch Mehrjahresverträge im KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 23.3526	ADHS. Verbesserung der ambulanten Versorgung gefordert (Yvonne Feri [Wyss])
2024 M 23.3601	Schluss mit teuren Doppelspurigkeiten bei Gesundheitsdaten. Mehrfachnutzung jetzt anpacken! (FDP-Liberale Fraktion [Aeschi Thomas])
2024 M 23.3681	Schluss mit Faxen - effiziente Datenbereitstellung der Leistungserbringer an Bund und Kantone während einer Pandemie ermöglichen (Marcel Dobler)
2024 M 23.3967	Verbesserung der Behandlung von Kindern, die mit einer Variation der geschlechtlichen Entwicklung (DSD) geboren wurden (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 P 23.4326	Entwicklung der Hilfslosenentschädigung hin zu einem Betreuungsgeld. Reformbedarf und mögliche Umsetzungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 23.4341	Health Technology Assessments (HTA). Bilanz, Erhöhung der Wirksamkeit und Prüfung der Schaffung einer unabhängigen Einrichtung (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

2024 P 23.4342	Abrechnung sehr kostspieliger Medikamente zulasten der OKP klären (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2024 M 23.4343	Überprüfung und Vereinheitlichung der Begriffe „Wohnort“ und „Wohnsitz“ im KVG, damit die Zuständigkeiten klar geregelt sind (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3013	Mindeststandards für Primärsysteme im Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3014	Teuerungsausgleich bei Leistungserbringenden der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3029	Interkantonale Spitalplanung für eine bessere und effizientere Versorgung (Wyss [Gartmann])
2024 P 24.3145	Schwerwiegende Folgen der fehlenden Behandlung postnataler Depression verhindern (Roth Franziska)
2024 P 24.3216	Mangel an Medikamenten und Impfstoffen. Sollte sich die Schweiz nicht mit der Europäischen Union einigen? (Golay Roger)
2024 P 24.3224	Umsetzung des KVG. Für die Organisationsfreiheit der Kantone (Poggia)
2024 M 24.3397	Den Verwurf aufgrund von ungeeigneten Packungsgrößen oder Dosisstärken bei den Medikamentenpreisen berücksichtigen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3465	Handlungsoptionen bei der Krankentaggeldversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 P 24.3466	Kostenkontrolle bei der Einführung der neuen ambulanten Tarifstrukturen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 P 24.3809	Klärung der Kompetenzen in der Gesundheitspolitik (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Bundesamt für Statistik

2017 M 16.4011	Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)
2021 M 20.4260	Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission Nationalrat)
2022 M 20.3772	Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind (Christine Bulliard-Marbach)
2023 P 22.4500	Die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Bezug auf den Zivilstand vertieft über alle Altersstufen untersucht werden (Marcel Dobler)
2024 P 24.3212	Statistik über Menschen mit einer geistigen, psychischen und/oder mehrfachen Behinderung zum Thema "Herausfordernde Verhaltensweisen" HEVE (Roth Franziska)

Bundesamt für Sozialversicherungen

2017 P 17.3268	Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2019 M 18.3716	Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2019 P 19.3417	Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2019 P 19.4380	Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 M 19.3633	Ombudsstelle für Kinderrechte (Ruedi Noser)
2020 M 19.3702	Einkauf in die Säule 3a ermöglichen (Erich Ettlin)
2020 M 19.3953	Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2020 M 19.4270	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbständigerwerbenden (Liliane Maury Pasquier [Elisabeth Baume-Schneider])
2021 P 19.4407	Wie gelingt eine tatsächliche Arbeitsintegration von Menschen mit einem lange dauernden Gesundheitsschaden durch die Invalidenversicherung? (Yvonne Feri)
2021 M 20.3096	Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 M 20.4425	Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Josef Dittli)
2021 P 20.4449	Ungleichbehandlung von Witwen und Witnern beheben (Yvonne Feri)
2021 M 20.4552	Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Alois Gmür)
2021 P 21.3454	Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 M 21.3462	Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

2021 P 21.3604	Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2021 P 21.3741	Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Elisabeth Baume-Schneider)
2021 P 21.3877	Evaluation der Strukturreform BVG (Melanie Mettler)
2021 P 21.3961	Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 P 21.3968	Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 19.4110	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Min Li Marti)
2022 M 20.4078	Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV (Andri Silberschmidt)
2022 P 20.4141	Für eine bessere soziale Absicherung der Selbstständigerwerbenden (Benjamin Roduit)
2022 M 21.4340	Sicherstellung der Governance, der Transparenz, der Kohärenz und der Beaufsichtigung der Tätigkeiten des Bundes im Bereich der AHV/IV/EO (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 21.4430	Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge? (FDP-Liberale Fraktion)
2022 P 21.4586	Auswirkungen des stufenlosen Rentensystems auf die Erwerbstätigkeit (Barbara Gysi)
2022 P 22.3220	BVV 3. Mehr Flexibilität bei der Erbfolgeplanung (Philippe Nantermod)
2022 P 22.3237	Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern (Johanna Gapany)
2022 P 22.3370	Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2022 M 22.3377	Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 22.3792	Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 P 22.4262	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 M 21.4142	Altersguthaben schützen bei einem Austritt aus einem 1e-Plan (Josef Dittli)
2023 M 22.3389	Auch Nebenerwerbseinkommen ins BVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 M 22.3608	Betreuungsentschädigung. Betreuung von schwer kranken Kindern im Spital gewährleisten und die Lücke im Vollzug schliessen (Damian Müller)
2023 M 22.3888	Keine Kürzung der Hilflosenentschädigung für Kinder, deren Eltern die Kosten des Heimaufenthalts selber tragen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 M 22.4019	EO-Entschädigungen. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft (Eva Herzog)
2023 M 22.4256	Entschuldung der Invalidenversicherung. Rückzahlung des Darlehens an die AHV (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 M 22.4261	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch eine "smarte" Auswahl an Hilfsmitteln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 22.4430	Lebensarbeitszeit in der AHV (Ruth Humbel)
2023 P 22.4450	AHV. Prüfung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf das AHV-Beitragssubstrat (Eva Herzog)
2023 P 22.4476	AHV-Renten für Ehepaare. Gleichberechtigung anstreben (Jean-Pierre Grin)
2023 P 23.3004	Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospiele (Mikrotransaktionen) (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 23.3011	BVG. Splitting der erworbenen Altersguthaben für Eltern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 23.3167	Koordinationsprobleme zwischen der IV und der AHV bei Hilfsmitteln. Es ist an der Zeit, die Ungleichbehandlungen zu beseitigen! (Baptiste Hurni)
2023 P 23.3205	Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität? (Stefan Engler)
2023 P 23.3207	Artikel 64 AHVG. Zwingende Einhaltung der zugeteilten Rollen durch die kantonalen Ausgleichskassen (Thierry Burkart)
2023 P 23.3831	Stellung der Alleinlebenden in der Schweiz (Andrea Caroni)
2023 P 23.3962	Unterstützung für Frauen nach einer Fehl- oder Totgeburt (Josef Dittli)
2023 P 23.4168	Situation der Mehrfachbeschäftigten in der zweiten Säule verbessern (Rechsteiner Thomas)
2024 M 21.3715	Impulsprogramm zur Prävention von Gewalt im Alter mit Fokus auf Betreuung (Ida Glanzmann-Hunkeler)
2024 M 21.3734	Vaterschaftsurlaub auch beim Tod des ungeborenen Kindes (Greta Gysin)
2024 M 21.4089	Effizientere Eingliederung am Arbeitsplatz. Auch Arbeitgebende sollen Gesuche für Anpassungen am Arbeitsplatz stellen können (Christian Lohr)

2024 P 22.4425	Waisenrente bei Praktika und anderen praktischen Tätigkeiten zur Aneignung von Branchenkenntnissen und Fertigkeiten ermöglichen (Sarah Wyss)
2024 M 23.3015	Längeren Spitalaufenthalt der Mutter kurz nach der Geburt beim Mutterschaftsurlaub und bei der Mutterschaftsentschädigung angemessen berücksichtigen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 M 23.4041	Sozialversicherung. Umfassende und einheitliche Rechtsgrundlage für das elektronische Verfahren schaffen (eATSG) (Kuprecht [Friedli Esther])
2024 P 23.4333	Definition der Rechtsstellung betreuender Angehöriger im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Unterstützungsstrategie auf Bundesebene (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 M 23.4435	AHV endlich digitalisieren (Rechsteiner Thomas)
2024 M 23.4450	Bekämpfung der Armut durch die Verlängerung des Präventionsprogramms und die Verabschiedung einer nationalen Strategie (Revaz)
2024 P 24.3076	Das Vermögen des AHV-Fonds zugunsten der Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden senken (Feller)
2024 P 24.3085	Überarbeitung und Aktualisierung der nationalen Alterspolitik (Stocker)
2024 P 24.3204	Generationenvertrag stärken (Z'graggen)
2024 M 24.3221	13.AHV-Rente einmal pro Jahr auszahlen (Stark)
2024 P 24.3298	Inzest in der Schweiz wirksam bekämpfen (Clivaz Christophe)
2024 P 24.3334	Ausweitung der Untersuchung des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen (Kamerzin)
2024 P 24.3472	Sexueller Missbrauch in Organisationen mit einem Auftrag in der Betreuung von vulnerablen Personen in der Schweiz (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2024 P 24.3512	Branchenfrührenten für Bundeskasse und Arbeitsmarkt würdigen (Rechsteiner Thomas)
2024 P 24.3683	Sexualisierte Gewalt unter Minderjährigen nicht länger hinnehmen (von Falkenstein)
2024 P 24.3715	Die Schuldenbremse muss zwingend eingehalten werden. Mechanismen zur Herleitung des Bundesbeitrags an die AHV (Mühlemann)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2019 M 18.4411	Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen (Géraldine Savary)
2019 P 19.3483	Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln (Nadine Masshardt)
2021 M 19.3624	Konsum von lokal angebautem Obst und Gemüse fördern (Benjamin Roduit)
2021 M 20.4267	Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2022 M 19.4083	Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren (Jacques Nicolet)
2022 P 20.4087	Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? (Christophe Clivaz)
2022 M 21.3403	Kein Schwanzcoupieren ohne Betäubung (Meret Schneider)
2022 M 21.3691	Stopp dem Lebensmittelbetrug (Martina Munz)
2022 M 21.3903	Lebensmittelbetrug stärker bekämpfen zum Schutz der heimischen Lebensmittelproduktion und der Konsumenten (Mike Egger)
2022 M 21.3936	Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug (Sophie Michaud Gigon)
2022 M 21.4073	Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten (Manuel Strupler)
2022 M 21.4125	Tierische Schlachtnebenprodukte verfüttern (Martina Munz)
2022 M 21.4622	Schluss mit tierquälerischem Welpenhandel (Martina Munz)
2023 M 20.3021	Importverbot für tierquälerisch erzeugte Stopfleber (Martin Haab)
2023 M 20.3835	Keine gesundheitsschädigenden Rückstände von verbotenen Pflanzenschutzmitteln in importierten Lebensmitteln (Christine Badertscher)
2023 P 22.4275	Eine CO2-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 M 21.4164	Anerkennung der EU-Zulassungsentscheide für Pflanzenschutzmittel (Philipp Matthias Bregy)
2024 M 23.3018	Problematischen Einsatz von Nutri-Score unterbinden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 M 23.3408	Neuartige Lebensmittel testen und bewilligen. Förderung der Innovation in der Schweiz (Meret Schneider)
2024 M 24.4258	Bekämpfung der tödlichen Blauzungenkrankheit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

2024 M 24.4270 Bekämpfung der tödlichen Blauzungkrankheit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Schweizerisches Heilmittelinstitut

2024 M 23.4183 Medikamentenpreise. Vereinfachte Regeln für Medikamente in Spitälern, um Kosten zu senken (Dobler)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

- 2021 M 21.3591 Schutz der Herkunftsangabe "Schweiz". Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
- 2022 M 22.3014 Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
- 2024 M 24.3143 Nationalmannschaft verliert gegen das Wappenschutzgesetz? (Müller Damian)

Bundesamt für Justiz

- 2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Prisca Birrer-Heimo)
- 2014 P 14.3782 Richtlinien für den "digitalen Tod" (Jean Christophe Schwaab)
- 2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Andrea Caroni)
- 2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Anita Fetz)
- 2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (Natalie Rickli)
- 2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
- 2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (Andrea Caroni)
- 2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
- 2017 M 14.3801 Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Christa Markwalder)
- 2017 M 15.3531 Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Olivier Feller)
- 2017 M 16.3752 Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (FDP-Liberale Fraktion)
- 2018 M 17.3572 Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (Bernhard Guhl)
- 2018 P 18.3080 Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs? (Philippe Nantermod)
- 2018 M 18.3379 Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
- 2018 P 18.4004 Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Prisca Birrer-Heimo)
- 2019 M 16.3335 Missbrauch von Betreibungsregisterauszügen stoppen (Martin Candinas)
- 2019 M 18.3306 Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Balthasar Glättli)
- 2019 M 18.3408 Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Philipp Müller)
- 2019 M 18.3510 Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Claude Hêche)
- 2019 M 18.3683 Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Beat Flach)
- 2019 P 18.4063 Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Lisa Mazzone)
- 2019 P 19.3067 Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Ursula Schneider Schüttel)
- 2019 M 19.3410 55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Andrea Caroni)
- 2019 P 19.3478 Kinderbelange ernst nehmen (Pirmin Schwander)
- 2019 P 19.3503 Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Stefan Müller-Altermatt)
- 2019 P 19.3880 Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Silvia Schenker)
- 2020 M 19.3008 Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
- 2020 M 19.3694 Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Doris Fiala)
- 2020 M 19.4122 Stimmrechtsberater und börsenkotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Thomas Minder)
- 2020 P 19.4638 Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Andrea Caroni)
- 2020 P 20.3009 Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
- 2020 P 20.3440 Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung (Pirmin Schwander)
- 2020 P 20.3797 Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Marcel Dobler)

2021 M 19.4072	Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Marcel Dobler)
2021 P 19.4567	Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Beat Flach)
2021 M 19.4586	Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Lukas Reimann)
2021 M 20.3066	Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Philippe Nantermod)
2021 M 20.4035	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Doris Fiala)
2021 P 20.4399	Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Andrea Caroni)
2021 P 20.4448	Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (Yvonne Feri)
2021 M 20.4465	Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe (Andrea Caroni)
2021 M 21.3009	Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2021 M 21.3024	Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2021 M 21.3970	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2021 M 21.3972	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2021 P 21.4141	Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung (Andri Silberschmidt)
2022 M 19.4632	Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern (Christine Bulliard-Marbach)
2022 P 20.3046	Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt. Das Schweizer Bürgerrecht als Bedingung für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte ist nicht mehr zeitgemäss (Marionna Schlatter)
2022 P 20.3879	Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens (Kathrin Bertschy)
2022 M 21.3180	Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen (Andri Silberschmidt)
2022 M 21.3981	Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 M 21.4183	Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis (Thomas Minder)
2022 M 21.4191	Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht (Eva Herzog)
2022 M 21.4336	Justice restaurative (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2022 P 21.4343	Aussergewöhnliche Todesfälle (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2022 P 21.4422	Prüfung einer Modernisierung der GmbH (Andri Silberschmidt)
2022 P 21.4482	Unbefriedigende Situation bei fehlendem Nachweis von Angaben über den Personenstand (Sibel Arslan)
2022 P 22.3002	Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 P 22.3010	Referenden zu dringlich erklärten Bundesgesetzen und Verhältnis zum Erneuerungsverbot gemäss Artikel 165 Absatz 4 der Bundesverfassung. Klärungsbedarf (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 22.3201	Digitale Gewalt eindämmen (Judith Bellaiche)
2022 M 22.3250	Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz (Nicolò Paganini)
2022 P 22.3380	Für ein Familiengericht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 M 22.3381	Harmonisierung der Fristenberechnung (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 M 22.3382	Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 P 22.3857	Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht (Mathias Zopfi)
2022 M 22.4249	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2022 M 22.4250	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 P 21.4660	Welche Regulierung braucht es für Produkte, die den Schutz der Privatsphäre stark beeinträchtigen? (Samuel Bendahan)
2023 M 22.3234	Krisenzentren für Opfer von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt (Marina Carobbio Guscelli)
2023 M 22.3235	Zeitgemässes Abstammungsrecht (Andrea Caroni)
2023 M 22.3333	Krisenzentren gegen Gewalt (Tamara Funicello)
2023 M 22.3334	Krisenzentren gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)
2023 M 22.3362	Kampf gegen die Straffreiheit. Übernahme des Verbrechens der Aggression gemäss Römer Statut in das Schweizer Recht (Carlo Sommaruga)

2023 M 22.3890	Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2023 M 22.4254	Revision des Mobiliarsicherungsrechts (Eigentumsvorbehalt) (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2023 P 22.4407	Ein zeitgemässer Handlungsrahmen für die ausserfamiliäre Begleitung von Kindern tut not (Benjamin Roduit)
2023 P 22.4412	Für ein zeitgemäßes Sprengstoffstrafrecht (Andrea Caroni)
2023 M 22.4413	Wohnungsknappheit in Tourismusgemeinden. Ergänzung von Artikel 3 BewV, Personalwohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkennen (Martin Schmid)
2023 P 22.4565	Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Patricia von Falkenstein)
2023 P 22.4566	Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Tamara Funicello)
2023 P 23.3047	Kesb-Zuständigkeiten bei Unterhalts- und Elternverträgen (Yvonne Feri)
2023 P 23.3438	Anwendung von Notrecht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2023 P 23.3501	Verbesserung der Situation von nichtbinären Personen (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2023 P 23.3963	Aufsicht über von der AB-BA eingesetzte ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Bundes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2023 P 23.4313	Sanktionen gegen die Hamas prüfen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2023 M 23.4316	Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2023 P 23.4317	Prüfung einer Kronzeugenregelung (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2023 P 23.4322	Handhabung der weiteren Verwendung illegal erworbener Daten (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 23.4328	Analyse des Unterhaltsbeitrags (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2023 M 23.4345	Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2024 M 22.4445	Die Schweizer Familienstiftung stärken. Verbot der Unterhaltsstiftung aufheben (Thierry Burkart)
2024 P 22.4540	Familienrechtliche Verfahren. Verfahrensdauer und Verzögerungen analysieren (Greta Gysin)
2024 P 22.4559	Keine Kinderkopftücher in Schulen und Kindergärten. Eine Frage der Gleichberechtigung, des Kinderschutzes und nicht der Religion (Marianne Binder-Keller [de Quattro])
2024 P 23.3156	Aktionsplan für mehr Rechtssicherheit bei fürsorglicher Unterbringung, bewegungseinschränkenden Massnahmen und Behandlung ohne Zustimmung (Sarah Wyss)
2024 P 23.3158	Statistische Erfassung fürsorglicher Unterbringung, bewegungseinschränkender Massnahmen und von Behandlungen ohne Zustimmung (Sarah Wyss)
2024 M 23.3734	Stärkung des Jugendurlaubs von einer auf zwei Wochen (Ursula Schneider Schüttel)
2024 M 23.3735	Stärkung des Jugendurlaubs von einer auf zwei Wochen (Maja Riniker)
2024 P 23.3762	Evaluation der Fristenregelung (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2024 P 23.3771	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Tamara Funicello)
2024 P 23.3772	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Raphaël Mahaim)
2024 P 23.3773	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Judith Bellaiche [Christ])
2024 P 23.3774	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Vincent Maitre)
2024 P 23.3775	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Patricia von Falkenstein)
2024 P 23.3799	Opferschutz durch Täterarbeit (Lilian Studer [Gugger])
2024 P 23.3800	Opferschutz durch Täterarbeit (Tamara Funicello)
2024 P 23.3801	Opferschutz durch Täterarbeit (Patricia von Falkenstein)
2024 P 23.3805	Evaluation der Fristenregelung (Min Li Marti)
2024 P 23.4008	Einführung einer Regelung für Kronzeuginnen und Kronzeugen der Mafia (Farinelli)
2024 P 23.4240	Mit digitalisierten Gerichtsurteilen eine Forschungsgrundlage bieten und den Rechtsstaat stärken (Bellaiche [Christ])
2024 P 23.4294	Das Verhältnis von Kirche und Staat auf eine klare und transparente Grundlage stellen (Fischer Roland [Bertschy])
2024 M 23.4318	Verbot der öffentlichen Verwendung von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen, wie beispielsweise nationalsozialistischen Symbolen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 M 24.3000	Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 P 24.3002	Austausch von Strafregisterdaten mit Italien (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 24.3023	Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Caroni)
2024 P 24.3343	50 Jahre Beitritt der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Bilanz, Herausforderungen und Perspektiven (Cottier)

2024 P 24.3473	Einführung von Bedingungen für die ausländische Finanzierung von Gebetshäusern und Bildungseinrichtungen in der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3479	Schutz der Rechte im digitalen Bereich (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3946	Kosten und Nutzen der Abkommen von Schengen und Dublin aufzeigen (Fraktion RL)
2025 M 23.4009	Ausweitung der Unverjährbarkeit von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen (Egger Mike)

Bundesamt für Polizei

2017 P 15.3325	Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Urs Schläfli [Marco Romano])
2018 M 17.3862	Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (Beat Rieder)
2019 M 18.3592	Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Corina Eichenberger-Walther)
2020 P 20.3809	Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Lars Guggisberg)
2021 P 21.4219	Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Marco Romano)
2022 P 21.4598	Auslegeordnung Terrorismus- und Extremismusbekämpfung (Min Li Marti)
2022 P 22.3017	Stärkung der Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Kryptowährungen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 22.3145	Wie fit sind die Kantone in der Cyber-Strafverfolgung? (Andri Silberschmidt)
2022 M 22.3369	Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 P 23.4071	Geeignete Massnahmen, um die Anzahl der Angriffe auf Geldautomaten zu reduzieren (Feller)
2024 M 23.4311	Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 23.4349	Ressourcenüberprüfung beim Fedpol (Finanzkommission Nationalrat)
2024 M 24.4263	Die Hisbollah verbieten (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2014 M 11.3832	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2017 M 16.4151	Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2019 M 18.3758	Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Fabio Regazzi)
2021 P 20.4333	Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2021 P 20.4344	Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2021 M 21.3964	Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2022 P 20.4421	Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht (Samira Marti)
2022 M 21.4076	Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer. Der Grundsatz des Lebensmittelpunkts soll wieder eindeutig anwendbar sein (Piero Marchesi)
2022 M 22.3392	Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 22.3397	Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen (Staatspolitische Kommission Ständerat)
2023 M 22.4186	Ein Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich zur erleichterten Rückübernahme im Migrationsbereich (Marco Romano)
2023 M 23.3031	Intervention in Brüssel, damit Italien endlich das Dublin-Abkommen einhält (Damian Müller)
2023 M 23.3032	Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex (Damian Müller)
2023 P 23.3084	Fehlende Schwankungstauglichkeit im Asylwesen. Lösungsvorschläge präsentieren (Thomas Minder)
2023 P 23.3203	Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg. Evaluation des Integrations- und Sparpotenzials einer Verstetigung der privaten Unterbringung im Asylwesen (Samira Marti)
2023 P 23.3837	Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren (Damian Müller)
2023 P 23.3859	Chancen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für die Schweizer Asylpolitik (Gerhard Pfister)

2023 P 23.4171	Aktualisierter Bericht zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz (Gössli [de Quattro])
2024 M 23.3082	Rückführungsoffensive und konsequente Ausweisung von Straftätern und Gefährdern (Werner Salzmann)
2024 M 23.3533	Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen (FDP-Liberale Fraktion)
2024 M 23.3838	Migrationspartnerschaften. Eine strategische Neuausrichtung ist notwendig (Philippe Bauer [Müller Damian])
2024 M 23.3968	Schutzstatus S. Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 23.4038	Migrationsabkommen mit Eritrea anstreben (Minder [Friedli Esther])
2024 P 23.4287	Fall Félicien Kabuga. Welche Rolle spielte die Schweiz? (Badertscher)
2024 M 23.4351	Kostenbremsen im Asylwesen (Finanzkommission Ständerat)
2024 P 23.4365	Zuwanderungsabgabe. Vor- und Nachteile, mögliche Ausgestaltungen sowie Einbettung (Caroni)
2024 M 23.4440	Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat (Gössli)
2024 M 23.4447	Massnahmen gegen Ausländer, die gewaltsam dasjenige Regime unterstützen, vor dem sie angeblich geflohen sind (Caroni)
2024 P 23.4490	Auslegeordnung zu Asylverfahren und zum Wegweisungsvollzug im Ausland (Caroni)
2024 M 24.3022	Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen (Würth)
2024 M 24.3035	Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen (Paganini)
2024 P 24.3137	Bericht über die Verwendung der BMVI-Gelder (Fraktion S)
2024 P 24.3165	Wäre die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende auch in der Schweiz eine Möglichkeit? (Friedli Esther)
2024 M 24.3373	Migrationsabkommen mit Marokko anstreben (Müller Damian)
2024 M 24.3378	Schutzstatus S auf wirklich Schutzbedürftige beschränken (Friedli Esther)
2024 P 24.3478	Einführung von Bezahlkarten für Asylsuchende (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3934	Umgang mit kriminellen Asylsuchenden (Paganini)

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2021 M 19.4059	Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Karl Vogler [Stefan Müller-Altmetz])
2022 P 21.3636	Sanierung der durch die Armee belasteten Standorte. Wie sieht der Zeitplan aus? (Baptiste Humi)
2022 P 21.3815	Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen (Stefanie Heimgartner)
2022 P 22.3006	Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 22.3308	Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen (Corina Gredig)
2022 M 22.3367	Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2022 M 22.3374	Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2022 P 22.4081	Übergeordnete Cyber-Teststrategie im VBS (Marcel Dobler)
2023 M 22.3726	Strategie der Schweiz zu Sicherheit und Verteidigung (Thomas Rechsteiner)
2023 P 23.3131	Nato-Kooperation im Verteidigungsbereich verstärken, ohne dem Bündnis beizutreten! (Josef Dittli)
2023 P 23.3740	Evakuationszenarien müssen im massiv grösseren Massstab gedacht und geplant werden (Maja Riniker)
2023 P 23.3741	Mehr Schutz von Kulturgütern in der Schweiz (Maja Riniker)
2024 P 22.3368	VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 23.3027	Vorbereitung und Unterstützung der humanitären Minenräumung in der Ukraine (Sozialdemokratische Fraktion)
2024 M 23.3594	Keine Verteuerung der Munition für die Schützen, keine Schwächung des Wehrwillens (Werner Salzmann)
2024 M 24.3011	Die Chance der UEFA Women's EURO 2025 nachhaltig nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 P 24.3811	Überprüfung der Lärmschutzvorschriften für militärische Waffen-, Schiess- und Übungsplätze (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Staatssekretariat für Sicherheitspolitik

2024 P 24.4203	Personensicherheitsprüfungen. Staatliche Interessen versus persönliche Freiheit? (Golay Roger)
2024 P 24.4265	KI-Strategie für die Sicherheit und Verteidigung der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Nachrichtendienst des Bundes

2023 P 23.3136	Gewalttätiger Extremismus in der Schweiz (Fabian Molina)
2024 M 23.3969	Russische und andere ausländische Spione konsequent ausweisen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Gruppe Verteidigung

2008 M 07.3529	Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Mario Fehr)
2018 M 18.3179	Digitalisierung des Dienstbüchleins (Marcel Dobler)
2021 P 21.3448	Zukunft der Armeepotheke (Beat Rieder)
2022 P 21.4220	Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist (Priska Seiler Graf)
2023 P 22.3410	Wie hoch sind die Gesamtkosten der Armee? (François Pointet)
2023 P 23.3000	Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2023 P 23.3209	Beschaffung von Drohnen für den militärischen Einsatz. Besteht Handlungsbedarf? (Josef Dittli)
2023 P 23.4314	Allgemeine Bilanz über den Einsatz der Armee und des Zivilschutzes zur Unterstützung der Kantone in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2024 M 24.3605	Zielbild und strategische Ausrichtung einer verteidigungsfähigen Armee (Dittli)
2024 P 24.4261	Bericht zum Projekt "ERP Systeme V/ar" (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Bundesamt für Rüstung

2024 P 24.3231	Neu entstehende Technologien für die Verteidigung (Fraktion M-E)
----------------	--

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2022 P 22.3007	Fähigkeiten zur Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2022 M 22.3506	Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2022 M 22.3507	Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2022 P 22.3508	Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2022 P 22.3509	Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 M 21.4152	Cell Broadcast. Gezielte Warnung bei Naturkatastrophen (Maja Riniker)
2023 M 22.3904	Für einen Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Michel Matter)
2023 M 23.3001	Zeitgemässe Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Bundesamt für Sport

2020 M 20.4331	Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2020 M 20.4341	Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2021 P 21.3022	Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2021 P 21.3971	Zukunftsorientierte Breitensportförderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2022 P 21.4509	Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden? (Marcel Dobler)
2022 P 21.4521	Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, die die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht (Elisabeth Baume-Schneider)

Bundesamt für Cybersicherheit

2022 P 21.4512	Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe (Edith Graf-Litscher)
2023 P 22.3457	Abschaltung von betrügerischen Websites. Nationale Koordination bei Internetbetrug (Stefan Müller-Altarmatt)
2023 M 23.3002	Mehr Sicherheit bei den wichtigsten digitalen Daten der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2023 P 23.3861	Chancen und Risiken von KI-Systemen in der Cybersicherheit (Gerhard Andrey)
2024 M 24.3810	Durchführung dringend notwendiger Cybersicherheitsprüfungen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

- 2016 P 15.4112 Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (Olivier Feller)
- 2023 P 23.3050 Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung? (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
- 2023 P 23.3439 Prüfung einer möglichen Klage gegen die Führungsorgane der Credit Suisse (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
- 2024 M 22.4255 Finanzierung von dezentralen Digitalisierungsprojekten (Finanzkommission Nationalrat)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

- 2007 M 06.3540 Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Filippo Lombardi)
- 2012 M 11.3511 Obligatorische Erdbebenversicherung (Jean-René Fournier)
- 2021 M 19.3066 Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Marco Romano)
- 2021 M 20.4329 Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
- 2022 P 21.3893 Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen (Gerhard Andrey)
- 2022 P 22.3394 Transparenz von Finanzflüssen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
- 2023 P 21.4628 Wirksame Sanktionen der Finma gegen fehlbare Finanzinstitute (Prisca Birrer-Heimo)
- 2023 P 23.3440 Faktische Anwendbarkeit der Too-big-to-fail-Regulierung auf internationale Grossbanken (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
- 2023 P 23.3441 Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Ständerates zu prüfende Fragen (Finanzkommission Ständerat)
- 2023 P 23.3442 Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Nationalrates zu prüfende Fragen (Finanzkommission Nationalrat)
- 2023 P 23.3443 Zukunft des Finanzplatzes Schweiz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2023 P 23.3445 Überprüfung des Instrumentariums der SNB (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2023 P 23.3446 Die Too-big-to-fail-Regulierung auf die Situation eines Bankruns und weitere Sachverhalte überprüfen und anpassen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2023 P 23.3447 Analyse der allfällig massgebenden Faktoren des Credit-Suisse-Versagens (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2024 M 23.3604 Bessere Absicherung Freizügigkeits- und Säule 3a-Guthaben (Peter Hegglin)
- 2024 P 23.4339 Überprüfung allfälliger Finanzierungstätigkeiten über die Schweiz von terroristischen Gruppierungen sowie von nichtstaatlichen Akteuren, welche das Völkerrecht verletzen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
- 2024 P 24.3154 Absenzen am Arbeitsplatz. Sozialpartnerschaftlich Transparenz herstellen und zielgerichtete Massnahmen entwickeln (Gutjahr)
- 2024 M 24.3208 Vermeidung von Standortschäden. Anpassung des Versicherungsaufsichtsrechts zur Vermittlung von Rückversicherungen (Burkart)

Eidgenössische Finanzverwaltung

- 2017 M 17.3259 Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission Nationalrat)
- 2021 M 20.4328 Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
- 2022 P 21.4337 Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben (Finanzkommission Nationalrat)
- 2023 M 22.4273 Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen (Finanzkommission Ständerat)
- 2023 P 22.4452 Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer (Andrea Gmür-Schönenberger)
- 2023 P 23.3605 Einfacherer Haushaltsausgleich durch Flexibilisierung gebundener Ausgaben (Erich Ettlín)
- 2023 P 23.3971 Für eine bessere Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (Finanzkommission Nationalrat)
- 2024 P 24.3233 Überprüfung der staatlichen Leistungen. Konzentration der Kräfte (Burgherr)
- 2024 M 24.3395 Rasch wirksames Entlastungspaket, das auch gebundene Ausgaben mit einschliesst (Finanzkommission Ständerat)

Eidgenössisches Personalamt

2020 M 19.4382	Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 P 23.3070	Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Nantermod)
2023 P 23.3087	Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Bauer)
2024 P 24.3812	Eingehende Analyse des Verhältnisses zwischen Bewerbungen und Rekrutierungen pro Sprachgruppe (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276	Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)
2009 M 05.3299	Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)
2014 P 12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Filippo Leutenegger [Petra Gössi])
2015 M 10.4127	Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)
2016 M 16.3044	Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)
2017 M 16.3431	Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2020 M 18.3235	Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Stefan Engler)
2021 M 20.4572	Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Roberto Zanetti)
2021 P 21.3284	Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung. Bewertung der beiden Modelle (Benedikt Würth)
2021 P 21.4079	Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF (Philipp Kutter)
2022 M 18.3718	Berechnung des Beteiligungsabzugs (Verhinderung einer zusätzlichen Gewinnsteuerbelastung, die sich aus der Emission von Finanzinstrumenten durch die Konzernobergesellschaft und der konzerninternen Weitergabe der Mittel aus diesen Instrumenten ergibt) (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 M 21.3001	Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 P 21.3440	Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer (Beat Rieder)
2022 P 22.3384	Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 P 22.3396	Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch eine einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 P 22.3893	OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 M 23.3012	Mehrwertsteuerpflicht für Online-Plattformen bei elektronischen Dienstleistungen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 23.3132	Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung, Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten (Ruedi Noser)
2023 M 23.3225	Steuerabzug der Kosten für die Installation von Ladeinfrastrukturen in Gebäuden (Marianne Maret)
2023 P 23.3262	Emissionsabgabe Startup-freundlicher ausgestalten (Andri Silberschmidt)
2024 M 23.3162	Steuererleichterungen für Dachbegrünungen (Greta Gysin)
2024 M 23.3701	Lotterie- und Glücksspielgewinne am steuerrechtlichen Wohnsitz im Zeitpunkt der Fälligkeit des Gewinnes versteuern (Roberto Zanetti)
2024 P 23.3752	Attraktiv bleiben, Finanzen sichern - Die Schweiz braucht eine langfristige Steuer- und Standortstrategie (Beat Walti)
2024 P 23.4305	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Mahaim)
2024 P 23.4306	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Bendahani)
2024 P 23.4307	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Nicolet)
2024 P 23.4308	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Berthoud [de Montmollin])
2024 P 24.3708	Abzugsfähigkeit von Spenden an Vereine mit gemischten Zwecken (Jost)

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

- 2021 M 19.3975 Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs (Finanzkommission Nationalrat)
- 2022 M 21.3237 Transparenz beim Veredelungsverkehr (Marcel Dettling)
- 2023 M 22.4122 Geschäftsbedingungen für Grenzbetriebe verbessern (Martin Schmid)
- 2023 P 23.3588 Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2024 M 21.3680 Schluss mit der aktiven Sterbehilfe für Hausbrennereien und für die damit verbundene ländliche Tradition (Fabio Regazzi)
- 2024 M 21.4084 Die Digitalisierung muss zu Vereinfachungen führen, auch im Zollwesen (Fabio Regazzi)

Bundesamt für Bauten und Logistik

- 2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktengesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2021 M 20.3409 Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Benedikt Würth)
- 2021 M 20.4338 Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten (Finanzkommission Nationalrat)
- 2021 P 20.4369 Arbeitsplätze des Bundes dank Digitalisierung verstärkt dezentralisieren (Hansjörg Knecht)
- 2022 P 22.3658 Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden (Marco Romano)
- 2023 M 20.4727 Der Bund als Vorbild beim Anbieten von dezentralen Arbeitsplätzen (Martin Candinas)
- 2024 P 24.3953 Öffentliches Beschaffungswesen. Arbeit der Unternehmen und der Verwaltung vereinfachen (Gobet Nadine)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2018 M 16.4094	Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Jean-René Fournier)
2019 M 18.3717	Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2019 M 18.3797	Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Konrad Graber)
2019 M 19.3043	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)
2020 M 18.3021	Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Beat Rieder)
2020 M 19.3033	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2020 P 20.3132	Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2021 M 18.4282	Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen (Olivier Français)
2021 M 19.3234	Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Hans Stöckli)
2021 M 20.3127	Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie wechseln (Damien Cottier)
2021 M 20.3268	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Brigitte Häberli-Koller)
2021 P 21.3086	Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Christine Badertscher)
2021 P 21.3498	Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 P 20.3265	Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren (Isabelle Pasquier-Eichenberger)
2022 M 20.3531	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Andrea Caroni)
2022 M 20.3532	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Beat Rieder)
2022 P 20.3950	Versorgungssicherheit. Metalle der seltenen Erden. Ressourcenstrategie (Elisabeth Schneider-Schneiter)
2022 M 20.4738	Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen (Erich Ettlín)
2022 M 21.3278	Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Unterstützungsprogramm (Damien Cottier)
2022 M 21.3595	Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2022 M 21.3599	Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 M 21.3743	Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken (Hans Stöckli)
2022 M 21.4189	Untersuchungsgrundsatz wahren. Keine Beweislastumkehr im Kartellgesetz (Hans Wicki)
2022 M 21.4426	Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung (Andrea Gmür-Schönenberger)
2022 M 22.3021	Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 P 22.3870	Spekulation mit Nahrungsmitteln (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 22.3872	Unterschiede zwischen dem Schweizer und dem EU-Recht im Bereich des Arbeitnehmerschutzes (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 21.3900	Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des Potenzials der Familienarbeit (Marianne Binder-Keller)
2023 M 21.4161	Preisbekanntgabeverordnung. Selbstvergleich vereinfachen (Christa Markwalder)
2023 P 21.4227	Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Anerkennung der durch Familienarbeit erworbenen Kompetenzen (Marianne Binder-Keller)
2023 P 22.3273	Nach dem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes. 24-Stunden-Betreuung durch Pendelmigrantinnen endlich dem Arbeitsgesetz unterstellen (Samira Marti)
2023 P 22.3296	Europadossier. Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und Ansätze des Bundesrates (Sophie Michaud Gigon)
2023 P 22.3405	Folgen des Krieges in der Ukraine. Langfristige strategische Abhängigkeiten evaluieren und reduzieren (Sozialdemokratische Fraktion)
2023 M 22.3921	Zeitlich befristete Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes im Falle einer Strom- und/oder Gasmangellage (Andrea Gmür-Schönenberger)
2023 M 22.4447	Sichern des metallischen Materialkreislaufs in der Schweiz (Roberto Zanetti)
2023 P 23.3013	Ergänzungsbericht zur aussenwirtschaftlichen Strategie (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

2023 P 23.3227	Die Schweizer Metropolitanregionen und Wirtschaftszentren brauchen Entwicklungsperspektiven und die grenzüberschreitende Vernetzung (Maya Graf)
2023 P 23.3444	Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2023 M 23.3585	Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2023 P 23.3959	Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 23.4062	Unterstützung von Schweizer KMU bei der Anwendung von ESG-Richtlinien (Dittli)
2023 P 23.4320	Revision des Aussenwirtschaftsgesetzes (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 23.4330	Verursacherprinzip bei Retouren im Online-Versandhandel anwenden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2024 P 23.3380	Arbeitskräftemangel. Was sind unsere Hausaufgaben? (Leo Müller)
2024 P 23.3543	Systematische Versorgungsstrategie für essenzielle und kritisch-strategische Güter (Samira Marti)
2024 P 23.3598	Wirksame Durchsetzung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Stefan Müller-Altermatt)
2024 P 23.3753	Standortattraktivität für die Zukunft sichern (Petra Gössi [Walti Beat])
2024 M 23.3842	Covid-19-Härtefälle. Ein Liquidationsgewinn darf nicht gleichgesetzt werden mit einem Liquiditätsabfluss, der im System der Härtefallhilfen verboten ist (Johanna Gapany)
2024 M 23.3966	Landesausstellung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 P 23.4094	Inländisches Arbeitskräftepotenzial ausschöpfen. Die Rolle der Teilzeitarbeit (Paganini)
2024 P 23.4233	Retten wir unsere Alpthütten (Roduit)
2024 P 23.4268	Standortentwicklung und internationale Beschaffung von synthetischen Energieträgern (Schaffner)
2024 M 23.4321	Modernisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Republik Korea (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3157	Schädigen administrierte Preise die Kaufkraft? (Silberschmidt)
2024 P 24.3521	Missbräuchliche, unternehmensschädigende Online-Bewertungen unterbinden! (Regazzi)
2024 P 24.3528	Wert der Bilateralen Verträge für die Schweiz (Fraktion RL)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2017 M 17.3630	Vollasoziiierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2019 M 18.3240	Höhere Fachschulen stärken (Anita Fetz)
2019 M 18.3392	Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2019 P 18.3959	Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (Christian Wasserfallen)
2020 P 20.3928	Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 20.4202	Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich (Nadine Masshardt)
2022 P 22.3390	Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 22.3393	Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 22.3877	Analyse der Standards im Bereich der schulischen Sexualaufklärung in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 22.3878	Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 21.3839	Eidgenössische Technische Hochschulen. Stagnation der Anzahl Studierenden in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik (Jean-Pierre Grin)
2023 P 21.4348	Auslegeordnung zum unternehmerischen Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft (Andri Silberschmidt)
2023 P 22.4265	Gezielte Datenerhebung als Massnahme gegen den Lehrpersonenmangel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 22.4266	Um das Problem des Lehrermangels längerfristig lösen zu können, sind umfassende, systematische, wissenschaftlich fundierte Evaluationen von Schulreformen durch die Kantone unabdingbar (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 22.4267	Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 23.3663	Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die Berufslehre erhöhen (Diana Gutjahr)

2023 P 23.3841	Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich (Olivier Français)
2023 P 23.3960	Evaluation der Kooperationsprojekte im Bereich der Dokoratsausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 P 22.4202	Wie kann die Attraktivität der Schweizer Berufsbildung sichergestellt werden? (Philippe Nantermod)
2024 M 23.3293	Numerus clausus. Schluss mit dem Ausschluss von Medizinstudierenden aufgrund anderer Kriterien als Kompetenzen und Qualität (Benjamin Roduit)
2024 P 23.3694	Obligatorische Sprachförderung an Berufsschulen (Martina Munz)
2024 P 23.3866	Eine schweizerische Halbleiterstrategie (Swiss Chip Strategy) (Damien Cottier)
2024 P 24.3009	Rücklaufende Innovationsaktivitäten der Schweizer Unternehmen. Ursachen erkennen und Hindernisse abbauen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 P 24.3010	Verstärkte Unterstützung für Aus- und Weiterbildungen bei der Rückkehr in die Arbeitswelt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 P 24.3140	Innovatives Umfeld für KI-Testing und -Förderung (Michel Matthias)
2024 P 24.3808	Aktualisierung der Daten über den Anteil ausländischer Studierender an den Hochschulen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Bundesamt für Landwirtschaft

2020 M 18.3404	Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Brigitte Häberli-Koller)
2020 M 20.3919	Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2021 M 17.3314	Aussergewöhnliche Frostschäden im Weinbau und an Obstkulturen (Jacques Bourgeois)
2021 M 19.3445	Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall (Fraktion BD)
2021 M 21.3374	Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern (Simone de Montmollin)
2022 M 19.3494	Mehr Forschung für eine moderne Alpwirtschaft (Thomas Egger [Martin Candinas])
2022 M 21.3004	Anpassung der Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2022 M 21.3804	Änderung der Landwirtschaftlichen Zonen-Verordnung im Zusammenhang mit Meliorationen (Martin Schmid)
2022 M 21.3832	Robuste Sorten. Potenzial ausschöpfen! (Meret Schneider)
2022 P 21.4585	Einkommen der Bauernfamilien (Christine Bulliard-Marbach)
2022 P 22.3875	Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2022 P 22.4252	Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 21.3831	Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel (Meret Schneider)
2023 P 21.4446	Lockerung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien (Philippe Nantermod)
2023 P 22.3116	Fotovoltaik in der Landwirtschaft. Potenzial besser ausschöpfen! (Thomas Rechsteiner)
2023 M 22.4251	Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik. Konkretisierung des Konzepts (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 M 22.4253	Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+ (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 22.4440	Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Anna Giacometti)
2023 P 22.4556	Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Meret Schneider)
2023 M 23.3846	Verschiebung der Einführung der Anforderung von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen im Ackerbau um ein Jahr (Esther Friedli)
2023 P 23.4074	Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft? (Bourgeois [de Montmollin])
2024 M 21.3896	Transparenz in der Tierverkehrsdatenbank (Marcel Dettling)
2024 M 21.4124	Die Zulagen für verkäste Milch an die Richtpreise der Branchen koppeln, damit sie an die Milchproduzentinnen und -produzenten zurückgegeben werden (Jacques Nicolet)
2024 M 21.4157	Wiederbepflanzung von Rebflächen. Flexibilität für die Weinbäuerinnen und Weinbauern (Frédéric Borloz)
2024 M 21.4210	Wiederbepflanzung von Rebflächen. Flexibilität für die Weinbäuerinnen und Weinbauern (Marco Romano)
2024 M 21.4467	Schneckenzucht zur Landwirtschaft zählen (Bruno Storni)
2024 M 22.3022	Förderung von Schweizer Wein stärken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

2024 M 22.3216	RAUS-Programm. Weidezeitpunkt an die Winterfütterung und damit der Realität anpassen (Erich von Siebenthal)
2024 M 22.3819	Die neue Massnahme von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auf offener Ackerfläche wieder aufheben (Jean-Pierre Grin [Nicolet])
2024 P 22.4168	Wasserversorgung für die Bergland- und Alpwirtschaft (Christine Bulliard-Marbach)
2024 M 23.4212	Bauernfamilien in der Agrarpolitik glaubhaft entlasten (Müller Leo)
2024 M 23.4515	Stärkung der Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft, um die Einkommen zu verbessern (de Montmollin)
2024 P 24.3281	Verringerung von Klimarisiken und Stärkung der Versorgungssicherheit in der nächsten Agrarpolitik (de Montmollin)
2024 M 24.3375	Einkellernde Winzerinnen und Winzer. Unbürokratische und dem Beruf angepasste Kontrollen (Sommaruga Carlo)
2024 P 24.3673	Richtpreise repräsentieren nicht die effektiv bezahlten Preise ab Hof (Haab)
2024 M 24.3814	Stärkeres Engagement für die Einhaltung und die Anerkennung unserer AOP und IGP (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

2020 M 20.3197	Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Thomas Burgherr)
----------------	---

Bundesamt für Wohnungswesen

2023 P 22.4289	Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002 (Damian Müller)
2023 P 22.4290	Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung (Damian Müller)
2023 M 22.4448	Mehr Rechtssicherheit im Mietrecht (Stefan Engler)
2023 P 23.4323	Wohneigentumsförderung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Bundesamt für Zivildienst

2023 M 22.3055	Armeebestand mittels Massnahmen beim Zivildienst stärken (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2024 P 23.4348	Erhöhung des Kostendeckungsgrads des Bundesamtes für Zivildienst auf mindestens 100 Prozent (Finanzkommission Nationalrat)

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2020 P 19.4385	Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 M 17.3918	Gewächshäuser auf Fruchtfolgeflächen (Heinz Siegenthaler)
2023 M 20.3237	Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen (FDP-Liberale Fraktion)
2023 P 21.4100	Zweckmässigkeit einer Privatisierung der öffentlichen Unternehmen prüfen (Philippe Nantermod)
2024 M 21.4595	Akquisitionen innerhalb des Leistungsauftrags halten (Thomas Rechsteiner)

Bundesamt für Verkehr

2017 P 17.3262	Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2019 M 18.4105	Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2020 M 20.3003	Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2020 M 20.3221	Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Josef Dittli)
2020 M 20.3222	Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO ₂ -Ausstosses (Josef Dittli)
2020 M 20.3286	Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Eva Herzog)
2021 M 19.4381	Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2021 M 19.4443	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Martin Candinas)
2021 M 19.4444	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Edith Graf-Litscher)
2021 M 19.4445	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Barbara Schaffner)
2021 M 19.4446	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Michael Töngi)
2021 M 19.4614	Konzept zur längerfristigen Steigerung des Angebots von Verbindungen des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Aline Trede)
2021 M 20.3696	Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Isabelle Pasquier-Eichenberger)
2022 P 20.3328	Nationale Strategie für eine bessere Erschliessung der Tourismusregionen durch den öffentlichen Verkehr (Christophe Clivaz)
2022 M 20.3736	Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden (Marco Romano)
2022 P 21.3329	Finanzielle Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr (Florence Brenzikofer)
2022 M 21.3977	Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2022 P 21.4366	Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne–Genf. Strategische Studie (Roger Nordmann)
2022 P 21.4518	Sicheren Bahnbetrieb im Fernverkehrsnetz durch Redundanz gewährleisten (Olivier Français)
2022 M 22.3000	Weiterführung der erfolgreichen Verlagerungspolitik und Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit dank Ausbau des linksrheinischen Neat-Zubringers Wörth-Strassburg (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2022 P 22.3231	Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen (Olivier Français)
2022 M 22.4257	Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2022 M 22.4263	Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2023 M 22.3229	Touristischer Verkehr. Ein vernachlässigter Bereich im öffentlichen Verkehr? (Marianne Maret)
2023 M 22.3632	Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote (Barbara Schaffner)
2023 M 22.4258	Perspektive Bahn 2050. Einen Fokus auch auf die Realisierung und Vollendung des "Verkehrskreuzes Schweiz" (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2023 P 23.3703	Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur (Benedikt Würth)
2024 M 21.4584	Bahn 2050. Anschluss der ländlichen Regionen sicherstellen (Thomas Rechsteiner)
2024 P 22.3261	Mehr Digitalisierung für eine höhere Kapazität im Bahnverkehr (Barbara Schaffner)
2024 M 23.4209	Keine massive Verschlechterung des öffentlichen Verkehrs aus dem und in den Kanton Glarus (Zopfi)
2024 M 23.4276	Barzahlung in subventionierten Transportmitteln beibehalten (Weichelt)
2024 M 23.4291	Der Transportpolizei die Hilfsmittel bieten, damit sie ihre Reaktion der konkreten Situation anpassen kann (Buffat)
2024 P 24.3071	Wiedereinführung der SBB-Direktverbindung Basel-Genf (Imark)
2024 P 24.3136	Planungsdreieck (Angebot, Infrastruktur, Rollmaterial) im ÖV besser im parlamentarischen Prozess verankern und Folgekosten transparent ausweisen (Würth)
2024 M 24.3389	Ausbau linksrheinischer Neat-Zubringer im Interesse der Verlagerung vorantreiben (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2024 M 24.3390	Stabilisierung des kombinierten Verkehrs auf der Nord-Süd-Achse durch die Bereitstellung von Puffergleisen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2024 P 24.3468	Stand der Umsetzung des Seilbahngesetzes (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Brigitte Häberli-Koller)
2013 P 13.3426	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Hansjörg Walter)
2017 M 15.3491	Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Christophe Darbellay [Yannick Buttet])
2018 P 18.3245	Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Bernhard Guhl)
2018 M 18.3371	Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Martin Candinas)
2019 M 18.3700	Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Martin Candinas)
2020 M 19.4562	Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Josef Dittli)
2021 M 20.4412	Regionalflygplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Benedikt Würth)
2021 M 21.3020	Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2021 M 21.3095	Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Erich Ettl)
2021 M 21.3458	Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2022 P 21.3973	CO ₂ -neutrales Fliegen bis 2050 (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 22.4580	Entwicklung und Regulierung von zivilen Drohnen in der Schweiz (Katja Christ)

Bundesamt für Energie

2021 M 20.3485	Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Daniel Fässler)
2021 M 20.4063	Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)
2021 P 20.4561	Wasserkraftwerke und Stauseen für die Fotovoltaik nutzen (Rocco Cattaneo)
2022 M 19.4202	Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (Christoph Eymann)
2022 M 20.4406	Grüne Wasserstoffstrategie für die Schweiz (Gabriela Suter)
2022 P 21.3870	Beteiligung der Schweiz am Aufbau einer europäischen Solarindustrie (Gabriela Suter)
2022 P 21.3974	Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2022 P 21.4130	Energetische Gebäudesanierungen. Die Situation ist problematisch, zu viele Gebäude werden nicht saniert, weil den Eigentümerinnen und Eigentümern die Mittel fehlen. Es braucht neue Finanzierungsmöglichkeiten (Bruno Storni)
2022 M 21.4144	Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen (Jakob Stark)
2022 P 21.4561	Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen (Kurt Egger)
2022 P 22.3569	V2X- ("vehicle to grid") und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen (Adèle Thorens Goumaz)
2022 P 22.4128	Too-big-to-fail-Problematik in der Energiebranche entschärfen (Thomas Minder)
2023 M 22.3376	Strategie für Wasserstoff in der Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

2023 P 23.3006	Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3023	Synthetische Energieträger und saisonale Energiespeicher zur Stärkung der Versorgungssicherheit und insbesondere der Stromversorgungssicherheit im Winter. Auslegeordnung und Ausarbeitung einer Grundlage mit Handlungsoptionen insbesondere für die Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3957	Künstliche Intelligenz und Versorgungssicherheit. Analyse der rechtlichen Grundlagen im Energiebereich (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 M 21.3500	Rechtssicherheit für die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU im europäischen Stromsystem gewährleisten! (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2024 M 21.4500	Verhandlung zwischenstaatlicher technischer Vereinbarungen im Bereich Strom (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2024 M 21.4606	Solarstrom in synthetische Gase umwandeln, um ihn zu speichern (Rocco Cattaneo)
2024 P 22.3131	Das Potenzial von Speichertechnologien nutzen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2024 M 22.3193	Biogasanlagen sollen ihr Gas als Biomethan verkaufen können (Priska Wismer-Felder)
2024 P 22.3708	Roadmap Stromversorgungssicherheit (Grünliberale Fraktion)
2024 P 22.3843	Geothermie für die Wärmeversorgung. Potenzial prüfen und Roadmap aufzeigen! (Katja Christ)
2024 M 22.4132	Eingrenzung der volkswirtschaftlichen Risiken von systemkritischen Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (Eva Herzog)
2024 M 23.3019	Rahmenbedingungen für eine erneuerbare Gasversorgung schaffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 M 23.3022	Sicherung der Winterstromversorgung durch WKK-Anlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 M 23.3498	Ehehafte Wasserrechte schützen und einen klaren Rahmen für die Anwendung der Restwasserbestimmungen schaffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 23.4152	Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke ermöglichen (Burkart)
2024 P 24.3005	Optimierung der Nutzung der Ressource Energieholz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.3007	Inventar der historischen Wasserkraftanlagen in der Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102	Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Walter Müller)
2016 M 13.3818	Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Christophe Darbellay)
2016 M 16.3066	Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Philippe Nantermod)
2016 M 16.3068	Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Fathi Derder)
2018 M 16.3846	Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Lukas Reimann)
2018 M 17.3924	Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Philippe Nantermod)
2019 P 19.3422	Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2020 M 17.3952	Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Manfred Bühler)
2020 M 20.3080	Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Philippe Nantermod)
2021 P 19.4631	Ein sicheres und schnelles Velo-Nationalstrassennetz zwischen den Schweizer Agglomerationen (Rocco Cattaneo)
2021 M 20.4339	Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2022 M 20.4478	Gleich lange Spiesse bei Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen (Josef Dittli)
2022 P 22.4044	Verbesserung des Verkehrsmanagements und der Umgang mit Ausweichverkehr (Simon Stadler)
2023 P 21.4146	Tempo-30-Zonen ohne Fussgängerstreifen. Eine pädagogische Hürde? (Baptiste Hurni)
2023 M 22.3907	Einbindung der Schiffs- und Schiffsführerdaten in das Informationssystem Verkehrszulassung (Franz Grüter)
2023 P 23.3497	Eine Korridorstudie für die A2 nach Italien (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2024 M 21.4516	Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern (Peter Schilliger)
2024 M 22.3078	Erleichterung der Umrüstung von Gebrauchtwagen von Verbrennungs- auf Elektromotoren (Bruno Storni)

- 2024 M 22.3727 Parkgebührenbefreiung für gehbehinderte Personen (Art. 20a Abs. 1 Bst. b VRV) (Philipp Matthias Bregy)
- 2024 P 24.4244 Grundlagen für eine nachhaltige Mobilität mit automatisiertem Fahren schaffen (Töngi)

Bundesamt für Kommunikation

- 2017 M 17.3013 Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
- 2019 M 19.3039 Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Olivier Feller)
- 2020 P 20.4066 Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Barbara Schaffner)
- 2021 M 21.3000 Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
- 2021 M 21.3063 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Marco Romano)
- 2021 M 21.3064 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Jörg Mäder)
- 2021 M 21.3065 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Franz Grüter)
- 2021 M 21.3066 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Anna Giacometti)
- 2021 M 21.3067 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Valérie Piller Carrard)
- 2021 M 21.3068 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Gerhard Andrey)
- 2022 P 21.3781 Strategie für eine zukunftsgerichtete Medienförderung jetzt aufgleisen (Katja Christ)
- 2023 M 20.3374 Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids# (Niklaus-Samuel Gugger)
- 2024 P 23.3764 Keine Versorgungslücken im Mobilfunk mehr! (Katja Christ)
- 2024 P 24.3632 Unerwünschte Anrufe. Braucht es neue Massnahmen? (Maret Marianne)
- 2024 M 24.3818 Aufhebung der Wettbewerbsverzerrung bei der Förderung der Mitgliedschafts- und Stiftungspreise (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Bundesamt für Umwelt

- 2018 M 17.3636 Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
- 2018 P 18.4095 Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
- 2019 M 18.3712 Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
- 2019 P 19.3949 Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
- 2020 M 19.3207 Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Bernhard Guhl)
- 2020 M 19.4100 Wirksame Massnahmen gegen Littering (Jacques Bourgeois)
- 2020 M 19.4296 Recyclingbaustoffe. Vorbildfunktion des Bundes (Peter Schilliger [Christian Wasserfallen])
- 2020 M 19.4615 Den Verkauf invasiver Neophyten verbieten (Claudia Friedl)
- 2020 P 20.3477 Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz (Thierry Burkart)
- 2021 M 20.3010 Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
- 2021 M 20.3625 Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche (Roberto Zanetti)
- 2021 M 20.3695 Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik recyklieren (Marcel Dobler)
- 2021 P 20.4135 Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Barbara Schaffner)
- 2021 M 20.4261 Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2021 M 20.4262 Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2021 M 21.3293 Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag (Jakob Stark)
- 2022 M 18.4131 Die Schweiz soll am Copernicus-Programm teilnehmen (Marco Romano)
- 2022 P 21.4224 Rechtliche Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Lebensdauer von Produkten (Florence Brenzikofer)
- 2022 P 21.4225 Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um in Betrieb stehende und ehemalige Kehrlichtverbrennungsanlagen (Gabriela Suter)

2022 M 21.4333	Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2022 P 22.3880	Eine nachhaltige Finanzierungslösung für die Abgabe von Lebensmitteln durch Wohltätigkeitsorganisationen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 22.3881	Handlungsfeld Detailhandel zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 22.3882	Handlungsfeld Koordination zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 22.3915	Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz (Roger Nordmann)
2023 P 21.3898	Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Christophe Clivaz)
2023 M 22.3388	Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 M 22.3702	Energiezukunft durch sichere Nutzung des Untergrunds zur Speicherung (Matthias Samuel Jauslin)
2023 M 22.3929	Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (Marianne Maret)
2023 P 22.4585	Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (Tiana Angelina Moser)
2023 P 23.3007	Anpassung der Restwasserbestimmungen für bestehende Wasserkraftwerke bei gleichzeitiger Verbesserung der Biodiversität der Gewässer (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3129	Zukunftsfähige Wälder sind nur mit gesetzeskonformem Wildverbiss möglich (Othmar Reichmuth)
2023 P 23.3219	Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (Othmar Reichmuth)
2023 M 23.3346	Autobahn A1 auf sechs Spuren ausbauen (Erich Hess)
2023 P 23.3676	Biodiversität auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen verbindlich stärken und erhöhen (Heidi Z'graggen)
2023 P 23.4331	Strategie zur Sicherung der Schweizer Trink- und Mineralwasserquellen sowie der Wasserversorgungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2024 M 21.3848	Für eine vollständige Wertschöpfungskette der Holzwirtschaft in der Schweiz (Benjamin Roduit)
2024 M 21.4318	Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO ₂ -Abgabe (Niklaus-Samuel Gugger)
2024 M 22.3477	Weniger Bürokratie und wirksamere Massnahmen zum Schutz vor Wolfsschäden in der Schweiz (Fabio Regazzi [Roduit])
2024 P 22.3971	Hürden beim Einsatz von Methanol als Energieträger beseitigen (Barbara Schaffner)
2024 P 22.4018	Nachhaltig und innovativ die Auswirkungen der Tigermücken bekämpfen (Sarah Wyss)
2024 M 23.3998	Endlich Taten statt schöner Worte bei der Bekämpfung von invasiven Organismen (Hegglin Peter)
2024 M 23.4028	Sicherung der Insektenbestäubung, insbesondere durch Wild- und Honigbienen (Hegglin Peter)
2024 M 23.4155	Wald. Rasche Anpassung an den Klimawandel ist dringend (Fässler Daniel)
2024 P 23.4334	CO ₂ -Abgabe direkt an Haushalte rückverteilen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 23.4451	Ziele zur Ressource Holz in der Schweiz (Stark)
2024 P 24.3074	Auslandkompensation. Integrität sicherstellen und Empfehlungen für den CO ₂ -Markt formulieren (Girod)
2024 P 24.3277	Luchsbestände in der Schweiz sind bezüglich Nutztier- und Jagdregalschäden zu untersuchen (Hess Lorenz)
2024 M 24.3388	VOC-Lenkungsabgabe aufheben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2024 M 24.3475	Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.4262	Stand und Potenzial der Pyrolyse (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.4264	Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Bundesamt für Raumentwicklung

2019 P 19.3299	Smarte Industrie- und Gewerbezonon. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezonon (Claude Béglé)
2019 P 19.3665	Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Philipp Kutter)
2021 M 19.3731	Aktionsplan Berggebiete (Thomas Egger)
2021 P 20.3938	Auswirkungen der Zulassung von pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

2022 M 11.3285	Erleichterung der Nutzung ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 M 21.4334	Verjährung der Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands ausserhalb der Bauzonen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2022 P 21.4452	Touristischen Verkehr definieren (Josef Dittli)
2022 P 22.3638	Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur im ländlichen Raum stärken (Matthias Michel)
2022 P 22.4053	Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren (Marianne Maret)
2023 P 22.3640	Raumplanerische Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessern (Martin Candinas)
2023 P 23.3020	Abwärme in grossen Mengen soll genutzt werden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3125	Sektorkopplung und Netzkonvergenz. Geeignete Standorte raumplanerisch sichern! (Barbara Schaffner)
2023 P 23.3640	Massvolle Kostenaufgabe bei Einsprachen in Baubewilligungs- und Nutzungsplanverfahren (Andrea Gmür-Schönenberger)
2023 P 23.3712	Untersuchung des Rückgangs von Alltagsdienstleistungen in Berggemeinden (Emmanuel Amoos)
2023 P 23.3918	Keine Gratis-Verzögerung von rechtskonformen Bau- und Planungsprojekten (Leo Müller)
2024 P 23.4332	Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.3040	Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen. Es braucht etwas mehr Flexibilität, wenn man diese Energie weiterentwickeln will! (Freymond)
2024 P 24.3637	Einsprachen sind wieder auf schutzwürdige Interessen zu beschränken (Caroni)
2024 P 24.4250	Aktualisierung des Sachplans Fruchtfolgeflächen (Hübscher)

Abkürzungsverzeichnis

Departemente

BK	Bundeskanzlei
EDA	Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidg. Departement des Innern
EFD	Finanzdepartement
EJPD	Justiz- und Polizeidepartement
UVEK	Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WBF	Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Kommissionen

APK	Aussenpolitische Kommission
BeK	Begnadigungskommission
FK	Finanzkommission
GK	Gerichtskommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
IK	Immunitätskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
PUK	Parlamentarische Untersuchungskommissionen
RedK	Redaktionskommission
RK	Kommission für Rechtsfragen
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-N	des Nationalrates
-S	des Ständerates